

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

JOACHIM FEST
Joseph Goebbels

KLAUS HENTSCHEL UND MONIKA RENNEBERG
Der Astronom Otto Heckmann im Dritten Reich

RALF KESSLER UND HARTMUT RÜDIGER PETER
Antifaschisten in der SBZ

ULRICH LAPPENKÜPER
Wilhelm Hausenstein –
Adenauers erster Missionschef in Paris

DOKUMENTATION
Bonn und die Apartheid in Südafrika
Eine Denkschrift aus dem Jahr 1954
(Albrecht Hagemann)

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

in Verbindung mit
Theodor Eschenburg,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Hellmuth Auerbach, Norbert Frei, Udo Wengst
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Andreas Wirsching

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27

43. Jahrgang

Heft 4

Oktober 1995

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- | | | |
|---|--|-----|
| <i>Joachim Fest</i> | Joseph Goebbels. Eine Porträtskizze | 565 |
| <i>Klaus Hentschel und
Monika Renneberg</i> | Eine akademische Karriere. Der Astronom Otto
Heckmann im Dritten Reich | 581 |
| <i>Ralf Kessler und
Hartmut Rüdiger Peter</i> | Antifaschisten in der SBZ. Zwischen elitärem Selbst-
verständnis und politischer Instrumentalisierung . . | 611 |
| <i>Ulrich Lappenküper</i> | Wilhelm Hausenstein – Adenauers erster Missions-
chef in Paris | 635 |

DOKUMENTATION

- | | | |
|--------------------------|--|-----|
| <i>Albrecht Hagemann</i> | Bonn und die Apartheid in Südafrika. Eine Denk-
schrift des Deutschen Botschafters Rudolf Holzhau-
sen aus dem Jahr 1954 | 679 |
|--------------------------|--|-----|

NOTIZEN

Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die Sowjetische Besatzungszone (1945/46). Bericht über eine Tagung der Außenstelle Potsdam des Instituts für Zeitgeschichte und des Arbeitsbereichs DDR-Geschichte der Universität Mannheim (4.–5.7. 1995) (*Hermann Wentker*) . . . 707

Dem ehemaligen geschäftsführenden Redakteur der Vierteljahrshefte Hellmuth Auerbach zum 65. Geburtstag (*Horst Möller*) 713

ABSTRACTS 715

MITARBEITER DIESES HEFTES 717

Verlag und Anzeigenverwaltung: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Anke Thulke. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bezugspreise 1995: Jahresabonnement Inland DM 91,20 (DM 78,- + DM 13,20 Versandkosten); Österreich öS 727,- (609,- + 118,- Versandkosten); Schweiz sFr 93,20 (78,- + 15,20 Versandkosten); Binnenmarktländer Empfänger *mit* UST.-ID-Nr. DM 88,20 (73,- + 15,20 Versandkosten); Binnenmarktländer Empfänger *ohne* UST.-ID-Nr. und Drittländer DM 93,20 (78,- + 15,20 Versandkosten). Studentenabonnement (nur Inland) DM 73,20 (60,- + 13,20 Versandkosten); Einzelheft DM 26,-, öS 203,-, sFR 26,- + Versandkosten. Inlandspreise und Preise für Binnenmarktländer (Empfänger ohne USt.-ID-Nr.) incl. 7% MWSt. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 52,- zuzüglich Versandkosten zu beziehen. Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung. Satz und Druck: Appl, Senefelderstraße 3–11, 86650 Wemding

JOACHIM FEST

JOSEPH GOEBBELS

Eine Porträtskizze

Man hat Joseph Goebbels den neben Hitler „einzigen wirklich interessanten Mann“ aus dem Führungspersonal des Dritten Reiches genannt¹, und zweifellos überragte er die Mehrzahl der Günstlinge und Rivalen im innersten Machtbereich des Regimes in beträchtlichem Maße. Was am Nationalsozialismus, zumal während seines Aufstiegs in der sogenannten Kampfzeit, auffällig, auf entgeisternde Weise geistvoll sowie im propagandatechnischen Sinne „modern“ war und ihn allen Gegnern, von der einfallslosen Rechten über die gelähmte Mitte bis hin zu den in Orthodoxie und Hörigkeit erstarrten Kommunisten, überlegen machte, ging weitgehend auf Goebbels zurück.

Natürlich war Hitler das Machtzentrum der Bewegung und, als Goebbels hinzustieß, gerade dabei, die letzten konkurrierenden, von undeutlich sozialistischen Zielen bestimmten Gruppen ins Abseits zu drängen. Nach nur kurzem Schwanken hat Goebbels damals die Machtverhältnisse durchschaut und sich instinktsicher auf die Seite der Zentrale geschlagen. Aber daß Hitler aus der bloßen Führungsrolle in der nun zusehends zusammenwachsenden Bewegung zur charismatischen Kultfigur emporwachsen und zu einer Art Heilsbringer werden konnte, der die Verzweiflungen, das Leiden und die Ängste eines verwirrten Volkes auf die Schulter zu nehmen und in die erlösende politische Tat umzusetzen versprach, dankte er keinem anderen als Goebbels.

Beide ergänzten sich auf eine überaus wirkungsvolle, erfolgverheißende Weise: Während Hitler über die intuitiven, weitgehend medial gesteuerten und zu rauschhafter Kommunion drängenden Methoden der Massenbeherrschung gebot, setzte Goebbels mit nahezu jeder Wendung, jedem Satz und jeder Steigerung auf den scharf kalkulierten, mitunter in mehreren Erprobungen durchgespielten Effekt. Schon seine helle, augenblicklich präsente und schneidende Stimme, die man treffend als „dünn-drähtig“ bezeichnet hat², kam aus gänzlich anderen Persönlichkeitsverhältnissen als der tastende, aus seinen gutturalen Dumpfheiten sich erst allmählich befreiende Ton Hitlers. Kälter, wendiger, auch selbstgefälliger als jener, verfügte Goebbels nicht nur über die Vorteile dessen, der keine unverrückbaren Überzeugungen besitzt und im

¹ Werner Stephan, Joseph Goebbels, Dämon einer Diktatur, Stuttgart 1949, S. 198. Bei vorliegendem Aufsatz handelt es sich um einen Vortrag, der aus Anlaß der Präsentation der Goebbels-Tagebücher am 21.2. 1995 im Institut für Zeitgeschichte gehalten wurde.

² Ernst Jünger, Strahlungen II, München 1938, S. 427.

Grunde, wie er selber von sich gesagt hat, ein geborener Apostat war³. Vielmehr kam ihm für den Aufstieg in einer totalitären Partei auch die Menschenverachtung zugute, die von früh an in zahlreichen Zeugnissen durchschlägt. „Dieser Haufen Dreck, genannt Mensch“, schrieb er in einer Notiz aus den späten zwanziger Jahren, und schon früher heißt es einmal: „Alle sind Canaillen, ich eingeschlossen.“⁴ Und am Ende dann, als alles verloren war, richtete er den Schuldvorwurf, wie Hitler auch, gegen das verächtliche, weder dem Feind noch seinem historischen Auftrag gewachsene deutsche Volk, das den Eroberern mit weißen Fahnen entgegenlaufe und nicht einmal kämpfe, wenn seine Frauen vergewaltigt werden. Von seinen engeren Mitarbeitern verabschiedete er sich am 21. April 1945 mit den Worten: „Warum haben Sie mit mir gearbeitet, meine Herren? Jetzt wird Ihnen das Hälschen durchgeschnitten.“⁵

Er war der Intellektuelle der Partei, aber weit darüber hinaus durchaus repräsentativ für den Typus, der sich in den Wirrnissen der zwanziger Jahre zum Übertritt in eines der Lager des politischen Radikalismus entschloß. Es zählt zu den Irrtümern einer späteren Zeit, daß die gleichsam vorgegebene Richtung eines solchen Entschlusses stets nach links gewiesen habe. Die extremistische Anfälligkeit konnte sich vielmehr überall ihre Gründe beschaffen, und gerade der junge Joseph Goebbels bietet ein anschauliches Beispiel für das oftmals lange Schwanken zwischen den verfeindeten Seiten. Bezeichnenderweise schloß er sich zunächst auch dem sozialrevolutionären Flügel der Partei an, der sich in seiner „proletarischen“ und „antikapitalistischen“ Tendenz entschieden von der „faschistischen“ Gruppe um Hitler abzusetzen versuchte. Noch 1926 stellte er in einem offenen Brief an einen „Freund von der Linken“ einen ganzen Katalog gleichgerichteter Überzeugungen und Ziele auf, so daß als trennendes Element am Ende nicht viel mehr als eine Reihe taktischer Erwägungen übrigblieb⁶.

Die Frage, warum die Politik in jenen Jahren eine so ungemeine Anziehungskraft auf Intellektuelle übte, kann von den unterschiedlichsten Ansatzpunkten her beantwortet werden. Hier ist vor allem an die berufliche Aussichtslosigkeit zu erinnern, der sich zahlreiche Akademiker durch Krieg und Nachkrieg gegenübersehen, so daß die Politik geradezu zum klassischen Beruf der Berufslosen wurde. Aber das Bedürfnis war älter und hatte sich schon vor der Jahrhundertwende in den gerade unter Intellektuellen verbreiteten Gefühlen einer gesellschaftlichen Ohnmacht angedeutet, die den Gedanken selber in Frage stellte. Generationen hatten papierene Welten erschaffen und einstürzen sehen, ohne je einen Ausweg aus ihren Buchstabengefängnissen zu finden. Jetzt boten die aus dem Chaos hervorgehenden neuen politischen

³ Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26. Mit weiteren Dokumenten hrsg. von Helmut Heiber, Stuttgart 1960, S. 55 (Eintrg. v. 20. 1. 1926).

⁴ Ebenda, S. 83 (Eintrg. v. 12. 6. 1926); das spätere Zitat findet sich bei Ralf Georg Reuth, Goebbels, München 1990, S. 198.

⁵ Hans Fritzsche über die letzte Konferenz bei Dr. Goebbels am 21. 4. 1945, abgedruckt in: Herbert Michaelis/Ernst Schraepfer, Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. 23, Berlin o. J., S. 114 ff.

⁶ Joseph Goebbels, Die zweite Revolution. Briefe an Zeitgenossen, Zwickau 1926, S. 43.

Gruppierungen jedem entschlossenen, phantasiebegabten und bedenkenlosen Aktivismus ungeahnte Aufstiegsmöglichkeiten. Es war die große, gerade von den totalitären Ideologien ausgehende Verlockung für viele Intellektuelle, die bloß begleitende Rolle des Zeitgeistsouffleurs endlich hinter sich zu lassen und als Richtungsweiser, Gesetzgeber und sogar Demiurg des Neuen zu nie vermuteten Karrieren und Wichtigkeiten zu gelangen.

Das alles ist für die kommunistische Seite ausführlich untersucht und beschrieben worden. Aber es gilt, bei nur wenig veränderten Voraussetzungen und Motiven, auch für die Gegenseite. Eine der auffälligsten Gemeinsamkeiten war der tiefe, nicht selten bis zum Ekel reichende Haß auf die bürgerliche Welt, der von Brecht bis Majakowski, von Silone bis zu Ernst von Salomon oder eben zu Joseph Goebbels reicht. Zwar gab Goebbels sich nach außen hin, wie Hitler auch, gern als treuer Sachwalter des Bürgerlichen. Aber ungezählte Zeugnisse machen sichtbar, daß sein elementarer Destruktionsvorsatz gegen eben diese verlogene, jüdisch durchsetzte kapitalistische Bourgeoisie gerichtet war, und unter allem, was in Scherben fallen sollte, wenn ihm und seinesgleichen endlich die Welt gehörte, stand sie an vorderster Stelle.

Natürlich war die Ideologie des Nationalsozialismus ohne gedankliche Kohärenz, und die Überredungsmacht eines fugenlos geschlossenen Systems sucht man in dem, was er seine Weltanschauung nannte, vergebens. Aber gerade sein unfertig scheinender, in häufig metaphorischer Unschärfe verschlüsselter Charakter hat viele auf den Plan gerufen, die sich instande glaubten, die Leerstellen aufzufüllen, sofern sie nicht einfach der Auffassung waren, daß die orientierungslos gewordenen modernen Gesellschaften zurück müßten zu Bindung, Ordnung, Glauben und Ursprung, was immer das im einzelnen bedeuten mochte. An den Ratlosigkeiten der Epoche hatten sie jedenfalls, nicht anders als die revolutionäre Linke auch, teil durch das Grundgefühl eines politischen Advents. Weit über das radikale Lager hinaus war die Empfindung verbreitet, daß ein gänzlich neues, von charismatischen Willensmenschen, rigiden Gesetzen und schroffem Gemeinschaftspathos geprägtes Zeitalter jetzt am Zuge und alles, was das Gewesene ausgemacht hatte: Liberalismus, Demokratie und Menschenrechte, unwiderruflich am Ende sei. Von da war es nur ein kleiner, meist von biographischen Zufällen bestimmter Schritt, ob einer sich im rechten oder linken Lager wiederfand und womöglich auch von einem ins andere überwechselte. Die Anhänger beider Seiten empfanden sich als Vorhut eines neuen Weltalters, ob es nun zur sozialistischen Revolution oder über jene Schwelle führte, hinter der die Herrschaft der Vernunft enden und „das Leben“ wieder sein Unrecht erlangen würde.

Zweifelloos wirkte, wie immer bei historischen Umbrüchen, im Einzelfall noch vieles von jeweils unterschiedlichem Gewicht mit; die errechenbaren Chancen hier wie dort, schichtenspezifische Ressentiments, auch Opportunismus, Ehrgeiz oder Zugehörigkeitsverlangen. Aber immer mit im Spiel war das Bedürfnis nach einfachen Glaubensgewißheiten. Nicht ohne Bewegung liest man noch heute den Brief, den Klaus Mann aus Sanary-sur-Mer an Gottfried Benn richtete. Die Geistfeindschaft des Nationalsozialismus, die er darin leidenschaftlich beschwor, konnte indessen die

nicht schrecken, die nach so vielen Irrwegen und Ausweglosigkeiten jene unkomplizierten Antworten ersehnten, die das Regime mit seinem barschen Glaubens- und Gehorsamsprinzip zu erteilen versprach. Es war ein durchaus metaphysischer Unterwerfungsanspruch, den es erhob, und nicht zu Unrecht hat man die großen Totalitarismen der Epoche „säkularisierte Religionen“ genannt. Dazu gehörte, neben vielem, auch der aus zahlreichen autobiographischen Berichten vor allem von kommunistischer Seite bekannte Exkommunikationsschrecken, die immer präsente Angst vor der Ausstoßung durch die Partei. Arthur Koestler hat das, was ihm lange zu schaffen machte, auf die Formel gebracht, daß der Abtrünnige notwendigerweise „verdorren“ müsse. Es ist sicherlich mehr als ein Zufall, daß der gleiche Begriff auch bei dem vom Glaubenshunger umgetriebenen und zu Hitler gelenkten, doch dann von ständigen Zweifeln angefochtenen Joseph Goebbels auftaucht⁷.

Dies sind nur einige andeutende Stichworte, doch werfen sie ein paar Lichter auch auf jenes Motivbündel, das den berufslosen, von verzehrendem Ehrgeiz erfüllten Joseph Goebbels 1924 zur NSDAP führte. Es war denn auch für die Forschung eine seltene Fügung, daß schon vergleichsweise früh jene privaten Materialien aus jungen Jahren auftauchten, die den Prokuristensohn aus Rheydt in seiner Labilität und Orientierungsnot zeigen, auch in seiner verzweifelten Suche nach einem Führer und festem Glaubensgrund, aber zugleich entschlossen, sich um nahezu jeden Preis irgendwo zu verdingen, wo seinem Hunger nach Beachtung, sozialem Aufstieg und womöglich sogar Macht ein angemessener Lohn winkte. Die ebenfalls schon früh, im Jahre 1948, auszugsweise veröffentlichten Tagebücher aus der Kriegszeit haben dann bereits einen ersten Einblick in die späte Phase gewährt, so daß sich die lebensgeschichtliche Darstellung alsbald auf vergleichsweise zahlreiche originäre Quellen stützen konnte⁸.

Dem gleichen Umstand ist offenbar auch zuzuschreiben, daß die Biographien oder biographischen Essays, die nach den ersten, häufig dämonisierenden Porträts aus dem engeren Mitarbeiterkreis seit den sechziger Jahren zu erscheinen begannen, die Konturen im wesentlichen treffend nachgezeichnet haben, an erster Stelle wohl noch immer Helmut Heibers kenntnisreiche, wenn auch etwas allzusehr um gelehrtenhafte Flottheit bemühte Biographie von 1962⁹. Alles, was später, gestützt auf vereinzelte neue Funde, folgte, hat das Bild nur um Einzelheiten ergänzt und allenfalls ein paar Schattierungen hinzugefügt.

Aber es blieb die Unsicherheit, zumal seit das Geraune über den umfangreichen, in Moskau lagernden Bestand der Kriegstagebücher verstärkt einsetzte. Auch die 1977 von Hoffmann und Campe veranstaltete auszugsweise Veröffentlichung der „Letzten Aufzeichnungen“ von Februar bis April 1945 lieferte nur ein weiteres Bruch-

⁷ Vgl. Willi Krause, Reichsminister Dr. Goebbels, Berlin o.J., S. 50. Zu Koestler vgl. Michael Rohrwasser, *Der Stalinismus und die Renegaten*, Stuttgart 1991, S. 89.

⁸ Tagebuch 1925/26; Goebbels Tagebücher aus den Jahren 1942–43. Mit anderen Dokumenten hrsg. von Louis P. Lochner, Zürich 1948.

⁹ Vgl. Helmut Heiber, *Joseph Goebbels*, Berlin 1962, S. 408.

stück¹⁰. Erst die umfassende Dokumentation des Instituts für Zeitgeschichte schließt diese Lücke, und am Ende wird sie sich voraussichtlich auf mehr als zwanzig Bände belaufen. Schon diese schiere Menge sichert den Tagebüchern den Rang einer der wichtigsten fortlaufenden Primärquellen aus jenen Jahren. Mit einer bemerkenswerten, niemals nachlassenden Ausdauer hat Goebbels sich Tag für Tag, mitunter sichtlich stundenlang, dieser Pflicht unterworfen, und der Sachverhalt deckt auf, daß es damit tieferreichende Bewandnisse und der Verfasser mehr im Sinne hatte als eine Chronistenaufgabe.

In der Tat waren die Tagebücher bereits für den „einsamen und eigenbrötlerischen“ jungen Mann, wie er sich einmal nennt, eine Art „Zufluchtsstätte“. Im Alter von Mitte zwanzig hält er fest: „Ich fühle das Bedürfnis, Rechenschaft über mein Leben abzulegen. Das kann auf keine Weise besser und eindringlicher geschehen, als wenn ich jeden Abend Gerichtstag über mich selbst halte.“¹¹ Folglich herrschte zu jener Zeit auch der kritische Blick auf das eigene Tun und Verhalten noch vor. Einmal nennt er sich einen „pathologischen Aufschneider“, ein andermal einen „Demagogen schlimmster Sorte“ und ruft sich verschiedentlich selbst zur Ordnung¹². Aber mit seinem Aufstieg, der zunehmenden Verstrickung in turbulente Verhältnisse sowie dem Gewinn an Macht und Selbstsicherheit drängen die Ereignisse und das Bemühen, ihren Ablauf festzuhalten, zwangsläufig in den Vordergrund. Gleichzeitig kam ihm aber auch der Abstand zu sich selbst abhandeln, und je mehr sich, zumal gegen Ende hin, die Lage dramatisch verschärfte, desto seltener gelang es ihm, einen Schritt zurückzutreten, um das Geschehen im ganzen und die Rolle, die er darin spielte, zu prüfen. Immerhin verließ ihn das Denken, das für ihn, wie er ebenfalls in jüngeren Jahren vermerkt hatte, „eine Qual und eine Lust“ war, niemals ganz. Im Gegensatz zu Hitler und dessen allzu starrsinnig blinder Umgebung blieb er denn auch zu Zeiten der größten Machtausdehnung des Regimes von nie ganz auszuräumenden Zweifeln erfüllt. Unvermeidlicherweise trat mit den Jahren dennoch ein auffallender perspektivischer Wechsel ein. Denn unterdessen ging es ihm weniger um Rechenschaften als um die Verfertigung des Bildes, das er und die „Idee“, der er mit- samt ihrem Führer diene, einst vor der Geschichte abgeben würden.

Solche Blickverschiebungen, aber natürlich auch die zahllosen Flüchtigkeiten, Irreführungen, Selbstvorspiegelungen und nicht zuletzt die Geschwätzigkeit des Verfassers machen die Lektüre zu einem mühsamen Unterfangen. Dennoch und zum Teil gerade eben darin bietet sie aber auch eine einzigartige Fundgrube für ein genaueres Verständnis sei es der Zeit, sei es der Person. Vielleicht an erster Stelle fällt die formale Achtlosigkeit der Texte auf, und mitunter ahnt der Leser etwas von dem ungeheu-

¹⁰ Die letzten Aufzeichnungen. Einführung Rolf Hochhuth, Hamburg 1977.

¹¹ Zit. nach Elke Fröhlich, Joseph Goebbels und sein Tagebuch. Zu den handschriftlichen Aufzeichnungen von 1924 bis 1941, in: VfZ 35 (1987), S. 495.

¹² Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, Teil I, Aufzeichnungen 1924–1941, hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv (künftig: Tagebücher I), München 1987, Bd. 1: 1924–1930, S. 39 (Eintrg. v. 11. 7. 1924) und S. 82 (Eintrg. v. 4. 9. 1924).

ren Stilisierungsdruck, dem sich Goebbels in allen veröffentlichten Äußerungen unterworfen hat: die kaum überbrückbar scheinende Diskrepanz zwischen diesen Eintragungen und der geschärften demagogischen Glätte beispielsweise seiner gleichzeitig publizierten Leitartikel in der Wochenzeitung „Das Reich“. Zugleich aber gewinnen die Tagebücher aufgrund ihrer durchgehend ungestalten Beschaffenheit auch einen überzeugend authentischen Charakter.

Auf diese zwei Personen in nur einer stößt man von Anfang an. Alle Schwächen, die ihm eigen waren: die charakterliche Schwerpunktlosigkeit, der Geltungshunger und die der Unsicherheit entstammende Anpassungssucht, verwandelten sich in Stärken, als er in der Bewegung eine Aufgabe und vor allem in der schon bald nach der ersten Begegnung mit nahezu homoerotischem Verfallensein bewunderten Person Hitlers jenen Glaubensgrund gefunden hatte, nach dem er so lange auf der Suche gewesen war. Zwar blieb in der Unterwürfigkeit, die er Hitler über alle gezielten Zurücksetzungen und Demütigungen bis zur buchstäblich letzten Stunde bewahrt hat, immer das Element der Gewalt spürbar, die er sich dabei antun mußte. Aber gebieterischer war die frühe Einsicht, daß der endlich gefundene „Führer“ sein einziger Halt und nicht nur die Gewähr seiner herausgehobenen Rolle, sondern seiner Existenz in jedem Sinne war, sein Ein und Alles, ohne das er in jenes nicht nur soziale Nichts zurückfallen würde, aus dem er zu nie vermuteter Höhe emporgestiegen war.

Aus eben diesem Grunde hat er Hitler vom Beginn bis zum Ende in bewußter Vermischung der profanen mit der religiösen Sphäre gottähnliche Züge verliehen und eine messianische Aura um ihn verbreitet. Schon im „Angriff“, der von ihm als Gauleiter von Berlin gegründeten Zeitung, hatte er 1928 in Anlehnung an biblische Texte geschrieben, man könne nur für oder gegen Hitler sein, er scheide die Heißen von den Kalten, speie aber die Lauheit aus aus seinem Munde; viele seien berufen, aber wenige nur auserwählt¹³. Und Jahre später dann, in seiner letzten Ansprache zu Hitlers Geburtstag im April 1945, pries er ihn als Werkzeug Gottes, das berufen sei, die luziferischen Mächte in den Abgrund zurückzuschleudern, dem sie, wie schon manches Mal in der Geschichte, entstiegen seien¹⁴. Das und die ungezählten Vergötzungsbekundungen, die dazwischenlagen, waren vorab an die Glaubens- und Devotionsbedürfnisse des Volkes gerichtet. Aber vor allem zielten sie auf ihn selber. „Credo, ergo sum!“ hatte er in frühen Jahren bekannt¹⁵.

Die gleiche autosuggestive Anstrengung bezeugen auch die Tagebücher. Sie verschafft ihnen streckenweise geradezu den Charakter einer byzantinistischen Pflichtübung, ganz als wolle Goebbels sich noch in der Einsamkeit des Diktierenden der eigenen, von keiner Enttäuschung je angefochtenen Gläubigkeit vergewissern, die ihm zugleich versagt war. Aus dem nämlichen Grunde bejubelte er durchweg überlaut die militärischen Erfolge der deutschen Truppen und machte seine bohrenden Zwei-

¹³ Joseph Goebbels, Wenn Hitler spricht, in: Der Angriff. Aufsätze aus der Kampfzeit, München 1935, S.217f.

¹⁴ Michaelis/Schraepfer, Ursachen und Folgen, Bd.23, S.122f.

¹⁵ Joseph Goebbels, Michael. Ein deutsches Schicksal in Tagebuchblättern, München 1933, S.25.

fel damit nur hörbarer. Nicht selten stellt sich auch der Eindruck ein, er bemühe sich, die Dinge so zu sehen, wie sie gesehen werden sollten, und erprobe an sich selber die Betäubungswirkungen der eigenen Propaganda. Die sich verstärkenden Ungewissheiten, die Besorgnisse über Hitlers wachsenden politischen Immobilismus nach dem frühzeitig offenbar werdenden Scheitern des Feldzugs gegen die Sowjetunion, desgleichen die mit der Wende des Krieges im engeren Führungszirkel verstärkt auftauchenden Verdüsterungen oder kleinmütigen Anwandlungen: all das und vieles mehr muß man gleichsam gegen den Strich selbstauferlegter Zuversicht lesen. Aber als pessimistische Grundierung bleibt es unüberschbar.

Tatsächlich enthüllen sich manche seiner Ängste nur, weil der Leser von heute über eine Fülle zusätzlicher Informationen verfügt – sofern er darüber verfügt. Aber am interessantesten bleiben die psychologischen Aufschlüsse, die der Text in überreichem Maße bietet: als suche der Verfasser auch sich selber gegenüber verzweifelt und ohne jedes Ausgleiten auf jenem Leim zu bleiben, auf den er alle Welt mit soviel Beharrlichkeit zu locken bemüht war. So finden sich, insonderheit bis 1943, immer wieder geringschätzige oder auch verächtliche Bemerkungen über die gegnerischen Mächte, vor allem im Westen, während er die Erfolge der Roten Armee lange Zeit mit bloßen Floskeln über den „Ernst der Lage“ oder die „Vertiertheit“ des russischen Menschen abtut. Als sich die Stalingradtragödie dem Ende zuneigt, notiert er wider alle Wahrheit, die gewiß auch ihm nicht verborgen geblieben war, die Generale hätten den Führer in dieses Abenteuer „direkt hineingehetzt“¹⁶. Wie weit die Bemühung um Selbsttäuschung reichte, geht aber auch aus einer Eintragung vom April 1942 hervor, in der er die Nachricht begrüßt, daß die englische Kriegspropaganda mehr und mehr von jüdischen Emigranten übernommen werde, da, wie es dann heißt, die Juden „bekanntlich keine guten Propagandisten“ abgäben¹⁷.

Aufs Ganze gesehen schlägt in den Tagebüchern, nicht nur in zahlreichen Eintragungen, sondern in der gesamten Faktur jenes tiefe, nie gestillte und gegen Ende wohl habituell gewordene Kompensationsbedürfnis durch, das der eine, so vieles enträtselnde Generalschlüssel zum Charakter von Goebbels ist. Denn daß der knapp Dreißigjährige nach mancherlei Umwegen Anschluß und Aufstieg ausgerechnet in der nationalsozialistischen Bewegung fand, hat alle Merkmale einer politischen Groteske. Hochbegabt, von seiner Umgebung vielfach als „Jesuitenzögling“, „Halbfranzose“ oder „Rabbiner“ verspottet, war er von frühauf dem peinigenden Gefühl körperlicher Unzulänglichkeit ausgesetzt: Er besaß eine schwächliche Konstitution und einen verkrüppelten Fuß, und das eine wie das andere hat ihm in der Hitlerpartei, vor allem von Seiten der rüden Kumpanei der SA-Stürme, nicht nur offenen

¹⁶ Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil II: Diktate 1941–1945. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands hrsg. von Elke Fröhlich (künftig: Tagebücher II), München 1993 ff., Bd. 7, Januar–März 1943, S. 169 (Eintrg. v. 23. 1. 1943).

¹⁷ Ebenda, Bd. 4, April–Juni 1942, S. 32 (Eintrg. v. 1. 4. 1942); vgl. aber auch ebenda, Bd. 7, S. 149 (Eintrg. v. 21. 1. 1943).

Hohn, sondern auch eine nie ganz beseitigte Geringschätzung eingetragen. Die Bezeichnung „unser kleiner Doktor“, die sich alsbald für ihn einbürgerte, bringt etwas von der herablassenden Anerkennung zum Ausdruck, die ihm von der wohlgebauten Geistesschwachheit jener Schlägerbanden und Saalschlachtheroen entgegengebracht wurde, an deren Spitze er stand.

Durchweg scheint es denn auch, als habe er durch seine schrill übersteigerte Gläubigkeit eine Art Gegenleistung für seine Verkrüppelung sowie überhaupt für die verminderte Typleistung zu erbringen versucht – die nie zu heilende Wunde. Wie wenig er von dem Gedanken an seine Mißbildung loskam, belegt noch die Äußerung aus späteren Jahren, wonach das Abschreiten einer Ehrenkompanie die schlimmste für ihn ausdenkbare Strafe sei; ihn quälten, so oft dergleichen verlangt werde, nächtelang Albträume¹⁸. Und es war nicht nur ein Ausdruck seiner gewiß immensen Eitelkeit, sondern ein in allem Aufstieg und Machtzuwachs nie überwundenes Minderwertigkeitsgefühl, das ihn veranlaßte, nicht nur jedes Einverständnis oder gar Lob Hitlers Mal für Mal zu registrieren, sondern auch die Beifallsbekundungen für seine Artikel oder Auftritte, kamen sie auch von dem geringsten Provinzredakteur, der doch nichts anderes unternahm, als die strengen, von Goebbels selber ausgegebenen Sprachregelungen zu befolgen.

Man kennt seine Aufstiegsgeschichte, seit er im Herbst 1926 Gauleiter der dahinkümmernenden und zerstrittenen Parteiorganisation in Berlin geworden war und sich binnen kurzer Zeit in die Schlagzeilen brachte: durch herausfordernde Aufmärsche mitten in die tiefroten Bezirke der Stadt, durch Krawalle und Schießereien, einmal auch durch ein fingiertes Attentat, über das er sich nicht genug empören konnte. Er scheute aber auch das Blutvergießen nicht, wobei ihm die eigenen Opfer weit gelegener kamen als die des Gegners, da sie die Partei mit Märtyrern und Reliquien versorgten. Als die gegnerische Agitation ihn als „Oberbanditen von Berlin“ angriff, machte er die Bezeichnung mit ganovenhaftem Stolz zu seinem Ehrentitel. Seine Attacken gegen den Stellvertretenden Polizeipräsidenten der Stadt, Bernhard Weiß, der immer neue Schabernack, den er mit einer juristisch wie nicht selten auch politisch befangenen Justiz trieb, die weißen Mäuse, mit denen er die Uraufführung des Films „Im Westen nichts Neues“ sprengte, und ungezählte andere Umtriebe machten ihn zum bösen Kobold der zerfallenden Republik. Die Schalen des Hohns, die er mit nie nachlassendem Einfallsreichtum über Parlament, Regierung, Reichspräsident und die Republik im ganzen ausgoß, haben das zusammenschmelzende Häuflein ihrer Anhänger mehr als alles andere entmutigt und als Lehre hinterlassen, wie mühe-los ein demokratisches Gemeinwesen durch den zu zerstören ist, der so gut wie keine seiner Spielregeln achtet.

Der Lohn war die Berufung an die Spitze des Mitte März 1933 unter offenem Bruch der Koalitionsvereinbarung gegründeten Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, das den Auftrag erhielt, die „politische Gleichschaltung zwischen Volk und Regierung“ zu bewerkstelligen. Im Rückblick fällt es noch immer schwer

¹⁸ Vgl. Heiber, Joseph Goebbels, S. 408.

zu begreifen, wie es Goebbels im Fieber weniger Wochen gelingen konnte, eine vielgestaltige Gesellschaft mit ihren zahlreichen unabhängigen Macht- und Einflüssen zu „reiner, gleichmäßiger, gehorsamer Asche“ zu verbrennen¹⁹, auch wenn ihm dabei die Einigkeitssehnsüchte eines Volkes, das die Republik vor allem als Tragödie der Zwietracht erfahren hatte, Schritt um Schritt entgegenkam. Er selber hat dabei nicht zurückgestanden und mit äußerster Konsequenz seinen einstigen Vorlieben abgeschworen; die Linie reichte von dem lange verehrten Theodor Wolff, dem Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“, bei dem er sich zu Beginn der zwanziger Jahre mit Dutzenden von Artikeln um eine Mitarbeit beworben hatte und dessen Werke er jetzt, im Verlauf der Bücherverbrennung, in die Flammen werfen ließ, bis zu dem bewunderten Thomas Mann, über den er acht Jahre zuvor, bei einem Besuch in Lübeck, notiert hatte: „Ich ... denke immer an die Buddenbrooks ... Ich denke immer an Thomas Mann.“²⁰ Als er bald nach der Übernahme des Ministeramts seine Dienstwohnung bezog, hatte er sich von der Berliner Nationalgalerie einige Aquarelle von Emil Nolde ausgeliehen; jetzt ließ er sie beseitigen, als er damit den Unwillen Hitlers erregte²¹.

Der rasche Erfolg der Gleichschaltung hatte indes für Goebbels eine mißhellige Kehrseite, weil es schon bald keine Gegner mehr gab, deren Schrecken er glaubwürdig beschwören und mit großen Inszenierungen des Volkszorns beantworten konnte. Weniges veranschaulicht so sehr wie die alsbald fallende Bedeutungskurve des Ministers, in welchem Maße er selber, aber auch das Regime, des Feindes sowie überhaupt der mobilisierbaren Anti-Stimmungen bedurften. Gelegentlich hat er denn auch bekannt, er blicke oft sehnsüchtig auf die sogenannte Kampfzeit zurück, als man noch etwas anzugreifen hatte²². Da die um internationale Anerkennung besorgten Machthaber zunächst Rücksicht zu üben hatten, sah Goebbels sich weitgehend zur Untätigkeit verurteilt, zumal der von ihm organisierte Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 verbreitete Mißbilligung sowohl in Deutschland als auch vor allem im Ausland erregte und deshalb abgebrochen werden mußte. Die Sowjetunion lag zu weit weg und hatte sich als Standard-Schreckbild im Lauf der Jahre überdies verbraucht. So blieb nur der Rückgriff auf die renitenten „Pfaffen“ sowie auf das antisemitische Motiv, und einiges spricht dafür, daß die wiederum von Goebbels veranlaßten Pogrome vom 9. November 1938 ein neuerlicher Anlauf waren, die Figur des konkreten Feindes, nicht zuletzt im Blick auf die ideologische Mobilisierung für den heraufziehenden Krieg, zurückzugewinnen. Einer Eintragung wenige Tage später ist die tiefe Befriedigung zu entnehmen, die ihm der Ausfall nach so vielen Jahren erzwungenen Stillhaltens bereitet hatte: „Das hat gegessen!“, jubelte er²³.

¹⁹ Konrad Heiden, *Geburt des Dritten Reiches. Die Geschichte des Nationalsozialismus bis Herbst 1933*, Zürich 1934, S. 260.

²⁰ *Tagebücher I*, Bd. 1, S. 145 (Eintrg. v. 5. 12. 1925).

²¹ Albert Speer, *Erinnerungen*, Frankfurt a. M./Berlin 1969, S. 40f.

²² Vgl. Ivone Kirkpatrick, *The Inner Circle*, London 1959, S. 101.

²³ *Tagebücher I*, Bd. 3: 1937–1939, S. 533 (Eintrg. v. 13. 11. 1938).

Hier läßt sich auch einer der Gründe dafür ausmachen, warum Goebbels im Lauf der Zeit zum unerbittlichen Verfolger der Juden wurde. Anfang 1943 gelobte er sich, „nicht [zu] ruhen, bis die Reichshauptstadt wenigstens gänzlich judenfrei geworden ist“²⁴. Immer wieder kommt das Tagebuch darauf zurück und vermerkt Schikanen, Geiselnahmen und die schließlich anlaufenden Transporte in die Lager des Ostens. Zwar lassen sich einige Notizen aus den Jahren 1942 und 1943 dahin interpretieren, daß er mitunter Skrupel gegen die unverhohlene Brutalität der Endlösung empfand oder doch die Unruhe, die mit den Abschiebungen verbunden war, als störend ansah. Aber die aus vagen Andeutungen hier und da abgeleitete Überlegung, er habe versucht, Hitler von dem einmal gefaßten Entschluß abzubringen, überschätzt doch seine Bereitschaft zum Widerspruch. Weit glaubwürdiger mutet an, er habe das Thema in seinen Unterredungen mit Hitler zur Sprache gebracht, um die eigenen Zweifel auszuräumen: „Jetzt liegt der Weg zum großen Ziel wieder klar“, schrieb er nach einem dieser Gespräche, in dessen Verlauf sie auch auf die sogenannten Protokolle der Weisen von Zion gekommen waren, deren Echtheit Goebbels, im Gegensatz zu Hitler, zwar bezweifelte, nicht ohne freilich deutlich zu machen, daß sie für die Propaganda „sehr wohl [zu] gebrauchen“ seien²⁵.

Gerade die antijüdische Rage, in die sich Goebbels jederzeit zu versetzen wußte, offenbart, wie bedingungslos sein Anpassungswille war. Verdrängt war längst, daß er sich in frühen Jahren nicht nur über den primitiven Antisemitismus völkischer Politiker mokiert, sondern sich bei Gelegenheit auch seine eigene Feindseligkeit gegen die Juden vorgehalten hatte, verdrängt desgleichen die Erinnerung an bewunderte Universitätslehrer wie Friedrich Gundolf, Max von Waldberg oder andere, und lange entschwunden auch jeder Gedanke an seine einstige halbjudische Verlobte Else Janke. Nicht auszuschließen ist, daß er die Rassentheorie des Regimes von Beginn an mit kritischer Reserve betrachtet hat; einer seiner engeren Mitarbeiter hat jedenfalls berichtet, Goebbels habe sie innerhalb des Ministeriums, wo man sich nichts vorzumachen pflegte, während seiner zwölf Jahre dauernden Amtszeit nicht ein einziges Mal „auch nur erwähnt“²⁶. Aber sein Glaubenseifer sowie vor allem sein intellektueller Radikalismus drängten ihn in dieser sowie in allen anderen Fragen durchweg zur äußersten Konsequenz, und auf dem Weg dahin gingen Einwände, Erfahrungen, Vorlieben und Vernunft verloren. Als im April 1943 Berlin tatsächlich weitgehend „judenfrei“ war, hat er sich dies in seinem Tagebuch als eine seiner „größten politischen Leistungen“ zugutegehalten²⁷.

Erst der Krieg oder genauer die Aufgabe, nach den ermüdenden Fanfarenstößen der siegreichen Feldzüge mit den einsetzenden Rückschlägen fertigzuwerden, hat Goebbels nicht nur wiederbelebt, sondern ihm schrittweise auch die einstige Bedeu-

²⁴ Tagebücher II, Bd. 7, S. 449 (Eintrg. v. 2.3. 1943).

²⁵ Ebenda, Bd. 8, April–Juni 1943, S. 287 (Eintrg. v. 13.5. 1943). Zu den verschiedentlich behaupteten Zweifeln von Goebbels an der „Endlösung“ vgl. Bd. 4, S. 184 (Eintrg. v. 27.4. 1942).

²⁶ Stephan, Joseph Goebbels, S. 180.

²⁷ Tagebücher II, Bd. 8, S. 126 (Eintrg. v. 18.4. 1943).

tung zurückgebracht. In auffallendem Gegensatz zu Hitler, der auf drohende Niederlagen wie gelähmt reagierte und sie nur mit dem stupiden Schema des Halten-um-jeden-Preis beantwortete, machten Notlagen ihn produktiv. Die Bände aus den Jahren 1941/42 zeigen Goebbels noch mit der von ihm in Gang gesetzten „Wollsammlung“ beschäftigt, mit der Besetzung des Dresdner Dirigentenpostens oder mit der Prostitution in Berlin, und man kann nur ahnen, mit welchen Empfindungen er sich der „Kartoffellage“ oder der „Fettlücke“ gewidmet hat, auch wenn die Tagebücher nichts davon preisgeben. Sein größeres Interesse fanden Film und Wochenschau, wo er auch aus geringfügigem Grund Eingriffe vornahm, bis er sich schließlich, wie bei dem Otto-Gebühr-Film „Der große König“, zu einer „gewonnenen Seelenschlacht“ beglückwünschen konnte²⁸. Aber erst der Beginn der alliierten Luftüberlegenheit noch vor der Kriegswende stellte ihn wieder vor eine jener begierig gesuchten großen Herausforderungen, und es waren, wie aus seiner Umgebung verlautet, „beinahe Glückstage“²⁹ für ihn, wenn im Verlauf des Bombenkrieges ehrwürdige Städte und berühmte Bauwerke in Schutt fielen. Denn immer dann konnte er seiner Empörung jene Töne ekstatischen Hasses geben, mit denen die kriegsmüde werdenden Massen zu neuen Anstrengungen zu treiben waren.

Mit zunehmender Ungehaltenheit und bald mit hellem Zorn vermerkt das Tagebuch seit dem Jahre 1942 das Wohlleben zahlreicher Parteispitzen sowie überhaupt der „oberen Zehntausend“, ihre parasitäre Lebenshaltung mit großem Personal, Jagden und Vergnügungsreisen an die See oder in die exklusiven, von allem Kriegsgeschehen unberührten Winterkurorte. Nachdem Goebbels verschiedentlich seinem Unwillen Luft gemacht hatte, drängte er zu Beginn des Jahres 1943, angesichts des Ernstes der Lage und nicht zuletzt unter Hinweis auf die in England längst verfügbaren Einschränkungen, zum „radikalsten und totalsten Krieg“³⁰. Doch wie immer zögerte Hitler, beeinflusst vor allem von Bormann, Lammers und der Mehrzahl der Gauleiter, die den Wiederaufstieg des Ministers nicht ohne Neid verfolgten, so daß sich die Frage mehr und mehr zu einem Machtkampf weitete. Erst das Menetekel von Stalingrad verschaffte Goebbels die Gelegenheit zu einer Art Durchbruch. In langen Gesprächen rang er Hitler, der zunächst stillschweigend über die Niederlage hinwegzugehen gedachte, die Erlaubnis zur Veranstaltung eines düsteren Totenspektakels ab. Um seinen Erfolg sogleich auszuweiten, rief er schon am 18. Februar ein geladenes Aufgebot aus Parteivertretern, „volkstümlichen Intellektuellen und Schauspielern“, das er kurzerhand zur Repräsentanz der Nation erhob, im Berliner Sportpalast zusammen. Es dürfe nun keine Rücksicht auf Rang und Stand mehr geben, rief er aus, hoch und niedrig, arm und reich müßten von jetzt an unterschiedslos Opfer bringen, die Zeit der Privilegien sei vorüber. Dann holte er sich mit Hilfe der berühmten zehn Suggestivfragen „in einem Tohuwabohu von rasender Stimmung“, wie er schrieb, die Zustimmung zum totalen Krieg ein.

²⁸ Ebenda, Bd. 4, S. 426 (Eintrg. v. 1. 6. 1942).

²⁹ Joachim C. Fest, *Das Gesicht des Dritten Reiches*, München 1967, S. 135.

³⁰ Tagebücher II, Bd. 7, S. 32 (Eintrg. v. 1. 1. 1943).

Es war in der Tat, wie verschiedentlich schon die Mitlebenden erkannten, „eine Art von stillem Staatsstreich“, den Goebbels mit dieser Rede unternahm³¹. Angesichts der lange nachhallenden Euphorien seines Auftritts, in deren Verlauf er Stalin grad als „Alarmruf des Schicksals“ beschworen hatte, versuchte er sogar nachzustoßen und noch einen Schritt weiter zu gehen. Mit Hilfe vor allem Görings, Speers und Funks plante er einen „Ministerrat für die Reichsverteidigung“ zu schaffen, mit ihm als Sonderkanzler und einem Kabinett von „etwa zehn [...] kapitale[n] Figuren“³². Aber Hitler ließ, wie Goebbels schon bald argwöhnte, den Vorstoß ins Leere laufen, und wie gleichgültig oder sogar lästig ihm alle diese von seinem Minister verzweifelt betriebenen Anstrengungen waren, geht schon daraus hervor, daß er die Übertragung aus dem Sportpalast nicht angehört, sondern die Rede nur im Manuskript überflogen hatte, was Goebbels sichtlich verstimmt notierte³³. Auch ein nach der Invasion in der Normandie unternommener Anlauf sowie, mit leicht veränderten Kompetenzzuschreibungen, ein weiterer im Anschluß an den 20. Juli 1944 begonnener versandeten, sei es, daß Hitler seinem allzu ehrgeizigen Minister die Machtfülle nicht einräumen wollte, die jener verlangte, sei es, daß er, beeinflusst vor allem von dessen Intimfeind Martin Bormann sowie vom Kartell der Gauleiter, deren Luxusallüren Goebbels vor allem im Auge gehabt hatte, auf das bewährte Prinzip der rivalisierenden Zuständigkeiten setzte.

Immerhin ernannte Hitler ihn durch Erlaß vom 25. Juli 1944 zum „Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz“, doch das Weisungsrecht für den gesamten zivilen Sektor sowie die Vollmacht, alle Dienststellen von Wehrmacht, Waffen-SS und Polizei im Heimatkriegsgebiet auf überzählige uk-Stellen hin zu überprüfen, entsprach bei weitem nicht jener „inneren Kriegsdiktatur“³⁴, deren Errichtung Goebbels angestrebt hatte. Infolgedessen drängte er bei Hitler im Februar 1945 abermals auf erweiterte Machtbefugnisse und suchte schließlich Himmler für eine Neuordnung aller Strukturen und Zuständigkeiten zu gewinnen. Seinem Vorschlag zufolge sollte er selber zum Reichskanzler aufrücken, Himmler das Oberkommando der Wehrmacht und Bormann die Führung der Partei übernehmen. Der besorgniserregend überlastete Führer dagegen werde künftig, wie Goebbels meinte, über allem stehen und, dem Tag entrückt, in statuenhafter Erhabenheit nur noch jene historische Größe verkörpern, die ihm, wiederum einer Notiz aus jenen Tagen gemäß, als einem „Wunder an Mensch“ gebührte³⁵.

Es versteht sich, daß solche Absichten ins Leere liefen, zumal Hitlers Führungsstil derartige Machtteilungen nie erlaubt und er überdies im Fortgang des Krieges, wie die Berichte aus dem Führerhauptquartier übereinstimmend bezeugen, eine geradezu besessene Neigung für die tausend Einzelfragen des Tagesgeschäfts entwickelt

³¹ Reuth, Goebbels, S. 521.

³² Tagebücher II, Bd. 7, S. 431 (Eintrg. v. 27.2. 1943) und S. 456 (Eintrg. v. 2.3. 1943).

³³ Ebenda, S. 401 (Eintrg. v. 23.2. 1943).

³⁴ Ebenda, Bd. 13, Juli–September 1944, S. 135 (Eintrg. v. 23.7. 1944).

³⁵ Ebenda, Bd. 15, Januar–April 1945, S. 200 (Eintrg. v. 23.1. 1945); Heiber, Joseph Goebbels, S. 347.

hatte. Zudem war er unterdessen zunehmend von dem Gedanken getrieben, die absehbar gewordene Niederlage in jene Katastrophe zu überführen, deren Bild aus überlieferter Schicksalsphase, aus Wagner-Reminiszenzen und Verachtungsgefühlen für das vor der Bewährung zurückweichende eigene Volk unentwirrbar gemischt war.

Eine schwache, hin und wieder nervös aufflackernde, für einen kurzen Augenblick sogar bengalisch leuchtende Hoffnung richtete sich in der Endphase auf den Bruch der „widernatürlichen Koalition“ zwischen den Feindmächten und das „Gebirge von Interessengegensätzen“, das ihr, wie Goebbels wieder und wieder versicherte, innewohnte³⁶. In einer seiner publizistischen Beschwörungen dieser Hoffnung fand er auch die Wendung vom „Eisernen Vorhang“, der nach der Niederlage Deutschlands in Europa niedergehen und den alten Kontinent teilen werde. Lange Zeit redete er sich, wie Hitler auch, ein, es würden dem Land, sobald die Dinge zur Entscheidung trieben, von der einen oder anderen Seite noch „Avancen“ gemacht werden und der zermürbende Zweifrontenkrieg ein Ende finden. Das war die überwältigende Chance, die, wie er glaubte, mit jedem Tag, den die Katastrophe näherrückte, größer und greifbarer wurde, weil die Westmächte die Auslieferung Europas an den Bolschewismus nicht hinnehmen könnten.

Im Gegensatz zu Hitler hatte Goebbels dabei zunächst für ein Arrangement mit dem Westen plädiert. Doch als die Lage sich verschärfte, war der alte antibürgerliche Affekt wieder durchgebrochen. Die Tagebücher enthalten zum Ende hin immer neue Verwünschungen der plutokratischen Mächte, kontrapunktiert von bewundernden Äußerungen über Stalin und den Mut zur „kompletten Revolution“, den jener, im Unterschied zu ihnen selber, aufgebracht habe. Nichts anderes sei, fährt er einmal fort, die tiefste Ursache seiner Stärke und der wahre Grund für den „Triumphpunkt“, den Stalin erreicht habe: Im einzelnen nennt er die umfassende Politisierung der Roten Armee mitsamt der Liquidierung der einstigen Generalität, die Einführung des Politruks, der als Vorbild des nationalsozialistischen Führungsoffiziers dienen könne, die Ausrottung der Geistlichkeit sowie überhaupt das Prinzip des Terrors, bis es schließlich über Stalin beifällig heißt, man könne „von ihm und seiner Methodik lernen“. Es waren die einstigen Bruderschaftsempfindungen, die in diesen Bemerkungen wiederkehrten, der unvergessene Haß von ehemals, als er geschrieben hatte, er wolle „lieber mit dem Bolschewismus den Untergang, als mit dem Kapitalismus ewige Sklaverei“ wählen³⁷. Schließlich zerbrach auch diese letzte, irrealer Erwartung an Hitlers Unschlüssigkeit und seinem Willen zum Ende.

³⁶ Reuth, Goebbels, S. 565 f. Hinweise auf die „widernatürliche“, oft auch als „pervers“ bezeichnete Koalition der Kriegsgegner finden sich in zahlreichen, mit dem naherrückenden Ende vermehrt auftretenden Eintragungen.

³⁷ Heiber, Tagebuch 1925/26, S. 36 f. (Eintrg. v. 25. 10. 1925). Die bewundernden Vermerke über Stalin und das sowjetrussische Regime finden sich in nahezu allen bisher veröffentlichten Bänden, die hier angeführten Hinweise entstammen durchweg den Tagebüchern II, Bd. 11, Januar-März 1944, S. 126 (Eintrg. v. 20. 1. 1944), S. 162 (Eintrg. v. 25. 1. 1944) und S. 403 f. (Eintrg. v. 4. 3. 1944).

Dieses Ende hat Goebbels wie in einer letzten Demonstration seines Grundsatzes, wonach der Propagandist sich niemals widersprechen dürfe, an der Seite Hitlers im Bunker der Berliner Reichskanzlei gesucht. Es schien, als wolle er damit seinen nie befriedigten Kompensationshunger in einer großen abschließenden Geste stillen und sich, anders als die schmählich geflohenen Mitkämpfer früherer Tage, als der getreueste Gefolgsmann erweisen. Doch in Wirklichkeit war er keineswegs treuer, sondern nur kälter und illusionsloser als die übrigen Paladine, und er täuschte sich auch nicht darüber, in welchem Maße sie sich die zivilisierte Welt zum Feind gemacht hatten. Schon im Herbst 1943 findet sich in den Tagebüchern der Vermerk, die Ausrottung der Juden müsse nicht zuletzt als Signal verstanden werden, daß von nun an alle Brücken zu irgendeinem rettenden Ufer abgebrochen seien. Das Bild taucht noch verschiedentlich auf, auch in seiner Kolumne im „Reich“, und die dunklen, verschwiegene Zusammenhänge, die sich da ergaben, haben vermutlich ihr Teil dazu beigetragen, Führung und Volk selbst in so aussichtsloser Lage noch zusammenzuketten. Wie sehr die Politik des Regimes, die gesamte Nation in einen komplizierten Verbrechensverbund zu zerren, einer weit zurückreichenden Strategie entsprach, macht eine Äußerung schon vom Sommer 1941 erkennbar. „Haben wir gesiegt“, äußert Goebbels da, „wer fragt uns nach der Methode. Wir haben sowieso soviel auf dem Kerbholz, daß wir siegen müssen, weil sonst unser ganzes Volk, wir an der Spitze mit allem ... ausradiert werden.“ Und zu Göring, im Frühjahr 1943, es gebe nun „gar kein Entrinnen mehr“³⁸.

Aus diesem Grunde auch bestürmte er den wiederum zögernden Hitler, das Ende in Berlin zu erwarten, statt nach Berchtesgaden oder anderswo in der Alpenfestung auszuweichen: „Man ficht bis zum letzten nicht um die Sommerresidenz“, lautete sein schlagendes Argument, „sondern um die Reichshauptstadt“³⁹. In seinem Bemühen sah er sich offenbar noch bestärkt, seit Bormann zusehends ungeduldiger zur Flucht drängte – und jetzt endlich, in allerletzter Stunde und wie verspätet auch immer, gelang ihm der so lange vergeblich erhoffte Triumph über den verhassten Rivalen. Hitler blieb in Berlin. Eine Woche nach dieser Entscheidung, zwei Tage vor dem Ende, wurde ihm sogar die Genugtuung zuteil, durch die von Hitler testamentarisch verfügte Ernennung zum Reichskanzler auch hierarchisch dem ewig quertreibenden Nebenbuhler vorgesetzt zu werden. Was diesen letzten, sinnlosen Zweikampf zu seinen Gunsten entschied, war ein Entschluß, dem Bormann schlechthin nichts entgegenzusetzen hatte. Aus dem Führerraum tretend und den wartenden Gegenspieler hochmütig ignorierend, sagte Goebbels am 22. April 1945 zu einer von Hitlers Sekretärinnen, seine Frau werde jetzt mit den sechs Kindern in den Bunker übersiedeln und gemeinsam würden sie alle hier, an der Seite des Führers, den Tod suchen.

³⁸ Tagebücher I, Bd. 4: 1940–1941, S. 696 (Eintrg. v. 16. 6. 1941); Tagebücher II, Bd. 7, S. 454 (Eintrg. vom 2. 3. 1943).

³⁹ Stephan, Joseph Goebbels, S. 301.

Es war nicht nur eine große Trumpfkarte, die er in diesem Augenblick ausspielte, und nicht nur die äußerste, vom Schauder vor sich selbst erfüllte Zuckung seines Radikalismus; vielmehr auch sein letzter, alles besiegender inszenatorischer Einfall: zum Ende nur noch er, Joseph Goebbels, zusammen mit seiner Frau, und an Stelle der abgefallenen oder untergetauchten Anhänger die unschuldige Statisterie seiner Kinder, aufgestellt zu jenem wiederholt beschworenen „festen Ring“, der sich, wie er zu versichern liebte, „in den großen Schicksals- und Entscheidungsstunden“ immer um den Führer gebildet habe⁴⁰. Zu diesem, wie er wohl meinte, unvergeßlichen Schlußbild hat er, der stets auch der erste Propagandist seiner selbst gewesen war, seine Kinder zum Sterben auf die Szene geholt. Die Wirkung blieb nicht aus. Hinter dem gefallenem Vorhang geisterte er noch geraume Zeit als dämonische Figur weiter, womöglich bis heute.

Doch die dahinter wirkende Absicht, der Nachwelt durch einen erschütternden Abgang einen Mythos von Kampf, Größe, Selbstopfer und tragischem Untergang zu vermachen und auf diese Weise dem Nationalsozialismus zur Fortexistenz zu verhelfen, ist ihm, entgegen manchen anderslautenden Besorgnissen dieser Tage, nicht geglückt. „Wir werden verbrannt, verglüht, vergraben, vergessen sein“, hatte er in einem seiner poetischen Versuche aus frühen Jahren geschrieben⁴¹. Der Satz, wie literarisch sich sein Pathos auch ausnehmen mag, ist Wort für Wort in Erfüllung gegangen. Was dagegen unvergessen bleiben und weit eher ein Anlaß zur Beunruhigung sein sollte, ist die von Goebbels so erfolgreich umgesetzte Idee von der totalen Lenkbarkeit des Menschen durch die Mittel moderner Massenkommunikation. Mit ihrer Hilfe und auf virtuose Weise hat er organisiert, was immer der Augenblick und die Zwecke der Macht verlangten: Jubel und Ausschreitungen, Pogrome, Vertrauen, auch die Stillstellungen des Gewissens sowie die Regression eines alten Kulturvolkes ins seltsame Glück vorzeitlicher Riten: daß Menschen gemeinsam aufstanden, Kampflieder anstimmten, Hände hoben sowie Treueschwüre leisteten und schließlich, in der Schlußphase des Krieges, sogar eine gegen alle natürlichen Überlebensinstinkte gerichtete Selbstvernichtungswut entfalteten. Noch Tage bevor er seinem Leben ein Ende machte, rühmte er sich, das Volk gegen zahllose Widrigkeiten und angesichts so „ungeheuerlicher Belastungen“ bis zuletzt „geschlossen beieinander gehalten“ zu haben⁴².

Doch war dies ein Erfolg, den er nun nur noch um seiner selbst willen suchte. Die Sorge, der er sich zum Ende hin vor allem widmete, galt der Sicherstellung der Tagebücher. Bereits im März 1941 hatte er eine Partie von zwanzig voluminösen Bänden in die Kellertresore der Reichsbank verbringen lassen und begründend dazu bemerkt: „Sie sind doch zu wertvoll, als daß sie einem evtl. Bombenangriff zum Opfer fallen dürften. Sie schildern mein ganzes Leben und unsere Zeit. Läßt das Schicksal

⁴⁰ So z.B. in der Geburtstagsansprache zum 20. April 1943, hier zit. nach Heiber, Joseph Goebbels, S.398.

⁴¹ Ebenda, S.402.

⁴² Zit. nach Stephan, Joseph Goebbels, S.304.

mir dafür ein paar Jahre Zeit, dann will ich sie für spätere Generationen überarbeiten.“ Und zu dem Ingenieur, der die Mikrofichierung der Notizen vornahm, sagte er etwa um die gleiche Zeit, alles könne er verlieren, nur diese Aufzeichnungen nicht⁴³.

Entgegen diesem Wunsch sind sie zunächst nicht einmal zusammengeblieben. In die Wirrnisse des Untergangs geraten, gelangten zumindest Teilstücke hierhin und dorthin, einige tausend Blatt sogar in die Hände eines freilich aufmerksamen Altpapierhändlers. Nach abenteuerlichen Wegen ist die Menge der Bestände jetzt wieder zusammengeführt. Was sie bei allen Aufschlüssen, die sie vermitteln, am Ende doch nicht preisgeben, ist die Kardinalfrage, auf die jede Beschäftigung mit jener Zeit hinausläuft und die auch von der Masse der Wörter, die dieser redseligste der Gefolgsleute Hitlers hinterlassen hat, eher verdeckt als beantwortet wird: Wie die trotz aller propagandatechnischen Verschlagenheit, allen psychologischen Scharfsinns und aller machttaktischen Gewandtheit doch auch an ihm unübersehbare persönliche Nichtigkeit so gewaltige Wirkungen haben konnte. In einem seiner letzten Leitartikel für „Das Reich“ hatte er am 19. März 1945, inmitten von Trümmerbergen, nicht ohne verzweifelte Befriedigung geschrieben: „Wir haben diesem Jahrhundert unseren Stempel aufgedrückt und es wird einmal [...] unseren Namen tragen“⁴⁴. Womöglich nicht den ihren allein. Aber aufs Ganze gesehen, hat er sich nach einem Leben, dessen immerwährender Vorsatz die Irreführung sei es anderer, sei es seiner selbst gewesen war, darin noch am wenigsten getäuscht.

⁴³ Fröhlich, Goebbels und seine Tagebücher, S. 496, 498.

⁴⁴ Zit. nach Heiber, Joseph Goebbels, S. 405.

KLAUS HENTSCHEL UND MONIKA RENNEBERG

EINE AKADEMISCHE KARRIERE

Der Astronom Otto Heckmann im Dritten Reich

Als 1933 die Nationalsozialisten die Macht übernahmen, stand Otto Heckmann als Assistent an der Göttinger Universitäts-Sternwarte noch am Beginn einer Laufbahn in der Astronomie in Deutschland. Als die Alliierten 1945 die Herrschaft der Nationalsozialisten beendeten, war Otto Heckmann Direktor der Sternwarte Hamburg-Bergedorf und ordentlicher Professor für Astronomie an der Universität Hamburg¹. Dazwischen liegt eine akademische Karriere im Nationalsozialismus, die hier nachgezeichnet werden soll.

Der Aufstieg des Astronomen und Kosmologen ging keineswegs glatt vonstatten. Er wurde aufgehalten durch Heckmanns Ruf, ein linker Zentrumsanhänger, ein verkappter Judenfreund und ein Anhänger der Relativitätstheorie zu sein². Waren diese Charakterisierungen als neue Bewertungskriterien für einen akademischen Aufstieg im Nationalsozialismus sehr hinderlich, so zeigte sich Heckmann doch in der Lage, diesen Ruf abzustreifen und sich mit vielen kleinen Schritten als „politisch zuverlässiger“ Deutscher zu erweisen. Insofern wird unsere Darstellung dieser akademischen Karriere im Nationalsozialismus auch die Anatomie einer Anpassung sein³.

¹ Die Astronomie in der NS-Zeit wurde bislang nur für Bayern detaillierter untersucht in: Freddy Litten, *Astronomie in Bayern 1914–1945*, Stuttgart 1992. Die Autoren danken dem Bundesbeauftragten für das Innere in Berlin bezüglich der Mappe Heckmann im Berlin Document Center, dem Staatsarchiv Hamburg, den Physikalischen Instituten Hamburg, dem Hochschularchiv der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt a.M. sowie dem Universitätsarchiv der Georg-August-Universität Göttingen für die Genehmigung zum ausschnittweisen Zitieren aus Originaldokumenten. Für konstruktive Kritik bedanken wir uns bei Prof. Dr. Hubert Goenner (Institut für theoretische Physik, Univ. Göttingen), Prof. Dr. Andreas Kleinert (IGN, Hamburg), Dipl. phys. Jost Lemmerich (Berlin), Prof. Dr. Mark Walker (Schenectady, USA), Prof. Dr. Hans-Heinrich Voigt und Prof. Dr. Bernd Weisbrod (Univ. Göttingen). Frau Urte Gerberding, Göttingen, danken wir für die Ermittlung von Nachrufen auf Otto Heckmann in astronomischen Fachzeitschriften und Tageszeitungen.

² Zur Kampagne der „Deutschen Physik“ gegen die Relativitätstheorie und Quantenmechanik siehe z.B. Alan D. Beyerchen, *Wissenschaftler unter Hitler*, Frankfurt a.M. 1982; Steffen Richter, *Die „Deutsche Physik“*, in: Herbert Mehrrens/Steffen Richter (Hrsg.), *Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie*, Frankfurt a.M. 1980, S. 116–141; Klaus Hentschel, *Interpretationen und Fehlinterpretationen der speziellen und der allgemeinen Relativitätstheorie durch Zeitgenossen Albert Einsteins*, Basel 1990, Abschn. 3.2.

³ Für vergleichbare biographische Studien siehe David Cassidy, *Uncertainty. The Life and Science*

Es geht uns nicht um eine moralische Beurteilung des Verhaltens von Otto Heckmann, sondern um die Aufklärung von Mustern und Bedingungen für eine akademische Karriere im Nationalsozialismus. Wir würden zu kurz greifen, wollten wir diesen aufgehaltene Aufstieg auf eine Auseinandersetzung zwischen Heckmann und dem NS-Dozentenbund, der die politischen Vorwürfe gegen ihn formulierte, reduzieren. Weder wurden 1933 verbindliche neue Spielregeln für akademische Karrieren ausgegeben, noch wurden sie allein von den Parteiinstanzen festgelegt. Berufungen auf akademische Positionen waren ebenfalls abhängig vom Verhalten der Kollegen im Wissenschaftsbetrieb, der akademischen Gremien, der örtlichen Behörden und des Reichserziehungsministeriums (REM), von den Handlungsspielräumen dieser einzelnen Instanzen in der NS-Polykratie und davon, wie und wofür sie genutzt wurden⁴. Der spezielle Weg Otto Heckmanns war ebenfalls von solchen komplizierten Spielregeln abhängig. Sie weisen Muster auf, wie sie für die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik als typisch diskutiert werden⁵.

of Werner Heisenberg, New York 1992; Mark Walker, Physics and Propaganda: Werner Heisenberg's foreign lectures under National Socialism, in: *Historical Studies in the Physical and Biological Sciences* 22 (1992), S. 339–389; Gereon Wolters, Opportunismus als Naturanlage: Hugo Dingler und das Dritte Reich, in: Peter Janich (Hrsg.), *Entwicklungen der methodischen Philosophie*, Frankfurt a.M. 1992, S. 257–327.

⁴ Zur NS-Polykratie vgl. Reinhard Bollmus, *Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*, Stuttgart 1970; Martin Broszat, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1983, Kap. 9; Ian Kershaw, *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*, Reinbek bei Hamburg 1988. Speziell zum Reichserziehungsministerium sowie zu Hochschullehrern siehe Hellmut Seier, *Der Rektor als Führer. Zur Hochschulpolitik des Reichserziehungsministeriums 1934–1945*, in: *VfZ* 12 (1964), S. 105–146; ders., *Niveauekritik und partielle Opposition. Zur Lage an den deutschen Hochschulen 1939–40*, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 58 (1976), S. 227–246; Manfred Funke, *Universität und Zeitgeist im Dritten Reich. Eine Betrachtung zum politischen Verhalten von Gelehrten*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 12* (1986), S. 3–14; zum NS-Dozentenbund siehe Reece C. Kelly, *National Socialism and German University Teachers. The NSDAP's Efforts to Create a NS Professoriate*, Ph.D. Thesis, University of Washington 1973.

⁵ Vgl. zur Wirkung des Nationalsozialismus auf die Universitäten die neueren Universitätsgeschichten Heinrich Becker/Hans-Joachim Dahms/Cornelia Wegeler, *Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. Das verdrängte Kapitel aus ihrer 250jährigen Geschichte*, München u.a. 1987; Frank Golczewski, *Kölner Universitätslehrer und der Nationalsozialismus. Personengeschichtliche Ansätze*, Köln 1988; Dorothee Mussnug, *Die vertriebenen Heidelberger Dozenten*, Heidelberg 1988; Eckart Krause/Ludwig Huber/Holger Fischer (Hrsg.), *Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933–1945*, 3 Bde, Berlin 1991, hier besonders Barbara Vogel, *Anpassung und Widerstand. Das Verhältnis Hamburger Hochschullehrer zum Staat 1919 bis 1945*, Bd. I, S. 3–83. Überregionale Aspekte werden auch thematisiert in: Leonore Siegele-Wenschkewitz/Gerda Struchlik (Hrsg.), *Hochschule und Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 1990. Eine sehr umfangreiche Literaturliste bietet Helmut Heiber, *Universität unter dem Hakenkreuz*, Bd. 1: *Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz*, München u.a. 1991. Vergleichbare Berufungsvorgänge in der Astronomie diskutiert vor allem Litten, *Astronomie in Bayern*, S. 72f. (München) und S. 217f. (Wien). Den Einfluß der Parteimitgliedschaft auf Berufungsvorgänge und Karrieren in anderen Disziplinen untersuchen vor allem

1. Werdegang Otto Heckmanns⁶

Otto Heckmann wurde am 23. Juni 1901 in Opladen in ein katholisches Elternhaus geboren; sein Vater war Notar. Er studierte Mathematik, Physik und Astronomie in Bonn bis zu seiner Promotion im Jahr 1925. Dann folgte eine Tätigkeit als Assistent, zunächst in Bonn, ab dem 1. April 1927 in Göttingen⁷. In Bonn bereitete Heckmann die Wiederholung der Zonenkatalogmessung der Astronomischen Gesellschaft mit vor. Seine Habilitation 1929 bestand in der astrometrisch-photometrischen Untersuchung des Sternhaufens Coma Berenices, die er mittels des von ihm mit aufgebauten Astrographen des Hainberg-Observatoriums ausführte. Daneben widmete er sich in den dreißiger Jahren zunehmend theoretischen Arbeiten zur Dynamik von Sternsystemen und zur Kosmologie. Trotz seiner zeitigen Habilitation mit 28 Jahren und seiner 1935 erfolgten Ernennung zum nicht-beamteten außerordentlichen Professor konnte Heckmann erst im Januar 1942 einer Berufung nach Hamburg Folge leisten; bis dahin blieb er (insgesamt 14 Jahre lang!) Assistent an der Sternwarte⁸, deren Leitung ihm im Dezember 1939 vorläufig übertragen worden war⁹.

Ulfried Geuter, Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1984; Mitchell Ash/Ulfried Geuter (Hrsg.), Geschichte der deutschen Psychologie im 20. Jahrhundert. Ein Überblick, Opladen 1985; Ute Deichmann, Biologen unter Hitler: Vertreibung, Karrieren, Forschung, Frankfurt a.M. 1992; die neuesten Darstellungen zu den verschiedensten Wissensgebieten im Nationalsozialismus liegen vor in: Monika Renneberg/Mark Walker (Hrsg.), Science, Technology and National Socialism, Cambridge/Mass. 1994; Christoph Meinel/Peter Voswinckel (Hrsg.), Medizin, Naturwissenschaft, Technik und Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 1994.

⁶ Vgl. dazu seine Autobiographie *Sterne, Kosmos, Weltmodelle. Erlebte Astronomie*, München/Zürich 1976, die allerdings in einigen hier relevanten Einzelheiten nicht ganz zuverlässig ist und vor allem zur NS-Zeit erheblicher Ergänzungen bedarf, sowie die Nachrufe von Hans-Jürgen Treder, in: *Astronomische Nachrichten* 305 (1984), S. 150–151; Hans-Heinrich Voigt, in: *Mitteilungen der Astronomischen Gesellschaft* 60 (1983), S. 9–12 (mit Photographie); ders., in: *Sterne und Weltraum* Heft 6 (1983), S. 272.

⁷ Vgl. Universitätsarchiv Göttingen, Akten des Univ. Kuratoriums, Sternwarte Göttingen (künftig: UAG-K), Abt. XVI, IV C, 2. Assistenten, Bd. I: bis 1933. Aus einer Notiz von Kienle vom 22. 2. 1927 (ebenda) ergibt sich, daß Heckmann zunächst in Vertretung von Paul ten Bruggencate eingestellt wurde. Erst vom 1. 4. 1929 an erhielt Heckmann eine planmäßige Assistentenstelle (unter Anrechnung der ersten beiden Dienstjahre).

⁸ Wie sich aus den Akten des Kurators der Universität Göttingen ergibt, wurde Heckmanns Assistentenstelle aufgrund der nachdrücklichen Empfehlung von Hans Kienle stets zum 1. April für jeweils zwei Jahre verlängert, zuletzt am 1. 4. 1940; siehe UAG-K, Abt. XVI, IV C.

⁹ Letzteres laut Jahresbericht der Sternwarte Göttingen, in: *Vierteljahrsschrift der Astronomischen Gesellschaft* 75 (1940), S. 103f. bzw. laut Schreiben des Rektors der Universität Göttingen vom 21. 8. 1939 zur Ernennung zum außerordentlichen Professor bzw. vom 19. 12. 1939 zur vertretungsweisen Wahrnehmung des Göttinger Lehrstuhls für Astronomie, der durch Abordnung von Kienle freigeworden war, in: Universitätsarchiv Göttingen, Personalakte Heckmann (künftig: UAG-P).

Die Machtübernahme der NSDAP am 30. Januar 1933 und die damit verbundenen Umwälzungen waren in einer Universitätsstadt wie Göttingen deutlich spürbar, in der allein in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät mindestens 48 Kollegen wegen ihrer Abstammung oder (seltener) wegen ihrer politischen Überzeugungen durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 und dessen Durchführungsbestimmungen in das Exil getrieben wurden¹⁰. Dieser personelle Kahlschlag, der ganze Institute, die vormals Weltniveau hatten, teilweise bis zur Arbeitsunfähigkeit dezimierte, hatte auch für Heckmann recht bald Konsequenzen, denn er sollte im Sommersemester anstelle von Max Born (1882–1970), der seit 1921 Professor am 2. physikalischen Institut der Universität Göttingen war, aber 1933 wegen seiner Religionszugehörigkeit zu den ersten Entlassenen gehörte, die Vorlesung über theoretische Optik halten. Heckmann berichtet dazu:

„Ich besuchte Born, der noch in Göttingen wohnte, und fragte, was er dazu meine. Er fragte mich sehr schnell und scharf: ‚Sie werden das doch nicht mitmachen? Die Herren sollen doch in den Schwierigkeiten festhängen, die sie sich selbst zuzuschreiben haben!‘ Ich ging bedrückt und ratlos nach Hause. Am Abend klingelte es, und Born stand vor der Tür. Er sagte nur kurz: ‚Halten Sie die Vorlesung. Den neuen Machthabern imponiert man doch nicht mit der schwachen Obstruktion eines Vorlesungsausfalles‘. Ich hielt dann die Vorlesung wirklich, leitete sie aber mit einer kurzen Bemerkung ein, die auf den Widersinn hinwies, einen Astronomen über Optik lesen zu lassen, während man in Born einen der großen Meister des Gebietes am Ort habe.“¹¹

Ob diesem über vier Jahrzehnte später abgegebenen Bericht Heckmanns Glauben zu schenken ist, erscheint uns jedoch eher zweifelhaft, denn Max Born hat in seinen eigenen Lebenserinnerungen eine in der Tonlage ganz andere Schilderung dieser Vorgänge gegeben:

„An other incident which made me furious was this. Dr. Otto Heckmann, assistant of professor Kienle at the astronomical observatory [...] asked me to give him my lecture notes as he had been charged with continuing my course. I regarded this as

¹⁰ Für eine Aufstellung der Professoren, Privatdozenten, Lehrbeauftragten und Nachwuchswissenschaftler, die Göttingen nach 1933 verlassen mußten, vgl. Becker/Dahms/Wegeler, Universität Göttingen, S. 489–501; vgl. auch Beyerchen, Wissenschaftler unter Hitler. Heckmanns damalige (Fehl)einschätzung der Lage, „daß man das System durch Rückzug auf den wissenschaftlichen Bereich überstehen könne“, wird referiert in: Ebenda, S. 377f. Die von „Furcht, sich zu exponieren“, und dem „Bedürfnis, sich zu schützen“, geprägte Atmosphäre der Anpassung in Göttingen nach 1933 schildert aus der Sicht der im Lande Gebliebenen Heinz Maier-Leibnitz, vgl. dazu Anne-Lydia Edinghaus, Heinz Maier-Leibnitz. Ein halbes Jahrhundert experimentelle Physik, München u. a. 1986, S. 49f., aus der Perspektive des in die Emigration getriebenen Wissenschaftlers Max Born, Mein Leben. Die Erinnerungen des Nobelpreisträgers, Teil 2, München 1975.

¹¹ Heckmann, Sterne, Kosmos, Weltmodelle, S. 30. Tatsächlich gab es nach 1933 nur sehr wenige Fälle von Verweigerung der Vertretung „nichtarischer“ Kollegen, siehe Becker/Dahms/Wegeler, Universität Göttingen, S. 38.

terribly tactless and refused. [...] Twentyfive years later I met Heckmann again who was then head of the big observatory at Hamburg-Bergedorf. He apologized for his behaviour and explained it by the pressure exerted on him by the new Nazi administration. Well [...] after so many years I considered it best to forget those minor weaknesses shown by my colleagues during the Hitler regime."¹²

Ebenfalls noch 1933 wurde Heckmann damit konfrontiert, daß die neuen Machthaber offen politische Bewertungen als Kriterien für akademische Positionen einsetzten. So wurde ihm, wie er 1945 schrieb, „eine Berufung nach Frankfurt aus politischen Gründen verweigert“¹³. In der Tat hatten sich drei Frankfurter Professoren aus der Physik bzw. Mathematik aktiv für eine Berufung Heckmanns auf eine freigewordene Frankfurter Astronomenstelle eingesetzt¹⁴. Daraufhin griff der langjährige Assistent der Universitätssternwarte, Karl Boda (1889–1942)¹⁵, dem zuvor ein Lehrauftrag für Astronomie zugesagt worden war, der später in ein persönliches Ordinariat umgewandelt werden sollte, zum Mittel der politischen Denunziation, um diese Berufung zu verhindern. Der Frankfurter Ortsgruppe der NSDAP schrieb Boda, daß er während einer Astronentagung in Göttingen von dem dortigen Kreisleiter der NSDAP, Dr. Thomas Gengler, erfahren habe, daß Heckmann, den er „bis dahin nur als Fachmann, nicht nach seiner politischen Einstellung gekannt habe, strammer Zentrumsman und, wie aus seinen Äußerungen über die Bewegung hervorgehe, Gegner der NSDAP sei“¹⁶. Des weiteren habe er, Boda, „den Eindruck gewonnen, daß in Heckmann, der, wie er in Göttingen gehört habe, vorzugsweise in jüdischen Kreisen verkehrt habe, [...] damit ein Feind der Bewegung nach Frankfurt gezogen werden sollte, zumal Heckmann als Astro-Physiker für den hiesigen Posten auch seiner Vorbildung nach gar nicht geeignet sei“¹⁷. Boda wies den Verdacht, daß es ihm um die Ausschaltung eines unliebsamen Konkurrenten ging, mit der eifertigen Versicherung zurück, „sein Vorgehen gegen Dr. Heckmann sei lediglich aus dem Wunsche entsprungen, vor einer politisch nicht einwandfreien Persönlichkeit zu warnen“¹⁸. Dieser Auffassung schloß sich auch der Frankfurter Dozentenschaftsführer

¹² Staatsbibliothek Preussischer Kulturbesitz, Berlin (Born-Nachlaß), Born, Manuskript zu seinen *Recollections, Second Part, Tempestuous years*, Bl. 70 (Orthographie im Original). Wir danken Herrn Dipl. phys. Jost Lemmerich für den Hinweis und die Transkription dieses Passus, der nur in der englische Ausgabe der *Erinnerungen Borns, My Life*, London 1978, S. 251, zitiert wird.

¹³ Staatsarchiv Hamburg, Dozenten- und Personalakten: Mappe Heckmann, Otto Heckmann (künftig: StaHH, Heckmann), Persönliche Bemerkungen als Ergänzung zum Personalfragebogen, 9.7. 1945.

¹⁴ Bestand des Frankfurter Universitätsarchives.

¹⁵ 1919 Promotion in Frankfurt als Schüler von Martin Brendel, seit 1922 Assistent, ab 1934(!) „Dozent mit Diäten“ (alle Angaben laut Poggendorffs biographisch-literarischem Handwörterbuch).

¹⁶ Archiv der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt a. M., Akten des Kurators (NSD-Dozentenbund) (künftig: AUF, Akten des Kurators), Abt. 10, Nr. 11, Blatt 99–100, Führer der Dozentenschaft der Universität Frankfurt, Prof. Dr. med. O. Girndt an Ministerialdirektor Prof. Dr. Vahlen, Reichserziehungsministerium, 27.9. 1934.

¹⁷ Ebenda, Blatt 100.

¹⁸ Ebenda.

Prof. Dr. O. Girndt bei seiner Beschreibung der Vorgänge um die Rückgängigmachung von Heckmanns Berufung nach Frankfurt im wesentlichen an.

Nicht viel besser erging es Heckmann, als er 1934 von Walther Gerlach (1889–1979) für den astronomischen Lehrstuhl der Universität München vorgeschlagen wurde, der seit der Vertreibung von Alexander Wilkens (1881–1968) wegen § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums verwaist war: vom Münchner Dozenten-schaftsführer (und in Personalunion Gaudozentenbundsführer) Wilhelm Führer¹⁹ (geb. 1904) wurde Heckmann wegen seiner früheren Zugehörigkeit zur katholischen Jugendbewegung abgelehnt, und das Münchner Mitglied des NSDStB, Bruno Thüring²⁰ (1905–1989), denunzierte Heckmann und seinen Lehrer, sie seien für ihre „internationale, liberalistisch-demokratische Einstellung“ bekannt²¹. Aus diesen beiden Rückschlägen dürfte Heckmann gelernt haben, daß er, wenn er weiter den Ruf des „strammen“ und obendrein katholischen „linken Zentrumsmanns“ behielt, wohl kaum Chancen weiteren beruflichen Aufstiegs gehabt hätte. Doch selbst mit dem status quo, sprich der Verlängerung von Heckmanns Assistentenstelle in Göttingen, gab es 1934 Heckmann zufolge Schwierigkeiten²², und dies, obwohl Heckmann durch den Direktor der Göttinger Sternwarte Hans Kienle²³ (1895–1975) mehrfach und zweifellos zu Recht bescheinigt wurde, „zu den Führenden des Nachwuchses in der Astro-

¹⁹ Führer, ausgebildeter Astronom, promovierte 1933 bei Rosenberg in Kiel über Farbäquivalente von 51 polnahen Sternen, seit 1930 bei der Schriftleitung der *Astronomischen Nachrichten* in Kiel beschäftigt, 1934–1936 Leiter der Dozentschaft der Universität München; ab 1936 war der SS Untersturmführer Referent für Hochschulangelegenheiten im Bayerischen Kultusministerium, ab November 1938 als Regierungsrat 1. Klasse und ab 1939 Oberregierungsrat im REM. Zu Führer, der 1941–1943 SS Obersturmführer im „Ahnenerbe“ und 1943–1945 Obersturmführer der Waffen-SS, seit Juli 1944 im persönlichen Stab des Reichsführers SS, war und nach dem Krieg bis 1948 interniert wurde, siehe auch Beyerchen, *Wissenschaftler unter Hitler*, S. 211, 224f., 242ff.; Gerard P. Kuiper, *German Astronomy during the War*, in: *Popular Astronomy* 54 (1947), S. 263–287, hier S. 277; Litten, *Astronomie in Bayern*, S. 237f.; Cassidy, Heisenberg, S. 388, 399, 441.

²⁰ Zu Thüring, der im September 1940 als Professor für Astronomie nach Wien berufen wurde, siehe Wolters, *Opportunismus*, S. 261, wo u. a. berichtet wird, daß Thüring den Direktor der Münchener Sternwarte, Alexander Wilkens, denunziert hatte, was zu dessen Entlassung führte. Vgl. auch Cassidy, Heisenberg, S. 388, 397, 463f. und Litten, *Astronomie in Bayern*, S. 148–151 u. 256.

²¹ Durch diese erneute Denunziation glaubte Thüring, „gegen das durch Wilkens verkörperte Hochschulsystem“ ansetzen zu können. Berufen wurde schließlich der überzeugte Nationalsozialist Wilhelm Rabe (1893–1958) als Garant der Vermeidung des „völligen Zusammenbruchs des innerhalb der deutschen Astronomie um eine nationalsozialistische Hochschulgestaltung entbrannten Kampfes“. Vgl. dazu: Heiber, *Universität unter dem Hakenkreuz*, S. 338; Ulf Rosenow, *Die Göttinger Physiker unter dem Nationalsozialismus*, in: Becker/Dahms/Wegeler, *Universität Göttingen*, S. 390f.; Litten, *Astronomie in Bayern*, S. 72–77, 248.

²² StaHH, Heckmann, *Persönliche Bemerkung als Ergänzung zum Personalfragebogen*, 9.7. 1945. Weder in den Institutsakten der Sternwarte, UAG-K, Abt. XVI, IV C, noch in Heckmanns Personalakte im Göttinger Universitätsarchiv findet sich ein Niederschlag dazu.

²³ Zu Kienles wissenschaftlichem Werdegang, der ihn nach dem Studium und der Assistentenzeit an der Universität München (insbesondere bei Hugo von Seeliger) ab 1924 an die Universität Göttingen geführt hatte, siehe Werner Heisenberg, *Gedenkworte für Hans Kienle*, in: *Orden pour le mérite für Wissenschaften und Künste* 12 (1975), S. 129–134.

nomie“ zu zählen, dessen wissenschaftliche Leistungen allgemein anerkannt seien und der unbedingt als Anwärter auf ein Ordinariat zu betrachten sei²⁴.

Tatsächlich bestanden während des ersten Jahres der NS-Herrschaft in Göttingen „starke Bedenken“ wegen Heckmanns politischer Einstellung, die sich unter anderem in Schwierigkeiten bei der Aufnahme Heckmanns in die NSD-Dozentenschaft ausdrückten, wobei allerdings ein anfängliches Veto von Parteiseite später zurückgezogen und Heckmann nachträglich doch noch in die Dozentenschaft aufgenommen wurde²⁵. In allen diesen Fällen hat das negative politische Gutachten der Göttinger Kreisleitung der NSDAP vom September 1933 eine entscheidende Rolle gespielt:

„Der Privatdozent Dr. O. Heckmann [...] ist seit Jahren Anhänger des linken Zentrumsflügels. Sein persönlicher Verkehr erstreckte sich fast ausschließlich auf Juden. Auch die ganze heutige Einstellung des Dr. H. ist durchaus judenfreundlich. Nach dem 30. Januar [1933] vertrat Dr. Heckmann mit großem Eifer die politische Einstellung der Professoren Frank[sic] und Courant²⁶. Der nationalen Regierung Adolf Hitlers steht H. unbedingt abwartend gegenüber, nicht ohne es gelegentlich an unangebrachter Kritik fehlen zu lassen. Die Kreisleitung [der NSDAP] Göttingen-Stadt vertritt den Standpunkt, daß bei einer derartigen Haltung eine Garantie dafür, daß Dr. H. jederzeit rückhaltlos und bedingungslos sich alles billigend hinter eine nationalsozialistische Regierung stellen könnte, nicht gewährleistet werden kann.“²⁷

Dieses Gutachten macht endgültig klar, daß der nicht beamtete Privatdozent Heckmann im akademischen Bereich wohl keine Aufstiegschancen gehabt hätte, wenn er nicht Schritte unternommen hätte, um diese Einschätzung der örtlichen Parteivertreter zu ändern. Andererseits waren ihm aufgrund seiner hohen Spezialisierung berufliche Alternativen, wie z. B. der Weg in die Industrie, verschlossen. Heckmanns Erfahrungen mit diesen neuen Bewertungskriterien dürften für seine politischen Aktivitäten in dieser Zeit den Hintergrund bilden. So war Heckmann einer der Unterzeichner der Ergebnissadresse, die 1934 für Hitler von Universitätsdozenten aus allen reichsdeutschen Universitäten abgegeben wurde²⁸. Am 1. Juli 1934 trat er in die

²⁴ UAG-K, Abt. XVI, IV C, Assistenten, Bd. II: ab 1934, Anträge Kienles auf Verlängerung der Anstellung des planmäßigen Assistenten Dr. O. Heckmann, 29. 11. 1934 sowie 28. 10. 1937.

²⁵ Der Frankfurter Dozentenschaftsführer Prof. Girndt zitiert in seinem Schreiben an Vahlen vom 27. 9. 1934 auch den Bericht des Göttinger Dozentenschaftsvertreters Dr. Kühn, Zoologisches Institut, 26. 1. 1934, in: AUF, Akten des Kurators, Abt. 10, Nr. 11, Blatt 100–101.

²⁶ James Franck und Richard Courant hatten Göttingen 1933 verlassen müssen; vgl. Göttinger Tageblatt, 19. 4. 1933, S. 3, u. 24. 4. 1933, S. 3, sowie Beyerchen, Wissenschaftler unter Hitler.

²⁷ Berlin Document Center, Mappe Heckmann (künftig: BDC, Heckmann), Der Göttinger Kreisleiter-Stadt der NSDAP an das Kuratorium der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt/M., 5. 9. 1933, Durchschlag.

²⁸ Aus Göttingen unterzeichneten 51 Hochschullehrer, darunter auch Hans Kienle, 14 davon Privatdozenten; vgl. Bekenntnis der Professoren an deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat. Überreicht vom „NS-Lehrerbund“ Sachsen, Dresden, 1934. Laut Hans-Joachim Dahms, Verluste durch Emigration. Die Auswirkungen der nationalsozialistischen „Säuberungen“ an der Universität Göttingen. Eine Fallstudie, in: Exilforschung.

Reichsschaft Hochschullehrer des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) ein²⁹, am 10. Juli wurde er Mitglied der NSV³⁰, und bereits am 19. Januar 1934 schloß er sich der Göttinger Ortsgruppe des NS-Fliegerkorps (NSFK)³¹ an. Seinen Besuch eines Wehrrüchtlingslagers in Rittmarshausen bei Göttingen im Jahr 1934 kommentierte er selbst rückblickend als notwendig, um seine „nationale Gesinnung“ zu beweisen³²; darüber hinaus besuchte Heckmann offenbar auch das Wehrsportlager in Borna bei Leipzig, die ideologische Schulung der Dozentenakademie in Kiel-Büchen sowie nach 1937 das Reichslager für Beamte in Bad Tölz³³. Ob diese Schritte tatsächlich nur als ein Nachkommen von Verpflichtungen, also als Verstellung zu bewerten sind oder als Anzeichen eines inneren Überzeugungswandels, läßt sich nicht entscheiden. Die Parteinstanzen erblickten in Heckmanns Aktivitäten jedenfalls eine allmählich erfolgende Anpassung an Hitlers „Regierung der nationalen Erhebung“ – dies fand dann auch seinen Niederschlag in den Gutachten dieser Zeit über Heckmann. Am 9. Januar 1934 z. B. korrigierte ein Informant der NSDAP seine frühere Einschätzung Heckmanns und führte aus, daß „Dr. Heckmann völlig auf dem Boden der heutigen Regierung steht und nicht – wie ich früheren Äußerungen irrtümlich entnahm – ihr fanatischer Gegner ist“³⁴. Doch auch nach diesen ersten Zeichen einer Annäherung Heckmanns an den Nationalsozialismus blieben die Einschätzungen seiner politischen Einstellung unter Verweis auf seine früheren Sympathien gegenüber Zentrum und „politisch von uns als Nationalsozialisten nicht geschätzten Vertretern der Dozentschaft“ zunächst verhalten: „Dr. Heckmann ein Ordinariat für Astronomie zu geben bzw. ihn zum Direktor einer Sternwarte zu ernennen, ist zumindest zur Zeit noch verfrüht.“³⁵ Erst 1935 finden sich erste vorsichtig positiv urteilende Gutachten über Heckmanns politische Einstellung von seiten zweier NSDAP-Funktionäre: Der von 1933 bis 1945 amtierende NSDAP-Kreisleiter Dr. Thomas Gengler, der übrigens bis Ende September 1936 selbst ein außerplan-

Ein internationales Jahrbuch 4 (1986), S. 160–185, hier S. 162, bestand der Lehrkörper der Universität Göttingen im WS 1932/33 aus 233 Personen, darunter neben ordentlichen und außerordentlichen auch Honorarprofessoren, Privatdozenten sowie Lektoren und Lehrbeauftragte; somit unterzeichneten etwa 20 % des Lehrkörpers, der freilich in den Jahren 1933–38 um 49 Personen verringert wurde.

²⁹ BDC, Heckmann, Karteinummer 294384.

³⁰ Am 1. 10. 1937 Ernennung zum Blockwalter, am 1. 10. 1938 zum Zellenwalter, UAG-P, Daten aus Heckmanns Tätigkeitsbericht in der NSDAP und ihren Gliederungen.

³¹ Ebenda. Möglicherweise trug ihm dieser Schritt Ende 1935 die Ehre ein, als Reserveoffiziers-Anwärter für die Reichsluftwaffe in Aussicht genommen zu werden; vgl. BDC, Heckmann, Anfrage des Wehrbezirkskommandos Göttingen bei der Kreisleitung der NSDAP in Göttingen, 14. 11. 1935 und Genglers Gutachten zu Heckmanns Person vom 19. 12. 1935, sowie UAG-P, Freistellungsbescheid der Luftschutzwarnzentrale Göttingen vom 7. 10. 1939.

³² Heckmann, Sterne, Kosmos, Weltmodelle, S. 191.

³³ Alle Angaben nach Rosenow, Göttinger Physik, S. 391.

³⁴ BDC, Heckmann, Dr. H. Gräfe an Reichspropagandaleiter Woltches, 9. 1. 1934; in beglaubigter Abschrift vom 5. 3. 1935.

³⁵ BDC, Heckmann, Kreisleiter der NSDAP in Göttingen, Gengler, an die Dozentschaft der Universität Göttingen, 27. 10. 1934.

mäßiger Assistent an der Göttinger Sternwarte war³⁶, also die dortigen Verhältnisse aus eigener Anschauung kannte, nahm seine frühere abwartende Haltung zurück und stellte fest: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß Herr Dr. Heckmann sich eifrigst bemüht hat, sich das Wesensgefüge des Nationalsozialismus in seiner ganzen Einstellung zu eigen zu machen und an dem Aufbau des Dritten Reiches durch seinen persönlichen Einsatz mitzuwirken.“³⁷ Die Tatsache, daß der NSDAP-Kreisleiter Göttingens zufällig ein Astronom war und Heckmann persönlich gut kannte, ist für die seit 1935 zunehmend wohlwollende Beurteilung Heckmanns durch die NSDAP-Kreisleitung von erheblicher Bedeutung gewesen³⁸.

Doch nicht nur Gengler, sondern auch der Leiter der Dozentenschaft der Technischen Hochschule Hannover kam in einem wenig später verfaßten Gutachten zu einer verhalten positiven Bewertung des „etwas grüblerisch und sehr überlegend“ veranlagten Heckmann, der „zu der gerade in Göttingen so verbreiteten Sekte der hochgezüchteten Wissenschaftler [gehöre], die sich früher nie um politische Dinge gekümmert haben und aus diesem Grund mit großer Skepsis an jede Umstellung auf diesem Gebiet herangehen“³⁹. Auch hier finden sich die für Gutachten von Mitgliedern der scientific community typischen apologetischen Bemerkungen, mit denen die frühere Einstellung Heckmanns entschuldigt wird, bei dem es „lange gedauert [habe], bis er sich innerlich auf die große Linie eingestellt hat“:

„[Es] hat eine politisch leitende Hand gefehlt, die diesem an sich prachtvollen Menschen das nötige politische Denken vermittelte. Da Heckmann, soviel ich weiß, von jeher sozial eingestellt war, darf man taktlose Äußerungen, die er vielleicht in der Übereilung gemacht hat, nicht als Maßstab für seine Einstellung zum Nationalsozialismus werten, sie sind, wie ich ihn als übereifrigen Wissenschaftler kenne, wohl lediglich aus gewissen persönlichen Verärgerungen heraus entstanden. Kurz gesagt kann ich heute voll und ganz für ihn eintreten und würde mich freuen, wenn seine wissenschaftliche Kraft der Deutschen Astronomie erhalten bleibt.“⁴⁰

³⁶ Wie aus Gutachten Kienles und Schulers über Gengler vom 22. bzw. 29.6. 1933 hervorgeht, war Gengler ein von der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft bezahlter Assistent Professor Schulers, der in der Uhrenabteilung arbeitete, UAG-K, Abt. XVI, IV C. Ursprünglich wollte Gengler zum 1.8. 1934 wegen der hauptamtlichen Übernahme der NSDAP Kreisleitung ausscheiden, doch nahm er diese Entscheidung im Oktober 1934 wieder zurück und bat lediglich um Beurlaubung und Vertretung seiner Stelle durch Dr. J. Wempe, dem diese Stelle bereits übertragen worden war; vgl. ebenda, Korrespondenz 20.7., 16.10. und 3.12. 1934, die Stellungnahme Kienles über die Beurlaubung des außerplanmäßigen Assistenten Dr. Gengler, 20.6. 1935, und die Stellungnahme des REM vom 9.7. 1935, in dem die weitere Beurlaubung Dr. Genglers untersagt wird. Zum dadurch erzwungenen endgültigen Ausscheiden Genglers siehe ebenda, Gengler an den Kurator der Universität Göttingen, 9.9. 1935, sowie Hans Kienle, Jahresbericht der Göttinger Universitäts-Sternwarte, in: Vierteljahrsschrift der Astronomischen Gesellschaft 7 (1936), S. 189–192, hier S. 189.

³⁷ BDC, Heckmann, Dr. Gengler an den Leiter der Dozentenschaft, Pg. Dr. W. Blume, Göttingen, 11.3. 1935.

³⁸ Dies zeigt u.a. BDC, Heckmann, Brief von Gengler an den Gaudozentenbundsleiter Prof. Dr. Schürmann, 25.11. 1938 (Hervorhebung im Original).

³⁹ BDC, Heckmann, Hase (?) an Gengler, 25.3. 1935, Durchschlag.

⁴⁰ Ebenda.

Trotz der positiven politischen Bewertung durch Parteinstanzen blieben die Bewerbungen Heckmanns um freierwerbende Professuren zunächst erfolglos. So wurde seine Berufung auf die Professur nach Kiel, für die er „ausgesehen“ war, kurzfristig wieder aufgehoben⁴¹. Besonderer Erwähnung bedarf seine „im kulturpolitischen Interesse des Reiches dringend erwünschte“ Bewerbung um die Nachfolge des 1933 nach Istanbul emigrierten Erwin Finlay Freundlich (1885–1964)⁴². Nachdem Freundlich einem Ruf an die Universität Prag gefolgt war, erhielt Heckmann auf ungewöhnlichem Wege (per Schnellbrief 2 Tage vor Weihnachten 1936) vom REM die Aufforderung, sich um diesen außenpolitisch wichtigen Posten in Istanbul zu bewerben. Dieser überaus ungewöhnliche Vorgang findet seine Erklärung in dem Interesse, das von seiten der Reichsregierung an der für Freundlich in Istanbul aufgebauten Sternwarte bestand. Speziell die auch in Istanbul betriebene regelmäßige Beobachtung der Sonnenoberfläche war von militärischem Interesse, weil Eruptionen auf der Sonne zu meist Störungen des Funkverkehrs auf der Erde zur Folge haben⁴³. Bezeichnend ist denn auch Heckmanns Antwort auf diese Anfrage:

„Wenn es der ausdrückliche Wunsch des Ministeriums ist, daß ich als Vertreter deutscher Wissenschaft einen außenpolitisch wichtigen Posten übernehme an einer Universität, die von Emigranten durchsetzt, in einer Fakultät, deren Dekan Emigrant ist, so bin ich bereit, einem Rufe zu folgen unter der Voraussetzung, daß ich mich überzeugen kann von der Möglichkeit, in Istanbul fruchtbare wissenschaftliche Arbeit zu leisten. Andernfalls bleibe ich lieber Assistent in Deutschland.“⁴⁴

Die wenig später erfolgte Bewerbung Heckmanns blieb dann aber ohne Erfolg ebenso wie die seiner Mitbewerber Boda und Muyermann⁴⁵. Berufen wurde schließlich

⁴¹ Ebenda, Gutachten Kienles für die Hamburger Fakultät, 3. 10. 1937, Durchschlag; sowie Anm. 29.

⁴² Zu Freundlich, der seit 1920 Leiter des Einstein-Turmes in Potsdam war, vgl. Klaus Hentschel, *Der Einstein-Turm*, E. F. Freundlich und die Relativitätstheorie, Heidelberg 1992; zur Emigration in die Türkei Fritz Neumark, *Zuflucht am Bosphorus. Deutsche Gelehrte, Politiker und Künstler in der Emigration 1933–1953*, Frankfurt a. M. 1980 (insbesondere S. 100 zu Freundlich); Horst Widmann, *Exil und Bildungshilfe. Die deutschsprachige Emigration in die Türkei nach 1933*, Bern/Frankfurt a. M. 1973; zum Interesse des REM an der „Tätigkeit deutscher Hochschullehrer an türkischen wissenschaftlichen Hochschulen“ vgl. den Bericht des Oberregierungsrates Dr. Herbert Scurla in: Klaus-Detlev Grothausen (Hrsg.), *Der Scurla-Bericht: Bericht des Oberregierungsrates Dr. rer. pol. Herbert Scurla von der Auslandsabteilung des Reichserziehungsministeriums in Berlin über seine Dienstreise nach Ankara und Istanbul vom 11.–25. Mai 1939: Die Tätigkeit deutscher Hochschullehrer an türkischen wissenschaftlichen Hochschulen*, Bonn 1987.

⁴³ Vgl. zur astronomischen Forschung in Deutschland und zum Ausbau der Sonnenbeobachtungsstationen während der NS-Zeit Kuiper, *German Astronomy*; Gudrun Wolfschmidt, *Kiepenheuers Gründung von Sonnenobservatorien im Dritten Reich*, in: *Deutsches Museum. Wissenschaftliches Jahrbuch 1992/93*, S. 283–318, insbesondere S. 294 f. zu Heckmanns Aktivitäten für das Nachrichtenwesen der Luftwaffe nach Kriegsausbruch.

⁴⁴ BDC, Heckmann, Heckmann an das REM, z. H. Herrn Regierungsrat Dr. Scurla, 24. 12. 1936, Abschrift.

⁴⁵ Ebenda, Abschrift des Schreibens von Wacker i. A. des REM an Heckmann, 22. 4. 1937, in dem dieser angewiesen wird, seine Bewerbungsunterlagen an den Generaldirektor für das Erziehungswesen im Türkischen Unterrichtsministerium zu senden.

im Juni 1938 Prof. Dr. Hans Rosenberg, der „trotz Verweigerung der Genehmigung zur Verlegung des Wohnsitzes“ den Ruf annahm⁴⁶. Die Professur in Istanbul war eine hochpolitische Position, von der man erwarten konnte, daß sie nur mit einem dem Nationalsozialismus sehr verbundenen Wissenschaftler besetzt werden würde. Von daher scheint die Benennung Heckmanns durch das REM ausgerechnet für diese Position im krassen Widerspruch zu stehen zu den politischen Schwierigkeiten, die Heckmann immer noch bei der Suche nach einer Professur in Deutschland hatte⁴⁷. Heckmanns Haltung zu einem etwaigen Parteieintritt wurde 1935 in dem Gutachten eines NSDAP-Vertrauensmannes wie folgt charakterisiert:

„Er hat sich, glaube ich, einmal dahin geäußert, der Partei nicht beitreten zu wollen, auch nicht, wenn es noch möglich wäre. Ich bin sicher, daß er das deswegen gesagt hat, da es ihm in seinem inneren Wesen nicht liegt, seinen Mantel nach dem Wind zu hängen.“⁴⁸

Als der Aufnahmestopp, den die NSDAP wegen der zahllosen „Märzgefallenen“ seit dem 1. Mai 1933 verhängt hatte, ab dem Frühjahr 1937 gelockert wurde⁴⁹, entschloß sich Heckmann dann doch zum Eintritt in die NSDAP, die ihn vom 1. Mai 1937 an als Mitglied führte⁵⁰. Heckmann selbst begründete seinen Parteieintritt nach dem Ende des Nationalsozialismus im Juli 1945 wie folgt:

„[1937] drohte dauernd die Besetzung von Lehrstühlen durch die Vertreter der ‚Deutschen Physik‘. Um eine solche Katastrophe für den wichtigen Hamburger Lehrstuhl zu vermeiden, bat man mich von sehr maßgeblicher Seite (z. B. Heisenberg), alles zu tun, um politische Einwände gegen meine Person zu vermeiden. Deshalb meldete ich mich zur Partei an und tat praktische Arbeit in der NSV. Im Herbst 38 wurde mir die Mitgliedskarte für 1. 5. 37 ausgehändigt.“⁵¹

Diese Begründung, die bereits auf die Besetzung des Hamburger Lehrstuhls verweist, läßt einen tatsächlichen Eintritt Heckmanns in die NSDAP am 1. Mai 1937 zweifelhaft erscheinen⁵².

⁴⁶ Scuria in: Grothusen, Scuria, S. 127, der dazu kommentiert: „Auch hier bleibt die Frage der Ausbürgerung zu prüfen“.

⁴⁷ Dieser Widerspruch spielte auch später noch eine gewisse Rolle: siehe hier S. 596 f.

⁴⁸ BDC, Heckmann, handschriftliches Gutachten des Astronomie-Studenten Herwart v. Hoff für Gengler, 7. 3. 1935. Zu v. Hoff siehe Kienle, Jahresbericht, S. 191.

⁴⁹ Vgl. Broszat, Der Staat Hitlers, S. 353.

⁵⁰ BDC, Heckmann, Mitgliedsnummer 5187355; das gleiche Datum nennt auch: UAG-P, Überblick Heckmanns über Tätigkeiten in der NSDAP und ihren Gliederungen vom 1. 11. 1938.

⁵¹ StaHH, Heckmann, Persönliche Bemerkungen als Ergänzung zum Personalfragebogen, 9. 7. 1945. Eine etwas andere Version zum Parteieintritt Heckmanns findet sich in BDC, Heckmann, Brief Genglers an den Gaudozentenbundsführer Prof. Dr. Schürmann, 25. 11. 1938.

⁵² Da Heckmanns Parteimitgliedschaft weder in Heckmanns Lebenslauf, der den Fakultätsunterlagen beigelegt ist, noch im Gutachten des Göttinger Rektors vom Januar 1938 neben den anderen aufgeführten Mitgliedschaften erwähnt wurde, sondern erst für die Zeit ab Mai 1938 belegt ist,

2. Der Berufungsvorschlag

Im April 1935 wurde der Ordinarius für Astronomie Richard Schorr (1867–1951), gleichzeitig Direktor der Hamburger Sternwarte, einer der größten und personalintensivsten in Deutschland, wegen Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand versetzt. Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Hamburg schlug als einzigen Kandidaten für die Nachfolge Walter Baades⁵³ (1893–1960) vor, der sich zu dieser Zeit am Mount Wilson Observatorium in den Vereinigten Staaten aufhielt. Dieser Vorschlag endete mit der Absage Baades 1937, obwohl ihm die Erfüllung aller seiner Forderungen zugesagt worden war⁵⁴.

Im zweiten Anlauf faßte die Hamburger Fakultät zunächst den Direktor der Heidelberger Sternwarte, Heinrich Vogt (1890–1968), ins Auge, der jedoch von vornherein ablehnte⁵⁵. Im Herbst 1937 wählte sie dann offenbar auf Vorschlag Baades Otto Heckmann als wiederum einzigen Kandidaten aus⁵⁶. Sie stützte sich dabei insbesondere auf ein Gutachten von Heckmanns Göttinger Vorgesetzten Hans Kienle, der Heckmanns mehrfache Qualifikation als Experte in photographisch-photometrischen Aufgaben wie auch als theoretischer Astronom hervorhob, der „unter völliger Beherrschung des mathematischen Rüstzeugs das Gewirr der Theorien durchschaut und die großen Zusammenhänge aufzudecken in der Lage ist“. Kienle wies ebenfalls auf die „auch politisch in keiner Weise zu rechtfertigende Zurücksetzung“ hin, die Heckmann bisher bei seinen Bewerbungen erfahren hatte, und er betonte, daß der Kandidat im Ausland sehr geschätzt werde⁵⁷. Das vom Dekan verfaßte Schreiben zur Begründung des Vorschlags benannte in einem allgemeinen Teil, der den gleichen Wortlaut hatte wie 1935 im Fall Baades, Kriterien für die Auswahl eines Kandidaten. Er sollte über praktische und theoretische Fähigkeiten verfügen, „selbst erfolgreich auf verschiedenen Gebieten der Astronomie an größeren Sternwarten gearbeitet haben“, eine umfassende Beobachtungstätigkeit der Hamburger Sternwarte gewährleisten, ein guter Organisator und zudem nicht älter als 50 Jahre sein⁵⁸. Diesen Kriterien genügte Heckmann nach Meinung der Fakultät in hervorragender Weise.

Über Heckmanns politische Haltung enthielt das Schreiben der Fakultät keinen Satz. An einer fehlenden politischen Beurteilung Heckmanns scheiterte dann zu-

muß angenommen werden, daß Heckmann seinen Eintritt in die NSDAP erst im Frühjahr 1938 beantragte, also in direktem Zusammenhang mit der Hamburger Professur. Der Datums-Eintrag in der Mitgliederkarte der NSDAP-Kartei wäre also vordatiert.

⁵³ Zu Baade siehe Otto Heckmann, Walter Baade, in: Heckmann, *Sterne, Kosmos, Weltmodelle*, S. 228–234.

⁵⁴ Der gesamte Vorgang in: StaHH, Universität 1, Phys. 11–10.600/L.

⁵⁵ Ebenda, Vogt an Schorr, 6.10. 1937.

⁵⁶ Vgl. Heckmann, *Sterne, Kosmos, Weltmodelle*, S. 207.

⁵⁷ BDC, Heckmann, Gutachten Kienles für die Hamburger Fakultät z.H. Herrn Prof. Blaschke, 3.10. 1937, Durchschlag.

⁵⁸ StaHH, Hochschulwesen II, Ai4/17, Fakultät (Dekan) über Rektor und Hochschulwesen an REM, 11.11. 1937.

nächst die erforderliche Weiterleitung des vom Dekan verfaßten Berufungsvorschlags über den Rektor und die Hamburger Kultusbehörde an das REM⁵⁹. Nachdem im Januar 1938 eine Beurteilung des Göttinger Rektors⁶⁰ in Hamburg eingetroffen war, wurde zwar im Zentralbüro des Reichsstatthalters in Hamburg ein Schreiben verfaßt, mit dem alle erforderlichen Unterlagen an das REM weitergereicht werden sollten⁶¹, doch wurde es offenbar nicht abgeschickt⁶².

Erst im Mai 1938 erstellte auf Anforderung der Gauleitung der NSDAP in Hannover der Göttinger Ortsgruppenleiter auf einem vorgedruckten Fragebogen eine politische Beurteilung, die u. a. Heckmanns Mitgliedschaften in der NSDAP und im NS-Fliegerkorps verzeichnete⁶³, ihm arische Abstammung bestätigte und ihn von dem Verdacht entlastete, einer „Systempartei“ oder sonstigen „gegnerischen“ Organisationen wie z. B. der Liga für Menschenrechte angehört zu haben, und auch die Familienverhältnisse einschließlich des Engagements seiner Ehefrau in der NS-Frauensschaft und der Mitgliedschaft seiner beiden damals 11 und 7 Jahre alten Kinder im Jungvolk erfaßte. Als Gesamturteil wurden Heckmann zwar keine besonderen Verdienste um die „Bewegung“ zugesprochen, aber seine „politische Zuverlässigkeit [...] unter Berücksichtigung der oben gemachten Angaben [...] ohne Einschränkung bejaht“⁶⁴. Am 11. Juni wurde dann endlich der Antrag, Heckmann nach Hamburg zu berufen, an das REM weitergeleitet⁶⁵.

Besonderer Erwähnung bedarf auch ein Schreiben des Göttinger Kreisleiters der NSDAP Gengler an Richard Schorr, der in der Hamburger Fakultät immer noch federführend war in der Regelung seiner Nachfolge. Gengler schickte ein politisches Gutachten, das „geeignet sein sollte, von der politischen Seite aus die Unbedenklichkeit gegen Herrn Heckmann zu erhärten“⁶⁶. Die persönliche Kontaktaufnahme des Kreisleiters zu Schorr ist ungewöhnlich, erfolgte doch normalerweise eine parteiamtliche Beurteilung neben und getrennt von dem akademischen Instanzenweg. Sie erklärt sich aus dem persönlichen Interesse des Göttinger Kreisleiters an einem Erfolg Heckmanns in Hamburg. So ergänzte er denn auch sein positives Gutachten um den Hinweis, daß Schorr es „bei dem Auftreten irgendwelcher Schwierigkeiten“ benutzen sollte⁶⁷. Schorr reichte dieses Gutachten umgehend dem bereits abgesandten Berufungsvorschlag an das REM nach⁶⁸.

⁵⁹ Ebenda, Rektor an REM, 28.12.1937.

⁶⁰ Ebenda, Rektor der Georg-August-Universität an den Rektor der Hansischen Universität, 17.1.1938.

⁶¹ Ebenda, Reichsstatthalter an REM, 12.3.1938.

⁶² Vgl. ebenda, Mahnung des REM vom 8.4.1938 an die Kultusbehörde.

⁶³ Zu diesem Zeitpunkt nur mehr als förderndes Mitglied.

⁶⁴ BDC, Heckmann, „Politische Beurteilung“ Otto Heckmanns durch den Göttinger Ortsgruppenleiter W. Lenkeit, 17.5.1938.

⁶⁵ StaHH, Hochschulwesen II, Ai4/17, Kultusbehörde an REM, 9.1.1940.

⁶⁶ Ebenda, Gengler an Schorr, 14.6.1938.

⁶⁷ Ebenda.

⁶⁸ Ebenda, Schorr an Hochschulwesen, 24.6.1938.

Auch von wissenschaftlicher Seite wurde die Berufsangelegenheit im Sinne Heckmanns vorangetrieben. Hans Kienle erstellte auf Anforderung des REM Anfang Juli ein zweites äußerst positives Gutachten für Heckmann. Mit der gegenüber dem ersten Gutachten vom Oktober 1937 noch verstärkten Betonung der praktischen Begabung Heckmanns, die sich gerade in Göttingen bei der Einrichtung des Hainberg-Observatoriums mit dem neuen Astrographen gezeigt habe, wollte Kienle offenbar ganz bewußt einem möglichen Einwand gegen Heckmann, den Kienle insbesondere von den beteiligten Parteidienststellen erwartet haben dürfte, vorbeugen, mit dem ihm unter Verweis auf seine theoretischen Arbeiten zur Kosmologie und Stellarstatistik zu Unrecht der „Geruch des reinen Theoretikers“ angehängt würde⁶⁹.

3. Ablehnung des Vorschlags

Das REM reagierte auf den Vorschlag der Hamburger Fakultät ungewöhnlich schnell – im August 1938. Die Antwort besteht im wesentlichen aus einer Stellungnahme der Führung des Reichsdozentenbundes in München, die das REM selbst angefordert hatte.

Der Führer des Bundes, Prof. Dr. Walter Schultze⁷⁰, lehnte die Berufung Heckmanns zum Direktor der Sternwarte Hamburg-Bergedorf ab. Zur Begründung hieß es im Schreiben lapidar: „Ich halte Heckmann, der nach den hier vorliegenden Gutachten durchaus auf dem Boden relativitätstheoretischer Weltbetrachtung steht, für Hamburg nicht geeignet, wenn er sich auch heute sonst korrekt verhält.“ Schultze bezweifelte sowohl die wissenschaftliche als auch die politische Qualifikation Heckmanns. Im Hinblick auf dessen wissenschaftliche Arbeiten bemängelte Schultze, daß sie in ihrer Mehrzahl als Gemeinschaftsveröffentlichungen erschienen seien. Sofern dies nicht der Fall sei – so der Führer des Reichsdozentenbundes weiter – stünden die Arbeiten „auf dem Boden relativitätstheoretischer Weltbetrachtung“. Heckmann sei damit „durchaus zu den Verfechtern dieser im wesentlichen jüdischen Wissenschaftshaltung“ zu zählen. Was die politische Qualifikation anbetraf, so bemängelte Schultze, daß sich Heckmann zwar nach außen korrekt verhalte, nach innen aber zum linken Flügel des Zentrums zu rechnen sei. Auch wenn er heute von der Göttinger Kreisleitung günstiger beurteilt werde als früher, sei es doch zweifelhaft, „ob er wirklich innerlich von seinen früheren ultramontanen Bindungen losgekommen ist“⁷¹.

⁶⁹ BDC, Heckmann, Gutachten von Hans Kienle über Otto Heckmann für Dr. Dames im REM, 2.7. 1938.

⁷⁰ Zu Schultze siehe Helmut Heiber, *Universität unter dem Hakenkreuz*, Bd. 2: Die Kapitulation der hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen, München u.a. 1992; zum NS-Dozentenbund siehe Kelly, *National Socialism*.

⁷¹ BDC, Heckmann, Stellungnahme des Reichsdozentenbundsführers (Schultze), München, 7.7. 1938, Akt. Z. P1013, bzw.: BDC, Heckmann, Abschrift.

Die Führung des Reichsdozentenbundes begnügte sich nicht mit der Ablehnung des Hamburger Kandidaten, sondern sie machte eigene Vorschläge. Zunächst wurden drei „ältere und bewährtere“ Astronomen genannt. Darunter befand sich Wilhelm Rabe (1893–1958), der selbst erst 1934 mit Hilfe des Dozentenbundes auf den Münchener Lehrstuhl berufen worden war⁷². Die beiden anderen waren Arnold Kohlschütter (1883–1969), Bonn, und Johannes Hellerich (1888–1963), Hamburg. Allerdings schlug Schultze diese drei Astronomen nicht sehr nachdrücklich vor; er lieferte der Hamburger Fakultät mögliche Gegenargumente – Kohlschütter und Rabe hatten schon Ordinariate, Hellerich wäre Hausberufung⁷³ – gleich mit. Danach folgten die eigentlichen Kandidaten des Dozentenbundes, die „ihren Arbeiten nach am umfassendsten und politisch in jeder Hinsicht zuverlässig und aktiv einsetzbar sind“. Dabei handelte es sich um zwei Exponenten der „Deutschen Physik“, um Bruno Thüring, Aktivist im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund, München, und Alfred Bohrmann (geb. 1904), Heidelberg⁷⁴. Um der Fakultät schließlich jede Hoffnung auf eine Berufung Heckmanns zu nehmen, wurden noch zwei weitere jüngere Astronomen benannt, nämlich Heinrich Siedentopf (1906–1963), Jena, und Kurt Walter (geb. 1905), Potsdam, die Heckmann ebenfalls in jedem Falle vorzuziehen seien.

4. Reaktion der Hamburger Fakultät

Die Fakultät in Hamburg wurde nun aufgefordert, sich zu der Stellungnahme Schultzes zu äußern sowie den ursprünglichen Vorschlag, der nur Heckmann benannte, um zwei weitere Kandidaten zu ergänzen⁷⁵. Die Fakultät, die bei ihrem Kandidaten bleiben wollte, brauchte vier Monate (bis Dezember 1938) für ihre ausführliche Antwort: Sie bezog sich auf drei Themenbereiche, auf den Vorwurf der „relativitätstheoretischen Weltauffassung“, auf Heckmanns angeblich mangelnde politische Qualifikation und auf seine wissenschaftliche Qualifikation im Vergleich zu den vom Dozentenbund genannten Kandidaten.

Der letzte Punkt wurde durch eine Vielzahl wissenschaftlicher Gutachten abgedeckt, in denen die führenden deutschen Astronomen zum Teil einzelne Kandidaten, zum Teil Kandidatengruppen bewerteten. Arnold Kohlschütter war aus Altersgründen von der zu begutachtenden Liste ausgenommen worden, konnte dafür allerdings selber gutachten. Sammelgutachten, die alle genannten Kandidaten in eine Reihenfolge ihrer Eignung für den Hamburger Lehrstuhl bringen sollten, waren einerseits durch den Dekan angefordert worden⁷⁶, andererseits von Schorr

⁷² Walter Gerlach wollte Kienle oder Heckmann.

⁷³ Hellerich war bereits seit 1929 Observator an der Sternwarte Bergedorf sowie seit 1929 zusätzlich außerplanmäßiger Professor an der Universität Hamburg.

⁷⁴ Zu Thüring siehe Fußnote 20. Zur „Deutschen Physik“ vgl. z. B. Beyerchen, Wissenschaftler unter Hitler; Richter, Deutsche Physik.

⁷⁵ BDC, Heckmann, Brief Schorrs an Heckmann, 28. 10. 1938, Durchschrift.

⁷⁶ So vom Direktor der Heidelberger Sternwarte Heinrich Vogt und dem Bonner Arnold Kohlschütter.

persönlich erbeten worden⁷⁷. Mit Ausnahme von Heinrich Vogt, der Heckmann getrennt von den anderen Kandidaten behandelte, setzten alle Gutachter Heckmann auf die erste Stelle für eine Berufung nach Hamburg⁷⁸. Vergleicht man die verschiedenen Beurteilungen, so fällt Baades Schreiben mit seiner Eindeutigkeit aus dem Rahmen. Über die zu begutachtende Namensliste schrieb er: „Ich habe mir vergeblich den Kopf zerbrochen, wie diese Liste entstanden sein könnte, jedenfalls läßt sie an Buntheit nichts zu wünschen übrig.“ Die beiden Hauptkandidaten der Dozentenbundsführung, Bohrmann und Thüring, seien – so Baade – „wohl ein schlechter Witz“⁷⁹. Insgesamt waren die Gutachten, insbesondere auch die Einzelgutachten über Heckmann⁸⁰, so eindeutig, daß Schorr in seinem zusammenfassenden Bericht schreiben konnte, daß „die deutsche astronomische Fachwelt allgemein der Ansicht ist, daß Heckmann einer der besten jüngeren deutschen Astronomen ist“⁸¹.

Mit der Stellungnahme zu Heckmanns politischer Position taten sich Dekan und Fakultätsausschuß schwerer. Das entsprechende Begleitschreiben⁸² ist weit davon entfernt, allgemeine politische Beurteilungen von Lehramtsanwärtern im Grundsatz abzulehnen. Zwar wird festgestellt, daß die Fakultät „nicht zuständig und nicht in der Lage ist, maßgebliche Erkundigungen einzuziehen“, doch wird gleich darauf das Interesse der Fakultät betont, „daß die Lehrstühle mit politisch zuverlässigen Wissenschaftlern besetzt werden“. Um zu dokumentieren, daß gegen Heckmann keine politischen Einwände erhoben werden könnten, verweist das Schreiben auf die – als Anlage beigefügten – politischen Gutachten der NSDAP-Kreisleitung und der NSDAP-Ortsgruppenleitung sowie des Dekans der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät in Göttingen⁸³. Darüber hinaus griffen Dekan und Fakultätsausschuß die bereits beschriebene Episode um den Lehrstuhl in Istanbul auf,

⁷⁷ So von den Direktoren der Sternwarten in Potsdam, Hans Ludendorff, und Berlin-Babelsberg, Paul Guthnick, sowie von Walter Baade aus den USA.

⁷⁸ StaHH, Universität I, Phys. 11-10.600/I, Dekan an Vogt und Kohlschütter, 14.10. 1938; in den folgenden Gutachten wurden alle von der Dozentenbundsführung benannten Kandidaten bewertet: Vogt an Dekan, 17. 10. 1938 (Vogt gibt eine Rangliste an mit Kohlschütter (!) und Rabe an erster Stelle, in der er Heckmann nicht einfügte mit dem Hinweis, daß er über ihn bereits an anderer Stelle gegutachtet habe); Kohlschütter an Dekan, 22. 10. 1938; Baade an Schorr, 16. 9. 1938; in den folgenden Gutachten ist auch Hellerich von der Liste ausgenommen: Guthnick an Schorr, 17. 10. 1938; Ludendorff an Schorr, 14. 10. 1938.

⁷⁹ Ebenda, Baade an Schorr, 16. 9. 1938. Tatsächlich konnte Baade sich aufgrund seiner gesicherten Stellung im Ausland einen anderen Ton erlauben als die inländischen Gutachter.

⁸⁰ Gutachten nur zu Heckmann gaben ab: Kienle, Vogt, Ludendorff, Guthnick, Joos. Guthnick und Ludendorff gaben ebenfalls Einzelgutachten ab über Hellerich und den von Kohlschütter in die Diskussion gebrachten Paul ten Bruggencate, StaHH, Universität I, Phys. 11-10.600/I.

⁸¹ Ebenda, Schorr an Dekan, 9. 11. 1938.

⁸² Ebenda, Dekan über Rektor an REM, 2. 12. 1938; das Schreiben ist gekennzeichnet als Stellungnahme von Fakultätsausschuß und Dekan.

⁸³ StaHH, Hochschulwesen II, A14/17, Leitung der NSDAP-Ortsgruppe Göttingen-Sternwarte an NSDAP-Kreisleitung, 3. 11. 1938, Abschrift; vgl. dazu auch das in Anm. 66 erwähnte Gutachten.

die zeige, daß das REM selbst keine politischen Bedenken gegen Heckmann haben könne⁸⁴.

Die Fakultät reagierte ebenfalls auf den Vorwurf Schultzes, daß Heckmann eine „relativitätstheoretische Weltanschauung“ vertrete. Dazu wurde ein spezieller Fakultätsausschuß eingesetzt, der eine Stellungnahme mit dem Titel „Weltanschauliche Deutung naturwissenschaftlicher Ergebnisse und Begriffsbildungen“ ausarbeitete.

Das Schreiben beginnt mit der Warnung vor einer generellen weltanschaulichen Deutung naturwissenschaftlicher Ergebnisse, die in das Beispiel der Kosmogonie gekleidet ist. Zeitweise sei die „Weltelehre“ als einzige Kosmogonie auf nationalsozialistischer Grundlage bezeichnet worden, nun habe jedoch das Amt Rosenberg entschieden, daß eine naturwissenschaftliche Kosmogonie mit nationalsozialistischer Weltanschauung nichts zu tun habe⁸⁵. Der Fakultätsausschuß plädierte zwar nicht für eine generelle Trennung von Naturwissenschaften und Weltanschauung, doch im vorliegenden Fall der Relativitätstheorie hielt er eine spezielle Trennung für notwendig⁸⁶. Der Ausschuß konstatierte zunächst die Existenz einer relativistischen Weltanschauung, die in der Tat zu bekämpfen sei. Sie dürfe allerdings nicht mit der „wissenschaftlichen“ Relativitätstheorie verwechselt werden. Die physikalischen und kosmologischen Bestandteile der Relativitätstheorie seien vom „jüdischen Beiwerk“ zu trennen. Die Trennung naturwissenschaftlicher und weltanschaulicher Bestandteile sei deshalb notwendig, weil „die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse jederzeit praktische und technische Anwendungen finden können, welche für den Existenzkampf des Deutschen Volkes und Reiches unentbehrlich sind“. Die Stellungnahme enthält dazu ein Beispiel: „Niemand würde z.B. daran denken, alles artilleristische Gerät der Wehrmacht zu vernichten, welches in irgendeiner Form Gebrauch macht von den Ergebnissen ballistischer Untersuchungen, welche von dem Juden Schwarzschild veröffentlicht sind. Hier“, heißt es weiter, „liegt die praktische Anwendung klar zutage, aber jede wirkliche naturwissenschaftliche Untersuchung kann an irgendeiner Stelle einmal eine wehrtechnische oder wirtschaftliche Anwendung finden.“ Soweit zu dem „wissenschaftlichen“ Teil der Relativitätstheorie. Für den abgetrennten weltanschaulichen Bereich wurde betont, daß „der Abwehrkampf gegen alle jüdische Geisteshaltung [. . .] allgemein notwendig und vordringlich“ sei⁸⁷.

Diese Stellungnahme reflektiert zum einen die verschiedenen Legitimationsmuster für die Naturwissenschaften, wie sie die Hamburger Fakultätsmitglieder vertraten und zum Teil im Rahmen der Politischen Fachgemeinschaft diskutiert hatten⁸⁸, zum

⁸⁴ StaHH, Universität I, Phys. 11-10.600/I, Dekan über Rektor an REM, 2.12. 1938; Schorr argumentierte in seinem zusammenfassenden Bericht ebenso, Schorr an Dekan, 9.11. 1938.

⁸⁵ Zum Amt Rosenberg im Zusammenhang mit nationalsozialistischen Machtkämpfen vgl. Bollmus, Amt Rosenberg. Zur Geschichte der Weltelehre und ihrer Rolle im Dritten Reich vgl. Brigitte Nagel, Die Weltelehre, Stuttgart 1991.

⁸⁶ StaHH, Universität I, Phys. 11-10.600/I, Dekan an REM, 2.12. 1938.

⁸⁷ Ebenda.

⁸⁸ Vgl. Monika Renneberg, Zur mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Hamburger Universität im „Dritten Reich“; dies., Die Physik und die physikalischen Institute an der Ham-

anderen entsprechen die verschiedenen Positionen auch den generellen Strategien, wie Naturwissenschaften im Nationalsozialismus legitimiert werden konnten; die Betonung mehr auf die ideologische oder mehr auf die materielle Bedeutung wurde von den verschiedenen Naturwissenschaftlern wie auch den verschiedenen Instanzen des nationalsozialistischen Staates unterschiedlich gesetzt⁸⁹.

In der Stellungnahme wird zudem die Abtrennung der Relativitätstheorie von ihrem Begründer Einstein als Möglichkeit dargestellt. Damit folgte der Fakultätsausschuß einer Strategie, die z. B. auch Pascual Jordan (1902–1980) und Bernhard Bavink (1879–1947) eingeschlagen hatten. Diese hatten in ihren semipopulären Darstellungen von Ergebnissen und Problemen moderner Physik die sachlichen Thesen und Prinzipien der Relativitätstheorie verteidigt, aber von der Person Einsteins entkoppelt, indem sie einerseits darauf hinwiesen, daß auch andere (und zwar arische) Forscher an der Entwicklung der Theorien beteiligt gewesen seien, andererseits in die unter „Deutschen Physikern“ beliebte Klage über die unhaltbaren persönlichen Ansichten des pazifistischen und antinationalistischen Juden Einstein einstimmten⁹⁰.

Neben dieser Reaktion der Fakultät findet sich in den Akten auch noch eine Ergänzung Kienles zu seinem Gutachten über Heckmann, dem eine Abschrift des Einspruchs des Führers des Reichsdozentenbundes zugegangen war. In der scharf formulierten Entgegnung ist der Ärger faßbar, den Kienle verspürt haben mag angesichts der Anmaßung fachlich nicht vorgebildeter Parteifunktionäre, die Arbeiten eines ausgewiesenen Naturwissenschaftlers zu kritisieren. Er schloß sein Ergänzungs-Gutachten mit der Bemerkung, daß der Einspruch „sich auf eine völlig falsche Information stützt über das, was Heckmann ist, arbeitet und lehrt. Dem Berichterstatter, der für diese Information verantwortlich ist, kann zumindest der Vorwurf grober Fahrlässigkeit nicht erspart bleiben.“⁹¹ Kienle begann seine Argumentation mit einer klaren Ab-

burger Universität im „Dritten Reich“, beide in: Krause/Huber/Fischer, Hochschulalltag, Teil 3, S. 1051–1074, S. 1097–1118, insbesondere S. 1056–1059. Der Dekan, der diese Stellungnahme verfaßte, hatte die Diskussionen in der politischen Fachgemeinschaft geleitet.

⁸⁹ Vgl. dazu Herbert Mehrrens, Das „Dritte Reich“ in der Naturwissenschaftsgeschichte: Literaturbericht und Problemskizze, in: Mehrrens/Richter, Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie, S. 15–87.

⁹⁰ Vgl. Hentschel, Relativitätstheorie, Abschnitt 3.2; Klaus Hentschel, Bernhard Bavink (1879–1947): Der Weg eines Naturphilosophen vom deutschnationalen Sympathisanten der NS-Bewegung bis zum unbequemen Non-Konformisten, in: Sudhoffs Archiv (1993), S. 1–32; Norton Wise, Pascual Jordan: Quantum Mechanics, Psychology, National Socialism, in: Renneberg/Walker, Science, Technology and National Socialism, S. 224–254; vgl. auch Werner Heisenberg, Die Bewertung der modernen theoretischen Physik, in: Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft 9 (1943), S. 201–212 (siehe auch die Replik von Dingler, ebenda, S. 212–221).

⁹¹ Alle Zitate in: BDC, Heckmann, Ergänzung zu Kienles Gutachten für die Hamburger Fakultät über Heckmann, 4.11. 1938. In den weiteren Verhandlungen zur Berufungsfrage wurde dann meist eine Fassung des Ergänzungs-Gutachtens von Kienle benutzt, in der die ärgsten Ausfälle gegen die Reichsdozentenbundführung weggekürzt worden waren, wenngleich auch Schorr dem Kreisleiter Gengler gegenüber die „wissenschaftliche Beanstandung von Heckmann durch den Reichsdozentenbundsführer ebenfalls als völlig abwegig bezeichnet[e]“; vgl. ebenda, Schorr an Gengler, 14. 11. 1938.

sage an die Existenz einer relativitätstheoretischen Weltanschauung. Es gebe sie nicht, denn die „höchst unzweckmäßig so bezeichnete“ Relativitätstheorie der Physik sei nichts als eine „mögliche Art der formal-mathematischen Naturbeschreibung, zu der man nicht aufgrund eines Willensaktes ein Glaubensbekenntnis ablegt, die vielmehr lediglich auf ihre Brauchbarkeit zu prüfen ist durch Vergleich mit den Beobachtungen“.

Daß Heckmann nun den formalen und gedanklichen Apparat der – wissenschaftlichen – Relativitätstheorie hervorragend beherrsche, sei eine Garantie dafür, den Nachwuchs vor der „mißverstandenen“ Relativitätstheorie zu bewahren. Durch diese Reduktion der Diskussion um die Relativitätstheorie auf die pragmatische Ebene der empirischen Prüfung einer hypothetischen Theorie machte Kienle seinen Standpunkt deutlich, daß sich die Parteifunktionäre völlig zu Unrecht in eine rein innerphysikalische Diskussion eingemischt hätten, die sie ebensowenig angehe, wie sie davon verstünden. Wenn Kienle damit auch klar für eine Entkoppelung der Physik von einer weltanschaulichen Deutung in einem nationalsozialistischen Sinne plädierte, so fehlt doch in seinem Zusatzgutachten nicht der Hinweis, daß Heckmann in den letzten Jahren immer klarer die Möglichkeit herausgearbeitet habe, die kosmologischen Probleme auf dem Boden rein klassischer Mechanik zu behandeln. Auch auf dieses Gutachten bezog sich der Dekan in seinem Begleitschreiben an das REM, in dem er ausführte, daß Heckmanns kosmologische Veröffentlichungen ihn weder wissenschaftlich noch politisch disqualifizierten, denn „diese Arbeiten sollen ja gerade der Ausschaltung der in der Astronomie entbehrlichen Bestandteile der allgemeinen Relativitätstheorie dienen“⁹².

5. Heckmanns Abschwörformel von 1938

In seiner eigenen Stellungnahme zu seiner angeblich „relativitätstheoretischen Weltanschauung“ entwickelte Heckmann eine geschickt formulierte Abschwörformel. Er verwies darauf, daß er als erster auf die 1934 erschienenen Arbeiten von Edward Arthur Milne (1896–1950) und William Hunter McCrea (geb. 1904) hingewiesen habe⁹³, die die Möglichkeit geschaffen hätten, akute Probleme der Kosmologie mit klassischen Methoden zu lösen, die bis dato nur mit Hilfe der Relativitätstheorie zu behandeln gewesen seien. Diese Arbeiten hätten kaum Resonanz gefunden, „ob-

⁹² StaHH, Universität I, Phys. 11-10.600/I, Dekan an REM, 2.12. 1938.

⁹³ Gemeint sind: Edward Arthur Milne, *World Structure and the expansion of the universe*, in: *Quarterly Journal of Mathematics* 5 (1934), S. 64–72 sowie William Hunter McCrea/Edward Arthur Milne, *Newtonian universes and the curvature of space*, in: *Quarterly Journal of Mathematics* 5 (1934), S. 73–80; zu Milnes Arbeiten vgl. William Hunter McCrea, Edward Arthur Milne, in: *Obituary Notices of the Royal Astronomical Society* 7 (1951), S. 420–443, sowie: Subrahmanyan Chandrasekhar, *Edward Arthur Milne: his part in the development of modern astrophysics*, in: *Quarterly Journal of the Royal Astronomical Society* 21 (1980), S. 93–107. Einen guten Überblick zur Kosmologie im 20. Jahrhundert gibt John D. North, *The Measure of the Universe. A History of Modern Cosmology*, Oxford, 1965 (Reprint New York 1990, insbesondere Kapitel 8).

wohl sie der Relativitätstheorie ihre einzigartige Stellung streitig machen“. Er habe dafür in mehreren Vorträgen „Propaganda“ gemacht und selbst an diesen mit der Relativitätstheorie konkurrierenden Gedanken weitergearbeitet. Der Schlußsatz seiner Stellungnahme lautet: „Die Ansicht, ich stünde durchaus auf dem Boden relativitätstheoretischer Weltanschauung, ist damit nicht in Übereinstimmung zu bringen“⁹⁴.

Was mit den Problemen gemeint ist, die sich auch mit klassischen Methoden lösen lassen, geht aus Heckmanns Stellungnahme nicht explizit hervor. Genauer lässt sich aber einem 1940 der Göttinger Akademie der Wissenschaften vorgelegten Artikel oder seinem 1942 erschienenen Buch über die Theorien der Kosmologie entnehmen. Dort führt er vor, daß sich die Expansion des Universums bzw. die von Hubble festgestellte Proportionalität zwischen der Fluchtgeschwindigkeit außergalaktischer Nebel und der Entfernung von uns auch mit klassischen Methoden behandeln läßt, d. h. mit dem Newtonschen Gravitationsgesetz im euklidischen dreidimensionalen Raum. Grob gesprochen wird in dieser erstmals von Milne vorgeschlagenen und u. a. von Heckmann ausgebauten „dynamischen Kosmologie“ das Universum als eine kontinuierliche, kompressible Flüssigkeit behandelt, die durch ihre Massendichte, ihren Druck und ihre Strömung sowie quasi-euklidische Raum-Zeit-Koordinaten eindeutig beschrieben werden kann. Die Galaxien werden hier also als Volumenelemente aufgefaßt, die im Kosmos im Mittel gleichmäßig verschmiert verteilt sind. Dieses die Welt erfüllende Materiesubstrat wird beobachtet von Systemen, deren Ursprung im Substrat ruht und für die ein sogenanntes „Weltpostulat“ (später auch kosmologisches Prinzip genannt) gelten soll, demzufolge alle mitgeführten Beobachter alle die gleiche „Weltansicht“ haben sollen.

Aus diesen Grundannahmen, so zeigen Milne und Heckmann, folgt bereits die Aussage, daß bei positiver Massendichte eine zeitlich konstante Dichte, d. h. ein statisches Universum, unmöglich ist. Damit verbindet sich in etwa folgende Vorstellung: von einem Zustand endlichen, aber kleinen Volumens ausgehend, in dem verschiedene Galaxien verschieden große Anfangsgeschwindigkeiten haben werden, findet nach einer gewissen Zeit eine Art Sortierung statt, indem die schnellsten Galaxien sich am weitesten von dem ursprünglichen Ausgangsvolumen entfernt haben, die langsamsten ihm noch am nächsten sind. Je weiter entfernt eine Galaxie beobachtet wird, desto schneller ist sie. Dies ist genau der lineare Zusammenhang von Entfernung und Doppler-Rotverschiebung, der von Hubble 1929 konstatiert worden war und seither das wichtigste empirische Faktum war, dem kosmologische Theorien Rechnung zu tragen hatten⁹⁵.

⁹⁴ BDC, Heckmann, Stellungnahme Heckmanns vom 30.10. 1938, Durchschlag.

⁹⁵ Vgl. Edwin Hubble, A relation between distance and radial velocity among extragalactic nebulae, in: Proceedings of the National Academy of Sciences 15 (1929), S. 168–173; R. W. Smith, The origins of the velocity-distance relation, in: Journal for the History of Astronomy 10 (1979), S. 133–165. Somit ergibt sich aus der dynamischen Kosmologie recht zwanglos eine Expansion des Universums analog derjenigen, die Friedmann (ab 1922) und Lemaître (ab 1927) aus den Feldgleichungen der allgemeinen Relativitätstheorie mit unvergleichlich viel größerem Aufwand abgeleitet hatten; vgl.: Arthur Stanley Eddington u. a., Discussion: The evolution of the universe, in: Na-

Heckmann ging über Milnes Resultate noch hinaus, indem er zusätzlich zeigen konnte, daß, wenn man zu den Postulaten der „dynamischen Kosmologie“ noch die Forderung der Isotropie hinzunimmt, eine Differentialgleichung resultiert, die genau die verschiedenen Typen von expandierenden und kontrahierenden Welten beschreibt, die auch durch die Friedmann-Gleichung der „relativistischen Kosmologie“ erfaßt werden⁹⁶. Im Unterschied zu Milne gelang es Heckmann auch, basierend auf dieser Vorstellung eines expandierenden Äthers, der an der allgemeinen isotropen Expansion der Weltmaterie teilnimmt, erste Ansätze einer Optik zu formulieren, die es insbesondere möglich machte, eine kosmologische Rotverschiebung zu definieren. Damit ermöglichte sein Weltmodell wenigstens prinzipiell einen Vergleich mit Hubbles Beobachtungen⁹⁷.

„Das zunächst so verwirrende beobachtete Phänomen einer ziemlich homogenen Welt von Galaxien mit ihrer isotropen Rotverschiebung ist damit in die normale Mechanik eingebaut. Die Möglichkeit dieses Einbaus war völlig unerwartet.“⁹⁸

Als eine Verteidigung der Relativitätstheorie, wie Heckmann sie später, nach 1945, in diese Arbeiten hineininterpretierte (vgl. Abschnitt 7), wurde diese Argumentation am Ende der dreißiger Jahre kaum gelesen. Im Gegenteil: im Rahmen der Berufungsverhandlungen für den Hamburger Lehrstuhl wurden sie vielmehr wie bereits beschrieben als Absage an die Relativitätstheorie verhandelt. Der Göttinger NSDAP-Kreisleiter verstand Heckmanns Programm so, daß darin „neben der absoluten weltanschaulichen Ablehnung des Einsteinschen Machwerkes auch in wissenschaftlicher Hinsicht die Überflüssigkeit relativitätstheoretischer Formulierungen erneut bekräf-

ture 128 (1931), S. 699–722; William Hunter McCrea/G. C. McVittie, The expanding universe, in: Monthly Notices of the Royal Astronomical Society 92 (1931), S. 7–12; Howard Percy Robertson, Relativistic Cosmology, in: Reviews of Modern Physics 5 (1933), S. 62–90; Bernulf Kanitscheider, Kosmologie. Geschichte und Systematik in philosophischer Perspektive, Stuttgart 1984, bietet weitere Literaturangaben und eine allgemeinverständliche Übersicht.

⁹⁶ Den Fällen der hyperbolischen, euklidischen und elliptischen Metrik in der Einsteinschen Kosmologie entsprachen dabei die Fälle positiver, verschwindender und negativer Energie in einem mit dem Substrat sich ausdehnenden Volumenelement; siehe dazu insbesondere Otto Heckmann, Zur Kosmologie, in: Nachrichten der Akademie der Wissenschaften, Göttingen, mathematisch-physikalische Klasse, 1940, S. 169–181, hier S. 175; Heckmann, Sterne, Kosmos, Weltmodelle, S. 126; Otto Heckmann, Über die Metrik des sich ausdehnenden Universums, in: Veröffentlichungen der Universitätssternwarte Göttingen, Heft 16 (1930), S. 126–130, hier S. 126: „Die Bevorzugung des sphärischen Raumes gegenüber dem hyperbolischen oder euklidischen kann wohl nur aus Gründen des philosophischen Geschmacks erfolgen“.

⁹⁷ Heckmann, Zur Kosmologie, S. 178 f.

⁹⁸ Heckmann, Sterne, Kosmos, Weltmodelle, S. 126. Die 1976 an dieses Zitat angeschlossenen Bemerkungen über die Unentbehrlichkeit der allgemeinen Relativitätstheorie bei hohen Geschwindigkeiten, hohen Graden der Kompression oder bei optischen Phänomenen über sehr große Distanzen hin, sind in: Heckmann, Zur Kosmologie, sowie in: Otto Heckmann, Geodätische Linien und Newtonsche Bewegungsgleichungen, Abhandlungen aus dem Mathematischen Seminar der Hamburgischen Universität 14 (1941), S. 192–196 bzw. Veröffentlichungen der Göttinger Sternwarte 70, S. 363–368, sowie in: Otto Heckmann, Theorien der Kosmologie, Berlin 1942, nicht zu finden.

tigt werden kann⁹⁹. Und daß eine solche Interpretation der Heckmannschen Ausführungen von ihm selbst vor 1945 durchaus erwünscht war, geht auch aus dem Vorwort seines Buches über Kosmologie von 1942 hervor:

„Um der Gerechtigkeit willen verdient jetzt, nachdem im Felde der Kosmologie die weitgehende Gleichwertigkeit des älteren mit dem jüngeren Lehrgebäude erkannt ist, die ‚klassische‘ oder ‚dynamische‘ Kosmologie eine breite Darstellung. Zwar sind nämlich die beiden grundlegenden Arbeiten von Milne und McCrea von diesen Autoren später gelegentlich erwähnt worden. Doch haben sie weder in Deutschland, wo die Polemik gegen die Relativitätstheorie eigentlich eine günstige Atmosphäre hätte schaffen müssen, noch auch in anderen Ländern Resonanz in weiteren Arbeiten gefunden. Mit der Milneschen Erkenntnis ist ein beträchtlicher methodischer Gewinn verbunden. [...]“¹⁰⁰

Diese verklausulierte positive Bewertung der „Polemik gegen die Relativitätstheorie“ als Vorbedingung einer „günstigen Atmosphäre“ für das Interesse an der klassischen Kosmologie ist sicher eines der Beispiele für die auch in Heckmanns Stellungnahme zum Einspruch des Reichsdozentenbundführers angeführte „Propaganda“ zugunsten einer klassischen Kosmologie, auch wenn er sich nicht ausdrücklich gegen die Relativitätstheorie Einsteins aussprach, sondern diesen Schluß seinen Lesern überließ. Die Fakultät kam der Aufforderung des Reichserziehungsministeriums nach, zwei weitere Kandidaten zu nennen (nämlich Arnold Kohlschütter (!) und Paul ten Bruggen-Cate, Potsdam, der nicht im Vorschlag der Dozentenbundsführung enthalten war), betonte aber, daß sie Heckmann weiterhin für den einzig richtigen Kandidaten halte.

6. Die Reaktion des REM

Das gesamte Material ging am 21. Januar 1939 an das REM, und bereits am 8. Februar kam der Auftrag zurück, Berufungsverhandlungen mit Heckmann einzuleiten. Diese wurden im März geführt und ihr Ergebnis wurde – versehen mit der Bitte um baldige Ernennung – im April wiederum nach Berlin geschickt¹⁰¹. Der weitere Weg dieser Berufung verlief durch ein Dickicht von Intrigen – ebenfalls ein Merkmal nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik. Doch auch diesen Bedingungen zeigte sich die Hamburger Fakultät gewachsen.

1939 änderten sich nämlich die Zuständigkeiten im REM. Die Berufungen in den Fächern Mathematik, Physik und Astronomie betreute nun der Führer des Dozen-

⁹⁹ BDC, Heckmann, NSDAP-Kreisleiter Gengler an Gaudozentenbundsführer Prof. Dr. Schürmann, 25.11.1938.

¹⁰⁰ Heckmann, *Theorien der Kosmologie*, S. III.

¹⁰¹ StaHH, Hochschulwesen II, A14/17, REM (Dames) an Reichsstatthalter in Hamburg, 8.2.1939; Staatsverwaltung Hamburg, Hochschulwesen an REM, 7.4.1939. Hans Kienle war sich zu diesem Zeitpunkt bereits so sicher, daß Heckmann nach Hamburg berufen würde, daß er in einem Brief an den Kurator der Universität vom 6.3.1939 um die Freigabe der Wiederbesetzung der planmäßigen Assistentenstelle Heckmanns bat, in: UAG-K, Abt. XVI, IV C.

tenbundes im Gau München, Wilhelm Führer¹⁰². Er war der Nachfolger Rudolf Mentzels, der seinerseits die Leitung des Amtes Wissenschaft übernahm. Führer war ein ausgesprochener Freund der „Deutschen Physik“, beteiligt an der Opposition gegen Heisenberg in der Sommerfeld-Nachfolge, und er hatte bereits 1934 als Dozentenbundsführer in München Heckmann als Kandidaten für den dortigen Astro-nomielehrstuhl abgelehnt.

1939 setzte Führer seine neugewonnene Macht wiederum ein, um Heckmann den Hamburger Lehrstuhl zu verweigern. Dabei ging er allerdings nicht den Weg, als nunmehr entscheidender Vertreter des REM in einem offiziellen Schreiben die Hamburger Behörden und Fakultät über seine Meinung zu unterrichten. Statt dessen äußerte er seine Bedenken gegen Heckmann in Gesprächen mit Hamburger Vertretern außerhalb des Dienstwegs. Die Hamburger Hochschulbehörde erfuhr von der Kehrtwendung des REM durch die Vertretung Hamburgs in Berlin. Die Vertretung, die offenbar über den Fall Heckmann nicht unterrichtet war, wies darauf hin, daß gegen Heckmann politische Bedenken bestünden und daß man überlegen sollte, ob nicht der Hamburger Johannes Hellerich berufen werden könne¹⁰³. Die Hamburger Hochschulbehörde antwortete schnell und eindeutig: Die Berufungsverhandlungen seien bereits zum Abschluß gebracht und sollten nicht wieder aufgerollt werden¹⁰⁴. Führer setzte nun auf Zermürbung und Verzögerung. Er wich zunächst weiteren Gesprächen aus, wiederholte dann im November 1939 einfach seine Position gegenüber der Hamburger Vertretung in Berlin¹⁰⁵. Im Dezember wandte er sich schriftlich direkt an das Büro des Reichsstatthalters in Hamburg – offenbar glaubte er, diesen auf seine Seite bringen zu können –, dem er Gutachten über seinen Kandidaten Hellerich übersandte, die von der NSDAP-Reichsleitung in München zusammengestellt worden waren¹⁰⁶. Der angeschriebene Landesschulrat folgte in seiner Antwort allerdings der Meinung von Schorr und der Hochschulbehörde und bat um baldige Erledigung der Berufung Heckmanns¹⁰⁷.

Mittlerweile war aber auch die Fakultät nachhaltig gewarnt: Zum einen wurde im Dezember 1939 Wilhelm Müller (1880–1968), der zwar ein unbedeutender Aerodynamiker war, jedoch die Unterstützung der Vertreter der „Deutschen Physik“ hatte, und nicht Werner Heisenberg (1901–1976) auf den prestigereichen Sommerfeld-

¹⁰² Zu Führer siehe Anm. 19.

¹⁰³ StaHH, Hochschulwesen II, A4/17, Vertretung der Hansestadt Hamburg in Berlin an Staatsverwaltung der Hansestadt Hamburg, Hochschulwesen, 4.8. 1938; hier: Abschrift vom 11.8. 1939 für Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät.

¹⁰⁴ Ebenda, Staatsverwaltung der Hansestadt Hamburg, Hochschulwesen, an Vertretung der Hansestadt Hamburg in Berlin, 18.8. 1939.

¹⁰⁵ Ebenda, Vertretung der Hansestadt Hamburg in Berlin an Staatsverwaltung der Hansestadt Hamburg, Hochschulwesen, 9.11. 1939.

¹⁰⁶ Ebenda, Führer an Landesschulrat Schulz, Reichsstatthalterei, 6. 12. 1939.

¹⁰⁷ Ebenda, Schulz an Führer, 12. 1. 1940; Schulz hatte sich zuvor mit dem Präsidenten der Staatsverwaltung besprochen und von Schorr mit Auszügen aus den Gutachten für Heckmann und für Hellerich versorgen lassen.

Lehrstuhl nach München berufen¹⁰⁸. Zum anderen hatte Schorr ein eindringliches Schreiben von Hans Kienle, nun Direktor des Astrophysikalischen Observatoriums Potsdam, erhalten. „Nur rasches und kräftiges Eingreifen von Hamburg“ könne Heckmann jetzt noch helfen, schrieb er. „Die Gegenspieler in München sind zu mächtig!“¹⁰⁹ Doch war auch die Hamburger Fakultät in der Lage, einflußreiche Bündnispartner für ihren Wunschkandidaten zu finden. Nicht nur die Abteilung Hochschulwesen der Hamburger Staatsverwaltung hielt an Heckmann fest, auch der Präsident der Staatsverwaltung formulierte seine Unterstützung in einem Schreiben an das REM. Sogar der Reichsstatthalter war zu einer positiven Stellungnahme zu bewegen, die im Februar 1940 an das Ministerium ging¹¹⁰. Als weiteren Bündnispartner konnte die Hamburger Fakultät den Leiter des Amtes Wissenschaft im REM Rudolf Mentzel gewinnen¹¹¹. Den nächsten Schritt tat offenbar Reichsminister Bernhard Rust persönlich, indem er im April die Weiterleitung aller Unterlagen zur Entscheidung an den Stellvertreter Hitlers verfügte, der als oberste Instanz die Ernennung aussprechen mußte¹¹². Dort blieb der Vorgang erst einmal liegen.

Im November 1940 fand dann zwischen Vertretern der sogenannten „Deutschen Physik“ und deren Gegnern unter der Aufsicht des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenverbandes das sogenannte „Münchener Religionsgespräch“ statt. Das Gespräch endete mit einer Übereinkunft, die sowohl die Quantenmechanik als auch die Relativitätstheorie als Bestandteile der Physik anerkannte¹¹³. Heckmann war dabei als Fachmann für die allgemeine Relativitätstheorie geladen, und vermutlich geht auf ihn die folgende Passage in dem schließlich verabschiedeten Kommuniqué zurück:

„Die in der speziellen Relativitätstheorie zusammengefaßten Erfahrungstatsachen gehören zum festen Bestand der Physik. Die Sicherheit der Anwendung der speziellen Relativitätstheorie in kosmischen Verhältnissen ist jedoch nicht so groß, daß eine weitere Nachprüfung unnötig wäre.“¹¹⁴

¹⁰⁸ Vgl. Beyerchen, *Wissenschaftler unter Hitler*, S. 210–223; Cassidy, Heisenberg, S. 346–355, 370 f., 377–400.

¹⁰⁹ StaHH, Hochschulwesen II, A4/17, Kienle an Schorr, 29. 12. 1939.

¹¹⁰ Ebenda, Präsident der Staatsverwaltung an REM, 9. 1. 1940; Reichsstatthalter an REM (Gez. Karl Kaufmann), 20. 2. 1940.

¹¹¹ Ebenda, Schreiben des Präsidenten der Staatsverwaltung an den Stellvertreter des Führers, 7. 5. 1940.

¹¹² Ebenda, Vermerk über eine Besprechung im REM, 18. 4. 1940; Präsident der Staatsverwaltung an Stellvertreter des Führers, 7. 5. 1940.

¹¹³ Vgl. Carl Ramsauer, Eingabe an Rust, in: *Physikalische Blätter* 3 (1947), S. 43–46; Mark Walker, *Die Uranmaschine. Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe*, Berlin 1990, S. 88; Hentschel, *Relativitätstheorie*, Abschnitt 3.2; Cassidy, Heisenberg, S. 454 f.

¹¹⁴ Das Wort „spezielle“ im zweiten Satz muß ersetzt werden in „allgemeine“, da in kosmischen Größenordnungen nur die allgemeine Theorie sinnvoll angewandt werden kann. Offenbar liegt hier ein Fehler der Abschrift vor.

¹¹⁵ Punkt 2 des Münchener Einigungs- und Befriedigungsversuches, maschinenschriftliche Abschrift der Anlage VI der Eingabe Ramsauers im Auftrage der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, Januar 1942, zitiert z. B. in: Ramsauer, Eingabe an Rust; Beyerchen, *Wissenschaftler unter Hitler*, S. 241.

Das Streitgespräch endete mit der Neutralität des Dozentenbundes in Fragen der Relativitätstheorie. Damit wurden die Angriffe gegen Heckmanns kosmologische Arbeiten nicht mehr durch eine mächtige Institution des nationalsozialistischen Staates gedeckt. Der Weg zur Berufung war nun im Prinzip frei¹¹⁶. Zusätzlich zeichnete sich neben der Hamburger Option ab April 1940 für Heckmann sogar noch die Möglichkeit ab, die Nachfolge seines langjährigen Vorgesetzten Kienle anzutreten, der bereits seit Oktober 1939 kommissarisch und seit dem Februar 1940 endgültig die Leitung des Potsdamer Astrophysikalischen Observatoriums übernommen hatte¹¹⁷.

Die Berufung nach Hamburg verzögerte sich allerdings noch bis April 1941, da Führer offenbar zuvor Hellerich ebenfalls eine Professur verschaffen wollte¹¹⁸. Die offizielle Ernennung Heckmanns, der zunächst nur vertretungsweise nach Hamburg berufen wurde, durch den Stellvertreter des Führers erfolgte nach etlichen weiteren Querelen im Januar 1942¹¹⁹.

7. Die zweite Wende nach dem Krieg

Das Ende des Dritten Reiches 1945 hatte für Heckmanns Selbstdarstellung und vielleicht auch für sein Selbstverständnis eine ebenso einschneidende Wirkung wie die Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933. So wie ihm damals für viele Jahre zum Vorwurf gemacht wurde, daß er ein Zentrumsman und verkappter Anhänger Einsteins sei, so mußte er nach 1945 im Zuge der Entnazifizierung all die Zugeständnisse, die er von 1933 ab an das nationalsozialistische Herrschaftssystem gemacht hatte, rechtfertigen.

Heckmanns Verarbeitung seiner Vergangenheit im Nationalsozialismus weist für Naturwissenschaftler typische Muster auf. Da ist die selbstverständliche Distanzie-

¹¹⁶ Wolfgang Finkelburg (1905–1967) behauptete etwa 1946 in einem unveröffentlicht gebliebenen undatierten Typoskript (Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik, München, Nachlaß Heisenberg, Typoskript: Der Kampf gegen die Parteiphysik), daß die Verschleppung der Berufung Heckmanns nach Hamburg seit November 1940 durch seine Teilnahme an der Münchener Debatte und sein „Eintreten für die Sache der vernünftigen Physik“ verursacht war. Dafür ließen sich allerdings keine direkten Hinweise finden.

¹¹⁷ BDC, Heckmann, Korrespondenz Paul Guthnicks mit Gengler im April 1940 sowie die Abschrift des Schreibens vom Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen an das REM, 12.4. 1940.

¹¹⁸ StaHH, Hochschulwesen II, A4/17, Auszug aus dem Bericht vom 13.3. 1941 über die Besprechung verschiedener Personalfragen bei den zuständigen Referenten im REM am 10. und 11.3. 1941. Hellerich erhielt noch 1941 eine Professur in Straßburg.

¹¹⁹ UAG-P, REM an Heckmann, 31.3. 1941 zur vertretungsweisen Wahrnehmung des Lehrstuhls, 6.8. 1941 zur Anordnung des Umzugs nach Hamburg. Vgl. auch StaHH, Universität I, Phys. 11-10.600/I, REM an Heckmann, 30.1. 1942, Auszug. Für die von Führer und anderen eingeschlagene Verzögerungsstrategie unter Einbeziehung weiterer Erhebungen zur politischen Zuverlässigkeit Heckmanns, in die auch der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS in Göttingen eingeschaltet wurde, vgl. BDC, Heckmann, Kienle an Heckmann, 31.5. 1940, NSDAP Kreisleitung an den Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, 3.11. 1941.

nung vom Nationalsozialismus, die belegt wird mit dem Hinweis auf die Behinderung des eigenen akademischen Aufstiegs aus politischen Gründen. Entsprechend werden die Eintritte in die nationalsozialistischen Organisationen als notwendige, jedoch rein äußerliche Kompromisse dargestellt, die im Dienste der Sache Wissenschaft und auf Wunsch der Kollegen erfolgten¹²⁰. Das diesem Verhalten zugrundeliegende Selbstverständnis als unpolitischer Wissenschaftler, das eine strikte Trennung zwischen wissenschaftlicher Tätigkeit und politischer Handlung ermöglicht und das Kollaboration erlaubt, wenn sie nur der Wissenschaft dient, ist bereits mehrfach beschrieben und kritisch erörtert worden¹²¹. Bevor Heckmanns Darlegungen über seine Arbeiten zur Relativitätstheorie im politischen Kontext noch genauer untersucht werden, sei zuvor der sehr erfolgreiche weitere Lebensweg Heckmanns kurz umrissen.

Auffällig ist zunächst die internationale Anerkennung, die Heckmann schon bald nach Ende des Krieges erfuhr¹²². So wurde Heckmann 1953 von seinem Kollegen und Freund Walter Baade als Repräsentant Deutschlands ausgewählt, als europäische Astronomen an der Universität Leiden dem Plan eines gemeinsamen Observatoriums auf der Südhalbkugel (ESO) nähertraten. An dessen Planung und Aufbau in La Silla in Chile war Heckmann dann auch wesentlich beteiligt, u. a. als dessen erster Generaldirektor (1962–1969)¹²³. Heckmanns großes nationales und internationales Ansehen spiegelt sich auch in seinen sonstigen Funktionen, z. B. bei der Rekonstituierung der Astronomischen Gesellschaft nach dem Krieg¹²⁴, deren Vorsitzender er 1952–1957 war, sowie als Vizepräsident (1955–1961) bzw. Präsident (1967–1970) der Internationalen Astronomischen Union¹²⁵. Im Alter von fast 82 Jahren starb Otto Heckmann am 13. Mai 1983 in einem Göttinger Altersheim¹²⁶.

¹²⁰ Vgl. das in Anm. 51 zitierte Dokument im StaHH.

¹²¹ Vgl. Mehrrens/Richter, *Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie*; Herbert Mehrrens, *Verantwortungslose Reinheit. Thesen zur politischen und moralischen Struktur mathematischer Wissenschaften am Beispiel des NS-Staates*, in: Georges Füllgraff/Annegret Falter (Hrsg.), *Wissenschaft in der Verantwortung. Möglichkeiten der institutionellen Steuerung*, Frankfurt a. M./New York 1990, S. 37–54; Gerda Freise, *Autonomie und Anpassung. Das Selbstverständnis von Naturwissenschaftlern im Nationalsozialismus*, in: Rainer Brämer (Hrsg.), *Naturwissenschaft im NS-Staat*, Marburg 1983, S. 31–58; Becker/Dahms/Wegeler, *Universität Göttingen, Einleitung*, S. 46; Mark Walker, *Legenden um die deutsche Atombombe*, in: VfZ 38 (1990), S. 45–74.

¹²² Vgl. Kuiper, *German Astronomy*, S. 267, über Heckmann als einen „man of great ability“, mit dem die Hamburger Sternwarte zum „principal observatory of Germany today“ geworden sei.

¹²³ Vgl. Voigt, *Nachruf*, S. 11.

¹²⁴ Zunächst gab es nur eine Astronomische Gesellschaft in der Britischen Zone, deren Mitglieder auch aus anderen Zonen kommen konnten.

¹²⁵ Ferner war Heckmann korrespondierendes Mitglied folgender Akademien: Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, Royal Astronomical Society zu London, Kungl. Vetenskaps-Societäten zu Uppsala, Kungl. Fysiografiska Sällskapet zu Lund, Academia de Ciencias, Físicas, Matemáticas y Naturales zu Caracas sowie Ehrenmitglied der American Astronomical Society zu Cambridge, Mass. und Vertrauensmann der Universität Hamburg bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

¹²⁶ Vgl. die Todesanzeige im Göttinger Tageblatt, 18. 5. 1983.

Heckmanns rückblickende Bewertung seiner eigenen Schriften während der NS-Zeit begann bereits einige Wochen nach Kriegsende. Im Juli 1945 führte er als fünften und letzten Punkt seiner ergänzenden Bemerkungen zum Personalfragebogen der Militärregierung aus: „Ich war der erste deutsche Autor, der seit 1933 wieder eine geschlossene und positive Darstellung der Relativitätstheorie gab in meinem Buch *Theorien der Kosmologie* (Springer 1942).“¹²⁷ Auch in seinem autobiographischen Werk von 1976 stellt er sich als denjenigen dar, der es geschafft habe, während der Nazi-Zeit etwas über die allgemeine Relativitätstheorie zu veröffentlichen. Dort ist der systematische Vergleich von klassischer und relativistischer Theorie, den Heckmann – wie wir gesehen hatten – ja durchaus mit großer Sympathie für den klassischen Zugang unternommen hatte, nun plötzlich als kluger Schachzug interpretiert, mit dem es gelang, die Zensoren auszutricksen:

„In dem Buch findet sich im Mittelabschnitt die einzige positive Darstellung der Einsteinschen Gravitationstheorie, die in unserem Lande zwischen 1933 und 1945 erschienen ist. Da das Buch sicher durch die Zensur gegangen ist (sonst wäre dem Verlag kein Papier zugeteilt worden), so ist zu vermuten, daß die Einbettung der Einsteinschen Kosmologie zwischen die Newtonsche und die sogenannte kinematische, die ebenfalls von dem oben genannten Milne herrührte, die Tragbarkeit der relativistischen Theorie deutlich gemacht hat.“¹²⁸

Heckmann benannte 1976 als Motiv für seine Beschäftigung mit der Anwendung klassischer Methoden in der Kosmologie in den späten dreißiger und vierziger Jahren den Wunsch, damit die Relativitätstheorie verteidigen zu wollen. „Die Arbeiten von Milne und McCrea erkannte ich sofort als ausgezeichnete Waffe, mit der man in unserem Lande jede Polemik gegen die relativistische Kosmologie kompensieren konnte.“¹²⁹ Damit deutet Heckmann auch an, daß er seine eigenen Forschungen auf diesem Gebiet als Reaktion auf die nationalsozialistische Polemik hin unternahm. Diese Selbstdarstellung als geschickter Verteidiger der Relativitätstheorie steht im krassen Widerspruch zur geschilderten Einschätzung seiner kosmologischen Arbeiten im Rahmen des Berufungsverfahren auf den Hamburger Lehrstuhl.

Der Wunsch, diesen Widerspruch aufzulösen, führt uns zunächst noch einmal zurück auf das Buch von 1942: War es eine Ablehnung oder eine Verteidigung der Relativitätstheorie? Wie bereits ausgeführt, zeigte Heckmann dort, daß klassische Methoden ebensogut wie die allgemeine Relativitätstheorie auf eine Expansion des Universums und die damit verbundenen kosmologischen Konsequenzen wie insbesondere die Rotverschiebung der Spektren von Spiralnebeln führen, so daß es keine empiri-

¹²⁷ StaHH, Heckmann, Persönliche Bemerkungen als Ergänzung zum Personalfragebogen, 9.7. 1945.

¹²⁸ Heckmann, *Sterne, Kosmos, Weltmodelle*, S. 35; zur kinematischen Relativität siehe Edward Arthur Milne, *Cosmological theories*, in: *Astrophysical Journal* 91 (1940), S. 129–158; ders., *Kinematic Relativity. A Sequel to Relativity, Gravitation and World Structure*, Oxford 1948; ders., *Modern Cosmology and the Christian Idea of God*, Oxford 1952.

¹²⁹ Heckmann, *Sterne, Kosmos, Weltmodelle*, S. 33.

sche Evidenz für die Überlegenheit einer der beiden Ansätze gab¹³⁰. Hinzu kommt, daß Heckmann auch in späteren Arbeiten diese wissenschaftliche Meinung nicht änderte¹³¹. Wenn das Buch von 1942 also weder eine Ablehnung noch eine Verteidigung der Relativitätstheorie war, konnte es doch möglicherweise so gelesen werden. Daß es während des Nationalsozialismus als Ablehnung der Relativitätstheorie gelesen wurde, ist bereits mehrfach ausgeführt worden. Wie steht es jedoch mit der anderen Möglichkeit? Carl Friedrich von Weizsäcker faßte in seiner Besprechung des Buches von 1943 zusammen, daß Heckmann gezeigt habe, daß die Relativitätstheorie für die „Formulierung der kosmologischen Fragen und Hypothesen nicht notwendig“ sei. Er fuhr fort: „Sie stellt aber eine gleichberechtigte Möglichkeit dar. Überlegen ist sie in einem Punkt: der Formulierung der Gesetze der Lichtausbreitung [...]“. ¹³² Heckmann selbst hatte die Behandlung der Lichtfortpflanzung im Rahmen der Relativitätstheorie als mathematisch zwingend und physikalisch verständlich charakterisiert, diejenige im Rahmen der klassischen Mechanik als hypothetisch¹³³. Er zog daraus allerdings 1942 keine weiteren Schlüsse. In Artikeln, die nach dem Ende des Nationalsozialismus geschrieben wurden, ist das anders. Da wird der breitere Erklärungswert der Relativitätstheorie zum klaren Argument für einen unbedingten Vorzug¹³⁴. Diejenigen also, die an einem wissenschaftlichen Vergleich verschiedener kosmologischer Theorien interessiert waren und den höheren Erklärungswert einer Theorie als Argument ansahen, dieser Theorie den Vorzug zu geben, konnten das Buch von Heckmann auch 1942 bereits als positive Darstellung der Relativitätstheorie lesen, sofern sie den Blick auf den eben zitierten Satz richteten. Die Grundaussage des Buches jedoch, daß es keine experimentelle Gewißheit für diese Entscheidung gebe, bleibt davon unberührt.

Wie steht es mit der bloßen Darstellung der allgemeinen Relativitätstheorie? War diese Art konspirativen Schreibens tatsächlich nötig? Bernhard Bavink etwa gab in allen Auflagen seiner „Ergebnisse und Probleme in den Naturwissenschaften“, die zwischen 1933 und 1945 erschienen¹³⁵, Darstellungen der speziellen wie auch der allgemeinen Relativitätstheorie. Bavink hatte es nicht nötig, seine populärwissenschaftliche, doch aber nüchternreferierende Darstellung zwischen klassische Ansätze in der Kosmologie zu plazieren. Im übrigen kam auch er in bezug auf die allgemeine

¹³⁰ Bei der Neuauflage von Heckmann, *Theorien der Kosmologie*, 1968, handelt es sich um einen unveränderten Nachdruck, der versehen ist mit einem zusätzlichen Vorwort und 20 Anmerkungen, die im wesentlichen auf inzwischen neu erschienene Werke zur Kosmologie hinweisen.

¹³¹ Vgl. Otto Heckmann, *Theorie und Erfahrung in der Kosmologie*, in: *Die Naturwissenschaften* 38, S. 84–91; ders./E. Schücking, *Newtonische und Einsteinsche Kosmologie*, in: *Handbuch der Physik* 53 (1959); S. 489–519; dies., *Andere kosmologische Theorien*, ebenda, S. 520–537.

¹³² Carl Friedrich v. Weizsäcker, *Rezension von Heckmann, Theorien der Kosmologie*, in: *Vierteljahrsschrift der Astronomischen Gesellschaft* 78 (1943), S. 208–211, hier S. 210.

¹³³ Vgl. Heckmann, *Theorien der Kosmologie*, S. 77.

¹³⁴ Vgl. ders., *Theorie und Erfahrung*, S. 86.

¹³⁵ Bernhard Bavink, *Ergebnisse und Probleme in den Naturwissenschaften*, Leipzig 1913, 1940, 1944.

Relativitätstheorie zum Schluß: „eine wirkliche unzweifelhafte experimentelle Bestätigung steht noch aus“¹³⁶. Es war also doch möglich, über Einstein und die Relativitätstheorie zu schreiben, ohne Angst vor Repressionen haben zu müssen¹³⁷. Zudem war 1942 die Macht der Vertreter der „Deutschen Physik“ gebrochen. Heckmann war selbst beteiligt gewesen an der Formulierung der entscheidenden Übereinkunft in München Ende 1940. Sein Buch bewegt sich genau auf dem damit abgesteckten Feld. Eine konspirative Art zu schreiben war also nicht nötig, wenn es um die Darstellung der allgemeinen Relativitätstheorie im Jahre 1942 ging. Daraus läßt sich nur schließen, daß Heckmann die klassischen Ansätze zur Lösung der kosmologischen Fragen behandelte, weil er darüber geforscht hatte und sie ernst nahm. Das Resultat seiner Forschungen war ein wissenschaftlicher Vergleich, der keinen eindeutigen Vorteil für eine der Theorien ergab: weder eine Ablehnung der Relativitätstheorie noch eine Verteidigung.

Doch konnten offenbar alle, die wollten, das Buch als positive Darstellung der Relativitätstheorie lesen, und die, die etwas anderes wollten, konnten es als Ablehnung derselben Theorie lesen. Interessant wurde diese Doppeldeutigkeit dort, wo sie im konkreten politischen Kontext eindeutig wurde. Heckmann selbst interpretierte im politischen Raum seine Arbeiten eindeutig: während des Nationalsozialismus als Ablehnung der Relativitätstheorie, nach dem Kriege als positive Darstellung. Die Veränderung der Verkaufsstrategie folgte sorgsam der unterschiedlichen Bewertung der Relativitätstheorie im politischen Kontext. So wie Heckmann die Selbstdarstellung als ein Wissenschaftler, der die Relativitätstheorie als überflüssig erkennt, auf dem Wege zum Hamburger Lehrstuhl nützte, so half ihm die Selbstdarstellung als einer der wenigen Wissenschaftler, die während des Nationalsozialismus über die Relativitätstheorie publizierten, bei seiner Karriere in der Nachkriegszeit, die ihm großes nationales und internationales Ansehen brachte.

In Heckmanns Umdeutung seiner kosmologischen Arbeiten im politischen Kontext spiegelt sich der politische Bruch, der 1945 stattfand. Doch sah Heckmann selbst darum offenbar seine Reputation nicht gefährdet, und das Urteil der scientific community bestärkte ihn darin. Es gab vielmehr die Möglichkeit zu einer innerhalb des wissenschaftlichen Betriebs „respektablen“ Uminterpretation. Ordnen wir diesen Befund abschließend noch ein in den Kontext der Selbstdefinition der naturwissenschaftlichen Disziplinen, die sich und die reine Forschungsarbeit und deren Ergebnisse, d.h. durch die erarbeiteten Inhalte, nicht über die Aktivitäten der Wissenschaftler definieren¹³⁸. Was sollte sich dann an der wissenschaftlichen Reputation des Verfassers ändern, wenn doch die wissenschaftliche Aussage gleich blieb?

¹³⁶ Ebenda, 6. und 8. Aufl. S. 131.

¹³⁷ Bavink bekam zwar Schwierigkeiten mit der Zensur, doch lag dies an seiner offenen Kritik an der vorgeblichen rassischen Bedingtheit physikalischer Theorien. Siehe dazu: Bernhard Bavink, Was ist Wahrheit in den Naturwissenschaften?, Wiesbaden 1947, S. 10; Hentschel, Bavink.

¹³⁸ Diese Interpretation folgt: Mehrtens, Verantwortungslose Reinheit, insbesondere S. 46.

Diese Selbstdefinition über die reine Wissenschaft erlaubt die Ausblendung politischer Realitäten und ein Selbstverständnis als unpolitischer Wissenschaftler, auch wenn die daraus resultierenden Handlungen offenbar systemstabilisierend wirkten und insofern hochgradig politisch waren¹³⁹. Diese politische Einbindung der Disziplinen wie auch der Wissenschaftler, wie sie nicht nur unser Beispiel des Astronomen Heckmann zeigt, wird durch dieses Selbstverständnis auf spezifische Weise ausgeblendet. Daß eine disziplinäre Interessenpolitik nötig ist, wird in keiner naturwissenschaftlichen Disziplin bestritten, doch wird ihr auf der Grundlage der restriktiven Selbstdefinition eine untergeordnete Rolle zugedacht, die streng an der unmittelbaren Produktivität des Faches orientiert ist. Politische Handlungen werden als lästiges, doch notwendiges Übel angesehen und gleichzeitig als anrüchig betrachtet, die aber der reinen Wissenschaft nichts anhaben können. Damit wird eine Interessenpolitik gerechtfertigt, die eine Anpassung an jede konkrete politische Situation erlaubt. Insofern politische Handlungen eine üble Notwendigkeit bleiben, ist es – überspitzt formuliert – belanglos, in welchem politischen System man sich die Hände schmutzig macht. Daß sich mit dem Übergang von einem zum anderen politischen System die Maßstäbe ändern, macht Umdeutungen notwendig, die Heckmann mühelos vollzog, weil sie nicht den vermeintlichen Kern der Wissenschaft berührten. Eine wissenschaftliche Disziplin, die mit der geschilderten restriktiven Selbstdefinition und der daraus gerechtfertigten Interessenpolitik ausgestattet ist, bietet die Möglichkeit zu nachträglichen Umdeutungen, die ohne politische und moralische Reflektionen auskommt.

¹³⁹ Daß dieses Selbstverständnis sehr resistent gegen politische Veränderungen ist, hat schon Freise, Autonomie und Anpassung, vermutet.

RALF KESSLER UND HARTMUT RÜDIGER PETER

ANTIFASCHISTEN IN DER SBZ

Zwischen elitärem Selbstverständnis und politischer
Instrumentalisierung

Die gesellschaftliche Rolle der Verfolgten und Opfer des Nationalsozialismus in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR wurde bis Anfang der neunziger Jahre kaum ernsthaft untersucht. Dieses Thema gehörte in der DDR in den Bereich der einseitigen Pflege und Propagierung antifaschistischer Traditionen; außerdem waren wichtige Quellen dem Historiker verschlossen. Erst in letzter Zeit wurde das Problem vor allem im Kontext der anhaltenden Diskussionen über den deutschen Widerstand und den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit im Nachkriegsdeutschland mehrfach aufgegriffen; dabei ging es auch um den Charakter der DDR generell¹.

Die Verortung der Fragestellung in einer auch politischen Diskussion sowie die Provenienz der dabei meist verwendeten Quellen (zentrale Instanzen der SED und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – VVN) birgt allerdings auch Probleme in sich. Vor allem kann sich daraus eine Vereinfachung des Problems ergeben, die gelegentlich schon bei einer unpräzisen Verwendung der Termini OdF, VdN, VVN*

* Der Begriff OdF (Opfer des Faschismus) kennzeichnete im ostdeutschen Sprachgebrauch den Personenkreis der amtlich anerkannten und betreuten NS-Verfolgten. Ab etwa 1947 bürgerte sich dafür synonym die Bezeichnung VdN (Verfolgter des Naziregimes) ein, die sich mit den einheitlichen Regelungen für die DDR von 1949/50 durchsetzte. Beide Begriffe waren nicht gleichbedeutend mit der Zugehörigkeit zur VVN. Dieser Organisation traten hauptsächlich ehemals politisch Verfolgte bei, wobei die Mitgliedschaft nicht unbedingt die offizielle Anerkennung als OdF/VdN voraussetzte.

¹ Vgl. z.B. Jürgen Danyel, Die geteilte Vergangenheit. Gesellschaftliche Ausgangslagen und politische Dispositionen für den Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten nach 1949, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 129ff.; Jürgen Danyel (Hrsg.), Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995; Jan Foitzik, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch, München 1990, S. 748ff.; Olaf Groehler, Die Überlebenden des deutschen Widerstandes und ihre Verbände in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 42 (1994), S. 605ff.; Antonia Grunenberg, Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbek 1993; Ralf Kessler/Hartmut Rüdiger Peter, Wiedergutmachung im Osten Deutschlands 1945–1953. Grundsätzliche Diskussionen und die Praxis in Sachsen-Anhalt, Frankfurt a.M. 1995 (im Druck).

beginnt² und zur unkritischen Übernahme des Bildes einer Gruppenidentität aller NS-Verfolgten (oder wenigstens der Mehrheit der ehemaligen politischen Häftlinge, die vorwiegend aus der KPD kamen) verführt. Aus alledem ergibt sich dann fast zwingend die pauschale Annahme einer Interessenidentität von Ost-VVN und SED. Opfer oder Verfolgte des Nationalsozialismus und Kämpfer gegen den Faschismus verkörperten aber sehr unterschiedliche Formen von Nicht- bzw. Antifaschismus. Ihre persönlichen Schicksale und Erfahrungen waren so verschieden wie die daraus resultierenden Positionen zur und in der ostdeutschen Nachkriegsentwicklung. Diese erschöpften sich auch nicht in bloßer politischer Akzeptanz und Verteidigung der SED-Politik, denn auch Kommunisten unter den Verfolgten hatten zuweilen beträchtliche Vorbehalte gegen die offizielle Linie.

Das Bild einer Gruppenidentität aller NS-Verfolgten wurde von ehemaligen politischen Häftlingen nach 1945 selbst entworfen. Ottomar Geschke, später Vorsitzender der VVN in der SBZ, umriß es auf einer Konferenz im November 1946: „Unser Kampf und unser Leiden prädestiniert uns, Vorkämpfer zu sein gegen Militarismus, Faschismus und Reaktion, prädestiniert uns, Miterzieher zu sein am deutschen Volke, mit dafür zu sorgen, daß dieses deutsche Volk Abkehr und Umkehr hält von dem Weg, auf dem es zwölf Jahre gegangen ist.“³

Geschke formulierte damit, als anscheinend unumstößliches Theorem, einen Anspruch der NS-Verfolgten auf eine besondere Rolle im Nachkriegsdeutschland. Er unterstellte dabei stillschweigend ein kollektives Selbstverständnis der OdF, das sie als Gruppe zu solchen Aufgaben befähigte. Doch inwieweit gab es dieses gemeinsame Selbstverständnis, dessen Bild in der DDR zum Zwecke der Traditionsstiftung gepflegt wurde, überhaupt? Wie wichtig war es für die Bildung eines Konsenses über grundsätzliche politische Ziele bei der Neugestaltung Deutschlands?

Quellengrundlage und Personenkreis

Die vorliegende Untersuchung stützt sich neben den Archiven zentraler Institutionen (SED, VVN) in erster Linie auf Akten der amtlichen OdF-Betreuungsstelle für die Provinz Sachsen, das spätere Land Sachsen-Anhalt. Dabei handelt es sich um Dokumente aus der Arbeit der regionalen Betreuungsinstitutionen und der VVN sowie um die Unterlagen, die nötig waren, um als OdF anerkannt zu werden, also um Fragebögen, Verfolgungsnachweise und Erlebnisberichte. Hinzu kommt eine umfangreiche und zum Teil sehr aussagekräftige Korrespondenz. Diese Quellen spiegeln bis 1948/49, als politisches Wohlfverhalten noch nicht ausdrücklich formuliertes Kri-

² Vgl. exemplarisch für derartige Mißgriffe Olaf Groehler, Integration und Ausgrenzung von NS-Opfern. Zur Anerkennungs- und Entschädigungsdebatte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 bis 1949, in: Kocka, Historische DDR-Forschung, S. 105 ff.

³ Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv (künftig: SAPMO-BA, ZPA), V 277/1/45, Bl. 172, Protokoll der Delegiertentagung der OdF Groß-Berlins, 23. 11. 1946.

terium der Anerkennung als NS-Verfolgter war, aber auch noch in den Jahren danach wider, wie ein großer Teil der Betroffenen über die Entwicklung der ostdeutschen Gesellschaft dachte. Selbst für die Führungsebenen der VVN und der Betreuungsstellen enthalten sie oft Aussagen „im Klartext“, ohne politisch-ideologische Zugeständnisse. Dieses Material aus einem Land der SBZ erlaubt Aussagen, die für größere Teile der OdF im Osten Deutschlands generalisierbar sind, und eröffnet zugleich die Möglichkeit, die Akten zentraler Institutionen kritisch zu hinterfragen.

Einschränkend muß vorangestellt werden, daß hier nur der Personenkreis der offiziell anerkannten OdF berücksichtigt wird, der lediglich einen Ausschnitt des Spektrums von Verfolgung und Widerstand im Dritten Reich repräsentiert. Nachdem schon 1945 die ursprüngliche Auffassung korrigiert worden war, daß als OdF nur der betrachtet werden könne, der gegen das NS-Regime *gekämpft* habe, galten bis zu den einheitlichen Bestimmungen von 1949/50 etwa folgende, für die SBZ weitgehend übereinstimmende Grundsätze: Anerkannt wurden in der Regel nur Personen, die mindestens sechs Monate (wenn keine *organisierte* Opposition feststellbar war: mindestens achtzehn Monate) aus politischen, religiösen oder rassischen Gründen im Gefängnis, Zuchthaus, KZ oder in einigen Kategorien der Arbeitslager verbracht hatten oder durchgängig aktiven Widerstand gegen das Nazi-Regime nachweisen konnten; dies galt auch für deren Hinterbliebene. Ehemalige Angehörige von NS-Organisationen wurden selten anerkannt. Nur für die Verschwörer des 20. Juli 1944 bzw. deren Hinterbliebene und für Personen, die mit Parteauftrag einer NS-Organisation beigetreten waren, gab es ausdrücklich Ausnahmeregelungen. Hinzu kamen die Spanienkämpfer und ein Teil der Emigranten. Relativ problemlos erfolgte die Anerkennung jüdischer Verfolgter. Dagegen erhielten jüdische „Mischlinge“ – diese NS-Termini wurden von den Betreuungsstellen und teilweise auch von den OdF selbst häufig unreflektiert übernommen –, aber auch die Zwangssterilisierten häufig nicht den offiziellen OdF/VdN-Status. Dies betraf (bis auf Ausnahmen⁴) auch Sinti und Roma.

Eine Statistik vom Sommer 1949 weist für Sachsen-Anhalt folgende Zusammensetzung der OdF aus: 70 Prozent politisch, 4 Prozent religiös, 12,7 Prozent rassistisch Verfolgte. Hinzu kamen 4 Prozent wegen Wehrkraftzersetzung und weitere 4 Prozent auf der Grundlage des „Heimtückegesetzes“ Bestrafte. Emigranten stellten insgesamt (Ausnahme: Berlin) eine verschwindend kleine Minderheit dar. Von den 7381 anerkannten VdN in Sachsen-Anhalt kamen mehr als drei Viertel (fast 77 Prozent) aus den Arbeiterparteien KPD und SPD, aus letzterer allerdings nur 10,5 Prozent⁵.

Das quantitative Übergewicht der politisch Verfolgten wurde 1949/50 noch größer: Als in Sachsen-Anhalt die sogenannten weißen Ausweise für die Opfer der nationalsozialistischen Sondergesetzgebung fortfielen und als Kriterium der Anerken-

⁴ Anerkannt wurden diese nur, wenn sie einen festen Wohnsitz bzw. Arbeitsplatz nachweisen konnten – beides Kriterien, die sie meist nicht erfüllen konnten.

⁵ Landesarchiv Magdeburg (künftig: LA Magd.), Rep. K MW 9646, Bl. 27–29, Protokoll der Konferenz der Betreuungsstellenleiter Sachsen-Anhalts, 29. 4. 1949.

nung die Haftzeit (in Verbindung mit SED-konformem Verhalten) immer größere Bedeutung erlangte⁶, verlor u. a. ein großer Teil der von den Nationalsozialisten als „Mischlinge 1. Grades“ Verfolgten den VdN-Status. Das betraf im späteren DDR-Bezirk Magdeburg ca. 7 Prozent aller Anerkannten⁷. In die gleiche Richtung wirkte auch der Ausschluß der Zeugen Jehovas (ca. 4 Prozent aller VdN in diesem Bezirk) 1950. Neben den politisch Verfolgten fielen nun nur noch die Juden zahlenmäßig ins Gewicht, die als Gruppe auf den ersten Blick relativ homogen waren; im Bezirk Magdeburg dürften das etwa 9 Prozent der VdN gewesen sein.

Kämpfer und Opfer – Versuch einer Typisierung

Das in offiziellen Selbstdarstellungen der OdF entworfene Bild einer geschlossenen, einheitlich auftretenden Gruppe der NS-Verfolgten läßt sich nach Auswertung der Quellen nicht aufrechterhalten. Vielmehr ist mindestens eine grobe Untergliederung in die Gruppe der NS-Verfolgten und die Gruppe der Kämpfer gegen das NS-Regime notwendig; letztere ist nur auf den ersten Blick identisch mit der in der SBZ bis 1949 vorgenommenen Unterscheidung zwischen „Opfern des Faschismus“ und „Kämpfern gegen den Faschismus“, nach der als „Kämpfer“ schließlich fast nur jene anerkannt wurden, die politisch motiviert und organisiert gegen das Dritte Reich aufgetreten waren, während fast alle anderen zu den „Opfern“ gerechnet wurden. Im vorliegenden Aufsatz haben diese Begriffe eine etwas andere Akzentuierung: 1. Als *Kämpfer* werden diejenigen bezeichnet, die wegen einer politisch (die „Politischen“ im engeren Sinne des Wortes) oder religiös motivierten bewußten Tätigkeit gegen das NS-Regime in die Mühlen der Straf- und Vernichtungsmaschinerie geraten waren, mehrheitlich, aber nicht immer als Mitglieder einer bestimmten Organisation. 2. Unter „Opfern“ bzw. „Verfolgten“ werden jene zusammengefaßt, die aus rassistischen Gründen oder eher zufällig (etwa durch Denunziation, wegen einer mißverstandenen Äußerung) verfolgt wurden, bei denen humanitäres Gewissen oder Kriegsmüdigkeit Einzelaktionen unterschiedlicher Intensität und meist eng begrenzter Zielsetzung auslöste. Bei letzteren handelt es sich um diejenigen, die von den Betreuungsstellen in der SBZ häufig abfällig als „Gelegenheitstäter“ bezeichnet wurden. Hier wird also die Einheit von Motiv, Zielsetzung und Aktivität unter besonderer Betonung von Motivation und Handeln in den Mittelpunkt gestellt, wobei diese als komplexer angesehen werden, als es in der SBZ üblich war.

Dieser Zuordnungsversuch bleibt natürlich ebenso problematisch wie alle anderen derartigen Typisierungen⁸ und vermag die Gefahr einer Pauschalisierung ebenfalls

⁶ Soweit feststellbar, wurde nur bei den Juden die Anerkennung nicht in jedem Falle von gesellschaftlichem Wohlverhalten im Sinne der DDR-Politik abhängig gemacht.

⁷ Für diese und die folgenden Zahlenangaben werteten wir 2179 Fragebögen aus, die 1949 von VdN des späteren DDR-Bezirks Magdeburg im Rahmen einer Überprüfungsaktion ausgefüllt wurden.

⁸ Zum Problem bei etwas anderem methodischem Herangehen vgl. Detlev Peukert, *Der Deutsche Arbeiterwiderstand 1933–1945*, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), *Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz*, Düsseldorf 1983, S. 635 f.

nicht auszuschließen. Besonders Grenzfälle sind – wie bei den meisten Bemühungen dieser Art – nicht zu erfassen. Der formulierte Ansatz genügt aber den Bedürfnissen unserer Problemstellung, zumal er dem Selbstverständnis einzelner Subgruppierungen, auf die noch näher einzugehen sein wird, entgegenkommt.

Reflexionen über die Erfahrungen vor 1945

Gab es eine Klammer, die in gewisser Weise alle NS-Verfolgten verband, so war dies das traumatische Erlebnis von Inhumanität, Mißhandlung, Massen- und Völkermord. Selbst diejenigen, die gleich zu Beginn der NS-Zeit verhaftet worden waren und bereits 1934/1935 wieder die Konzentrationslager und Zuchthäuser verlassen konnten, fühlten sich meist außerstande, in ihren Erlebnisberichten die Zeit hinter Stacheldraht oder Kerkermauern aus eigenem Antrieb zu beschreiben. In den Fragebögen für die Anerkennungsprozedur wurden die Jahre oder Monate der Haft und der Haftort aufgelistet, an der vorgesehenen Stelle die körperlichen Dauerschäden, die Erkrankungen, die verlorenen Zähne vermerkt. Hinterbliebene trugen in die entsprechende Spalte ein, wann und von woher sie das letzte Lebenszeichen des Ehegatten, des Vaters, der Mutter oder der ganzen Familie erhalten hatten. Meist war das ein Konzentrationslager. All dies sprach für sich und genügte dem Zweck der Anerkennung als OdF/VdN. Über diese nüchternen Fakten hinaus ging man nur selten. Geschah das aber, so zeigte sich bereits ein erster Unterschied zwischen „Kämpfern“ und „Opfern“.

In Unterlagen der sehr heterogenen Gruppe der „Opfer“, besonders aber der rassistisch Verfolgten, sind zusätzlich zur obligatorischen Auflistung der Lager mitunter auch Beschreibungen alltäglicher Inhumanität zu finden: Berichtet wurde vom Verlust des Geschäfts oder der beruflichen Existenz, von Anfeindungen, Belästigungen, tätlichen Angriffen in der Öffentlichkeit, vom Abtransport ins Lager. Kaum einer erwähnte KZ-Erlebnisse. Das dort Gesehene und Erlittene schien unaussprechbar: „Den schrecklichsten Eindruck hat die Vernichtung der Juden auf mich gemacht. Die Mißhandlungen der Häftlinge [...] [waren] so grausam, daß es unmöglich ist, dieselben in Schrift wiederzugeben.“⁹

In Berichten von Juden dominiert die Schilderung persönlichen Leides, das oft als unbegreifliches, unerwartetes, individuelles und unbeeinflussbares Schicksal empfunden wurde. Gelegentlich liest man das Wort „Unglück“. Die Erlebnisberichte lassen kaum ein vorhandenes oder entstehendes Kollektivbewußtsein erkennen. Nur sehr selten wird notiert „wir Juden“, kaum einmal „wir Mischlinge“. Dies stützt die These, daß die weitgehende Eingliederung der Juden in die deutsche Gesellschaft vor 1933 früher bestehende Gruppenidentitäten nahezu aufgelöst hatte. Die Juden fan-

⁹ LA Magd., Rep. K MW 11170, Bl. 21, Erlebnisbericht der Irmgard M. aus Kroppenstedt, 1949. Die meisten der hier zitierten Erlebnisberichte wurden im Frühjahr 1949 im Zuge der Überprüfung der VdN Sachsen-Anhalts geschrieben, einige bereits 1948 für die VVN. Eine genauere Datierung ist häufig nicht möglich.

den häufig erst in dem Maße zum Selbstverständnis als Schicksals- und Leidensgemeinschaft, wie die im Lande selbst Überlebenden nach 1945 Abstand zu den zwölf Jahren NS-Herrschaft zu gewinnen suchten. Sicher hatte auch zuvor gemeinsame Geschichte und Religion verbunden. Aber die konsultierten Quellen stellen die Tiefe dieser Bindung in Frage¹⁰. Offenbar gab es sogar eine innere Abwehr gegen das Gefühl, eine besondere Gruppierung in der deutschen Gesellschaft zu sein. Bis 1933 hatte sich die Mehrzahl der deutschen Juden einfach als „gute Deutsche“ gefühlt. Erst die Nationalsozialisten hatten ihnen das unmenschliche Etikett einer außerhalb der deutschen „Volksgemeinschaft“ stehenden Gruppe angeheftet. Als Indiz für eine solche Abwehrhaltung könnte gelten, daß in einer Reihe von Fragebögen die einschlägigen Fragen nach Zugehörigkeit zu den rassistisch Verfolgten nicht beantwortet wurden und erst die zuständige Instanz entsprechende Vermerke anbrachte. Bewußte Hervorhebung jüdischer Kollektividentität war nur in einem einzigen Fall feststellbar. Eine Magdeburgerin, übrigens SED-Mitglied, betonte, sie sei „jüdischer Nation“¹¹. Die Zurückhaltung in diesem Punkt mag bei den Juden auch durch ihre sozialstrukturelle Herkunft bedingt gewesen sein. Die frühere, zumeist (klein-)bürgerliche Existenz hatte zur Individualisierung beigetragen.

Was Geschehnisse für die Berliner Situation unmittelbar bei Kriegsende beschrieb, scheint also durchaus symptomatisch zu sein: „unter unseren jüdischen Kameraden war noch keine Einigkeit über den ganzen Weg und über die Stellung, die sie während des Faschismus eingenommen haben. Da waren die Getauften gegen die Sternträger, die Mischlinge gegen die politischen Kämpfer, die wir in den Reihen der jüdischen Kameraden haben.“¹² Das änderte sich auch später nicht grundsätzlich. Ein Bericht über eine Tagung des OdF-Landesausschusses Brandenburg gibt noch 1947 leicht befremdet Stimmen jüdischer OdF wieder, die sich gegen die Anerkennung der sogenannten Halbjuden wandten: „Sie begründeten ihre Kritik damit, daß dies gerade der jüdische Teil war, der während der Nazizeit versucht habe, sich dem Faschismus zu nähern. Diese halb-jüdische Menschengruppe hätte zum allergrößten Teil bis an das Ende des Jahres 1944 gute Stellungen innegehabt und wäre im allgemeinen nicht länger als ein halbes Jahr in einem solchen OT-Lager verblieben.“¹³ Von einem Gefühl der Gruppenidentität war hier nicht viel zu spüren. Dies sollte für die in der SBZ lebenden rassistisch Verfolgten und insgesamt für die Gruppe der „Opfer“ nach 1945 insofern bedeutsam werden, als zur Durchsetzung von Wiedergutmachungsansprüchen kollektives Auftreten notwendig gewesen wäre.

Außer den rassistisch Verfolgten gab es unter den „Opfern“ keine weiteren Subgruppierungen im eigentlichen Sinne des Wortes. Die Tatsache, daß man nach dem glei-

¹⁰ Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Antrag auf Anerkennung als OdF/VdN und die damit verbundene Hoffnung auf bescheidene Privilegien keine tiefeschürfenden Reflexionen über individuelle Befindlichkeiten erforderlich machte.

¹¹ SAPMO-BA, ZPA, V 278/4/96, Bl. 50, Erlebnisbericht der Fella E. aus Magdeburg, 1948.

¹² Ebenda, V 277/1/45, Bl. 170, Protokoll der Delegiertentagung der OdF Groß-Berlins, 23. 11. 1946.

¹³ Ebenda, IV 2/2.027/30, Bl. 84, Bericht über eine Konferenz des OdF-Landesausschusses Brandenburg, 24. 5. 1947.

chen Gesetz verurteilt worden war, hatte höchstens statistische Bedeutung, es sei denn, man verstand sich selbst – auch als „Einzel-“ oder „Gelegenheitstäter“ – als Widerstandskämpfer.

Die Erlebnisberichte der „Kämpfer“ gegen das NS-System sahen meist anders aus. Sicher gab es auch unter diesen das erwähnte Trauma. Jedoch traf schon der Begriff „Trauma“ den Kern des Problems nur partiell. Verfolgung war im Falle der Kämpfer die Reaktion auf aktive und bewußte Opposition. Robert Havemann beschrieb 1946, was diese Gruppe – anscheinend über Parteien und religiöse Positionen hinweg – einte: „Wir sind keine politische Partei und können das nicht sein. Wir wurden von den Nazis selbst gewählt, denn sie hatten uns als ihre wirklich größten Gegner erkannt.“¹⁴

Ihnen ging es nicht in erster Linie um die Darstellung persönlichen Leides, illegale Arbeit wurde nüchtern, aber nicht ohne Stolz beschrieben. Leid galt fast als selbstverständlich, Widerstand dagegen nicht. Und genau dies hob ihre Biographie von der anderer ab und bildete die Grundlage ihres elitären Selbstverständnisses. Bei den Kommunisten war der Boden dafür schon durch ihre Stellung in der Weimarer Republik und durch ihre Auffassung von ihrer historisch-politischen Mission bereitet. Daß sie einer Minderheit in der Bevölkerung angehörten, hatten sie in den Anfangsjahren der NS-Diktatur nochmals zu spüren bekommen, selbst im Umgang mit eigenen Partei- und Klassengenossen. Ein Kommunist schilderte die Situation nach Hitlers Machtantritt so: „Mit allen Genossen, die vor 1933 mit mir legale Arbeit leisteten, stand ich in Verbindung und habe versucht, mit ihnen organisatorisch zusammenzuarbeiten, stieß aber immer auf Widerstand, da die meisten der Auffassung waren, es habe keinen Zweck, da wir zu schwach seien.“¹⁵ Ein anderer beschrieb Schwierigkeiten beim Verkauf verbotener Zeitungen: „Der größte Teil der Arbeiterschaft, ja selbst jene Kreise, auf die man noch gerechnet hatte, lehnten [es] schon allein aus Angst ab, nur eine Zeitung abzunehmen oder [uns] auch sonst zu unterstützen.“¹⁶ Eine Frau, die einer konservativen Widerstandsgruppe angehört hatte, hob das Gefühl hervor, nur mit wenigen gleichgesinnten Menschen verbunden zu sein, „die oft seelisch am Rande der Verzweiflung waren“. Durch die Gruppe sei ihnen „ein moralischer Halt und der Glaube an neue, reine und gute Ziele vermittelt“ worden, in einer Umwelt von „verzagenden und irregeleiteten Volksgenossen“¹⁷.

Auch unter verfolgten Angehörigen religiöser Gemeinschaften war gelegentlich ein solches Bewußtsein herausgehobener Verschiedenheit von „den anderen“ feststellbar. Bei den Zeugen Jehovas etwa war es von Anfang an verknüpft mit der messianischen Überzeugung, auserwählte Vorbote des Reiches Gottes auf Erden zu sein. Die folgende Bemerkung ist repräsentativ für die Bibelforscher: „Ich glaube,

¹⁴ Ebenda, V 277/1/45, Bl. 164, Protokoll der Delegiertentagung der OdF Groß-Berlins, 23.11. 1946.

¹⁵ LA Magd., Rep. K MW 11157, Bl. 87, Erlebnisbericht des Carl G. aus Bitterfeld, 1949.

¹⁶ Ebenda, Bl. 76; Erlebnisbericht des Friedrich G. aus Ilsenburg, 1949.

¹⁷ LA Magd., Rep. K MW 11158, Bl. 311, Erlebnisbericht der Elisabeth von G. aus Wernigerode, undatiert, wahrscheinlich Juni 1949.

daß es sehr wenige gibt, die so konsequent und aktiv eintreten für Gerechtigkeit, wie wir es bis zur Stunde getan haben.“¹⁸

Die Widerstandskämpfer sahen sich aufgrund ihrer Erfahrungen nicht nur in einer Sonderstellung gegenüber Bekannten, Freunden und letztlich der Mehrheit der Bevölkerung, die passiv geblieben war. Auch gegenüber anderen NS-Verfolgten wollten sie sich als bewußte Antifaschisten hervorgehoben wissen. Eines der ersten nach dem Krieg zum Thema Wiedergutmachung in der preußischen Provinz Sachsen verfaßten Dokumente vom September 1945 (die Autoren kamen aus dem Kreis der „Politischen“) enthält die charakteristische Passage: „Opfer des Faschismus sind alle Personen, die als Kämpfer gegen den Faschismus sich in Strafhaft, Untersuchungs- haft, Schutzhaft oder sonstiger Haft befunden haben.“¹⁹ Und in einer Richtlinie liest man zwei Monate später: „Schuld an dem Kriege ist das Deutsche Volk. Ausgenommen von der Schuld sind die Kinder. Unmittelbar neben den Kindern stehen die Opfer des Faschismus. Opfer des Faschismus ist ein Ehrentitel, der nur demjenigen verliehen wird, der unter der Nazizeit gekämpft, verfolgt und nachweisbar wegen seiner Einstellung gegen das Naziregime Freiheitsstrafen verbüßt hat.“²⁰ Politisch motivierte Aktivität bildete also die Scheidelinie zu anderen NS-Opfern. Das gemeinsame Erlebnis der Verfolgung war somit von vornherein ein außerordentlich dünnes Band der Einigung.

Rückkehr ins „normale“ Leben: Ab- und Ausgrenzungen

Bestand über die Erfahrung des gemeinsamen Leides in der NS-Zeit hinaus unter allen OdF eine weitere Gemeinsamkeit, so war es der Wunsch nach Menschlichkeit und Gerechtigkeit in einer besseren Zukunft, der sich mit der Forderung „Nie wieder Krieg und Faschismus“ verband. Eine Jüdin hielt dazu fest: „Diese Kulturschande darf nie wieder kommen. [...] Diesmal muß es uns gelingen, allen Kriegstreibern zum Trotz ein einheitliches und friedliches Deutschland zu schaffen.“²¹ Und ein als „Arier in Mischehe“ Verfolgter, der in der NS-Zeit Frau und Kind verloren hatte, schrieb gleichermaßen repräsentativ: „Ich schließe meinen kurzen Bericht mit dem Gedenken an die beiden durch Mörderhand gefallenen Toten und in der Hoffnung, daß das deutsche Volk einig und geschlossen gegen nur jeden erdenklichen Versuch, diese Zeit je wieder auferstehen zu lassen, fest zusammenstehen möge zum Wohle aller Menschen und aller Rassen unserer Erde.“²² Wie sich solche Vorsätze auf das persönliche Engagement im Nachkriegsdeutschland auswirkten, hing in hohem Maße davon ab, wie die Zeit unmittelbar nach dem Mai 1945 erlebt und empfunden wurde.

¹⁸ LA Magd., Rep. K MW 11153, Bl.151, Erlebnisbericht des Bruno W. aus Zeitz, 22.4. 1949.

¹⁹ LA Magd., Rep. K MW 9646, Bl.125, Verordnung zur Wiedergutmachung für die „Opfer des Faschismus“ in der Provinz Sachsen, 9.9. 1945 (Hervorhebung im Original gesperrt).

²⁰ LA Magd., Rep. K MW 9760, Bl.35, Richtlinien für die Betreuungsstellen der Provinz Sachsen, 2.11. 1945 (Hervorhebung d. A.).

²¹ LA Magd., Rep. K MW 11153, Bl.297, Erlebnisbericht der Klara D. aus Magdeburg, 20.4. 1949.

²² SAPMO-BA, ZPA, V 278/4/96, Bl.38, Erlebnisbericht des Alfred L. aus Magdeburg, 14.2. 1948.

In Erlebnisberichten und Briefen, die ehemalige Häftlinge an die Betreuungsstellen richteten, finden sich selten optimistische Einschätzungen der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Die Betroffenen kehrten zurück in ein zerstörtes Land. Durch lange Haft und Mißhandlungen gesundheitlich schwer geschädigt, waren sie häufig einfachster materieller Lebensgrundlagen beraubt, fanden sie Freunde und Angehörige nicht mehr vor. Juden berichteten von massivem, alltäglich zu spürendem Antisemitismus. Wo es unter den „Politischen“ die Hoffnung gegeben hatte, daß wesentliche Teile des Volkes im Grunde gegen die NS-Ideologie resistent geblieben seien, zerbrach sich diese schnell²³. Menschen mit völlig unterschiedlichen Erlebnissen prallten nun beinahe brutal aufeinander. Mehr oder weniger offene und nur durch Angst gebremste Feindseligkeit der Bevölkerung bekamen die Regimegegner bereits bei der Heimkehr zu spüren: „[...] ich wurde [...] als KZler verachtet und man zeigte mit Fingern nach mir.“²⁴ Schon Forderungen nach elementarer Hilfe wurden als „Protzigkeit“²⁵ aufgefaßt; später wurde daraus ein fast permanenter Privilegienneid.

So war es kein Wunder, daß die vom elitären Selbstverständnis ohnehin genährte Annahme vieler politisch Verfolgter, das deutsche Volk sei kollektiv schuldig, nun, da etwaige Illusionen verfliegen, noch schärfere Züge erhielt. Wo eine Bevölkerung massenhaft Vergangenheitsentsorgung durch Verdrängung betrieb, fühlten sich die Verfolgten von Feinden umgeben, die ihre Erwartungen nicht verstanden und nicht verstehen wollten; für differenzierte Sichten war da kaum Platz. Ihr durch die Härte der Verfolgung geprägter politischer Rigorismus, der sich in ihren Forderungen und selbst in ihrer Diktion äußerte, ließ den Abstand der Verfolgten zur übrigen Bevölkerung nicht geringer werden. OdF des Kreises Sangerhausen konstatierten im August 1946, die NS-Verfolgten machten sich aufgrund ihrer Haltung mehr Feinde als Freunde, weshalb sie auch nicht als Kandidaten zu den Gemeindewahlen aufgestellt worden seien²⁶. Noch 1949 teilte man empört mit, die Bevölkerung nehme nicht an der Einweihung von Gedenksteinen für ermordete NS-Gegner teil²⁷.

Auf der anderen Seite klagten Regimegegner immer wieder über schlechte Behandlung durch Verwaltungen und gar durch die Betreuungsstellen selbst. Eine Spanienkämpferin schrieb: „Es ist mir [...] unverständlich, wie eine solche Behörde mit uns Antifaschisten umgeht. [...] Allerdings spüren wir hier täglich, daß man eher Nazis

²³ Illusionen über den geistigen Zustand des deutschen Volkes dürften nicht so weit verbreitet gewesen sein, wie das gelegentlich vermutet wird, besonders nicht unter dem prozentual recht erheblichen Teil jener OdF, die nach verhältnismäßig kurzen Haftzeiten (vor allem 1933/1934) wieder in eine überwachte Freiheit gesetzt wurden und jahrelang den NS-Alltag hautnah erlebt hatten; vgl. Groehler, *Die Überlebenden*, S. 606.

²⁴ LA Magd., Rep. K MW 11157, Bl. 352, Erlebnisbericht des Richard G. aus Wernigerode, 1949.

²⁵ LA Magd., Rep. K Bezirksverwaltung Magdeburg, Nr. 340, Bl. 50; Bürgermeister der Gemeinde Wefensleben an den Bezirkspräsidenten in Magdeburg, 17. 10. 1945.

²⁶ Vgl. LA Magd., Rep. K MW 10683, Bl. 231, Bericht über das Treffen der OdF des Kreises Sangerhausen, 25. 8. 1946.

²⁷ Vgl. LA Magd., Rep. K MW 9758, Bl. 9, Bericht über die Beisetzungsfestlichkeiten für ermordete KZ-Häftlinge in Dolle, Kreis Gardelegen, 3. 4. 1949.

entgegenkommend behandelt als uns.“²⁸ Wiederholt wurde geschimpft, dieser oder jener Parteigenosse sitze noch immer auf seinem Posten, sei noch immer Firmeninhaber oder Geschäftsführer. Der Alltag in Deutschland hatte sich in den Augen vieler OdF nicht so gravierend geändert, daß es ihren persönlichen und/oder politischen Erwartungen genüge. Ein dauerhafter Konsens für ein künftiges gemeinsames Handeln ergab sich daraus dennoch nicht.

Für die meisten „Unpolitischen“ unter den VdN ging es zunächst um materielle Wiedergutmachung²⁹ oder um die Rückerstattung des in der NS-Zeit verlorenen Eigentums. Für sie stand die Rückkehr in ein normales bürgerliches oder doch wenigstens menschenwürdiges Leben im Mittelpunkt. Da dieser Anspruch auf Wiedergutmachung im Osten Deutschlands unerfüllt blieb, zogen sich viele von ihnen resigniert in das Private zurück oder gingen in den Westen. Eine politische Lobby besaßen sie in der SBZ, eben weil sie „unpolitisch“ und in diesem Sinne auch keine bewußten Antifaschisten waren, nicht³⁰. Ihr Anteil am politischen Leben in Ostdeutschland war zumindest als Gruppe gering. Der Begriff „Opfer des Faschismus“ bezog sich für sie bald nur noch auf die Vergangenheit, eine gemeinsame politische Zielstellung für die Zukunft leitete sich daraus nicht ab.

Damit fiel das Monopol der politischen Meinungsäußerung den ehemals politisch Verfolgten und jenen zu, die in oder nach der NS-Zeit zu politischem Handeln gefunden hatten. Und hier waren die Kommunisten deutlich in der Mehrheit. Sie waren den anderen OdF an Organisationsgrad, Disziplin und ideologischer Geschlossenheit überlegen. Außerdem wußten sie die Sowjetische Militäradministration und die Arbeiterparteien hinter sich und nahmen selbst in der SBZ bald wichtige Positionen ein.

Vor diesem Hintergrund blieb das elitäre Selbstverständnis der „Politischen“ ungebrochen; das begünstigte natürlich den angedeuteten Differenzierungsprozeß unter den NS-Verfolgten. Als „vollwertiges“ OdF galt in den Augen der „Politischen“ nur, wer politisch motiviert gegen das NS-Regime gekämpft hatte und – was bald noch wichtiger wurde – auch mit den gleichen Motiven in die Zukunft ging. Die Erweiterung des Kreises der offiziell anerkannten OdF über die politischen Kämpfer hinaus, wie sie im Herbst 1945 auf einer Konferenz in Leipzig zentral durchgesetzt worden war, hatte bereits ihren Auffassungen widersprochen³¹. Sie war lediglich –

²⁸ LA Magd., Rep. K MW 9309, Bl. 186, Eva L., Aschersleben, an den politischen Kommentator des Berliner Rundfunks, 7. 4. 1948, Abschrift.

²⁹ Zur Problematik des Begriffs vgl. die Einleitung von Ludolf Herbst in: Ders./Constantin Gschler (Hrsg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 8–10.

³⁰ Hinsichtlich jüdischer Wiedergutmachungsansprüche fehlte in der SBZ, anders als in den Westzonen, der erfolgreiche und von einer Besatzungsmacht gestützte Druck internationaler jüdischer Organisationen. Zum Problem der Wiedergutmachung vgl. auch Anm. 47.

³¹ Hier fällt es schwer, Groehler zu folgen, der in den Diskussionen auf der Leipziger Konferenz im Herbst 1945 über die Ausweitung des OdF-Begriffes Symptome eines latenten Antisemitismus einerseits und vorwiegend bündnispolitisches Kalkül im Interesse der Bildung einer KPD-gelenkten OdF-Massenorganisation andererseits sieht. Ohne antisemitische Positionen völlig ausschließen zu

und häufig ohne innere Überzeugung – hingenommen worden, auch weil der Sonderstatus der „Kämpfer gegen den Faschismus“ unangetastet blieb.

Die Mehrheit der „Politischen“ verband ihre Zukunftserwartungen – zumindest grundsätzlich – mit der gesellschaftlichen Entwicklung in der SBZ. Die Haltung zur „antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung“ wurde für sie sehr bald zum ausschlaggebenden Kriterium für die Anerkennung als OdF, auch wenn dies nicht hieß, daß sie selbst jede Entwicklung in der SBZ/DDR gebilligt hätten. Geschke hatte schon in Leipzig einen Führungsanspruch der „Politischen“ für die Nachkriegszeit angemeldet: „[...] alle, die am schwersten gelitten haben und am meisten gekämpft haben gegen die faschistische Herrschaft, sind die *Berufensten* bei der schweren Arbeit, die wir noch zu erfüllen haben, bei der Ausrottung der letzten Faser des nationalsozialistischen Gifts, der nationalsozialistischen Verseuchung des deutschen Volkes.“³² Gleichzeitig formulierte er einen neuen „Heldenbegriff“, der zur Abgrenzung gegenüber den Mythen der NS-Propaganda dienen sollte, aber ähnliche Bilder enthielt. Geschke ging es zunächst um die Forderung nach Umerziehung der Bevölkerung, zugleich klang aber auch jenes elitäre Bewußtsein vom selbstlosen Widerstandskämpfer, das – untrennbar mit dem angemeldeten Führungsanspruch verknüpft – den Realitäten bald weit ent-rückt war. Noch Ende 1949 herrschte nach Ansicht des Landessekretariats der VVN Sachsen-Anhalts in den eigenen Reihen die Auffassung, eine „Organisation besonders erlesener Menschen“³³ zu sein. Gelegentlich entschlüpfte selbst führenden VVN-Funktionären – verschlüsselt, weil mit gängigen politischen Vokabeln verbunden – ein derartiger Gedanke. Fritz Beyling, damals Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt und später Generalsekretär der VVN in der DDR, erklärte im Januar 1950 auf einer Landesarbeitskonferenz: „So wird uns der Kampf um die Sicherung des Friedens als *Vortrupp* der in Nationaler Front kämpfenden deutschen Menschen gewappnet finden.“³⁴

wollen, handelte es sich bei den Leipziger Diskussionen in erster Linie um die Überwindung der Auffassung vieler „Politischer“, die nur Widerstandskämpfer als „richtige“ OdF akzeptierte. Zu jenen „unpolitischen“ Verfolgten, deren formelle Akzeptanz hier mühsam durchgesetzt wurde, zählten neben den Juden auch die Zeugen Jehovas sowie viele der auf Grundlage des Heimtücke-Gesetzes und wegen Wehrkraftzersetzung Verurteilten. Zweifellos ging es in Leipzig auch um Bündnispolitik, aber nicht um die Bildung einer Massenorganisation. Geschke zielte in seinem Referat eindeutig auf das Modell des Berliner OdF-Hauptausschusses, der aber zu diesem Zeitpunkt eben keine Organisation, sondern in erster Linie eine sozialfürsorgliche Instanz (des Berliner Magistrats) war. Die Dauer seiner politischen Ausstrahlung auf die SBZ war begrenzt. Die meisten regionalen OdF-Ausschüsse in der SBZ waren zu dieser Zeit schon keine selbständigen Gremien mehr. Übrigens wandte sich Geschke in Leipzig gegen Vereine ehemaliger KZ-Häftlinge. U.E. gibt es keine von dieser Konferenz ausgehende Kontinuitätslinie hin zur Bildung der VVN. Vgl. Groehler, *Integration und Ausgrenzung*, besonders S. 109ff. Zu Geschkes Referat in Leipzig vgl. SAPMO-BA, ZPA, V 277/1/1, Bl. 10f., 16, Protokoll der Konferenz der OdF-Ausschüsse in Leipzig, 27./28. 10. 1945.

³² Ebenda, Bl. 9f. (Hervorhebung d. A.).

³³ LA Magd., Rep. K MW 9913, Bl. 52, Protokoll der Sitzung des VVN-Sekretariats Sachsen-Anhalt, 5. 12. 1949.

³⁴ Rufer und Mahner, VVN-Mitteilungsblatt des Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Halle, Februar 1950, S. 3 (Hervorhebung d. A.).

Aus einem solchen Rollenverständnis der politisch Verfolgten (und vor allem der Kommunisten unter ihnen) wurde leicht ein Anspruch auf absolute Wahrheit, ein „wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ oder zumindest ein „wer sich anders verhält, als wir es uns vorstellen, der gehört nicht zu uns“. Diese Einstellung diente der politischen Instrumentalisierung durch die SED oder erleichterte sie zumindest. In jedem Falle aber spielten derartige Auffassungen mit, wenn es um die Abgrenzung zu den Nicht-„Kämpfern“ unter den OdF ging.

Rückschlüsse auf ein entsprechendes Rollenverständnis und Selbstbewußtsein der „Politischen“ gestatten vor allem Äußerungen von Betreuungsstellenleitern und VVN-Funktionären, die in der Regel aus den Reihen der Arbeiterparteien stammten und damit als repräsentativ für diese Gruppe der NS-Verfolgten gelten können. Als Indiz für eigenständige Denkmuster der „Politischen“ könnte in diesem Zusammenhang gelten, daß die Betreuungsstellenleiter besonders in den ersten Nachkriegsjahren sozusagen „aus dem Gefühl heraus“ Entscheidungen über Anerkennung oder Nichtanerkennung als OdF trafen. Sie folgten dabei ihrer eigenen politischen Intuition, selbst wenn dies nicht den rechtlichen Bestimmungen entsprach. In solchen Fällen verband sich der aus der Vergangenheit abgeleitete Anspruch auf ein besonderes Wahrheitsmonopol mit dem aus der kommunistischen Ideologie herrührenden Exklusivbewußtsein und dies alles wiederum mit mangelnder Erfahrung in der Verwaltungstätigkeit.

So wurde noch ein halbes Jahr nach der Ausdehnung des Kreises der OdF über die Kämpfer gegen das NS-System hinaus ein Antrag mit dem lapidaren Satz beantwortet: „Anerkannt kann nur werden, wer sich als Kämpfer gegen den Faschismus bewährt hat.“³⁵ Auch bei der Entscheidung über Grenzfälle, die durch entsprechende Richtlinien (noch) nicht geregelt waren, spielten persönliche Auffassungen häufig eine wichtige Rolle. Interessant sind die dazu abgegebenen Begründungen: Ein Prüfungsausschuß lehnte es ab, eine Frau als OdF anzuerkennen, die wegen „Umgangs mit Ausländern“ 5 Jahre im KZ gesessen hatte, „weil er darin eine rein persönliche Angelegenheit erblickte“³⁶. „Opfer des Faschismus“ kann nur derjenige sein, der auch bereit ist, zu arbeiten,³⁷ so lautete seit Ende 1945 die Sprachregelung für die Behandlung der Anträge von Zigeunern.

Dieses wie auch andere Beispiele zeigen, daß das Verhalten in der Nachkriegszeit immer wichtiger wurde. Wer beim Schwarzhandel ertappt wurde, mußte damit rech-

³⁵ LA Magd., Rep. K MW 10512, Bl. 24, Stellungnahme der Betreuungsstelle Calbe, 25.11. 1946. Es handelte sich dabei um die Frau eines ehemaligen DNVP-Mitgliedes, welches kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner wegen Verweigerung des Hitlergrußes erschossen wurde. Zwar entsprach die Ablehnung den geltenden rechtlichen Regelungen. Die Begründung aber war seit über einem halben Jahr überholt. Ähnliche Fälle lassen sich bis in das Jahr 1949 hinein nachweisen.

³⁶ LA Magd., Rep. K MW 6073, Bl. 2, Betreuungsstelle Eisleben an die Abt. OdF in Halle, 29.11. 1948. Auch in diesem Fall entsprach die Ablehnung den gültigen Bestimmungen. Die Begründung aber reflektiert die ablehnende Haltung der Politischen gegenüber den „einfachen“ NS-Verfolgten.

³⁷ LA Magd., Rep. K MW 9759, Bl. 17, Rundschreiben der Abt. OdF in Halle an die Betreuungsstellen, 30.11. 1945.

nen, als „unwürdig“ ausgeschlossen zu werden. Prinzipiell galt dies etwa ab 1948 für OdF, die ohne Genehmigung in die Westzonen abwanderten. Folgender Satz tauchte ab diesem Zeitpunkt als Standardformulierung bei vielen Aberkennungen auf: „Am aktiven Neuaufbau hat sie sich bis jetzt noch nicht beteiligt.“³⁸ Dies geschah wohlge- merkt zu einer Zeit, als gesellschaftliches Wohlverhalten für die Anerkennung als OdF noch kein ausdrückliches Kriterium war und sich Einsprüche gegen ähnliche Entscheidungen häuften.

Nach dem Erlass einheitlicher Regelungen für die DDR von 1949/50 war ein derartiges Vorgehen in Anerkennungsfragen auch rechtlich legitimiert. Aber bereits im April 1949 war auf einer Betreuungsstellenleitertagung Sachsen-Anhalts verkündet worden: „Ein OdF hat nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten zu erfüllen. Die Pflichten sind in die vorderste Linie zu stellen, und die Rechte machen wir von den Pflichten abhängig.“³⁹ Dies war nicht erst Resultat der politischen Indienstnahme der VdN durch die SED, sondern entsprach dem Selbstverständnis eines größeren Teils der „Politischen“ unter den OdF.

Symptomatisch hierfür sind z.T. schon recht früh geäußerte Klagen auch „einfacher“ OdF über die Zeugen Jehovas. Deren ablehnende Haltung gegenüber der neuen staatlichen Obrigkeit wurde mit großen Vorbehalten aufgenommen, ihr mutiges Verhalten gegenüber dem NS-Staat allzuleicht vergessen. Kommunistischer Atheismus spielte dabei zweifellos eine nicht unwesentliche Rolle, politisch motivierte Distanz war aber schon auf der Leipziger Konferenz von 1945 bemerkbar gewesen. Obwohl dort viele Fragen zum Teil auch kontrovers diskutiert wurden, verzeichnet das Protokoll keinen Widerspruch, als die Haltung der Bibelforscher zum Aufbau in der SBZ mit Skepsis erwähnt wurde. Während man aber damals ihre Anerkennung als OdF noch hinnahm, wurden ab 1948 immer häufiger Zweifel laut. So meldete eine Betreuungsstelle in Sachsen-Anhalt, es sei die Frage aufgetreten, ob die Bibelforscher weiterhin als OdF zu betrachten seien, weil sie nicht am Volksbegehren teilgenommen hätten⁴⁰. Gelegentliche abwertende Bemerkungen („wenn man schon Bibelforscher und andere religiös Verfolgte, die wegen ihrer religiösen Weltanschauung inhaftiert waren, als OdF anerkennt, dann“⁴¹) zur Begründung anderer Anerkennungen weisen in die gleiche Richtung.

An derartige Ressentiments konnte die SED 1949/50 mit ihrer politischen Kampagne gegen die Zeugen Jehovas anknüpfen. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Brief, in dem im September 1949 ein VVN-Kamerad aus dem SED-Zentralsekretariat das Generalsekretariat der VVN streng vertraulich über Maßnahmen infor-

³⁸ LA Magd., Rep. K MW 11176, Bl. 87, VVN-Ortsgruppe Krostitz an die Betreuungsstelle Delitzsch, 16.2. 1949.

³⁹ LA Magd., Rep. K MW 9646, Bl. 30, Protokoll der Konferenz der Betreuungsstellenleiter Sachsen-Anhalts am 29.4. 1949.

⁴⁰ Vgl. LA Magd., Rep. K MW 2330, Bl. 419, Betreuungsstelle Bad Liebenwerda an die Abt. OdF in Halle, 7.10. 1948.

⁴¹ LA Magd., Rep. K MW 10448, Bl. 3, Stellungnahme der Abt. Arbeit und Soziales bei der Landesregierung zur Frage der Anerkennung von Angehörigen von Hott-Clubs, 20.5. 1947.

mierte, die gegen die Bibelforscher einzuleiten waren: „Es muß in der VVN in einer taktisch geschickten Form eine ideologische Kampagne geführt werden, aus der sich ergibt, daß die Bibelforscher zwar einzelne Maßnahmen des Nazisystems ablehnten, daß sie sich aber niemals als aktive antifaschistische Kämpfer betätigen. *Ihre Tätigkeit in den Konzentrationslagern als Schubputzer der SS muß dabei natürlich eine bestimmte Rolle spielen.*“⁴² Der Verfasser kannte die unerschütterlich vorhandenen Vorbehalte, die sich nun propagandistisch verwerten ließen.

Elitäre Denkmuster lassen sich auch gegenüber den Juden feststellen. Schon auf der Leipziger Konferenz waren die Bemühungen, den Anwesenden (in ihrer Mehrheit ehemalige „Politische“) eine Definition des Begriffs „Opfer des Faschismus“ näher zu bringen, der auch die rassisch Verfolgten einschloß, nicht von großem Erfolg gekrönt. Noch auf der Betreuungsstellenleitertagung Sachsen-Anhalts im Juni 1950 wurde kritisiert, daß es „eine gewisse Tendenz“ in der Behandlung der „jüdischen Angelegenheit“ gebe⁴³. Dies galt nicht nur auf Landesebene. Im Juli 1951 nahm das Generalsekretariat der VVN die Arbeit der Betreuungsstellenleiter aufs Korn: „Sehr oft tritt in Erscheinung, daß speziell bei rassisch Verfolgten Ablehnungen von Anträgen beschlossen werden mit der Begründung, daß die politische Mitarbeit nicht in dem Maße, wie erforderlich, garantiert ist. Es ist unbedingt darauf zu achten, daß man zwar die gesellschaftspolitische Betätigung bei der Beurteilung eines solchen Antrages nicht ganz und gar außer Acht lassen soll, jedoch ist zu berücksichtigen, daß man bei der Behandlung von Anträgen rassisch und religiös Verfolgter nicht den Maßstab anlegen kann, wie es bei den politisch Verfolgten der Fall ist.“⁴⁴

Trotz aller offizieller Bemühungen distanzierten sich also viele politische VdN von den Juden, zumindest wenn es um deren Akzeptanz als gleichwertige OdF und deren Ansprüche nach materieller Wiedergutmachung ging. Vereinzelt Gehässigkeiten lassen sogar offenen Antisemitismus vermuten. So heißt es etwa in der Begründung der Ablehnung im Falle eines (auch weiter so genannten) jüdischen „Mischlings I. Grades“ vom Februar 1946: „Halbjude allein zu sein genügt für eine Anerkennung nicht.“⁴⁵ Wie weit antisemitische Einstellungen unter den OdF tatsächlich verbreitet waren, ist aus den benutzten Quellen nicht ersichtlich. Fest steht aber, daß viele „Kämpfer“ die Juden zu jenen „unpolitischen OdF“ zählten, die „nur gelitten“ hatten und pauschal als „Vertreter kleinlicher Interessen und des Geldbeutels“⁴⁶ abgetan werden konnten. Dies traf sich mit der Befürchtung der SED-Führung, bei kom-

⁴² SAPMO-BA, ZPA, IV 2/2.027/32, Bl. 94, SED-Zentralsekretariat an den Generalsekretär der VVN, Harry Kuhn, 21. 9. 1949 (Hervorhebung d. A.).

⁴³ LA Magd., Rep. K MW 9646, Bl. 21, Protokoll der VdN-Dienststellenleitertagung Sachsen-Anhalts, 30. 6. 1950.

⁴⁴ LA Magd., Rep. K MW 10215, Bl. 20, Bericht über eine VdN-Dienststellenleitertagung in Berlin, 19./20. 7. 1951.

⁴⁵ LA Magd., Rep. K MW 10683, Bl. 340, Betreuungsstelle Stendal an die Abt. OdF in Halle, 21. 2. 1946.

⁴⁶ SAPMO-BA, ZPA, V 277/1/45, Bl. 165, Protokoll der Delegiertentagung der OdF Groß-Berlins, 23. 11. 1946.

pletter materieller Wiedergutmachung würde eine neue Kapitalistenklasse entstehen, die in den eigenen Vorstellungen von einer antifaschistischen Nachkriegsordnung keinen Platz hatte⁴⁷. Intern wurde man gelegentlich sogar drastischer. 1952 schrieb ein Hallenser VVN-Funktionär an die Dessauer Betreuungsstelle: „Wir sind doch letzten Endes eine politische Kampforganisation und als VdN nicht lediglich eine Versorgungsanstalt, für die wir leider gar zu häufig von den rassistisch Verfolgten angesehen werden.“⁴⁸

Die Schrecken der NS-Zeit hatten also im Bewußtsein vieler ehemals politisch Verfolgter nicht so tiefe Spuren hinterlassen, daß politische, religiöse und „rassische“ Vorbehalte vollends beseitigt worden wären. Sollte es Erfahrungen von gruppenübergreifender Zusammenarbeit in der NS-Zeit und unmittelbar nach dem Krieg gegeben haben und sollten daraus neue Denkansätze entstanden sein, so verflüchtigten sie sich angesichts dieser fortwirkenden Ressentiments rasch. Es blieb bei der bornierten Auffassung, nur Widerstandskämpfer seien als wahre Opfer des Faschismus anzusehen. Ein alle OdF/VdN einschließender neuer Identifikationsrahmen für die Nachkriegszeit konnte so nicht entstehen. Auch parteien- bzw. organisationsspezifische Interessen und die gesamte Nachkriegssituation in Ostdeutschland ließen es nicht zu, daß sich die Ansätze einer verbindenden Identität verfestigten. Die ausbleibende materielle Wiedergutmachung tat ein übriges, Angehörige des religiösen und bürgerlichen Widerstandes rückten von der Politik der neuen ostdeutschen Staatspartei ab, die für sich beanspruchte, die Interessen der größten Gruppe unter den politischen Verfolgten zu verwirklichen. So blieb das Terrain vor allem den Kommunisten bzw. den politisch aktiven SED-Mitgliedern unter den Verfolgten überlassen.

Die kommunistische Mehrheit: Erwartungen und Realitäten

Die Kommunisten waren zwar gegenüber den anderen VdN eine politisch relativ geschlossene Gruppe, und die Äußerung Geschkes, daß diejenigen, die am schwersten gekämpft und gelitten hatten, auch die Berufensten für die künftige politische Arbeit seien, wurde ihren Ansprüchen durchaus gerecht. Wie sie aber die Nachkriegs-

⁴⁷ Ebenda, IV 2/2.027/31, Bl.189, Abt. Justiz im SED-Zentralsekretariat an Walter Ulbricht/Max Fechner, 14.5. 1948. Vgl. auch Angelika Timm, Der Streit um die Restitution und Wiedergutmachung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Babylon – Beiträge zur jüdischen Gegenwart, H.10–11 1992, S.129ff. und Groehler, Integration und Ausgrenzung. Beide Autoren lassen sich allerdings von den Berliner Akten zu einseitigen Interpretationen der Wiedergutmachungsdebatte verleiten. Sie unterschätzen die Rolle der SMAD (Sequester-Politik, die auch jüdisches Eigentum betraf) und die tatsächlichen finanziellen Probleme. Die bei Groehler (Ebenda, S.125) angeführte Kalkulation des Mittelbedarfs in Höhe von ca. 23 Mio. Mark bezieht sich nicht auf die Kosten einer Wiedergutmachung, sondern auf die einer sozialen Betreuung der OdF (Renten usw.). Die DDR gab dafür in der Folgezeit jährlich bedeutend höhere Summen aus. Groehler verweist übrigens selbst darauf, daß sich die Kosten einer umfassenden Wiedergutmachung in Milliarden-Höhe bewegt hätten (Ebenda, S.119).

⁴⁸ SAPMO-BA, ZPA, V 278/4/78, VVN-Abt. Forschung, Bezirk Halle an die VdN-Dienststelle Dessau, 4.11. 1952.

zeit und die gesellschaftliche Entwicklung in der SBZ erlebten, war individuell sehr verschieden.

Generell bestand auch bei den Kommunisten die Erwartung auf ein menschenwürdiges Leben. Das hieß zunächst: Wohnung, die wichtigsten Einrichtungsgegenstände, gesicherte Versorgung mit Lebensmitteln, medizinische Betreuung, Renten für Bedürftige und Hinterbliebene und – soweit es der Gesundheitszustand zuließ – Arbeit. Fast nie läßt sich die Hoffnung auf Privateigentum im marxistischen Sinne, also an „Produktionsmitteln“, feststellen. Nur einige versuchten (und ganz wenige schafften es), sich eine wirtschaftlich selbständige Existenz aufzubauen. Daß die Kommunisten aus der eigenen politischen Biographie und der katastrophalen sozialen und gesundheitlichen Situation, in der sie sich wie viele andere OdF 1945 und zum Teil auch noch zur Zeit der DDR-Gründung befanden, einen permanenten moralischen Anspruch auf eine gewisse Besserstellung und -behandlung, auf soziale Aufwertung und besonders auf beruflichen Aufstieg ableiteten, war nur zu verständlich und galt nicht nur für sie und die „Politischen“ generell.

Viele von ihnen gehörten in der SBZ tatsächlich zu den fast sprichwörtlichen selbstlosen „Aktivisten der ersten Stunde“. Sie wurden Bürgermeister, Landräte, Minister, übernahmen Funktionen in Parteien und Massenorganisationen und bildeten somit bald einen festen Bestandteil der neuen gesellschaftlichen Elite. Im Zuge der Entnazifizierung der öffentlichen Dienste rückten viele in untere und mittlere Verwaltungsebenen auf. Besonders hoch war ihr Anteil in den entstehenden Sicherheitsorganen⁴⁹. Charakteristisch ist dabei, daß sich in den Unterlagen solcher OdF kaum Klagen über die persönliche Lage oder über gesellschaftliche Zustände finden. Eine Rolle spielte hier natürlich die Sorge um den Erhalt des Arbeitsplatzes. Entscheidend dürfte jedoch gewesen sein, daß mit der Übernahme derartiger Positionen, selbst wenn es sich um solche subalternen Art handelte, sozialer Aufstieg, in der Regel aus der Arbeiterschaft, verbunden war. Dies kam dem Selbstverständnis der „Politischen“ und ihrer Hoffnung, in der neuen Gesellschaft etwas zu gelten, zumindest teilweise entgegen und begünstigte gleichzeitig die Identifikation mit den Entwicklungen in der SBZ. Dies war besonders bei OdF in politisch hervorgehobenen Positionen der Fall, die anscheinend auch recht leicht, sei es aus „Einsicht in die Notwendigkeit“, sei es aus Parteidisziplin, Argumentationsmuster übernahmen, die den Gedanken einer breiten antifaschistischen Einheit für parteipolitische Ziele der SED instrumentalisierten.

Anders sah es bei denen aus, die nach 1945 in ihre alten Berufe zurückkehrten oder denen wegen Krankheit, Versehrung und Alter selbst dieser Weg versperrt blieb. Vor allem letztere fristeten trotz Sonderrenten und anderer Unterstützungen ein kärgli-

⁴⁹ Von 2179 anerkannten OdF des späteren Bezirks Magdeburg (Stand Sommer 1949) waren etwa 24 % im öffentlichen Dienst beschäftigt bzw. hatten hauptamtliche Funktionen oder Positionen in Parteien oder Massenorganisationen inne. Von diesen kamen wiederum über 60 % aus der Arbeiterschaft. Etwa 26 % der OdF, die im öffentlichen Dienst arbeiteten, waren Angehörige diverser Sicherheitsorgane, hauptsächlich der Polizei.

ches Leben – und wurden wegen dieser bescheidenen Privilegien häufig auch noch neidisch angefeindet von der übrigen ebenso notleidenden Bevölkerung. Diese Formen des Sozialneides ließen die Barrieren zum großen Rest der Bevölkerung nicht geringer werden. Hinzu kam, daß sich aus den unerfüllten Hoffnungen auf eine bessere persönliche Zukunft Kritik an bestimmten Entwicklungen in der SBZ/DDR und der resignierte Rückzug aus der politischen Arbeit ergaben.

Charakteristisch für die Stimmung und Situation dieser Gruppen ist der Brief eines OdF aus Liebenwerda vom 10. Oktober 1949 an die Betreuungsstelle. Der Verfolgte mahnte darin die Landesregierung, „sich mehr um die wirtschaftlichen Nöte der OdF zu kümmern. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß innerhalb der Reihen der Nazigeschädigten eine große Erbitterung herrscht.“ Über das Wiedergutmachungsgesetz, das immer noch nicht da sei, lächle man nur. Es gebe viele Sterbefälle und Magenoperationen unter den OdF, ein großer Teil sei schon über 65 Jahre alt bzw. schwerbeschädigt. „Vor einiger Zeit hatte ich Gelegenheit, in einen Brief Einsicht zu nehmen, wo ein OdF um ein Deckbett bat, da er an einer Operation im Krankenhaus lag und keines besitzt.“ Wenn man etwa die Probleme bei der Lebensmittelversorgung berücksichtige, „verstehet man auch, daß die OdF und auch die VVN[-Mitglieder] nicht mehr die Kämpfer sind, die [sie] sein müßten.“ Die Ansprüche, die man stelle, seien „schon nicht anmaßend, aber die amtlichen Stellen sollten wenigstens versuchen, den Nazigeschädigten etwas das Leben zu erleichtern. Die erhöhte Lebensmittelkarte bedeutet 50 Gramm Brot und weiter nichts. [...] Ob es überall so ist, weiß ich nicht. Jedenfalls hat hier ein gewisser Fatalismus und Indifferentismus Platz gegriffen.“⁵⁰

Die Arbeitsfähigen unter den „Politischen“ hatten sich vor allem beruflichen Aufstieg erhofft. Ein altes KPD-Mitglied, das wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ im KZ gewesen war, schrieb 1949: „Nun noch eins, Genossen, die ihr an führender Stelle steht. Denkt mal nach, wie viele von den Genossen, die mit Einsatz ihres Lebens und ihrer Familie die schwierige Arbeit geleistet haben, heute noch die niedrigste Arbeit verrichten müssen.“⁵¹ Ein anderer ging in einem Brief an den VVN-Vorsitzenden Geschke, den er „Neujahrsbetrachtungen eines Kämpfers gegen den Faschismus“ überschrieb, der Frage nach, welchen „Machtfaktor“ die Widerstandskämpfer im neuen Deutschland darstellten. Verbittert konstatierte er, es sei eine Zeitfrage gewesen, ob ein ehemaliger Widerstandskämpfer „Landrat oder Hausmeister beim Landkreisamt wurde“. 1945 habe man sie „gesucht wie die bekannten Stecknadeln. Wer damals rechtzeitig zu Hause sein konnte, wurde der berühmte ‚Mann der ersten Stunde‘.“ Spätere Heimkehrer habe man noch „mehr oder wenig[er] in Positionen untergebracht, die [ihnen] ihrer politischen Vergangenheit entsprechend [...] zukamen“. Für das „letzte Aufgebot“ aber, das bis 1946/47 in Gefangenenlagern gesessen habe, bestehe „die große Chance, als Portier oder Bergarbeiter, als Postbote oder

⁵⁰ LA Magd., Rep. K MW 2330, Bl. 241, Paul B., Elsterwerda, an die Abt. OdF in Halle, Anfang Oktober 1949.

⁵¹ LA Magd., Rep. K MW 11165, Bl. 25, Erlebnisbericht eines OdF aus dem Kreis Zeitz, 21.7. 1949.

Vorschlosser, als Schutzmann oder Bürobote unterzukommen oder mit sonstigen untergeordneten oder unterbezahlten Stellen abgespeist zu werden“. Der Autor des Briefes räumte zwar ein, daß schon aufgrund unterschiedlicher Fähigkeiten nicht jeder Regierungsrat werden könne. Andererseits war in seinen Augen aber nicht zu verkennen, daß die Widerstandskämpfer als „lästige Bittsteller“ betrachtet würden, als „Mohren [...]“, die ihre Schuldigkeit getan haben“. „Winkelträger ‚fressen‘ höhere Zuteilungen [...] und sind also eine Art Parasiten. So sind die abfälligen Einschätzungen durch eine breite Masse.“ Demgegenüber sei infolge „der lauen Abwicklung“ der Entnazifizierungsdirektiven und „durch die fast generelle Rehabilitierung der Faschisten durch Befehl 201 [...] eine durchaus kritische Lage für die Kämpfer entstanden. [...] Nazis können aufgrund ihrer akademischen Bildung oder sonstige[r] Fachkenntnisse jetzt oder später wichtige Posten einnehmen, die aber jetzt schon Widerstandskämpfern eben wegen im Augenblick mangelnder Fachkenntnisse versperrt sind und bleiben.“ Als Alternative entwickelte dieser ehemalige Regimegegner ein ganzes Schulungsprogramm für OdF und verband damit Vorschläge für dessen Finanzierung. Für ihn hieß die zentrale Aufgabe: „Zur Verankerung der Ziele, für die sich die Kämpfer unter ungeheuren Verlusten an Leben und Gut einsetzten, müßte es eine elementare Forderung sein, daß alle OdF restlos in die leitenden oder entscheidenden Stellungen bei Verwaltung, Wirtschaft und Industrie gebracht werden. Sämtliche Einwendungen irgendwelcher Art fallen weg, wenn es sich darum handelt, einem Neofaschismus den ‚Weg in die Macht‘ zu verlegen.“⁵²

Zweifellos spricht aus derartigen Äußerungen auch Enttäuschung über nicht erfüllte persönliche Erwartungen. Immer wieder niedergeschriebenes Unbehagen über Zustände in der ostdeutschen Nachkriegsgesellschaft wirft aber die Frage auf, wie sich die „einfachen“ OdF, die meist aus der Arbeiterschaft stammten und der KPD angehört hatten, eine Alternative dazu vorstellten. Eine befriedigende Antwort auf diese Frage wird man wohl kaum geben können. Programmatische Positionen zu formulieren, lag den meisten von ihnen fern. Dies war schon in der NS-Zeit und davor anderen vorbehalten geblieben und von ihnen – so sie derartige Dokumente überhaupt kannten – höchstens ansatzweise rezipiert und akzeptiert worden. Aber kritische Äußerungen, wie sie eben zitiert wurden, liefern Indizien dafür, welche Entwicklungen anders (oder nicht) erwartet und angestrebt worden waren.

Schon die Haltung vieler „Politischer“ zu den Alliierten war zwiespältig. Deren Besatzungspolitik setzte dem eigenen kollektiven Führungsanspruch in der Nachkriegsgesellschaft enge Grenzen. Das dabei aufkommende Gefühl, an den Rand gedrängt zu werden, führte (neben anderen Faktoren) zu einer gewissen Distanz gegenüber der Deutschlandpolitik der Alliierten, die gelegentlich selbst von politischen Repräsentanten der OdF recht offen zum Ausdruck gebracht wurde. Karl Raddatz, später Generalsekretär der VVN, sagte im Frühjahr 1946 auf einer Arbeitstagung: „Wir wissen, daß Deutschland in 4 Besatzungszonen zerrissen ist und daß die volle

⁵² LA Magd., Rep. K MW 10448, Bl. 20ff., Artur M., Kreis Bitterfeld, an Ottomar Geschke, undatiert, Ende 1947 oder Anfang 1948.

Entfaltung der nazifeindlichen Kräfte nicht in allen Zonen gleichmäßig zugegangen ist. [...] Wir Kämpfer gegen den Faschismus, die wir nicht für bay[er]ische oder schwäbische Belange in die Zuchthäuser gegangen sind, sondern für ein freies Deutschland, wir bedauern zutiefst diese ganze Entwicklung, und wir müssen danach streben, trotzdem zur Wiederherstellung Deutschlands Schrittmacher zu sein und eine entscheidende Arbeit zu leisten.“⁵³ So offen wurde Kritik natürlich nur selten geäußert. Aber die als gesamtdeutsche Organisation gebildete VVN, die den Erhalt eines einheitlichen Deutschlands ausdrücklich auf ihre Fahnen geschrieben hatten und davon auch nach der staatlichen Spaltung 1949 nicht abging, repräsentierte doch die Haltung ihrer Mitglieder. Vereinzelt gab es sogar Anzeichen dafür, daß auch an die Einheit Deutschlands in den Grenzen von 1937 gedacht wurde. So hieß es im Protokoll einer Sitzung des VVN-Sekretariats Sachsen-Anhalts im Dezember 1949, es gebe in der Organisation Meinungen, „die [...] sich mit den im Westen von den Feinden unserer Sache vertretenen Auffassungen decken (Oder-Neiße-Grenze, Besatzungsmacht).“⁵⁴ Da sich „einfache“ OdF nicht schriftlich über die Besatzungspolitik und namentlich über die Sowjets äußerten (was schon für sich spricht), läßt sich anhand der konsultierten Quellen nicht feststellen, wie tief und in welchem Umfang solche Positionen verwurzelt waren. Solange aber die Hintergründe für die Auflösung der Ost-VVN 1953 nicht vollends geklärt sind, wird man vermuten müssen, daß eine gesamtdeutsch orientierte Organisation (obendrein mit vielfältigen Kontakten zum Westen) nicht mehr zur Politik der SED paßte.

Viel häufiger wurde Kritik an anderen zentralen Problemen der Nachkriegszeit laut. Die kommunistische Mehrheit der OdF (und der VVN) stimmte zwar mit der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung in der SBZ überein.⁵⁵ Aus ihren Erlebnissen in der NS-Zeit hatten sie aber Erkenntnisse und Einsichten gewonnen, die sie fast zwangsläufig in Konflikt mit den neuen Verhältnissen brachten. Aus den Lagern und Zuchthäusern hatten viele OdF eine Kollektivschuld-These mitgebracht, die sicher nicht ohne Brüche und bei allen in gleicher Intensität existierte, aber dennoch vorhanden war. Eine Folge davon war, daß jeder der eigenen Vorstellungen zu-

⁵³ LA Magd., Rep. K MW 10587, Bl. 136, Protokoll der OdF-Arbeitstagung, 12./13.4. 1946.

⁵⁴ LA Magd., Rep. K MW 9913, Bl. 55, Protokoll der Sitzung des VVN-Sekretariats Sachsen-Anhalt, 5.12. 1949. Dabei spielte die recht starke nationale Komponente im deutschen Widerstand ebenso eine Rolle wie das verbreitete Gefühl, von der alliierten Politik – im Widerspruch zum eigenen Rollenverständnis – an den Rand gedrängt worden zu sein. Die ambivalente Haltung zu den Nachkriegsgrenzen dürfte sich auch dadurch erklären lassen, daß ein erheblicher Teil der OdF Umsiedler waren. Im Bezirk Magdeburg stellten 1949 allein diejenigen, die aus den früheren deutschen Ostgebieten kamen, einen Anteil von 9,5 %. Hinzu kamen weitere 8,3 % Umsiedler aus der Tschechoslowakei.

⁵⁵ Aus unseren Quellen ist nicht ersichtlich, wie sie zu den Umständen der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien und der bald beginnenden Zurücksetzung der Sozialdemokraten, ihrer Verdrängung aus vielen Positionen standen. Gleiches gilt für die Behandlung der Westemigranten. Daraus zu schlußfolgern, daß die Politik der SED-Führung ohne Einschränkungen gebilligt wurde, wäre ebenso voreilig wie die Behauptung, man sei grundsätzlich dagegen gewesen, habe aber aus Parteidisziplin geschwiegen.

widerlaufende moderate Umgang mit „kleinen Nazis“, jede als falsch oder ungerecht empfundene Behandlung der OdF (und primär der eigenen Person) zum prinzipiellen Maßstab für die Bewertung der gesellschaftlichen Entwicklung in der SBZ wurde. Dies führte zu substantiellen Einwänden, die sich vor allem auf folgende Problemfelder bezogen:

Fast permanent wurde die Entnazifizierungspolitik kritisiert, die als „lau“ und jedenfalls nicht radikal genug empfunden wurde. Indizien dafür findet man immer wieder in Bemerkungen etwa über Nationalsozialisten, die weiter „satt und fett durch die Straßen spazieren“⁵⁶. Als sich mit dem SMAD-Befehl 201 ein moderates und schnelles Ende der Entnazifizierung andeutete, verdichtete sich diese Kritik. Welche Probleme dieser Befehl vielen OdF bereitete, wird allein daran deutlich, daß er ein Hauptthema in VVN-Zeitschriften sowie vieler VVN-Versammlungen und -Leitungssitzungen wurde. Im Zentralvorstand wurde eine entschiedene Stellungnahme zu diesem Befehl verlangt und gefordert, VVN-Vertreter an den Entnazifizierungskommissionen zu beteiligen und als Schöffen bei den Gerichten zuzulassen.

Hier klang ebenso Mißtrauen gegenüber staatlichen (und wohl auch Partei-)Instanzen an wie in Anträgen, in denen darauf gedrungen wurde, die VVN-Kameraden zur Materialsammlung gegen Nationalsozialisten zu mobilisieren, Richter zu gemeinsamen Besprechungen einzuladen und Prozeßurteile in VVN-Versammlungen auszuwerten⁵⁷. Bald aber zeigte sich in dieser Hinsicht Resignation oder es kam zu Unmutsäußerungen in der Öffentlichkeit. Diverse Rundschreiben des VVN-Landessekretariats Sachsen-Anhalt lassen erkennen, daß es sich dabei nicht um Einzelfälle handelte. So wurde etwa konstatiert, daß sich in der Frage des Befehls 201 „in verschiedenen Kreisen ein Nachlassen der Anstrengungen unserer Kameraden bemerkbar [mache], das völlig unvereinbar mit der längst noch nicht beendeten Entnazifizierung ist“. Ferner wurde bemängelt, daß VVN-Mitglieder in Prozessen gegen frühere Nationalsozialisten „fast rüpelhaft vor Gericht auftreten. Andere verwechseln ihre Zeugenaussage mit einer allgemeinen Versamlungsrede. [...] Unsere Kameraden scheinen die augenblicklichen Gerichte noch immer als die einstmaligen Klassengerichte anzusehen und lassen sich gerade durch diese falsche Voraussetzung zu einem oben gekennzeichneten Verhalten verleiten.“⁵⁸

In ihrer extremen Form führte die bereits erwähnte Auffassung von der Kollektivschuld des deutschen Volkes nicht nur zu Kritik an der Entnazifizierungspolitik, sondern hatte auch die Ablehnung jeder Form von gesellschaftlicher Öffnung gegenüber ehemaligen Mitläufern oder Mitgliedern der NSDAP zur Folge. Aus dieser bewußten politischen Selbstisolation – vielleicht das Hauptproblem der VVN in der SBZ überhaupt – resultierte erhebliches Mißtrauen gegenüber den Parteien generell, be-

⁵⁶ LA Magd., Rep. K MW 10512, Bl. 14, Anerkennungsantrag der Luise H. aus Calbe, 1948.

⁵⁷ Vgl. SAPMO-BA, ZPA, IV 2/2.027/30, Bl. 174f., Protokolle der Sitzungen des VVN-Zentralvorstandes, 18.10. und 30.11./1.12. 1947.

⁵⁸ LA Magd., Rep. K MW 9759, Bl. 7f., 10, Rundschreiben des VVN-Landessekretariats, 13. und 28.2. 1948.

sonders aber gegenüber der Bündnispolitik der SED. Dieses Problem hatte sich schon in der Gründungsphase der VVN angedeutet, als es während einer Delegiertenkonferenz der OdF Groß-Berlins im November 1946 zu einer Diskussion über die Frage kam, ob die neue Organisation überparteilichen oder die Parteien kontrollierenden Charakter haben solle⁵⁹. Dieses Mißtrauen bestand trotz permanenter Mahnungen führender Gremien von VVN und SED fort, und zumal die bürgerlichen Parteien wurden von Anfang an kritisch beobachtet, wobei für Kommunisten wohl auch tradierte ideologische Positionen eine erstrangige Rolle spielten. Bereits im Gründungsjahr der VVN wurde daher auf einer Sitzung des Zentralvorstandes „die Gefahr der Erstarrung und politischer Isolierung“ konstatiert⁶⁰. Und Generalsekretär Raddatz stellte nur kurze Zeit später fast mit den selben Worten fest: „Das Verhältnis zu den politischen Parteien und den demokratischen Organisationen wird oft getrübt durch Überheblichkeit und Anmaßung, durch Stellungnahme zu politischen Fragen, deren Lösung den politischen Parteien vorbehalten ist und die die Gefahr der Erstarrung und politischer Isolierung [mit sich bringen und] die Überparteilichkeit gefährden.“⁶¹ Damit war nicht die politische Linie der Organisation gemeint, sondern die mangelnde Bereitschaft vieler ihrer Mitglieder zur Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften.

Besondere Schwierigkeiten hatte die VVN-Leitung, ihren Mitgliedern die erweiterte Blockpolitik der SED 1948/49 (Bildung von NDPD und DBD, Schaffung der Nationalen Front) plausibel zu machen. Das Sekretariat der VVN Sachsen-Anhalts klagte Ende 1949: „Unter vielen unserer Kameraden herrscht der aus der faschistischen Verfolgung gewonnene Eindruck, sich in einer Isolierung dem ganzen Volke gegenüber befunden zu haben, immer noch vor.“ Anstatt zu einer „massenbewegenden Organisation“ zu werden, bestehe die Gefahr, daß die VVN „bremsklotzähnliche Positionen“ beziehe. Der Blockpolitik werde bei den Kameraden „mit immer wieder neuen Bedenken u[nd] Zweifel[n] begegnet“. Die VVN sollte die Brücke zu den vielen ehemaligen Parteigenossen schlagen, statt dessen aber sei sie gegenwärtig „sektiererisch“ und ein „gewisser Unsicherheitsfaktor“⁶². Im gleichen Sinne wurde im Januar 1950 die verbreitete Ablehnung der Politik der Nationalen Front öffentlich kritisiert: „So gibt es noch immer Kameraden, die sich dagegen sträuben, die Kluft zu überspringen, die ohne Zweifel von den Menschen aufgeworfen wurde, die mit dem Nationalsozialismus paktiert haben. Aber die von solchen Hemmungen erfüllten Kameraden unserer Organisation müssen nun endlich verstehen lernen, daß das Vermächtnis unserer Toten schließlich nicht im Auftrag einer unverjährenen Rache an Zweit- und Drittschuldigen besteht.“⁶³

⁵⁹ Vgl. SAPMO-BA, ZPA, V 277/1/45, Bl. 167 ff., Protokoll der Delegiertentagung der OdF Groß-Berlins, 23.11. 1946.

⁶⁰ Ebenda, IV 2/2.027/30, Bl. 174, Protokoll der Sitzung des VVN-Zentralvorstandes, 18.10. 1947.

⁶¹ Ebenda, Bl. 176.

⁶² LA Magd., Rep. K MW 9913, Bl. 52 ff., Protokoll der Sitzung des VVN-Sekretariats Sachsen-Anhalt, 5.12. 1949.

⁶³ Rufer und Mahner, Februar 1950, S. 3.

Enorme Probleme ergaben sich schließlich auch aus den Vorstellungen vieler „Politischer“ über ihren Platz in der Nachkriegsgesellschaft. Alles deutet darauf hin, daß in Kreisen der politisch Verfolgten die Auffassung bestand, nach dem Kriege die einzige zur Übernahme der Macht prädestinierte Gruppe innerhalb der deutschen Bevölkerung zu sein. Daher betrachtete man die VVN als ein die gesellschaftliche Entwicklung überwachendes „Kontrollorgan“⁶⁴, wie das Landessekretariat Sachsen-Anhalt noch 1949 bemängelte. Das Mißtrauen, dem jeder begegnete, der nicht auf eine ähnliche Biographie zurückblicken konnte, Kritik an der „lauen“ Entnazifizierung, die Ablehnung der Zusammenarbeit mit anderen Parteien und schließlich auch der in den „Neujahrsbetrachtungen eines Kämpfers“ enthaltene Plan zur radikalen personellen Umgestaltung – all das deutet auf ein Gesellschaftsideal hin, dem die Entwicklung im Osten Deutschlands nur ansatzweise entsprach. Zugespitzt formuliert, ging es letztlich um einen „Alleinherrschafts-Anspruch“ der (kommunistischen?) Kämpfer gegen das NS-Regime. Dabei gab es natürlich Berührungspunkte zur entstehenden „Diktatur des Proletariats“ in der SBZ/DDR, die sich die NS-Verfolgten allerdings radikaler – ohne Beteiligung der „kleinen“ Pgs und ohne Blockparteien – wünschten.

Gegen die These, es habe einen solchen „Alleinherrschafts-Anspruch“ gegeben, ließen sich sicher genügend Gegenargumente finden. In der NS-Zeit erarbeitete programmatische Dokumente oder die Beschwörung gemeinsam erlittenen Leides und der daraus erwachsenden gemeinsamen Verantwortung aller NS-Opfer sind keinesfalls von vornherein als Ausdruck bloßer politischer Taktik für eine kurze Zeit des Übergangs abzutun. Die dauernde Kritik, die auch aus den eigenen Reihen am überzogenen Selbstbewußtsein und an der Exklusivrolle der NS-Verfolgten geübt wurde, weist auf Bemühungen hin, solche Erscheinungen zu unterbinden. Dennoch scheinen derartige Tendenzen sehr stark gewesen zu sein. Sie trugen zweifellos zum Scheitern der VVN in der SBZ/DDR bei, und sie erklären auch die Motive und Zielsetzungen, die hinter den Abgrenzungsbestrebungen der „Politischen“ gegenüber anderen Gruppierungen unter den OdF steckten.

Aus den Konzentrationslagern und Zuchthäusern hatten bewußte Antifaschisten die Entschlossenheit zur Einheit aller NS-Verfolgten mitgebracht. Dennoch konnten die OdF als geschlossene Gruppe die politische Entwicklung der SBZ/DDR nicht oder doch kaum prägen. Das war nicht nur auf äußere politische Faktoren zurückzuführen, sondern resultierte auch aus den in der NS-Zeit gemachten oder vertieften Erfahrungen. Das, was die Verfolgten des NS-Regimes gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen eint und charakterisierte – das „andere“ Deutschland zu re-

⁶⁴ LA Magd., Rep. K MW 9913, Bl. 55, Protokoll der Sitzung des VVN-Sekretariats Sachsen-Anhalt, 5.12. 1949. In diese Richtung deutet auch die Kritik eines Betreuungsstellenleiters an einem als OdF anerkannten SED-Mitglied, weil dieser „nicht zu bewegen“ sei, „in seine eigentliche Kampforganisation, die VVN“ einzutreten: LA Magd., Rep. K MW VdN Magdeburg, Nr. 122, Bl. 4, Betreuungsstelle Calbe an die Abt. OdF in Halle, 25. 8. 1949 (Hervorhebung d. A.).

präsentieren –, trennte sie von den „anderen“ Deutschen, deren Erfahrungen und Identifikationsmustern. Ihre Erfahrungen in Widerstand und Verfolgung hatten das Mißtrauen und elitäre Denken vieler politisch Verfolgter gegenüber der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung in einem Maße ausgeprägt bzw. verstärkt, daß eine Verständigung über eine gemeinsame Zukunft nur schwer möglich war. Dies trug dazu bei, daß der Weg zu einer breiten, über den Parteien stehenden antinationalsozialistischen Alternative versperrt blieb, die viele in den ersten Nachkriegsjahren erstrebten.

Die gleiche Erscheinung war auch mitverantwortlich dafür, daß eine solche Alternative sogar unter den NS-Verfolgten selbst keine dauerhafte Grundlage fand. Es mangelte weniger an politischen Konzeptionen; die waren immer wieder formuliert worden. Was vielmehr fehlte, war die Erkenntnis, daß aus der verbindenden Feindschaft zum Dritten Reich nur dann ein gemeinsames Handeln all derer entstehen konnte, die unter der NS-Herrschaft gelitten hatten, wenn unterschiedliche Bewußtseins- und Interessenlagen angesichts des Ziels, gemeinsam politisch zu wirken, be- und geachtet wurden. Für ein solches Maß an Toleranz boten aber die Erlebnisse der NS-Jahre keine ausreichende Basis. Vielmehr förderten sie ungeachtet aller Einheitsbemühungen jenes Mißtrauen, das zu einer Selbstisolation der „Kämpfer“ führte, die kaum Chancen zum Dialog mit ihren „unpolitischen“ Leidensgefährten ließ. Zweifellos ehrlich gemeinte, den Idealen der „Politischen“ durchaus entsprechende Bemühungen um Einheit wurden in den Hintergrund gedrängt bzw. ihres ursprünglichen Sinnes entleert. Auch durch unterschiedliche parteipolitische Auffassungen über die Zukunft und die ungenügende Berücksichtigung materieller Wiedergutmachungshoffnungen wurde eine dauerhafte Kooperation erschwert. Hinzu kam, daß viele NS-Verfolgte ohnehin nicht dem Typus eines Homo politicus entsprachen und wohl auch nicht entsprechen konnten und wollten. So blieben sie eine Schicksals- und Leidensgemeinschaft, deren kollektive Identifikation auf die Jahre des Dritten Reiches begrenzt war. Für gemeinsames Handeln nach 1945 reichte dies nicht aus. Nach dem Kriege schieden sich folglich bald die Wege.

Ein erheblicher Teil der überlebenden Verfolgten des NS-Regimes spielte persönlich (die in der VVN zusammengeschlossenen für eine gewisse Zeit auch organisiert) in der SBZ/DDR eine wesentliche, nicht selten eine exponierte Rolle bei der Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung oder fand dort eine politische Heimat, die den eigenen Vorstellungen wenigstens in groben Zügen entsprach. Ihren Platz in der Gesellschaft fand diese Mehrheit unter den NS-Verfolgten aber nicht nur und nicht in erster Linie, weil sie Opfer des Faschismus oder Widerstandskämpfer gewesen waren, sondern weil sie sich außerdem zu einer Partei bekannten oder deren Politik wenigstens hinnahmen, die, gestützt durch die sowjetische Besatzungsmacht, nach 1945 ihre spezifische Konzeption einer antifaschistischen Alternative durchsetzte. Letztere hatte aber mit den in der NS-Zeit entwickelten antinazistisch-demokratischen Vorstellungen in vielen Punkten nicht sehr viel gemeinsam.

ULRICH LAPPENKÜPER

WILHELM HAUSENSTEIN – ADENAUERS ERSTER MISSIONSCHEF IN PARIS

Als Kunsthistoriker und universal gebildeter Literat war Wilhelm Hausenstein weit-
hin bekannt. Seine Tätigkeit als erster Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in
Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg ist dagegen heute weitgehend in Vergessen-
heit geraten¹. Geboren am 17. Juni 1882 im schwarzwäldischen Hornberg, begann
der Sohn eines großherzoglich-badischen Finanzbeamten und „Enkel eines 48iger
„Revoluzzers““ achtzehnjährig mit dem Studium der Klassischen Philologie, Philoso-
phie, Geschichte und Nationalökonomie, das ihn nach Heidelberg, Tübingen und
München führte². 1905 verließ er die Alma mater mit einer Promotion bei Karl
Theodor von Heigel über ein Kapitel aus der Geschichte Regensburgs³. Nach einem
kurzen Intermezzo als Privatgelehrter eröffnete ihm Heigel im Februar 1906 die
Möglichkeit, für sechs Monate als Vorleser der in Paris im Exil lebenden Königin
Marie-Sophie von Neapel-Sizilien, Schwester der Kaiserin Elisabeth von Österreich
und sogenannte „Heldin von Gaëta“, zu dienen.

Sein Eintritt in die SPD 1906 und das Bekenntnis zum Sozialismus⁴ versperren
ihm sowohl eine Habilitation bei seinem Mentor als auch eine Stelle bei der Histori-
schen Kommission. Statt dessen begann ein überaus unruhig anmutendes Berufsle-

¹ Es darf als bezeichnend gelten, daß er in der maßgeblichen Beschreibung der Geschichte der Bun-
desrepublik gänzlich unerwähnt blieb und in der neuen Edition der Akten des französischen Au-
ßenministeriums von den Bearbeitern als Kulturreferent im Auswärtigen Amt bezeichnet wurde;
vgl. Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik, 1949–1957*, Stuttgart/
Wiesbaden 1981; Ministère des Affaires Étrangères (künftig: MAE), Commission de Publication
des Documents Diplomatiques Français (Hrsg.), *Documents diplomatiques français* (künftig:
DDF) 1955, Bd. 2, Paris 1988, S. 1011.

² Max von Brück, *Der Schriftsteller als Diplomat. Wilhelm Hausenstein*, in: Kurt Schleucher
(Hrsg.), *Diplomaten des Friedens. Von Herberstein bis Hausenstein*, Darmstadt 1971, S. 243–286,
hier S. 255; ders., *Gedenken an Wilhelm Hausenstein*, in: *Hochland* 60 (1967/1968), S. 73–80. Zur
Biographie vgl. den selbstverfaßten Lebenslauf in: Archives du Ministère des Affaires Étrangères
(künftig: AMAE), Europe 1944–1960, Allemagne (künftig: All.), Bd. 143, Bl. 26 ff.; Wilhelm Hau-
senstein, *Pariser Erinnerungen. Aus fünf Jahren diplomatischen Dienstes, 1950–1955*, München
1961, S. 239 f.; Dieter Sulzer, *Der Nachlaß Wilhelm Hausenstein. Ein Bericht. Mit einem unveröf-
fentlichten Essay, Briefen und einer Erinnerung von Paul Frank*, Marbach am Neckar 1982, S. 9–
25.

³ Wilhelm Hausenstein, *Die Wiedervereinigung Regensburgs mit Bayern im Jahr 1810*, Nach archi-
valischen Quellen, München 1905.

⁴ „Ich bin Sozialdemokrat, so sehr man es nur sein kann“. Hausenstein an Theodor Heuss, 9. 1.
1908, zit. nach Sulzer, *Nachlaß*, S. 12.

ben, das von wiederholten inneren Krisen und finanziellen Sorgen geprägt war. Hausenstein verdingte sich zunächst als freier Schriftsteller, leitete abendliche Arbeiterlehrerkurse und nahm das Studium der Kunstgeschichte auf. Am Ersten Weltkrieg nahm er nicht teil, da er während seiner Friedensdienstzeit als Einjähriger 1902 schwer erkrankte und als kriegsuntauglich ausgemustert wurde. 1916 trat er für ein Jahr in die Pressesektion der Politischen Abteilung beim deutschen Generalgouverneur in Brüssel ein, seit 1917 arbeitete er als Freier Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“, später auch bei anderen Presseorganen. Mittlerweile „auf dem Sprung, Kommunist zu werden“, verließ Hausenstein 1919 die SPD, weil sie ihm „in einem unmöglichen Kompromiß mit der Rechten zu stehen schien“⁵.

Im gleichen Jahr begann seine Tätigkeit als Mitherausgeber der linksliberalen kulturellen Rundschau „Neuer Merkur“; 1921 übernahm er mit Julius Meier-Graefe die Leitung des Organs der Marées-Gesellschaft „Ganymed“. Nach Studienfahrten nach Holland und Italien, die ihren Niederschlag in zahlreichen Kunst-, Reise- und Städtebüchern fanden, legte Hausenstein Mitte der zwanziger Jahre zwei seiner Hauptwerke vor, „Rembrandt“ und „Kunstgeschichte“⁶.

1929 ging er für vier Jahre als Kunstschriftsteller zu den konservativen „Münchner Neuesten Nachrichten“ und wechselte nach seiner Kündigung im April 1933 zum 1. Mai 1934 zur „Frankfurter Zeitung“, bei der er nun als Schriftleiter des „Literaturblattes“ und der Frauenbeilage fungierte. Da er durch sehr subtile Formen des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Kulturpolitik aus Sicht des Hitler-Regimes den Beweis erbrachte, daß er „nicht geeignet“ war, „auf die geistige und kulturelle Entwicklung der Nation Einfluß zu nehmen“, wurde er vor dem Hintergrund seiner 1919 geschlossenen „nichtarischen“ Ehe mit der Belgierin Margot Lipper am 24. November 1936 aus der Reichsschrifttumskammer eliminiert⁷. Zwar verblieb er aufgrund des Paragraphen 9 des Schriftleitergesetzes vom 4.10. 1933⁸, der ihn von dem Erfordernis der arischen Ehe befreite, in der Reichspressekammer, doch war ihm das Vertreiben von Büchern fortan verwehrt.

Trotz wiederholter und durch den Frankfurter Societäts-Verlag unterstützter Eingaben wurde dieser seine beruflichen Möglichkeiten erheblich beschneidende Beschluß nicht aufgehoben⁹. Vielmehr führte seine politische Gesamteinstellung 1938 zu einer Verschärfung des Konfliktes mit dem Nationalsozialismus: Sein kunsthistori-

⁵ Hausenstein an Herbert Schweitzer, 14.8. 1946, zit. nach Walter Migge (Bearb.), Wilhelm Hausenstein, Wege eines Europäers. Katalog einer Ausstellung, München 1967 (Sonderausstellung des Schiller-Nationalmuseums, Katalog Nr. 18, Hrsg. Bernhard Zeller), S. 58.

⁶ Wilhelm Hausenstein, Rembrandt, Stuttgart/Leipzig/Berlin 1926; ders., Kunstgeschichte, Berlin 1927.

⁷ Berlin Document Center, Bestand Reichsschrifttumskammer, Personalakte Hausenstein (künftig: BDC), Präsident der Reichsschrifttumskammer an Hausenstein, AZ I-6698, 24.11. 1936; das Zitat auch bei Sulzer, Nachlaß, S. 19.

⁸ Reichsgesetzblatt (1933), Teil I, S. 713–717, hier S. 714.

⁹ BDC, Präsident der Reichskulturkammer an Frankfurter Societäts-Druckerei, AZ IK 518/844, 8.3. 1937; ebenda, Notiz RSK II D 1-015693-Kru, [7.1. 1942].

sches Hauptwerk, die „Kunstgeschichte“, wurde auf Anweisung des Reichspropagandaministeriums „als mit der national-sozialistischen Weltanschauung unvereinbar“ eingestampft, weil sich Hausenstein geweigert hatte, Namen jüdischer Künstler zu streichen und den Textteil über die moderne Kunst nach den nationalsozialistischen Richtlinien zu überarbeiten¹⁰. Immerhin ermöglichte ihm aber ein Erlaß des Ministers vom 12.5. 1939 aufgrund des erwähnten Paragraphen den Verbleib in der Berufsliste der Schriftleiter und damit die weitere Tätigkeit bei der „Frankfurter Zeitung“.

Hausenstein gab sich damit indes nicht zufrieden, wollte weiterhin publizieren und bemühte sich deshalb abermals mit Unterstützung seines Arbeitgebers um die Wiederaufnahme in die Reichsschrifttumskammer. Doch er änderte sein Ansinnen, nachdem er erfahren hatte, daß eine Doppelmitgliedschaft in der Reichspresse- und der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen war und er daher für Buchveröffentlichungen lediglich einen „Freischein“ benötigte¹¹. Nachdem der Reichspressechef Otto Dietrich sich für ihn eingesetzt hatte, weil er in ihm den „besten Schilderer deutscher Landschaften“ sah, schlug die Reichsschrifttumskammer ihrerseits im April 1940 gar einen allgemeinen Dispens von der Mitgliedschaft in ihrer Organisation vor, um ihn nicht dem Zwang einzelner „Befreiungsscheine“ für seine Schriften zu unterwerfen¹² – vergeblich. Auf Anordnung Goebbels' vom 19.9. 1940 wurde Hausenstein als Schriftleiter der Frauenbeilage seiner Zeitung abgelöst; zwar blieb seine Mitarbeit weiterhin gestattet, doch durfte sein Name künftig nicht mehr im Impressum erscheinen¹³.

Im Zuge der verschärften Rassenpolitik geriet Hausenstein Anfang 1943 abermals ins Visier der Nationalsozialisten, als ihm die Gauleitung München-Oberbayern, zu deren Zuständigkeitsbereich sein Wohnsitz Tutzing gehörte, auf Anfrage des Landesverbandes Bayern im Reichsverband der deutschen Presse die politische Zuverlässigkeit unter Berufung auf die „nichtarische“ Ehe absprach¹⁴. Damit war sein Schicksal als Journalist und Publizist endgültig besiegelt. Wenige Monate später, am 30. April 1943, veranlaßte Goebbels seine Entlassung bei der „Frankfurter Zeitung“ gemeinsam mit jener der übrigen nichtarischen bzw. nichtarisch verheirateten Redakteure Benno Reifenberg und Dolf Sternberger. Seit dem am 19. Mai folgenden Ausschuß aus der Reichspressekammer stand Hausenstein „unter einem völligen Berufsverbot“¹⁵.

¹⁰ Zit. nach Der Spiegel, Nr. 18, 4.5. 1950, S. 7; siehe auch Sulzer, Nachlaß, S. 19.

¹¹ BDC, Hausenstein an Reichsschrifttumskammer, 30.11. 1939; ebenda, Frankfurter Societäts-Verlag an Reichsschrifttumskammer, 1.4. 1940.

¹² BDC, Reichsschrifttumskammer an Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, II D 1-015693-Kru., 12.4. 1940.

¹³ BDC, Notiz RSK II D 1-015693-Kru., [7.1. 1942]; Sulzer, Nachlaß, S. 19.

¹⁴ BDC, Landesverband Bayern im Reichsverband der deutschen Presse an Gauleitung München-Oberbayern, 29.1. 1943; ebenda, Gauleitung München-Oberbayern an Landesverband Bayern, 24.2. 1943.

¹⁵ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA), Bonn, Nachlaß (künftig: NL) Hausenstein, Bd. 9, Bl. 272 f., Hausenstein an den Landrat von Starnberg, 13.2. 1952, Konzept. Ich danke

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kehrte Hausenstein rasch in die Publizistik zurück, fungierte als Mitbegründer der „Süddeutschen Zeitung“ und diente als Mitarbeiter verschiedener Presseorgane wie dem „Hochland“, den „Frankfurter Hefen“ oder dem „Merkur“. Sein mittlerweile erworbenes Renommee als unbelasteter Kunstschriftsteller von hohen Graden, das sich unter anderem in der ihm 1948 angetragenen Präsidentschaft der deutsch-französischen Schickele-Gesellschaft widerspiegelte, eröffnete ihm im gleichen Jahr die Mitgliedschaft der Bayerischen Akademie der Schönen Künste, die er seit 1950 als Präsident leitete.

Ernennung

Im Sommer 1950 begann für Hausenstein ein völlig neuer Lebensabschnitt. Obwohl schon das „Petersberger Abkommen“ vom 22. November 1949 die schrittweise Wiederaufnahme von konsularischen und handelspolitischen Beziehungen durch die Bundesregierung in Aussicht gestellt hatte, zögerte Bundeskanzler Konrad Adenauer die Entsendung deutscher Generalkonsule aus Verärgerung über die von der Alliierten Hohen Kommission zunächst nicht genehmigte deutsche diplomatische Präsenz in Drittländern lange hinaus. Seine Wahl fiel schließlich auf drei „Outsider“, Persönlichkeiten, die nicht aus dem alten Außenministerium in der Wilhelmstraße kamen: Heinz Krekeler, einen FDP-Abgeordneten und Industriellen aus Nordrhein-Westfalen, schickte er nach New York; Hans Schlange-Schöningen, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in der Weimarer Republik, übernahm den Posten in London¹⁶.

Nachdem das französische Hochkommissariat den Kanzler zur Mäßigung beim Aufbau der Pariser Dienststelle aufgefordert¹⁷ und Heinrich von Brentano es abgelehnt hatte, den Vorsitz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Generalkonsulat in Paris einzutauschen¹⁸, suchte Adenauer „eine gänzlich neue Persönlichkeit“, die unter keinen Umständen während der Okkupationszeit in Frankreich gearbeitet

Herrn Dr. Volker Dahm, Herrn Staatssekretär a.D. Dr. Paul Frank und der langjährig engsten Mitarbeiterin Benno Reifensbergs, Frau Helga Hummerich, für ihre wertvollen Hinweise zur Stellung der „Frankfurter Zeitung“ und ihres Mitarbeiters Wilhelm Hausenstein während des Dritten Reichs.

¹⁶ Vgl. die Akten in AMAE, All., Bd. 135, und PA, Abt. 2, Bd. 157f., und jetzt Frank-Lothar Kroll, Deutschlands Weg nach Europa. Der Wiederaufbau des Auswärtigen Dienstes und die Errichtung deutscher Generalkonsulate in Paris und London 1950, in: Historische Mitteilungen 3 (1990), S. 161–180, hier S. 164–167.

¹⁷ Vgl. AMAE, All., Bd. 143, Bl. 6–8, André François-Poncet an Robert Schuman, Nr. 307/EU, 11. 3. 1950; ebenda, Bl. 12–15, [Sous-direction d'Europe Centrale], Note, 4. 4. 1950.

¹⁸ Vgl. AMAE, All., Bd. 143, Bl. 3, Armand Béard an MAE, Tel. 387, 9. 2. 1950, Réservé; siehe auch ebenda, Bl. 4, François-Poncet an MAE, Tel. 558/59, 18. 2. 1950; Heinrich von Brentano an Adenauer, 17. 2. 1950, in: Arnulf Baring unter Mitarbeit von Bernd v. Oettinger u. Klaus Mayer (Hrsg.), Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964, Hamburg 1974, S. 40ff., hier S. 41.

haben durfte¹⁹. Seine Rhöndorfer Nachbarin, die nachmals bei der UNESCO als deutsche Vertreterin eine wesentliche Rolle spielende Schriftstellerin Maria Schlüter-Hermkes, schlug ihm Wilhelm Hausenstein vor. Der mit Hausenstein seit 1903 bekannte, ja befreundete Bundespräsident Theodor Heuss versicherte seine Zustimmung, und auch der französische Hohe Kommissar André François-Poncet gab offenbar sein Placet²⁰. So machte sich der Kanzler mit seinem ausgeprägten Instinkt für die Wirkung einer solchen „Geste des guten Willens gegenüber Frankreich“²¹ die Kandidatur des nach eigener Einschätzung mittlerweile „christlich humanistisch“ geprägten und „mit sozialem Akzent“²² versehenen, außerdem „CDU-nahen“²³ Hausenstein sofort zu eigen, obwohl sie im Gegensatz zu jenen von Schlang-Schöningen und Krekeler einige Schwierigkeiten bereitete.

Hindernisse türmten sich bereits bei der Kontaktaufnahme Ende März 1950 auf, als Adenauer Hausenstein durch seinen engen Mitarbeiter Hans Globke telefonisch nach Bonn lud. Sollte er tatsächlich die Arbeit an seinem autobiographischen Roman „Lux Perpetua“ abbrechen und auch den vom Bayerischen Kultusministerium angebotenen Lehrauftrag ablehnen, so fragte sich der Schriftsteller? War er nicht bereits zu alt zu einer solchen „radikale[n] Aenderung ... [seines] Daseins“²⁴?

„Eher gewinnend als etwa so spröde“, wie er ihm geschildert worden war, mit „werbende[r] Höflichkeit“ und einer ihm entgegengebrachten „spontane[n] persönliche[n] Sympathie“ ersuchte Adenauer den perplexen Hausenstein dann während eines Treffens in München Anfang April ohne viel Umschweife um die Übernahme des Generalkonsulats in Paris²⁵. Seine Einwände, er sei doch kein Politiker im beruflichen Sinne des Begriffs, ließ Adenauer nicht gelten; ihm genügte es offensichtlich, wenn sein Vertreter an der Seine politische Grundvorstellungen besaß, die „auf echte deutsch-französische Versöhnung gerichtet seien und damit seinen eigenen Leitgedanken entsprächen“. Da die äußerst schwierigen Aufgaben in Paris seiner Ansicht

¹⁹ So referierte der stellvertretende französische Hohe Kommissar Armand Bérard eine Äußerung Herbert Blankenhorns; AMAE, All., Bd. 135, Bl. 95, Bérard an Schuman, Nr. 158/EU, 8.2. 1950, *Très secret*; siehe auch ebenda, Bl. 16f., Bérard an MAE, Tel. 1721/23, 20.4. 1950.

²⁰ Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (künftig: StBKAH), NL Adenauer 10.17, Adenauer an Schlüter-Hermkes, 20.6. 1950, im Auszug in: Konrad Adenauer, Briefe 1949–1951, Bearb. v. Hans Peter Mensing, Berlin 1985, S. 527, Nr. 272, Anm. 2; Deutsches Literaturarchiv, Schiller Nationalmuseum Marbach/Neckar (künftig: DLA), NL Hausenstein 66. 1945/2, Hausenstein an Schlüter-Hermkes, 23.5. 1956; Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 33.

²¹ Paul Frank, Wilhelm Hausenstein als Diplomat. Zur Erinnerung an den ersten Vertreter der Bundesrepublik in Paris, in: *Dokumente* 38 (1982) S. 148–152, hier S. 149.

²² Zit. nach *Der Spiegel*, Nr. 18, 4.5. 1950, S. 7; vgl. auch AMAE, All., Bd. 143, Bl. 16f., Bérard an MAE, Tel. 1721/23, 20.4. 1950; ebenda, Bl. 26–28, Lebenslauf Hausenstein, 1.5. 1950, Abschrift.

²³ Wilhelm Haas, *Lebenserinnerungen*, (Ms.) o. O. [1974], S. 217; siehe auch ders., Beitrag zur Geschichte der Entstehung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland, Bremen 1969, S. 59f.

²⁴ DLA, NL Hausenstein, 66.1752/1, Hausenstein an Adenauer, April 1950, Konzept; vgl. auch Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 13.

²⁵ Ebenda, S. 16f.

nach „in erster Linie psychologischer Art“ waren, wollte Adenauer bewußt keinen Berufsdiplomaten, sondern einen „Humanist[en] und Katholik[en]“, denn „damit müsse die occidentale Aufgabe und Haltung des ersten Repräsentanten der Bundesrepublik sich näher bestimmen“²⁶. Als politisch Verfolgter des Hitler-Regimes und Vertrauter der französischen Kultur und Sprache schien ihm sein Kandidat die geeignete Persönlichkeit. Der zögerte zunächst, stimmte dann aber ungeachtet aller Reserven nach einer Woche prinzipiell, nach weiteren persönlichen Kontakten mit dem Kanzler am 25. April und 23. Juni in Bonn sowie am 18./19. Mai 1950 in Oberammergau definitiv zu.

Was motivierte den Literaten dazu, sein Arbeitszimmer in Tutzing – seiner Wahlheimat seit 1932 – aufzugeben und dieses „selbstmörderische Unternehmen“ in Paris anzunehmen²⁷? Suchte er mit 68 Jahren noch eine neue Herausforderung? War es „eine Art religiösen Lebensgehorsams“, die ihn dazu veranlaßte²⁸? Inspirierte ihn die in Frankreich von Montaigne und Lamartine, über Stendhal und Chateaubriand bis Giraudoux und Paul Claudel traditionelle Berufung von *hommes de lettres* in den Staatsdienst? Mußte es den sensiblen Schriftsteller aber nicht abschrecken, daß ihn eine Persönlichkeit wie Willi Baumeister umgehend ins Fadenkreuz der öffentlichen Kritik zertrümmerte und gegen seine Bestallung protestierte, weil er in Hausensteins pointierter Ablehnung der modernen Kunst einen überzeugenden Grund für dessen Nichternennung sah? Oder beruhigte ihn die Erfahrung, durch herausragende Köpfe der Republik ebenso rasch verteidigt zu werden, wie etwa durch Heuss, der sich in einem offenen Brief gegen die Kritik verwahrte, dem Maler „eine schier groteske Verengung des Blickfeldes“ vorwarf und ihn einen „Esel“ nannte²⁹?

Von zentraler Bedeutung für Hausensteins Entscheidung war zweifellos seine Affinität zur französischen Kultur, mit der er schon früh in Berührung gekommen war

²⁶ Ebenda, S. 17; siehe auch Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, Stuttgart 1965, S. 427f.; AMAE, All., Bd. 143, Bl. 34f., *Sous-Direction d'Europe Centrale, Déclaration du M. Wilhelm Hausenstein*, 15. 5. 1950.

²⁷ Otto B. Roegge, *Rückblick auf die Pariser Jahre*, in: Migge (Bearb.), Hausenstein, S. 185–189, hier S. 185.

²⁸ Herbert Guenther, Wilhelm Hausenstein, Sued-westdeutscher und Europaeer, Humanist und Christ, in: *Arbeiter in Frankreich*, 15. 6. 1950; siehe auch PA, NL Hausenstein, Bd. 7, Bl. 206, Hausenstein an Kessel, 3. 7. 1950, Durchschlag.

²⁹ DLA, NL Hausenstein, 66.2217/3, Heuss an Hausenstein, 9. 5. 1950; vgl. auch ebenda, 66.1847/1, Hausenstein an Heuss, 13. 5. 1950; Paul Frank, *Entschlüsselte Botschaft. Ein Diplomat macht Inventur*, Stuttgart 1982, S. 18; Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 22; Sulzer, *Nachlaß*, S. 21. Einer erneuten Atracké Baumeisters begegnete Heuss mit den Worten: „Wissen Sie, ich habe Professor Hausenstein nicht nach Paris gesandt, weil er ein großer Kenner der alten oder der neuen Kunst, sondern weil er ein großer Kenner Frankreichs ist.“ Zit. nach Hans von Herwarth, *Von Adenauer zu Brandt. Erinnerungen*, Berlin/Frankfurt a. M. 1991, S. 107. Zur Freundschaft zwischen Hausenstein und Heuss siehe PA, NL Hausenstein, Bd. 2, Bl. 232, Hausenstein an Heuss, 10. 7. 1953; Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 229–237; Theodor Heuss, *Wilhelm Hausenstein*, in: Ders., *Würdigungen, Reden, Aufsätze und Briefe aus den Jahren 1949–1955*, hrsg. v. Hans Bott, Tübingen 1955, S. 300–307.

und die ihn Zeit seines Lebens nicht mehr losließ. Durch seine Geburt und die Übersiedlung seiner Familie nach Karlsruhe 1892 dem Badischen verhaftet, hielt er es für selbstverständlich, mit den angrenzenden Zivilisationen in enger Verbindung zu leben³⁰. So wurde ihm die französische Nachbarschaft eine „bestimmende Erfahrung“³¹, die französische Kunst zu einem seiner wichtigsten Forschungsschwerpunkte³². Stets interessierten ihn nicht nur die national eigenständigen Elemente, sondern vor allem die „selbstverständliche geistige Einheit“ zwischen Deutschland und Frankreich³³. Angesichts der bedrückenden politischen Schwierigkeiten war es seiner Ansicht nach zwingend erforderlich, diese positiven Elemente in der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen im Gedächtnis zu bewahren; denn dann war es auch möglich, die anstehenden Probleme zu lösen.

In diesem Sinne sah sich Hausenstein als Mittler zwischen den beiden Kulturen, als ein Mahner des Gemeinsamen, der die ohne sein Zutun an ihn herangetragene Berufung als „ein providentielles Zeichen“³⁴ und eine Chance verstand, nach seiner jahrzehntelangen publizistisch-wissenschaftlichen Tätigkeit nun im Interesse der Völkerverständigung heilsam wirken zu können: „wenn es in Deutschland ein einziges Mal geschah, daß ein Amt politischer Repräsentation einem Schriftsteller angetragen wurde, dann durfte er sich in der Tat nicht versagen“³⁵.

³⁰ Vgl. Wilhelm Hausenstein, Alexander Kanoldt, in: Die Horen, Bd. 2 (1925/26), S. 35–48, hier S. 39.

³¹ Sulzer, Nachlaß, S. 9; vgl. auch Wilhelm Hausenstein, Wanderungen auf den Spuren der Zeiten, Frankfurt a. M. 1935, und die unter Pseudonym veröffentlichten Lebenserinnerungen Johann Armbruster, Lux Perpetua. Summe eines Lebens aus dieser Zeit, Bd. 1: Geschichte einer deutschen Jugend aus des 19. Jahrhunderts Ende, München 1947.

³² Nach einer Arbeit über das „Rokoko“ 1912 widmete er sich 1914 in „Die bildende Kunst der Gegenwart“ vornehmlich den künstlerischen Bestrebungen in Frankreich. 1947 traf man ihn in „Begegnungen mit Bildern“ mit Chardin und Courbet, Manet oder Renoir, ein Jahr danach bei Degas. Zugleich fühlte er sich dem Land in Beschreibungen einer „Reise in Südfrankreich“ oder der Stadt Paris hingezogen und näherte sich der französischen Dichtung durch ihre Übertragung ins Deutsche. Bereits 1913 erschien seine Übersetzung von Maurice Barrès „Der Greco“, 1946 folgte eine Nachdichtung Baudelaires, und 1950 gab er einen Sammelband mit über zwanzig französischen Dichtern in einer doppelsprachigen Ausgabe heraus. Siehe Wilhelm Hausenstein, Rokoko. Französische und deutsche Illustratoren des 18. Jahrhunderts, München 1912; ders., Die bildende Kunst der Gegenwart. Malerei, Plastik, Zeichnung, Stuttgart/Berlin 1914; ders., Begegnungen mit Bildern. Zweiundfünfzig Analysen von Kunstwerken, München 1947; ders., Edgar Degas, Bern 1948; ders., Reise in Südfrankreich, Crimmitschau 1927; ders., Europäische Hauptstädte, Erlbach-Zürich/Leipzig 1932; M. Barrès, Der Greco oder Das Geheimnis von Toledo. Aus dem Französischen von Wilhelm Hausenstein, München 1913; Charles Baudelaire, Ausgewählte Gedichte. Aus dem Französischen von Wilhelm Hausenstein, München 1946; Das trunkene Schiff und andere französische Gedichte von Chénier bis Mallarmé. Hrsg. u. übersetzt von Wilhelm Hausenstein, Freiburg/München 1950.

³³ Wilhelm Hausenstein, Kulturelle Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, in: Deutsch-französisches Institut Ludwigsburg (Hrsg.), Deutschland-Frankreich, Ludwigsburger Beiträge zum Problem der Deutsch-französischen Beziehungen, Stuttgart 1954, S. 99–110, hier S. 102.

³⁴ PA, NL Hausenstein, Bd. 7, Bl. 49, Hausenstein an Eugen Claassen, 26. 7. 1950.

³⁵ Hausenstein, Erinnerungen, S. 18.

Aus Pflichtbewußtsein ließ sich Hausenstein für die Sache Adenauers, von deren Richtigkeit er freilich überzeugt war³⁶, vereinnahmen und nötigte sich dafür das für ihn schwere Opfer ab, die publizistische Arbeit ungeachtet seiner augenblicklich großen Erfolge aufzugeben³⁷. Nach intensiver Prüfung der von ihm selbst aufgestellten „Hierarchie der Werte“ schien es ihm wichtiger, „daß ich einem so schwierigen, aber auch so wesentlichen Amte wie dem meinigen in Paris meine ganze Kraft widme, – wichtiger, als ein Buch zu schreiben“³⁸.

Aufgaben und Amtsverständnis

Nachdem die französische Regierung am 17. Mai ihr Exequatur erteilt hatte, übertrug der Kanzler dem neuen Generalkonsul am 4. Juli 1950 die Leitung der Dienststelle in Paris und wünschte ihm Erfolg bei seiner „verantwortungsbewußten Aufgabe“³⁹. In Übereinstimmung mit dem ihm von Heuss erteilten Auftrag verwies ihn das von Staatspräsident Vincent Auriol am 29. September 1950 unterzeichnete französische Dokument auf die Ausübung der Funktionen, die ihm im Interesse „des gens de mer et marchands allemands“ übertragen seien, und gewährte ihm das Recht, „sämtliche Privilegien, Freiheiten und Vorrechte zu genießen, die mit seinem Amt verbunden sind“. Als Jurisdiktionsgebiet nannte es das französische Mutterland, Korsika und Algerien⁴⁰. Folglich war Hausensteins Aufgabenbereich nicht unmittelbar politischer Natur, sondern konsularischer, wirtschaftlicher, kultureller Art und entsprach damit den der Bundesrepublik durch das Besatzungsstatut gesetzten außenpolitischen Grenzen.

³⁶ Zur Übereinstimmung zwischen Hausenstein und Adenauer in den Grundfragen der deutschen Frankreichpolitik vgl. DLA, NL Hausenstein, 66.1752/11, Hausenstein an Adenauer, 22.11. 1954; ebenda, 66.1999/8, Adenauer an Hausenstein, 7.1. 1952; ebenda, x84.112/6, Hausenstein an Adenauer, 25.6. 1952.

³⁷ Vgl. PA, NL Hausenstein, Bd. 7, Bl. 49, Hausenstein an Claassen, 26.7. 1950; siehe auch Rolf Lahr an seine Mutter, 29.9. 1950, in: Rolf Lahr, Zeuge von Aufstieg und Fall. Private Briefe 1934–1974, Hamburg 1981, S. 160; Der Spiegel, Nr. 20, 18.5. 1950, S. 7.

³⁸ PA, Büro Staatssekretär (künftig: BStS), Bd. 267, Hausenstein an Adenauer, 12.1. 1953.

³⁹ DLA, NL Hausenstein, 66.1999/1, Adenauer an Hausenstein, 4.7. 1950, abgedruckt in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 244; siehe auch AMAE, All., Bd. 143, Bl. 39, François Seydoux an das frz. Hochkommissariat Bonn, Tel. 1343, 17.5. 1950; DLA, NL Hausenstein, 66.2184/1, Haas an Hausenstein, Tel. 4409 Bonn F 17 25 1675, 25.5. 1950.

⁴⁰ PA, NL Hausenstein, Bd. 11, Bl. 2, Auriol-Exequatur für Hausenstein, 29.9. 1950, Copie. Der Plan, Hausensteins Amtsbezirk auch auf die Saar auszudehnen, um so die Trennung von der Bundesrepublik zu unterstreichen, wurde von der französischen Regierung schließlich nicht realisiert. Hingegen bezog sie Algerien ein, um eine baldige Repräsentanz Bonns in Nordafrika zu verhindern; vgl. AMAE, All., Bd. 143, Bl. 80, Parodi an Bonn, Tel. 2217/18, 28.7. 1950, Par Courier; ebenda, Bl. 84f., Bérard an MAE, Tel. 3754/56, 1.8. 1950, Réservé, Urgent; ebenda, Bl. 93–96, Haussaire an MAE, Tel. 3827/33, 3.8. 1950; ebenda, Bl. 105, Sous-Direction de la Sarre an Bonn, Tel. 2365/66, 9.8. 1950; ebenda, Bl. 135, Sous-Direction d'Europe Centrale, Note, 6.10. 1950; Hausenstein, Erinnerungen, S. 31.

Wie delikat sich die künftige Arbeit gestalten sollte, zeigte sich, noch ehe der Generalkonsul seinen Fuß auf französischen Boden gesetzt hatte. Als Termin für die Übernahme der neuen Dienststelle war zunächst die erste Juli-Hälfte vorgesehen. Doch erschien es unmöglich, daß Hausenstein an Empfängen anlässlich des französischen Nationalfeiertags am 14. Juli teilnahm, ohne vorher seine Aufwartung bei den Kollegen gemacht zu haben. Auch bereitete die Frage der Beflaggung an diesem Tag Probleme, weil man einerseits kaum die deutsche Fahne an einem Gebäude aufziehen konnte, das der Bundesrepublik noch gar nicht gehörte, andererseits ein Nicht-hissen rasch von den Zeitungen hätte kritisiert werden können. Hausenstein hielt es daher auf Anraten seines zukünftig zweiten Mannes, Albrecht von Kessel, für sinnvoll, den Festtag abzuwarten⁴¹. Als mit dem Ausbruch des Koreakrieges Mitte Juni 1950 in Bonn jedoch das Bedürfnis nach einem Beobachter in Paris plötzlich stieg und Kessel am 30. Juni „etwas Hals über Kopf“ als Vorauskommando nach Paris beordert wurde, schienen die Vorbehalte gegenüber einer frühen Anreise zunächst durch Erwägungen der hohen Politik behoben⁴², setzten sich dann bei Kessel und Hausenstein aber durch. Um nun nicht zu nahe am Termin der Feierlichkeiten anzukommen und die Sonntagsruhe der Mitarbeiter im Quai d'Orsay nicht zu stören, traf der neue Vertreter der Bundesrepublik Deutschland am Montag, dem 17. Juli 1950, in Paris ein⁴³. Da er „keinen geräuschvollen Empfang“⁴⁴ wünschte, fungierten nur Kessel und der für das Protokoll zuständige Konsul Hans-Christian Halter als Empfangskomitee. Von der französischen Seite begrüßte ihn der stellvertretende Protokollchef des Quai d'Orsay, Charles Lesca, mit „der abgemessenen konventionellen Artigkeit“, die das Verhältnis beider Staaten zu jener Zeit prägte: „so knapp wie trocken“⁴⁵.

In einer kurzen Presseerklärung umriß Hausenstein die Schwerpunkte seines zukünftigen Wirkens an der Seine: „Ich bin nicht hierhergekommen, um hohe Politik zu machen. Ich bin hier, um einfach meine konsularischen Aufgaben zu erfüllen, die zum großen Teil wirtschaftlicher Natur sind.“ Freilich dachte er nicht daran, sich mit ökonomischen Problemen zu begnügen, und gestand denn auch sofort ein, daß er auch den kulturellen Austausch zwischen beiden Ländern fördern wolle. „Ich bin ein Mann guten Willens“ – so fügte er umgehend hinzu – „und möchte gleichzeitig Zeugnis ablegen für den guten Willen der sehr großen Mehrheit meines Volkes.“⁴⁶ Um die auf eine deutsch-französische Verständigung gerichtete Politik des Bundeskanzlers nach Kräften zu unterstützen, hielt er es für unabdingbar, zunächst den Beweis zu erbringen, „daß aus dem Deutschland des Hitlerismus ein anderes Deutsch-

⁴¹ Vgl. PA, NL Hausenstein, Bd. 7, Bl. 202, Kessel an Hausenstein, 27. 6. 1950.

⁴² Ebenda, Bl. 204f., Kessel an Hausenstein, 29. 6. 1950; vgl. auch AMAE, All., Bd. 135, Bl. 178, François-Poncet an MAE, Tel. 2306, 17. 5. 1950.

⁴³ PA, NL Hausenstein, Bd. 7, Bl. 206, Hausenstein an Kessel, 3. 7. 1950.

⁴⁴ Ebenda, Bl. 47, Süddeutsche Zeitung, 18. 7. 1950.

⁴⁵ Hausenstein, Erinnerungen, S. 35.

⁴⁶ PA, NL Hausenstein, Bd. 7, Bl. 47, Kölnische Rundschau, 18. 7. 1950; vgl. auch ebenda, Bd. 8, Bl. 6, Le Monde, 10. 7. 1950.

land übriggeblieben war“, um dann die Franzosen von der Möglichkeit zu überzeugen, mit diesem neuen Deutschland nach und nach echte Kontakte aufnehmen zu können⁴⁷.

Wenngleich er selbst taktisch klug das Unpolitische seiner Mission betonte, so zeigte er sich jedoch gewiß, daß seine Gastgeber seine Situation von Anfang an als eine „getarnte Botschaft“ verstanden und ihm daher auch die Möglichkeit zu politischen Gesprächen einzuräumen bereit seien⁴⁸. Natürlich bedurfte es dazu angesichts der frostigen, ja feindseligen Atmosphäre eines betont vorsichtigen Auftretens, galt „Outre-Rhin“ doch in Frankreich weithin als eine unkultivierte europäische Provinz mit verbrecherischer Energie. Hausenstein nahm dies als gegeben hin, wehrte sich vehement gegen die in Deutschland wachsende Überzeugung, die französische Politik sei das Ergebnis einer Sicherheitsneurose, und forderte dazu auf, „das Verlangen der Franzosen nach Sicherheit politisch zu verstehen und menschlich zu achten“. Allerdings durfte dieser Grundsatz Bonner Frankreichpolitik seiner Ansicht nach keineswegs die Aufgabe jeglicher Staatsräson bedeuten. Vielmehr mußte es darauf ankommen, der Sicherheit eine Form zu geben, die für beide Seiten „erträglich und auch für uns in den Grenzen des Möglichen heilsam ist“⁴⁹.

Im Sinne Adenauers hielt er es für notwendig, das Vereinende im Verhältnis beider Länder immer wieder herauszuarbeiten und jeden Morgen aufs neue mit der Arbeitshypothese anzufangen, daß die anstehenden Probleme überwunden werden könnten. Dazu war auch ein verantwortungsvolles Aufarbeiten der dunklen Kapitel im gemeinsamen Geschichtsbuch erforderlich. Ja, es mußte erlaubt sein, nicht nur an die deutschen Schandtaten, sondern auch daran zu erinnern, daß Frankreich „sich vom 16. Jahrhundert bis zum Ende Napoleons im Zustande dauernder Aggressionen gegen das Reich, gegen den Kaiser und auch gegen die deutschen Lande befunden hat“⁵⁰.

Trotz dieser Neigung zu einer realistischen Beurteilung der Historie beider Staaten verlor Hausenstein nie das Verständnis für den französischen Argwohn gegenüber dem Nachbarn im Westen. Ansätze atmosphärischer Verbesserungen versperrten ihm keineswegs den Sinn für seine prekäre Situation. So durfte ein erster Besuch beim Doyen des Diplomatischen Corps, dem späteren Papst Johannes XXIII., Erzbischof Angelo Giuseppe Roncalli⁵¹, der Öffentlichkeit nicht bekanntgegeben werden, weil er seinen Status als Konsul unzulässigerweise erhöhte. Wie groß die französischen Vorbehalte gegenüber der deutschen Vertretung noch ein Jahr später waren, zeigte sich, als Hausenstein im Juli 1951 voller Freude über den historischen Mo-

⁴⁷ Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 35; vgl. auch *Der Spiegel*, Nr. 18, 4.5. 1950, S. 7.

⁴⁸ Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 39.

⁴⁹ Wilhelm Hausenstein, *Französisch-deutsche Mißverständnisse*. Rede vom 19.1. 1949, in: Ders., *Erinnerungen*, S. 211–227, hier S. 222.

⁵⁰ Hausenstein, *Mißverständnisse*, S. 222.

⁵¹ Zur diplomatischen Tätigkeit von Angelo Giuseppe Roncalli vgl. Etienne Fouilloux, *Extraordinaire ambassadeur? Mgr Roncalli à Paris (1944–1953)*, in: *Revue historique* H. 279 (1988), S. 101–128.

ment die Ratifikationsurkunden für den Schuman-Plan im Quai d'Orsay hinterlegen wollte, wo ihn Alexandre Parodi, der Generalsekretär, eine Stunde warten ließ, um ihn dann nach einem trockenen „Bonjour, Monsieur“ und der Übernahme des Dokuments mit einem ebenso trockenen „Au revoir, Monsieur“ umgehend wieder zu entlassen⁵².

Noch im Winter 1952 bedauerte der Generalkonsul gegenüber dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Otto Lenz, daß die Franzosen „gar keinen engen Konnex mit den Deutschen wünschten“⁵³. Folglich war es nur zu verständlich, daß er im Februar 1951 die Redaktion der Münchner „Neuen Zeitung“ warnte, Photos der alten deutschen Botschaft in der Rue de Lille im Zusammenhang mit einer geplanten Bildreportage über das Konsulat zu veröffentlichen, befürchtete er doch, eine solche Publikation könne als eine von ihm inspirierte „Anzüglichkeit“ mißverstanden werden und daher mißliebige Folgen zeitigen⁵⁴. Im gleichen Sinne mahnte er im Januar 1952 das Auswärtige Amt zu äußerster Vorsicht bei Ordensverleihungen an französische Persönlichkeiten, weil sie diese in der Regel nicht als Auszeichnung empfinden, sondern als Hypothek begreifen würden.

Reaktionen in Bonn

Hausenstein hatte also „angesichts der immer noch heiklen Psychologie der französischen Öffentlichkeit“⁵⁵ vielfältige Rücksichten zu nehmen. Doch auch die Lage in Bonn war für ihn alles andere als einfach, glich die Stadt im Sommer 1950 doch einem „drückend-feuchten Kahlschlag, in dem allerlei Sorten von Pilzen aus dem Boden schossen“⁵⁶. So war es nicht verwunderlich, daß die Reaktionen auf seine Ernennung am Rhein sehr unterschiedlich ausfielen. In der Presse begrüßte man die Entsendung vor allem wegen der in Frankreich traditionellen Verbindung von Literatur und Diplomatie⁵⁷. Einige optimistische Beobachter werteten sie gar als Zeichen eines neuen Konzeptes der deutschen Nachkriegspolitik. Bei den in den Baracken seitlich der Koblenzer Straße in Bonn residierenden Diplomaten und Beamten überwogen dagegen eine an „Abweisung“ grenzende „kühl-konventionelle Artigkeit“⁵⁸ und die Überzeugung, daß der „Seiteneinsteiger“ kaum dazu in der Lage sein würde, das

⁵² Frank, Botschaft, S. 32; vgl. auch Christian Hacke, *Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1988, S. 58.

⁵³ Tagebuch Lenz 26.1. 1952, in: *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953*, bearb. von Klaus Gotto/Hans-Otto Kleinmann/Reinhard Schreiner, Düsseldorf 1989, S. 232f.

⁵⁴ PA, NL Hausenstein, Bd. 9, Bl. 86f., Hausenstein an Hans Wallenberg, 27.2. 1951.

⁵⁵ Ebenda, Bl. 258–260, Hausenstein an Herwarth, 76 Nr. 132, 24.1. 1952, Abschrift; zu Adenauers ebenso zurückhaltender Einstellung gegenüber Dekorationen siehe ebenda, Abt. 2, Bd. 249, Bl. 163, Trützschler an Helmer, 10.2. 1953; François-Poncet an Pinay, Tel. 37 99/38 02, 27.9. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, Nr. 248, S. 561f.

⁵⁶ Frank, Botschaft, S. 16.

⁵⁷ Siehe etwa *Der Spiegel*, Nr. 35 (1950), S. 42, und *Der Spiegel*, Nr. 37 (1950), S. 42.

⁵⁸ Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 23.

harte Geschäft der Diplomatie mit Erfolg zu betreiben; mußte der Vertreter eines besiegten Landes, dessen wichtigstes politisches Ziel die Rückgewinnung seiner Souveränität war, nicht aus anderem Holz geschnitzt sein? Außer Adenauer, der ihn seiner Meinung nach gegen den Willen der Bonner Behörde nach Paris beordert hatte, schienen die Ernennung nur noch Hans von Herwarth, Theodor Kordt und Rudolf Salat wirklich positiv zu beurteilen. Kessel konnte der Berufung offenbar immerhin positive Aspekte abgewinnen⁵⁹, während Heinrich von Brentano und Carlo Schmid „ein wenig nachsichtiges Urteil“ über Hausenstein fällten⁶⁰ und Herbert Blankenhorn das „Bewußtsein unbedingter professioneller Überlegenheit durch eine Art gefälliglässiger Toleranz“ verdeckte⁶¹.

In offener Fehde stand Hausenstein namentlich mit Wilhelm Haas, Staatsrat und Personalchef der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten, der ihm eine „mimosenhafte Empfindlichkeit“ vorhielt und offenbar nie verzieh, daß er aus Überzeugung wie von seiner persönlichen Anlage her gegenüber der heiklen Aufgabe in Paris eben nicht jene Selbstsicherheit an den Tag legte, die so manchen anderen neuen Missionschef auszeichnete. Für ihn war schon im Sommer 1950 ausgemacht, daß der Neuling abgelöst werden müsse, sobald die Mission „in die tiefere politische Problematik hineinführe“⁶².

Angesichts derartig tiefgreifender Vorbehalte gegenüber dem neuen Generalkonsul war es nicht verwunderlich, daß sich schon bald ernsthafte Reibungspunkte namentlich in personeller Hinsicht ergaben, zumal die Entscheidungsträger in Bonn bei der Besetzung der wenigen Stellen auf die früheren Kollegen und Freunde zurückgreifen wollten und daher kein Interesse besaßen, den aus Paris kommenden Wünschen nach Hinzuziehung externer Leute zu entsprechen. Wenngleich Haas noch in seinen Erinnerungen betonte, seine Mitarbeiter und er hätten Hausenstein stets „mit größter Zuvorkommenheit behandelt“ und seine Bitten weitgehend realisiert⁶³, ließ die desolate Personallage des Generalkonsulats in Verbindung mit der finanziellen Enge bei Hausenstein rasch den Eindruck entstehen, daß der Neubeginn zwischenstaatlicher Beziehungen „nicht nur bei Normal-Null, sondern eigentlich unter Null“ begänne⁶⁴.

Als symptomatisch für die unterschiedlichen Vorstellungen von der personellen Ausstattung des Generalkonsulats mag der „Fall“ des früheren Mitarbeiters Ernst von Weizsäckers in der Deutschen Botschaft beim Vatikan, Albrecht von Kessel, gelten. Denn während Haas in dem neuen Leiter der Konsulatsabteilung in Paris „einen unserer fähigsten und ideenreichsten Beamten“ sah⁶⁵, hielt Hausenstein ihn

⁵⁹ Vgl. ebenda, S. 25 f.

⁶⁰ AMAE, All., Bd. 143, Bl. 19 f., François-Poncet an MAE, Tel. 1960/63, 2. 5. 1950.

⁶¹ Hausenstein, Erinnerungen, S. 24. Ein gespanntes Verhältnis besaß Hausenstein auch zu Staatssekretär Hallstein; vgl. Kroll, Deutschlands Weg, S. 173 f.

⁶² Haas, Beitrag, S. 59 f.; siehe auch ders., Lebenserinnerungen, S. 217.

⁶³ Haas, Beitrag, S. 59 f.

⁶⁴ Hausenstein, Erinnerungen, S. 58; vgl. auch Brück, Schriftsteller, S. 243.

⁶⁵ Haas, Beitrag, S. 59 f.; siehe auch Arnulf Baring, Im Anfang war Adenauer. Die Entstehung der Kanzlerdemokratie, München 1984, S. 66; AMAE, All., Bd. 143, Bl. 22 f., François-Poncet an

stets für ein wenig undurchsichtig, auch wenn er ihn aufgrund seiner „Klugheit ... Objektivität, Besonnenheit und Geschmeidigkeit“ als seinen engsten Mitarbeiter akzeptierte⁶⁶.

War diese Personalentscheidung weitgehend „geräuschlos“ erfolgt, wurde das Begehren Hausensteins, den ihm aus Kreisen der Bayerischen Staatskanzlei als Finanzsachverständigen empfohlenen früheren Mitarbeiter beim Internationalen Institut für Sozialwissenschaften und Politik der Universität Freiburg/Schweiz, Dr. Paul Frank, zu gewinnen, einfach überhört. Im Gegensatz zu Frank, der umgehend mit einem geharnischten Brief an die Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission sein Interesse am konsularischen Dienst der Bundesrepublik zurückzog, ließ Hausenstein diese persönliche Kränkung nicht auf sich sitzen und erhielt dann tatsächlich im Herbst 1950 die gewünschte personelle Verstärkung⁶⁷.

Nicht weniger schwierig verlief die Besetzung der nicht unbedeutenden Stelle des Pressereferenten, da die Kandidaten entweder abwinkten bzw. sich als ungeeignet erwiesen oder – wie im Falle Friedhelm Kemps – die französische Regierung ihr Veto einlegte, weil der Kandidat Hausensteins aufgrund seiner Kriegsverwendung in Frankreich als *persona non grata* galt⁶⁸. Noch problematischer als diese im August 1950 durch Alexander Kohn-Brandenburg geklärte Personalfrage⁶⁹ erwies sich die Einstellung eines Kulturreferenten. Denn Hausenstein hatte sich nach der Einsicht in zwei entlastende Erklärungen Kemps dessen Wunsch nach Übernahme der Stelle zu eigen gemacht, stieß aber damit in Bonn auf erhebliche Widerstände⁷⁰. Zwar fand er Unterstützung bei Brentano, und auch Blankenhorn zeigte sich seinen Wünschen zugänglich, sah jedoch keine Möglichkeit, die Personalentscheidungen positiv

MAE, Tel. 2034, 5.5. 1950; ebenda, Bl. 54f., Bérard an Schuman, Nr. 654/EU, *Confidentiel*, 2.6. 1950.

⁶⁶ DLA, NL Hausenstein, 66.1752/3, Hausenstein an Adenauer, 3.5. 1950; siehe auch Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 27. Wesentlich angenehmer wirkte auf Hausenstein hingegen der bis zum 30.6. 1950 im hessischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr tätige Leiter der Wirtschaftsabteilung, Hans Joachim von Hake; vgl. ebenda, S. 40; vgl. auch PA, NL Hausenstein, Bd. 7, Bl. 185f., Hake an Hausenstein, 28.6. 1950.

⁶⁷ Vgl. Frank, *Botschaft*, S. 20f.; PA, NL Hausenstein, Bd. 7, Bl. 187, Hausenstein an Hake, 30.6. 1950, Abschrift; ebenda, Bl. 192, Hausenstein an Hake, 5.7. 1950. Frank hatte fortan eigenen Angaben zufolge dafür zu sorgen, „daß das Professionelle bei meinem Chef gebührende Berücksichtigung fand“, und wurde schließlich Verbindungsmann zum französischen Parlament sowie Spezialist der französischen Innenpolitik; Frank, *Botschaft*, S. 23.

⁶⁸ Vgl. PA, NL Hausenstein, Bd. 7, Bl. 71, Hausenstein an Kemp, 21.6. 1950; ebenda, Bl. 79, Kemp an Hausenstein, 22.7. 1950; ebenda, Bl. 207, Hausenstein an Kessel, 6.7. 1950.

⁶⁹ Ebenda, Bl. 140, Schwarz an Paris, Tel. Nr. 59, 3.8. 1950; ebenda, Bl. 130, Hausenstein an Kessel, 25.8. 1950, Kopie; AMAE, All., Bd. 143, Bl. 133, Haussaire an MAE, Tel. 4877, 23.9. 1950, Par Courier; ebenda, Bl. 134, Sous-Direction d'Europe Centrale an Bonn, Tel. 2730, 27.9. 1950.

⁷⁰ Vgl. PA, NL Hausenstein, Bd. 7, Bl. 81, Erklärung von Kemp, 22.7. 1950; ebenda, Bl. 76, [Hausenstein] an Melchers (Organisationsbüro d. Bundeskanzleramtes), 3.8. 1950. Ursprünglich hatte Hausenstein geplant, die Stelle mit dem ihm seit gemeinsamen Frankfurter Zeiten bekannten Dolf Sternberger zu besetzen; DLA, NL Hausenstein, 66.1752/3, Hausenstein an Adenauer, 3.5. 1950.

zu beeinflussen, da am Rhein alles „ungeheuer schwierig, verwickelt und oft heikel“ sei⁷¹.

Trotz verstärkten Drucks hatte sich Hausenstein damit abzufinden, daß das Auswärtige Amt eisern sparte und er den Posten selbst fortan nebenamtlich zu verwalten hatte, wobei ihm Frank tatkräftig zur Seite stand⁷². Als er im Januar 1952 neue Personalvorstellungen äußern konnte, schien es ihm offenbar aus Sorge um seinen eigenen Einfluß auf diesem Gebiet nicht ratsam, eine Veränderung dieser Situation zu forcieren. Daher stellte er gegenüber der Bonner Zentrale mit dem Antrag, Frank das Kulturreferat interimistisch zu übertragen, zugleich klar, „daß ich auf alle Fälle die hauptsächlichen Initiativen auf kulturellem Gebiet, die ja im spezifischen Argument meiner Entsendung nach Paris gewesen sind, in den eigenen Händen behalten möchte; meine hiesige Arbeit würde sonst einer ihrer wesentlichsten, konstitutivsten Bestandteile beraubt sein“⁷³.

Neben den Personalentscheidungen belastete den neuen Generalkonsul insbesondere die finanzielle Ausstattung seiner Dienststelle. Außer den für heutige Maßstäbe unvorstellbar engen Rahmenvorgaben durch das Bundesfinanzministerium und den Haushaltsausschuß des Bundestages zeichnete dafür vor allem die Absicht der Personalabteilung in Bonn verantwortlich, eher „die eigene Position abzusichern, als dem neuen Generalkonsulat substantielle Hilfe zukommen zu lassen“⁷⁴. Hinzu trat eine recht bürokratisch-engherzige Haltung des Bearbeiters der finanziellen Fragen in der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten, Senatsrat Werner Schwarz, und des Haushaltsreferenten im Organisationsbüro, Bartsch. Vor allem das Verhältnis zwischen Hausenstein und Schwarz entwickelte sich äußerst problematisch⁷⁵.

Da eine Regelung der Besoldung der Auslandsbeamten zunächst fehlte, war das Budget der ersten Monate so dürrig, daß es dem Generalkonsul – wie selbst

⁷¹ PA, NL Hausenstein, Bd. 7, Bl. 204f., Kessel an Hausenstein, 29. 6. 1950; siehe auch ebenda, Bl. 188, Heinrich von Brentano an Hausenstein, 30. 6. 1950.

⁷² Ebenda, Bl. 73, Hausenstein an Kemp, 28. 6. 1950; ebenda, Bl. 86, Hausenstein an Haas, Konzept, 7. 11. 1950; Frank, Botschaft, S. 23.

⁷³ PA, NL Hausenstein, Bd. 21, Bl. 4f., Hausenstein an Hallstein, 118-Allgemein, 17. 1. 1952, Durchdruck; siehe auch ebenda, Bl. 3, Salat an Hausenstein, 400-03-22 VI/00178/52, 5. 1. 1952, Durch Kurier.

⁷⁴ Frank, Hausenstein, S. 149.

⁷⁵ Vgl. Haas, Beitrag, S. 59f.; Hausenstein, Erinnerungen, S. 23f. Während sich die Zentrale also erhebliche Freiheiten im Umgang mit Hausenstein erlaubte, hielt sie den Generalkonsul ihrerseits an einer ziemlich kurzen Leine. Wie eine an „Schikane“ grenzende „grotesk[e] ... Zumutung“ wirkte es, als Schwarz ihm im August 1950 eine Dienstreisenabrechnung mit der Aufforderung zurückschickte, es fehle eine Aufschlüsselung der Termine nach „Tag und Stunde“. Ein derartiger Ton war dem stets auf die Etikette bedachten, sensiblen homme de lettres völlig fremd, und er ließ daher auch über Kessel in Bonn verdeutlichen, „daß man sich dort wohl überlegen sollte, mit wem man es zu tun hat, ehe man derartige Rückfragen an mich richtet“; PA, NL Hausenstein, Bd. 7, Bl. 24f., Hausenstein an Kessel, 6. 10. 1950; ebenda, Bl. 18, Schwarz an Hausenstein, 29. 9. 1950, Abschrift.

Adenauer bedauernd anerkannte – nicht möglich war, Gäste einzuladen⁷⁶. Um dennoch seinen repräsentativen Pflichten notdürftig nachzukommen, begnügten er und seine Frau sich beim Abendessen selbst wiederholt mit Obst⁷⁷. Als Schwarz dann diese asketisch-altruistische Lebenshaltung zum Anlaß nahm, die vorgesehene Gesamtvergütung von DM 60 000 per anno um ein Drittel und den einmaligen Betrag für persönliche Ausstattung von DM 12 000 auf DM 7 000 zu kürzen, sah Hausenstein freilich den Punkt zu einer Riposte gekommen; energisch beschwerte er sich bei Adenauer und legte ihm ein Promemoria über die unbefriedigenden Arbeitsbedingungen vor. Allerdings sollte es bis zum Übergang vom konsularischen in den diplomatischen Dienst dauern, daß eine für ihn insgesamt annehmbare Regelung getroffen wurde. Freilich – einen Vertrag, der seine Situation rechtlich fixiert hätte, konnte er in den fünf Jahren seiner Tätigkeit nie in Händen halten⁷⁸.

Sorgen bereiteten Hausenstein schließlich nicht nur die eigene Besoldung, sondern auch die unzureichenden Geldmittel seiner Behörde. Zwar stand schon bald ein repräsentativer Dienstwagen zur Verfügung, doch konnte es durchaus vorkommen, daß die Mitarbeiter ihre Post mit Bleistift schreiben mußten, weil Tinte für den Füllfederhalter fehlte⁷⁹. Um diesen unmöglichen Zustand schleunigst zu bereinigen, drängte er im August 1950 in Bonn darauf, daß der Bundestag allen Generalkonsulaten einen Dispositionsfonds zur Bewältigung ihrer vielfältigen Verpflichtungen einräumen müsse⁸⁰. Er mahnte die Verbesserung der Qualität des Briefpapiers an, bat um einen Zuschuß für einen größeren Empfang und stellte den Antrag auf Wohn-

⁷⁶ „Herr Hausenstein wurde eingeladen, und Diplomaten müssen eingeladen werden und müssen widereinladen [sic!]. Das ist ihr Hauptgeschäft, nicht das Essen und Trinken, sondern was sie hören zu verwerten.“ Adenauer, Tee-Empfang 6.3. 1952, in: Konrad Adenauer, Teegespräche 1950–1954, bearb. v. Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1984, S. 199–223, hier S. 222.

⁷⁷ Vgl. Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 49. Als Margot Hausenstein im Juni 1951 Adenauer berichtete, sie nehme die von ihnen beim Frühstück nicht verzehrten Nahrungsmittel täglich mit in das Generalkonsulat, weil die Angestellten „sonst nichts zu essen haben“, konnte der Kanzler seine Verwunderung darüber nicht verhehlen, „daß man Leute findet, die für so wenig Geld diese Arbeit auf sich nehmen“. Adenauer, Tee-Empfang 1.6. 1951, in: Adenauer, Teegespräche, S. 90.

⁷⁸ Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 30 u. S. 64; Brück, *Schriftsteller*, S. 248.

⁷⁹ Vgl. PA, NL Hausenstein, Bd. 7, Bl. 199f., Kessel an Hausenstein, 4.6. 1950.

⁸⁰ Vgl. ebenda, Bl. 213f., Harald von Waldheim an Hausenstein, 14.8. 1950. Als Einsatzgebiete nannte der Sozialreferent des Generalkonsulats in einem Schreiben an Hausenstein die Unterstützung der deutschen Juden und Flüchtlinge bis zur Heimkehr nach Deutschland; Überführung möglichst vieler Personen aus den Gefängnissen in die „provisorische Freiheit“; Unterbringung und Heimführung von minderjährigen und jugendlichen Prostituierten bzw. Fremdenlegionären; Erfüllung der üblichen Konsulatspflichten für Reisende, „die hier stranden“; „Verteidigung und Erhaltung“ der Kriegsverbrecher. Um seinem Gesuch eine möglichst breite Unterstützung durch die Parteien zu geben, nahm Hausenstein selbst mit Politikern der SPD und CSU Kontakt auf und bat Kessel um entsprechende Unterredungen mit Persönlichkeiten der FDP und des Zentrums; ebenda, Bl. 211f., Waldheim an Hausenstein, [12.8. 1950]; siehe auch ebenda, Bl. 217, Hausenstein an Waldheim, 19.8. 1950.

geldzuschuß für sein Appartement, da er angesichts der täglich zunehmenden Verpflichtungen mit seinen Einkünften nicht auskam⁸¹.

Wie eng der ihm von der Zentrale gesteckte Rahmen indes auch in Zukunft bleiben sollte, zeigte die Antwort von Schwarz: „Aufwendungen, die sich im Rahmen des normalen dienstlich-geselligen Verkehrs halten, müssen nach wie vor aus der in den Bezügen enthaltenen Aufwandsentschädigung bestritten werden. Die Gewährung eines Zuschusses kommt nur für außergewöhnliche Veranstaltungen größeren Umfangs und im Rahmen der verfügbaren Mittel in Frage. In diesen Fällen bitte ich, vor Durchführung der Veranstaltung unter Angabe der voraussichtlich entstehenden Kosten zu berichten, damit hier geprüft werden kann, ob und inwieweit sich die Gewährung eines Zuschusses ermöglichen läßt.“⁸²

Neben diesen bisweilen „hausgemachten“ Problemen des Neuanfangs bildete auch die Frage der Unterbringung ein ständiges Ärgernis. Nachdem Kessel für den Ankunftstag des neuen Generalkonsuls nur mit Mühe zwei Hotelzimmer hatte reservieren können, wohnte Hausenstein seit dem 30. August 1950 im Hôtel Saint-James et Albany, 211 Rue Saint-Honoré. Während an eine Residenz bis auf weiteres nicht zu denken war, selbst eine für die gesellschaftlichen Pflichten ausreichende Wohnung erst im Frühjahr 1952 in der Rue de la Faisanderie Nr. 118 bezogen werden konnte, gelang es immerhin noch im Sommer 1950, an der Avenue d'Iéna Nr. 34 unweit des Arc de Triomphe ein Amtsgebäude zu erwerben⁸³. Freilich dauerte es Monate, bis der notwendige Umbau des schmalen dreistöckigen Hauses abgeschlossen war, so daß der Stab seinen Dienst zunächst inmitten von Zementsäcken, Farbtöpfen, Kalk und Mörtel versehen mußte. Die Freude, dafür immerhin „unbelastet von Akten vergangener Zeiten, von Traditionen oder alten Verpflichtungen“⁸⁴ arbeiten zu können, wurde indes rasch durch Stimmen getrübt, die forderten, Hausenstein müsse die Rückgabe der alten deutschen Botschaft in der Rue de Lille anmahnen. Andere warfen die Frage auf, was das für ein Generalkonsulat sei, das es wage, seinen Sitz in einer Straße aufzuschlagen, die an den Sieg Napoleons über Preußen erinnere. Hausenstein ließ solche Beweise „massive[r] Dummheit“ an sich abprallen⁸⁵. Zu Recht glaubte er, das im Herbst 1950 bezogene Domizil entspreche mit seiner „würdigen Bescheidenheit“ der „Psychologie der Stunde“ mehr als ein protziger Neubau oder gar die lautstark reklamierte alte Mission⁸⁶.

⁸¹ Ebenda, Bl. 261, Liste der Punkte, über die in Bonn zu sprechen wäre, 15. 12. 1950.

⁸² DLA, NL Hausenstein, 66.2098/1, Schwarz an Hausenstein, 130-22-Hausenstein – I Org. B, 25. 1. 1951, im Auszug abgedruckt in: Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 50.

⁸³ Vgl. PA, NL Hausenstein, Bd. 1, Bl. 45, Hausenstein an Medizinalrat Dr. Haisch, 24. 3. 1952; ebenda, Bd. 7, Bl. 209, Kessel an Hausenstein, 11. 7. 1950; Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 32 u. 38.

⁸⁴ PA, NL Hausenstein, Bd. 8, Bl. 8, Zeitungsartikel von Albert Buesche, 10. 1. 1951.

⁸⁵ Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 46.

⁸⁶ Ebenda, S. 48. Im Februar 1952 beschwerte sich Bérard bei Lenz darüber, daß Gerhard von Walther in Paris sehr massiv die Rückgabe des alten Botschaftsgebäudes gefordert habe. Zugleich deutete er an, Paris sei bereit, das Maison Goethe als Missionsgebäude zur Verfügung zu stellen. Hau-

Beginn der Arbeit

Von einer anderen Kategorie als die personellen und finanziellen Querelen mit der Zentrale in Bonn waren freilich Hausensteins Schwierigkeiten, in Paris dienstlich Fuß zu fassen. Stets hatte er seine Handlungen von der Einsicht her zu entwickeln, daß in weiten Kreisen mit einer abgründigen Abneigung gegen alles Deutsche, ja sogar mit Haß gerechnet werden müsse.

Nur langsam wich die in den ersten Begegnungen mit seinen Kollegen im Corps consulaire gezwungene Atmosphäre einer gewissen Verbindlichkeit. Wünsche er mit den ihn interessierenden französischen Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ins Gespräch zu kommen, mußte Hausenstein Mittelsmänner einschalten, die die Kontakte herstellten und Treffen arrangierten. Wie vorsichtig der deutsche Vertreter bei diesen Eröffnungsschritten auf dem glatten Pariser Parkett zu Werke ging, zeigte etwa die Absicht, seinem ersten Treffen mit Georges Bidault im Dezember 1950 durch die Anwesenheit seiner Tochter Renée-Marie eine „größere Unbefangenheit“ zu geben, natürlich nur wenn der Gastgeber den Gedanken nicht als „choquant“ empfände⁸⁷.

Viele wichtige Kontakte entstanden in dieser Anfangsphase des Neubeginns der deutsch-französischen Beziehungen durch die Vermittlung von „Freunde[n] der ersten Stunde“ wie Alfred Grosser und seine Mutter, Graf Robert d'Harcourt, Annette Kolb, den Lektor an der Universität Paris Paulus Lenz-Médoc, Roland de Margerie, Jean Schlumberger oder Joseph Breitbach⁸⁸. Bedeutsam war für den Generalkonsul der Kontakt zum Präsidenten der Föderation der Protestantischen Kirche in Frankreich, Marc Boegner, der der deutschen Vertretung oft hilfreich zur Seite stand und aufgrund seines direkten Zugangs zu Staatspräsident Auriol und persönlicher Beziehungen zum Quai d'Orsay als wichtiger Mittler fungierte⁸⁹. In engem Kontakt stand

senstein selbst hatte schon im November 1950 an die Errichtung eines „Foyer Allemand“ gedacht, in der Hoffnung, eines Tages auch das genau gegenüber der deutschen Mission gelegene Goethehaus zurückzubekommen. Vgl. Tagebuch Lenz 9.2. 1953, S.252; AMAE, All., Bd.145, Bl.134 f., Direction Générale Politique, Note, 8.4. 1952; ebenda, Bl.137–142, Direction Générale Politique an Schuman, Note, 9.4. 1952; PA, NL Hausenstein, Bd.7, Bl.86, Hausenstein an Haas, Konzept, 7.11. 1950; ebenda, Bd.9, Bl.311, Notiz betr. Errichtung eines deutsch-französischen Kultur-Zentrums in Paris, o.D. [3./4. 1951]; ebenda, Bd.22, Bl.1–4, Salat an Gottfried von Nostitz (Abt.III), 400-03-22 II Kult/2509/51, 6.4. 1951.

⁸⁷ PA, NL Hausenstein, Bd.7, Bl.175, Hubert von Ranke an Hausenstein, o.D. [20? 12. 1950]; ebenda, Bl.176, Hausenstein an Ranke, 28.12. 1950; ebenda, Bd.8, Bl.43 ff., Anton Hilckmann an Hausenstein, 18.10. 1950.

⁸⁸ Zitiert nach Frank, Hausenstein, S.151; siehe auch PA, NL Hausenstein, Bd.8, Bl.42, Hausenstein an Grosser, 9.10. 1950; ebenda, Bl.67, Mme. Grosser an Frank, 30.1. 1951; ebenda, Bl.68, Frank an Mme. Grosser, Konzept, 5.2. 1951; ebenda, Bd.9, Bl.106, Hausenstein an [Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten (künftig: DfAA)], 130-19 Nr.1028, 21.3. 1951, Konzept; Hausenstein, Erinnerungen, S.51.

⁸⁹ Vgl. PA, NL Hausenstein, Bd.26, Bl.5, Aufzeichnung Kessel, 17.11. 1950; besondere Verdienste erwarb sich Boegner durch sein mutiges Eintreten dafür, daß die nach der Kapitulation beschlag-

Hausenstein zu Albert Preuss, dem Sekretär der deutschen Sektion der „Confédération Générale du Travail, Force Ouvrière“⁹⁰. Nicht unbedeutend schien ihm schließlich, die großen Pariser Zeitungen für seine Sache zu gewinnen, vor allem durch die Kontaktpflege zu dem ihm sympathischen Redakteur des „Monde“, René Lauret, oder zu Mitarbeitern des „Figaro“ wie Raymond Aron und Dominique Auclères⁹¹.

Der Gewinn von persönlichen Freunden war eine Sache, die Versöhnung zweier Völker eine andere, weitaus schwierigere Aufgabe, auch wenn er die französischen Herzen „zu einem erstaunlich großen Teil nach Deutschland hinüber geöffnet“⁹² fand. Für Hausenstein konnte die Verständigung nur über eine würdige Repräsentanz der Bundesrepublik in Frankreich und den Austausch zwischen den Kulturen beider Nationen beginnen. Eine „diskrete, aber von der Sache und von der Form her doch eindringliche Repräsentation der kulturellen Bedeutung Deutschlands“ war für ihn „die beste Brücke . . . im ganzen weiterzukommen“⁹³, zumal auch von französischer Seite der geistige, intellektuelle und künstlerische Transfer als „unerlässlich“ galt, „um die Entscheidungen und großen Initiativen der Regierung vorzubereiten“⁹⁴. Daher legte er im Sommer 1950 dem „Generaldirektor für kulturelle Beziehungen“ des Quai d'Orsay, Joxe, und dem „Leiter der Unterabteilung für internationale Begegnungen bei der Generaldirektion für kulturelle Beziehungen“ der französischen Hohen Kommission in Bonn, Moreau, einzelne Kulturprojekte nahe und plante darüber hinaus ohne Absprache mit den Franzosen ein kompaktes Programm von Theateraufführungen, Operninszenierungen, Austauschvorträgen sowie einen deutsch-französischen Schüler- und Studentenaustausch⁹⁵. Im Zentrum seiner Aktivitäten stand die Vorbereitung von Ausstellungen großen Stils, weil er durch sie die Aufmerksamkeit des französischen Publikums besonders leicht zu gewinnen glaubte⁹⁶.

nahmte deutsche evangelische Christuskirche in Paris nicht ihrem kirchlichen Zweck entzogen, sondern später den Deutschen wieder zurückgegeben wurde, und bei der Verhinderung von Hinrichtungen oder bei der Erleichterung der Haftbedingungen deutscher Kriegsgefangener; vgl. ebenda, Bd. 26, Bl. 100f., Blankenhorn an AA, Ku 602-80/0 8037/61, 6. 2. 1961, Konzept; ebenda, Bd. 4, Bl. 171ff., Theodor Friedrich (Ökumenische Kommission für die Pastoration der Kriegsgefangenen) an Hausenstein, 24. 5. 1954.

⁹⁰ Ebenda, Bd. 28, Bl. 2, Preuss an Hausenstein, 12. 6. 1951; ebenda, Bl. 14f., Hausenstein an AA, 420-02 I 1783a/54, 13. 5. 1954, Reinkonzept; ebenda, Bl. 31, Kurt Fritz von Graevenitz an Paris, 600/400-03-22/24134/54, 13. 8. 1954; ebenda, Bl. 32, Hausenstein an AA, 420-02 I 3364/54, 23. 8. 1954, Reinkonzept; siehe auch Hausenstein, Erinnerungen, S. 41.

⁹¹ Vgl. PA, NL Hausenstein, Bd. 7, Bl. 206f., Hausenstein an Kessel, 3. 7. 1950; ebenda, Bd. 2, Bl. 33f., Hausenstein an Auclères, 15. 5. 1953, Abschrift; ebenda, Bl. 32, Auclères an Hausenstein, 10. 5. 1953; ebenda, Bl. 35, Auclères an Hausenstein, 19. 5. 1953.

⁹² Hausenstein, Erinnerungen, S. 53; siehe auch DLA, NL Hausenstein, 66.3397/1, Hausenstein an Schlüter-Hermkes, 16. 5. 1950.

⁹³ PA, NL Hausenstein, Bd. 36, Bl. 11 ff., Hausenstein an DfAA, 450-04 Nr. 118, 5. 8. 1950, Konzept.

⁹⁴ Ebenda, Bd. 8, Bl. 29, Chef du Service des Rencontres Internationales à la Direction Générale des Affaires Culturelles der französischen Hohen Kommission, J. Moreau, an Hausenstein, HC/DC/RI Nr. 2143, 1. 9. 1950.

⁹⁵ Ebenda, Bd. 36, Bl. 19–22, Hausenstein an DfAA, 450-04 Nr. 518, 11. 9. 1950, Konzept.

⁹⁶ Ebenda, Bl. 32 ff., Hausenstein an Herbert Dittmann, 450 Nr. 1487, 16. 12. 1950.

Erwartungsgemäß gestalteten sich die ersten Verhandlungen über die Konkretisierung der Pläne im Sommer 1950 problematisch und zäh⁹⁷. Einige Projekte blieben gar ganz undurchführbar. Eine von Hausenstein besonders favorisierte Ausstellung Barocker Kleinplastik des deutschen Westens und Südens aus dem 18. Jahrhundert konnte mangels eines entschiedenen französischen Interesses nicht realisiert werden⁹⁸. Seine kulturelle „Lieblingsidee“, eine Ausstellung des Oeuvre Wilhelm Leibls unter Betonung der Verbindung zu Gustave Courbet scheiterte, weil seine Gesprächspartner wie der Generaldirektor des Louvre Georges Salles oder der Direktor des Petit Palais André Chamson die Malerei des 19. Jahrhunderts völlig exklusiv als französische begriffen⁹⁹. Als Hausenstein dann die Überzeugungskünste seiner Frau einzusetzen versuchte und sie zum Musée d'Art Moderne schickte, wurde ihm noch einmal in aller Klarheit verdeutlicht, wie schwierig das Terrain in Paris für einen deutschen Generalkonsul noch war: Von der Assistentin des Leiters Jean Cassou empfangen, fand sich Margot Hausenstein einem „absoluten, zu keiner Unterscheidung bereiten Haß gegen alles Deutsche gegenüber“, der seinen makabren Ausdruck darin fand, daß Mme. Agnès Himbert vor einer Hakenkreuzfahne saß, die sie aus einem Konzentrationslager mitgenommen hatte¹⁰⁰ – ein schmerzender Schlag ins Gesicht einer belgischen Jüdin, die ihren Bruder sowie andere Verwandte in Konzentrationslagern verloren und sich nur mit großen Vorbehalten dazu durchgerungen hatte, Deutschland an der Seite ihres Mannes in Frankreich zu repräsentieren.

Kulturpolitische Anerkennung

Eine überzeugende Entschädigung für zahlreiche Enttäuschungen im kulturpolitischen Bereich boten Wilhelm Hausenstein indes die großen Erfolge seines kulturellen Engagements. Dazu gehörte in erster Linie die Exposition deutscher und französischer Meisterwerke des Berliner Kaiser-Friedrich-Museums. Im Dezember 1950 von der Französischen Hohen Kommission bei Adenauer angeregt, galt es zunächst, Widerstände des Landes Hessen, das die im amerikanischen Collecting point Wies-

⁹⁷ Vgl. PA, NL Hausenstein, Bd. 7, Bl. 217, Hausenstein an Waldheim, 19. 8. 1950.

⁹⁸ Ebenda, Bd. 42, Bl. 43 f., Hausenstein an Eugen Gürster (Kulturattaché der Diplomatischen Vertretung London), 15. 11. 1954; siehe auch ebenda, Bd. 36, Bl. 11 ff., Hausenstein an DfAA, 450-04 Nr. 118, 5. 8. 1950, Konzept.

⁹⁹ Hausenstein, Erinnerungen, S. 42; siehe auch PA, NL Hausenstein, Bd. 36, Bl. 11 ff., Hausenstein an DfAA, 450-04 Nr. 118, 5. 8. 1950, Konzept; ebenda, Bl. 19–22, Hausenstein an DfAA, 450-04 Nr. 518, 11. 9. 1950, Konzept.

¹⁰⁰ Hausenstein, Erinnerungen, S. 45. Auch eine Hausenstein besonders am Herzen liegende Ausstellung deutscher und italienischer Krippen aus den Beständen des Bayerischen Nationalmuseums scheiterte, da es in Paris zwar nicht an Sympathie, wohl aber an geeigneten Lokalitäten und vor allem brauchbaren Vitrinen mangelte. Vgl. PA, NL Hausenstein, Bd. 37, Bl. 174, Hausenstein an Dr. Carl Theodor Müller (Direktor des Bayerischen Nationalmuseums), 450, 19. 1. 1952, Konzept; ebenda, Bd. 38, Bl. 34, Hausenstein an Müller, 450, 29. 4. 1952; ebenda, Bd. 42, Bl. 47 f., Hausenstein an Gürster, 11. 12. 1954.

baden ausgelagerte Sammlung treuhänderisch verwaltete, zu überwinden. Da Adenauer François-Poncet seine volle Unterstützung zugesagt hatte, ließ er Hausenstein beim Direktor für „Kunstaustausch“ in der Kulturabteilung des Quai d'Orsay, Erlanger, grünes Licht geben, zugleich aber taktisch klug betonen, „daß das ganze Vorhaben, wenn überhaupt, nur mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung der deutsch-französischen Kulturbeziehungen möglich ist“¹⁰¹. Der Generalkonsul erkannte sofort die sich durch den Plan bietende großartige Chance, den eingetretenen Stillstand im Kulturaustausch zu kompensieren. Mit großem persönlichen Einsatz begleitete er das Vorhaben bis zu seiner Realisierung, stets davon ausgehend, daß der von ihm erwartete starke künstlerische Erfolg zugleich „ein allgemeiner, atmosphärischer und eben auch *politischer* Erfolg sein würde“, zumal bei der von ihm geförderten Protektion von höchster Stelle¹⁰². Tatsächlich stieß die am 2. Februar 1951 eröffnete Ausstellung im Petit Palais auf sensationelle Resonanz und galt schließlich als „Höhepunkt“ der Pariser Kunstsaison des Jahres 1951¹⁰³.

Das somit erworbene „politische Aktivum zugunsten Deutschlands“¹⁰⁴ war indes noch so gefährdet, daß die anlässlich der Eröffnung gemachten Aufnahmen von Hausenstein und Schuman dem Publikum vorenthalten blieben: Soweit war es noch nicht, daß Photos, die den französischen Minister des Auswärtigen mit dem deutschen Generalkonsul in freundlicher Unterhaltung zeigten, der französischen Öffentlichkeit schon präsentiert werden konnten. Zwar begann das Eis aufzutauen, doch durfte man diesen Prozeß von deutscher Seite her nicht forcieren¹⁰⁵.

In diesem Sinne nahm sich der Generalkonsul auch der vom Direktor der Hamburger Kunsthalle, Carl Georg Heise, 1951 geplanten Ausstellung von jenen Meisterwerken französischer Maler des 19. Jahrhunderts an, die von deutschen Museen vor 1914 angekauft worden waren. Hausenstein unterstützte diese Idee mit besonderem Elan, weil sie seiner Ansicht nach das bisher in Frankreich gelegnete, schon vor dem ersten Krieg große deutsche Interesse an moderner französischer Malerei unter Beweis stellen konnte. Von den Franzosen als generöse Geste empfunden, würde ihr – so sein Kalkül – aufgrund des gerade in Frankreich „lebhaften politischen Aspekt[es]“ der Kultur eine „starke politische Bedeutung“ nicht versagt bleiben¹⁰⁶. Um das Gelingen des Projektes zu garantieren, legte Hausenstein bei den ihm bekannten Direktoren relevanter Gemäldesammlungen sein gewichtiges Wort ein, schaltete die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten ein, um Museen zur Ausleihe von Exponaten zu bewegen, bemühte sich erfolgreich um die „Orangerie“ als

¹⁰¹ Ebenda, Bd. 36, Bl. 25 f., Dittmann an GK Paris, 450-04 II Kult/10733/50, 5. 12. 1950, Durch Kurier; siehe auch ebenda, Bl. 28, Hausenstein an DfAA, Fernschreiben Nr. 6119/80, 16. 12. 1950.

¹⁰² Ebenda, Bd. 36, Bl. 32 ff., Hausenstein an Dittmann, 450 Nr. 1487, 16. 12. 1950. Hausenstein regte deshalb die Übernahme des Patronats durch Adenauer oder Heuss an.

¹⁰³ Ebenda, Bd. 22, Bl. 1–4, Aufzeichnung Salat an Nostitz, 400-03-22 II Kult/2509/51, 6. 4. 1951; siehe auch ebenda, Bd. 9, Bl. 16–19, Hausenstein an Heise, 6. 2. 1951.

¹⁰⁴ Ebenda, Bd. 36, Bl. 67, Hausenstein an DfAA, 450 Nr. 608, 19. 2. 1951.

¹⁰⁵ Vgl. Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 61.

¹⁰⁶ PA, NL Hausenstein, Bd. 36, Bl. 90 f., Hausenstein an Salat, 450 Nr. 1073, 2. 4. 1951.

Ausstellungsort und regte die Schirmherrschaft von Heuss an¹⁰⁷. Nach monatelangen Vorbereitungen konnte dieses auch aus französischer Sicht wichtige Projekt¹⁰⁸ unter dem Titel „Französische Impressionisten und Romantiker in deutschen Museen“ am 19. Oktober 1951 eröffnet werden. War es angesichts des „überreizten Selbstgefühls der Franzosen“ schon bemerkenswert genug, daß Plakate und sonstige Ankündigungen den Aufbewahrungsort der ihnen unbekannten Meisterwerke Monets, Manets, Cezannes und van Goghs nicht verheimlichten, so ließ der überwältigende Zuspruch von insgesamt 158 199 zahlenden Besuchern keinen Zweifel aufkommen, daß das Publikum den Sinn der Exposition verstanden hatte¹⁰⁹.

Wenngleich er es trotz der bedeutenden eigenen Mitwirkung bei der Vorbereitung für besser hielt, „im Hintergrund zu bleiben“¹¹⁰, und neidlos hinnahm, daß François-Poncet Adenauer für die großzügige Unterstützung durch die deutschen Behörden und Museen dankte, war sich Hausenstein natürlich des eigenen Anteils am ganz außerordentlichen Erfolg der Veranstaltung und vor allem der implizit verbesserten Atmosphäre zwischen den beiden Staaten nur zu bewußt¹¹¹. Allerdings gab es keinen Grund zum Überschwang, wie sich bald darauf schon erweisen sollte.

Denn die als Antwort auf diesen ermutigenden Neuanfang im Kulturaustausch vorgesehene Schau „Meisterwerke der französischen Malerei, Von Poussin bis Ingres“ in Deutschland zeigte umgehend, wie dünn das vorhandene Beziehungsgeflecht zwischen den beiden Nachbarn weiterhin war und wie kräftig die möglichen Störungsquellen sprudeln konnten. So versuchten die verantwortlichen Mitarbeiter im Louvre vor dem Hintergrund der erheblich verschlechterten politischen Beziehungen im Jahre 1951 offensichtlich, ihre Prunkstücke zurückzuhalten und somit die „Rosinen aus dem [noch zu backenden] Kuchen herauszupicken“, so daß die deutschen Veranstalter sorgsam darauf achteten, daß ihnen „nicht schließlich doch nur Teig serviert“ wurde¹¹². Darüber hinaus setzten die französischen Stellen die deutschen Museums-

¹⁰⁷ Ebenda, Bd. 9, Bl. 16–19, Hausenstein an Heise, 6. 2. 1951; ebenda, Bl. 21 f., Hausenstein an Heise, 15. 2. 1951; ebenda, Bl. 23 f., Hausenstein an Dr. Eberhard Hanfstaengl (Generaldirektor der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen), 15. 2. 1951; ebenda, Bl. 31 f., Hausenstein an Senator Heinrich Landahl, 4. 4. 1951; ebenda, Bd. 36, Bl. 86, GK Paris an Direction Générale des Affaires Culturelles, 450 Nr. 877, 9. 3. 1951.

¹⁰⁸ Ebenda, Bd. 9, Bl. 29, Chef de la Direction Générale des Relations Culturelles, Service des Echanges Culturels, Erlanger, an Hausenstein, Nr. RC 2 A, 24. 3. 1951, Abschrift; ebenda, Bl. 20, Chef du Service des Relations Artistiques à la Direction Générale des Affaires Culturelles der französischen Hohen Kommission, Eydoux, an Hausenstein, 12. 2. 1951, Copie; ebenda, Bl. 212, Eydoux an Hausenstein, Nr. 4143 Hc/Dc, 23. 10. 1951.

¹⁰⁹ Ebenda, Bd. 40, Bl. 60 ff., Hausenstein an AA, 450 Tgb. Nr. 4018, 24. 10. 1952, Konzept. Als Netto-Gewinn blieben für die Bundesrepublik 44 517,90 DM; ebenda, Bl. 112, Abrechnung der Impressionistenausstellung; ebenda, Bl. 104, Hausenstein an AA, 450 Tgb. Nr. 2588/52 Ang. II, 3. 9. 1952, Reinschrift.

¹¹⁰ Ebenda, Bl. 60 ff., Hausenstein an AA, 450 Tgb. Nr. 4018, 24. 10. 1952, Konzept.

¹¹¹ Vgl. PA, BStS, Bd. 267, François-Poncet an Adenauer, Nr. 334/Hc/CAB/INF, 12. 1. 1952; ebenda, NL Hausenstein, Bd. 40, Bl. 82, Hausenstein an Heise, 450, 1. 12. 1951.

¹¹² Ebenda, Bd. 38, Bl. 62, Hanfstaengl an Hausenstein, 14. 2. 1952.

direktoren mit immer weiteren Ausleihforderungen für andere Vorhaben unter Druck, obwohl jene die Meinung vertraten, sie seien ihren Verpflichtungen durch die Ausstellung in der Orangerie bereits nachgekommen. Hausenstein empfand eine derartige Einstellung zwar verständlich, hielt sie aber aus politischen Gründen für nicht opportun. Angesichts der diffizilen politischen Gesamtsituation wollte er unter keinen Umständen den Eindruck aufkommen lassen, man fordere nach der Erfüllung eigener Verpflichtungen nun von der anderen Seite eine Gegenleistung. Die heikle psychologische Gemengelage verlangte seiner Ansicht nach von den Deutschen weiterhin „eine überlegene Generosität“, da sie am ehesten zum gewünschten Ziel zu führen vermochte¹¹³. Da er sich des französischen Interesses an einer wirklich guten Ausstellung gewiß war, weil man weitere Vorhaben nicht gefährden wollte, befürwortete Hausenstein dann auch eine Verschiebung des für das Frühjahr 1952 geplanten Projektes, um ein hohes Niveau zu gewährleisten¹¹⁴. Erst als die französische Seite ihre Vorstellungen in Quantität und Qualität deutlich anhub und er das Gelingen durch die Einbeziehung einiger Glanzstücke gesichert sah, beendete er sein stets stillles Wirken im Hintergrund und konnte mit Genugtuung den ebenfalls großen Erfolg der in Hamburg und München gezeigten Ausstellung beobachten¹¹⁵.

Hausensteins Philosophie war es bei neuen kulturpolitischen Aktivitäten stets, nur dann befürwortend wirksam zu werden, wenn er die Gewißheit gewonnen hatte, daß sie „sowohl in künstlerischer Hinsicht als auch im Hinblick auf die *allgemeine Atmosphäre* zwischen den beiden Ländern als ein förderndes Element im höchsten Grade zu begrüßen“ seien¹¹⁶. Gewiß, er maßte sich nicht an, mit Kunst „ein unmittelbares Politicum“ bilden zu können, doch war er davon überzeugt, daß eine attraktive Bilderschau das politische Klima zwischen Deutschland und Frankreich außerordentlich günstig beeinflussen könne; wenn aber die Atmosphäre verbessert sei, so seien auch die unmittelbar politischen Angelegenheiten „doch immer etwas leichter zu behandeln“¹¹⁷.

Neben der Durchführung von Kunstaussstellungen schienen ihm dazu vor allem Musikdarbietungen von besonderem Nutzen, denn er ging davon aus, daß der deutsche Einfluß auf das künstlerische Leben Frankreichs im musikalischen Bereich besonders hoch sei¹¹⁸. Schon im Juli 1950 war er deshalb beim Staatssekretär des Bayerischen Kultusministeriums vorstellig geworden, um die Aufführung klassischer wie

¹¹³ Ebenda, Bl. 68 f., Hausenstein an Heise, 450, 22.3. 1952.

¹¹⁴ Ebenda, Bl. 47, Hausenstein an AA, 450 Nr. 284, 6.2. 1952, Konzept; ebenda, Bl. 74, Heise an Hausenstein, 25. 6. 1952; ebenda, Bl. 77, Hausenstein an Heise, 450, 9.7. 1952.

¹¹⁵ Ebenda, Bd. 40, Bl. 115 f., Hausenstein an Heise, 450, 25.7. 1952; siehe auch ebenda, Bd. 38, Bl. 54, GK Paris an Direction Générale des Relations Culturelles, 450, 26.2. [1952].

¹¹⁶ Ebenda, Bd. 39, Bl. 147 f., Hausenstein an Rudolf Esterer (Präsident der Bayerischen Akademie der Schönen Künste), 450, 4.2. 1953.

¹¹⁷ Ebenda, Bd. 41, Bl. 21 f., Hausenstein an Joachim Tiburtius (Senator für Volksbildung Berlin), 8.12. 1953, Par Avion.

¹¹⁸ Ebenda, Bd. 33, Bl. 85, Wilhelm Hausenstein, *Réciprocités Franco-Allemandes*, in: *L'Alliance Internationale des Anciens de la Cité Universitaire de Paris*, Nr. 20 (1956).

moderner Musikstücke von Mozart über Weber bis Richard Strauss und Hugo Wolf anzuregen¹¹⁹. Tatsächlich gastierte dann im November das Stuttgarter Kammerorchester mit triumphalem Erfolg; der Pianist Wilhelm Kempf gab zwei hinreißende Bach-Konzerte, das Oktett der Berliner Philharmoniker spielte Beethoven und wurde mit starkem Beifall bedacht. Im Frühsommer 1951 stellten Konzerte der Berliner Philharmonie unter Furtwängler abermals unter Beweis, daß niveauvolle künstlerische Darbietungen deutscher Ensembles in Paris auf fruchtbaren Boden fielen. Auch die Teilnahme der „Jeunesse Musicale Française“ am Internationalen Musikfest Detmold im Herbst 1951 zeigte, daß die Kulturbeziehungen mehr und mehr in Gang kamen¹²⁰.

Für Hausenstein waren diese künstlerischen Ereignisse nie Selbstzweck, er beurteilte sie immer unter einem politischen Blickwinkel: „Die *allgemeine* Bedeutung solcher Erfolge – also auch über die unmittelbar künstlerische Bedeutung hinaus – kann gar nicht hoch genug angeschlagen werden, zumal bei der neuerdings für das politische Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich wiederum etwas weniger günstigen Pariser Atmosphäre.“¹²¹ Um die politischen Querelen gewissermaßen durch kulturelle Spitzenleistungen „abzufedern“, war er sich auch nicht zu schade, Partituren für die Pariser Oper zu besorgen, bei Carl Orff die Übersetzung von Noten deutscher Volkslieder für die Sängerknaben von St. Eustache zu erbitten oder in Bonn nachdrücklich auf die Unterstützung der von der Französischen Hohen Kommission gewünschten Aufführung der „Carmina Burana“ in Paris hinzuwirken¹²². Großes Engagement brachte der Generalkonsul im Frühjahr 1951 einem Gastspiel der ihm aus Lokalpatriotismus besonders nahe stehenden Münchner Oper entgegen, wobei er nicht nur den kulturellen Genuß für die Pariser Bevölkerung, sondern auch den internationalen Wettbewerb und damit die Reputation der Bundesrepublik auf kulturellem Gebiet im allgemeinen und den des Münchner Hauses im besonderen im Auge hatte. Da nämlich die Wiener Oper mit einem Auftritt nur mäßigen Erfolg erzielt hatte, schien ihm der Augenblick für eine *gute* Aufführung seitens der Münchner besonders günstig, drängte dann gar energisch auf die baldige Realisierung, als er von der ihm offenbar unliebsamen Konkurrenz zweier Mozart-Aufführungen der Kölner Oper und eines Gastspiels des Gürzenich-Orchesters erfuhr¹²³.

¹¹⁹ Vgl. PA, NL Hausenstein, Bd. 48, Bl. 21 ff., Hausenstein an Sattler, 453-04 Nr. 76, 26.7. 1950, Konzept.

¹²⁰ Ebenda, Bl. 28, Hausenstein an DfAA, 453-03 Nr. 952, 3.11. 1950, Konzept; ebenda, Bl. 142, Hausenstein an AA, 453 Tgb. Nr. 4173, 7.11. 1951, Konzept; Hausenstein, Kulturelle Beziehungen, S. 107.

¹²¹ PA, NL Hausenstein, Bd. 48, Bl. 28, Hausenstein an DfAA, 453-03 Nr. 952, 3.11. 1950, Konzept.

¹²² Ebenda, Bd. 8, Bl. 79, Hausenstein an Clemens Graf Podewils (Bayerische Akademie d. Schönen Künste), 8.3. 1951; ebenda, Bl. 80, Hausenstein an Carl Orff, 13.3. 1951; ebenda, Bl. 105, Louis Roche (Observateur français en Bavière) an Hausenstein, 20.3. 1951; ebenda, Bl. 106, Hausenstein an Roche, 27.3. 1951; ebenda, Bd. 9, Bl. 171, Hausenstein an Carl Orff, April 1951.

¹²³ Ebenda, Bd. 8, Bl. 109 f., Hausenstein an Wilhelm Diess (General-Direktor des Bayerischen Staatstheaters), 24.3. 1951; ebenda, Bl. 112, Hausenstein an dens., Express, Par Avion, 5.4. 1951; ebenda, Bl. 139 f., Hausenstein an dens., 4.6. 1951; DLA, NL Hausenstein, 66.3387/2, Hausenstein an Sallat, Vertraulich, April 1951.

Seinen auf profunden Kenntnissen basierenden Einfluß übte Hausenstein indes nicht nur bei der Vermittlung von Tournéeen verschiedener Opernhäuser, sondern auch bei den von ihnen gebotenen Programmen aus. Als er im Sommer 1951 einen Besuch der Württembergischen Staatsoper Stuttgart ins Auge faßte, drängte er den Generalintendanten Walter Erich Schäfer zur Inszenierung eines modernen Stückes, da es „kulturpolitisch unendlich wichtiger“ sei als das bekannte Klassische, das er aus Gründen der Ausgewogenheit freilich nicht gänzlich vernachlässigt sehen wollte¹²⁴.

Wie im Bereich der Malerei achtete Hausenstein auch im musischen Sektor oder auf dem Gebiet des Theaters peinlich genau darauf, Unzulängliches zu vermeiden. Zwar legte er prinzipiell Wert darauf, jeden „Anschein einer amtlich lenkenden Kulturpolitik“¹²⁵ und „jeden betont offiziellen oder gar propagandistischen ‚Betrieb‘“¹²⁶ zu vermeiden. Um das von ihm geforderte hohe Niveau zu gewährleisten, fühlte er sich aber bisweilen genötigt, seinem Motto, private Abmachungen zwischen deutschen Theatern oder Musikern und französischen Agenturen nicht amtlich zu dirigieren, untreu zu werden: „Unsere kulturelle Arbeit in Paris war durch all die Jahre her vom höchsten Anspruch bestimmt und wird unter Darbietungen, die nicht ganz eindeutig die oberste Qualität aufweisen, allmählich zweifellos empfindlich zu leiden haben.“¹²⁷

Diplomatische Vertretung

Eine neue Phase im Wirken Wilhelm Hausensteins als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Frankreich begann mit seiner Ernennung zum Geschäftsträger durch Erlaß des Bundeskanzlers vom 13. Juni 1951 im Zuge der Kleinen Revision des Petersberger Abkommens¹²⁸. Selbst so ausgesprochene Gegner wie Wilhelm

¹²⁴ PA, NL Hausenstein, Bd. 45, Bl. 89 f., Schäfer an Hausenstein, 4. 12. 1951. Nach einer erfolgreichen Tristan-Aufführung dankte Hausenstein Schäfer per Telegramm: „Ihr Gastspiel war mein größter politischer Erfolg“. Zit. nach Walter Erich Schäfer, *Bühne meines Lebens. Erinnerungen*, München 1979, S. 173.

¹²⁵ PA, NL Hausenstein, Bd. 48, Bl. 175 ff., Hausenstein an Hans Ludwig Held (Beauftragter für Kultur der Stadt München), 453, 5. 8. 1952.

¹²⁶ Ebenda, Bd. 21, Bl. 1 f., Kessel an AA, 22. 6. 1951; siehe auch ebenda, Bd. 22, Bl. 1–4, Salat an Notstitz, 400-03-22 II Kult/2509/51, 6. 4. 1951; ebenda, Bd. 44, Bl. 8 f., Hausenstein an AA, 462 Nr. 3385, 5. 9. 1951, Konzept.

¹²⁷ Ebenda, Bd. 46, Bl. 93 f., Hausenstein an AA, 451-00 I 644/54, 24. 2. 1954, Konzept. Zur Förderung des Kulturaustausches gehörte für Hausenstein schließlich auch der Gedanke, verdienten Persönlichkeiten Frankreichs die Mitgliedschaft in wichtigen deutschen Institutionen anzutragen. Ebenso im allgemeinen Interesse der deutsch-französischen Verständigung war für ihn die Einladung französischer *hommes de lettres* nach Deutschland oder deutscher Geistesgrößen nach Paris. Ebenda, Bd. 9, Bl. 161, Hausenstein an Paul Claudel, 12. 4. 1951; ebenda, Bl. 274, Lenz-Medoc an Hausenstein, 22. 2. 1952; ebenda, Bl. 275, Hausenstein an Lenz-Medoc, 23. 2. [52], Reinkonzept.

¹²⁸ Ebenda, Bd. 4, Bl. 155, Notiz [d. AA-Personalabteilung], 7. 2. [1953]; AMAE, All., Bd. 137, Bl. 92, François-Poncet an MAE, Tel. 1738, 16. 3. 1951; ebenda, Bd. 144, Bl. 184, Bérard an MAE, Tel. 3724, 15. 6. 1951.

Haas mußten anerkennen, wie gut es ihm bisher gelungen war, diese vielleicht schwierigste Phase der deutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen zu meistern. Zwar konnte er natürlich keinen der überaus zahlreichen Streitpunkte zwischen beiden Regierungen verhindern, doch immerhin „die Türe leise ... öffnen“¹²⁹. Ihm nahestehende Kollegen wie etwa der deutsche Gesandte in Luxemburg, Josef Jansen, waren weniger sparsam mit ihrem Lob und bekundeten große Genugtuung, daß der Auswärtige Dienst einen Mann solchen Geistes in seinen Reihen habe. „Von mir muß ich sagen, daß mich das ... nicht resignieren läßt.“¹³⁰ Auch Adenauer sprach ihm zu seinem siebzigsten Geburtstag ein Jahr später seine „besondere Anerkennung für die großen Verdienste“ aus, die er sich um die Pflege und Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen erworben habe¹³¹. Daß dies auch jenseits des Rheins so gesehen wurde, stellte Robert Schuman unter Beweis, als er es anläßlich dieses Ehrentages nicht nur aus Höflichkeit für notwendig hielt zu schreiben: „Zu wiederholten Malen habe ich feststellen können, wie Ihre früheren Studien und Ihre Kenntnisse über Frankreich Sie für Ihre diplomatische Mission vorbereitet hatten. Das war die beste Garantie für den vollständigen Erfolg dieser Mission, die sich vor allem zu Beginn als delikat erwies. Dank Ihnen konnten die Beziehungen in der bestmöglichen Weise wieder angeknüpft werden.“¹³²

Wenngleich er sich in diesen Wochen ziemlich überanstrengt fühlte und auch von den Folgen eines Unfalls noch nicht wieder hergestellt war, schöpfte der so Geehrte aus den Elogen Ermutigung und Zuversicht, auch in Zukunft für die deutsch-französische Verständigung wirksam arbeiten zu können¹³³.

Mit der Aufwertung seiner Behörde zur Diplomatischen Vertretung¹³⁴ gewannen die Bundesrepublik ein Stück ihrer Souveränität und Hausenstein Achtung und Anerkennung. Zugleich änderten sich sowohl seine gesellschaftliche Situation als auch Umfang und Art seiner Aufgabenfelder. War der offizielle Verkehr Bonns mit den westlichen Hauptstädten bisher weitgehend über die Alliierte Hohe Kommission gelaufen, intensivierten sich nun Hausensteins Kontakte zum Quai d'Orsay, wiewohl

¹²⁹ PA, NL Hausenstein, Bd. 4, Bl. 62, Haas an Hausenstein, 6. 8. 1951. Dennoch mokierte sich Blankenhorn bei Bérard über Hausenstein, weil er sich zu wenig mit der französischen Politik und internationalen Entwicklungen beschäftigte; vgl. AMAE, All., Bd. 137, Bl. 257, Bérard an MAE, Tel. 53 79/80, 17. 8. 1951, Réservé.

¹³⁰ PA, NL Hausenstein, Bd. 1, Bl. 149, Jansen an Hausenstein, 23. 8. 1952.

¹³¹ DLA, NL Hausenstein, 66.1999/11, Adenauer an Hausenstein, 17. 6. 1952, abgedruckt in: Migge, Hausenstein, S. 150; siehe auch DLA, NL Hausenstein, 66.2048/1, Franz Blücher an Hausenstein, Tel. 496, 18. 6. 1952.

¹³² PA, NL Hausenstein, Bd. 1, Bl. 128, Schuman an Hausenstein, 29. 6. 1952, Copie.

¹³³ Ebenda, Bl. 90, Hausenstein an Christian Wegner, 2. 5. 1952; ebenda, Bl. 129, Hausenstein an Schuman, 8. 7. 1952.

¹³⁴ Dittmann an alle diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen, MBD 104/51, 30. 11. 1951, in: PA, Abt. 3, AZ 210-02/22, Bd. 1. Trotz anglo-amerikanischen Drucks hatte die französische Regierung zunächst die Bezeichnung „Diplomatische Mission“ abgelehnt, weil sie befürchtete, „den Prozeß der Auflösung der Hohen Kommission zu beschleunigen“; AMAE, All., Bd. 144, Bl. 141–144, Sous-direction d'Europe Centrale, Note, 10. 4. 1951.

schwierige politische Aufträge weiterhin meist von Spezialbeauftragten Adenauers durchgeführt wurden. Dennoch waren Ausmaß und Vielschichtigkeit der Dienstgeschäfte fortan in dauernder Zunahme begriffen¹³⁵.

Eine bedeutende Aufgabe der Pariser Mission lag in der Betreuung der ca. 100 000 Personen zählenden deutschen Kolonie in Frankreich. Angesichts der heftigen, nicht zuletzt mit dem Ziel der Anwerbung für die Kasernierte Volkspolizei der DDR¹³⁶ betriebenen Agitation kommunistischer Agenten gegenüber dieser meist arbeitslosen Bevölkerungsgruppe, vornehmlich Arbeitern, die sich hatten anwerben lassen oder der Kriegsgefangenschaft vorzeitig entgehen wollten¹³⁷, wandte sich der zuständige Sozialreferent Harald von Waldheim im Dezember 1950 an den „Leiter der Sektion für Arbeit“ der französischen Hohen Kommission, Schwarz, um auf die Notwendigkeit zur Gründung einer deutsch-französischen „Association de Secours Allemande“ hinzuwirken¹³⁸. Hausenstein unterstützte diese Initiative, weil er in dem Hilfsverein eine Chance sah, die deutschen Arbeitnehmer in Frankreich „materiell und damit moralisch mehr zu festigen“ und ihre Neuvermittlung so zu beschleunigen¹³⁹. Aus diesem Grunde schaltete er sich nicht nur wiederholt in die intensiven und langwierigen Gespräche mit Vertretern des Deutschen Sekretariats der „Force Ouvrière“, der Arbeiterwohlfahrt, dem DGB, kirchlichen Organisationen in Deutschland und Frankreich, den französischen und deutschen Innen- und Arbeitsministerien sowie dem Auswärtigen Amt ein, sondern übernahm schließlich auch die Ehrenpräsidentschaft der am 6. September 1951 gegründeten Organisation¹⁴⁰.

Seit dem 30. April 1951 hatte die Pariser Vertretung auch den Rechtsschutz der in Frankreich internierten Kriegsgefangenen wahrzunehmen. Wie schwer diese bisher dem Internationalen Roten Kreuz obliegende „politische Hypothek“¹⁴¹ lastete, zeigte schon der aufsehenerregende Fall des ehemaligen Generals Heinrich Ramcke, der zur Entrüstung der französischen Öffentlichkeit vom zuständigen Militärgericht am 21. März 1951 wegen seines Alters nur zu Hausarrest verurteilt worden war. Daraufhin warnte die Pariser Vertretung das Auswärtige Amt, daß die „Ausschlachtung des

¹³⁵ Vgl. PA, NL Hausenstein, Bd. 1, Bl. 45, Hausenstein an Haisch, 24.3. 1952.

¹³⁶ Ebenda, Bd. 19, Bl. 1f., Kessel an DfAA, 212-00/Nr. 175, 17.8. 1950, Konzept.

¹³⁷ Laut Erhebung des französischen Innenministeriums lebten Mitte 1950 ca. 100 000 Deutsche in Frankreich, wobei 50 % der deutschen Arbeitskräfte ohne gesichertes Arbeitsverhältnis waren; ebenda, Bl. 63f., Hausenstein an DfAA, 420 Nr. 440, 12.2. 1951; ebenda, Bl. 11, Waldheim an S. Lemke (Hauptausschuß der Arbeiter-Wohlfahrt in Hannover), 27.2. 1951, Konzept.

¹³⁸ Ebenda, Bl. 7f., Waldheim an Schwarz, 29.12. 1950, Konzept; ebenda, Bl. 41 ff., Aufzeichnung Waldheims über die Vorbereitung zur Gründung eines deutsch-französischen Hilfsvereins, 30.1. 1951.

¹³⁹ Ebenda, Bl. 97 ff., Hausenstein an DfAA, 420-03 Nr. 583, 16.2. 1951, Entwurf.

¹⁴⁰ Ebenda, Bl. 148–151, Protokoll der Gründungsversammlung des deutsch-französischen Hilfsvereins vom 6.9. 1951, 8.9. 1951; ebenda, Bl. 49f., Kessel an AA, 420-03/Nr. 1056, 10.4. 1951, Konzept.

¹⁴¹ Ebenda, Bd. 9, Bl. 314, Notiz betr. Rechtsschutz für deutsche Kriegsgefangene, o.D. [3./4. 1951]; vgl. auch ebenda, Bd. 8, Bl. 95, [Hausenstein] an Franz Josef Schöningh (Mitherausgeber der Süddeutschen Zeitung), 14.3. 1951.

Ramckeprozesses für eine anti-französische Kampagne ... die Einstellung zu dem Gesamt-Problem der noch in sehr erheblicher Zahl bevorstehenden Prozesse ... auf französischer Seite nur verhärten“ könne¹⁴². Da das Auswärtige Amt in dieser gerade in Frankreich psychologisch besonders delikaten Frage den Rechtsanwalt Karl Roemer als „Gesandten in besonderer Mission“ zu Verhandlungen mit der französischen Regierung entsandte, konnte Hausenstein seine Einwirkung auf einzelne Vorschläge wie der Einrichtung eines gemischten deutsch-französischen Gerichts zur Beendigung der noch schwebenden Verfahren und insgesamt „stillzäh“ Bemühungen beschränken. Stets bedauerte er, daß auf französischer Seite kein Interesse bestand, die durch die Kriegsgefangenenproblematik gegebene Belastung der politischen Arbeit rascher zu beheben¹⁴³.

Anfragen zur Verwendung für deutsche Kriegsgefangene leitete Hausenstein meist an den zuständigen Sachbearbeiter Dr. Weinhold weiter; bisweilen wandte er sich aber auch persönlich an höchste französische Stellen, wenn sein „weites Herz“ ein solches Eingreifen wie etwa im Falle des früheren Botschafters Abetz als notwendig erkannte¹⁴⁴. Aber selbst dann achtete er behutsam auf die sensible Psychologie der Franzosen. Als Adenauer ihn im Oktober 1951 zur Kranzniederlegung bei der Feier der Umbettung des Gefängnisfarrers der französischen Widerstandskämpfer, Franz Stock, in der Absicht aufforderte, den Boden für neue Verhandlungen über die noch in Frankreich Internierten zu bereiten, lehnte er eine Teilnahme aus Sorge vor einem Zwischenfall ab und entsandte Gebhard von Walther als seine Vertretung¹⁴⁵.

Aus denselben allgemeinen politisch-psychologischen Erwägungen beschränkte Hausenstein die Totengedenkfeier anlässlich des Volkstrauertages im November 1952 auf den Besuch der deutschen Kriegsgräber auf dem Friedhof „Les Gonards“ bei Versailles. Ein Jahr später weitete die Pariser Vertretung das Gedenken dann auf den Besuch zweier Friedhöfe aus und flaggte Halbmast. Mit neugewonnenem Selbstbewußtsein nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge bezog Hausenstein dann 1954 auch den deutschen Soldatenfriedhof Solers bei Melun in das Gedenken mit

¹⁴² Ebenda, Bd. 9, Bl. 111 f., Aufzeichnung [Frank], 27.3. 1951, Anlage zum Bericht 51504 E Nr. 1022 an AA, Ang. 2. Schuman teilte Adenauer persönlich am 31.5. 1951 die bevorstehende Entlassung Ramckes mit der Bitte mit, den Zeitpunkt nicht vorzeitig bekanntzugeben; vgl. PA, BStS, Bd. 267, Schuman an Adenauer, Übersetzung 104-01 I Spr. 4071/51, 31.5. 1951; vgl. auch Lenz-Tagebuch, 3. und 9. 4. 1951, S. 64, 66.

¹⁴³ PA, BStS, Bd. 281, Hausenstein an Hallstein, 1.7. 1953; vgl. auch Lenz-Tagebuch, 5.10. 1951, S. 142 f.

¹⁴⁴ PA, NL Hausenstein, Bd. 4, Bl. 171 ff., Theodor Friedrich an Hausenstein, 24.5. 1954; ebenda, Bl. 88, Freiherr von Lersner (Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermissten-Angehörigen Deutschlands) an Hausenstein, 23.4. 1954; ebenda, Bd. 1, Bl. 243, Hausenstein an Anni Ostertag, 10.1. 1953; Otto Abetz, Das offene Problem. Ein Rückblick auf zwei Jahrzehnte deutscher Frankreichpolitik, Köln 1951.

¹⁴⁵ PA, NL Hausenstein, Bd. 27, Bl. 63 f., Hausenstein an Blankenhorn, 442 Tgb. Nr. 3934, 29.10. 1951. „Ein moralisches und politisches Plus, das aus meiner persönlichen Teilnahme sich hätte ergeben können, wäre zu den Folgen einer unliebsamen Scene ... auf dem Friedhof ... in gar keinem Verhältnis gestanden.“

ein, wobei es noch ein weiteres Jahr dauerte, bis die französischen Kommunalbehörden bereit waren, eine hochrangige Abordnung zu entsenden¹⁴⁶.

An derartige deutsch-französische Kontaktaufnahmen auf hoher Ebene war zu Beginn seiner Amtszeit noch nicht zu denken. Als der Generalkonsul im Frühjahr 1951 den Plan eines offiziellen Besuchs des Bonner Oberbürgermeisters Stockhausen beim *Président du Conseil Municipal* lancierte, ließ der Amtsinhaber Pierre de Gaulle, ein Bruder des Generals, deutlich erkennen, daß er ein solches Treffen noch für „verfrüht“¹⁴⁷ hielt. Vorsichtig verhielt sich die Vertretung in Paris denn auch, als der gaullistische Abgeordnete Marcel Prélôt Paul Frank im November 1951 das Interesse seiner Bewegung an Kontakten zur CDU signalisierte, um der im Ausland „vielfach verbreiteten Meinung ... entgegenzutreten, ... de Gaulle sei ein Faschist“. Frank wollte eine derartige Verbindung zwar nicht von vornherein ausschließen, forderte aber von seiten der Gaullisten Zusagen in der Frage des Schumanplans und eine klare Stellungnahme zum deutschen Verteidigungsbeitrag¹⁴⁸.

Derartige politische Gespräche auf hohem Niveau waren jedoch für die deutsche Mission und Hausenstein offenbar eher die Ausnahme. Sein Metier blieben in erster Linie der Kulturaustausch und die Verbesserung der atmosphärischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Einen wichtigen Part bei der Neugestaltung dieses Verhältnisses hatte seiner Meinung nach die Jugend zu übernehmen. Zwar lief der von ihm finanziell unterstützte Schüler- bzw. Studentenaustausch erst im Frühjahr 1951 an¹⁴⁹. Doch schon etliche Monate zuvor entstand anlässlich eines „Internationalen Kongresses über studentische Wohnverhältnisse“ die Idee zur Errichtung eines Deutschen Hauses in der *Cité Universitaire*, der sich kurz darauf der Rektor der *Cité*, Professor Marchaud, und offenbar auch François-Poncet annahm¹⁵⁰.

¹⁴⁶ Ebenda, Bd. 14, Bl. 8f., Hausenstein an AA, 516-00 Tgb. Nr. 44-90/52, 19. 11. 1952, Konzept; ebenda, Bl. 17f., Hausenstein an AA, 733-00 I Tgb. Nr. 3869/53, 24. 11. 1953, Konzept; ebenda, Bl. 27f., Hausenstein an AA, 733-00 I Tgb. Nr. 4607/54, 16. 11. 1954, Reinkonzept; ebenda, Bl. 48f., Maltzan an AA, zu 733-00 I 4223/55, 17. 11. 1955, Konzept; ebenda, Bl. 70f., Maltzan an AA, Pol 733-00/3878/56, 28. 11. 1956, Konzept.

¹⁴⁷ Ebenda, Bd. 13, Bl. 3, Hausenstein an AA, 752-06 Nr. 1290, 12. 4. 1951; ebenda, Bl. 4, Eugen Feigl an Diplomatische Vertretung Paris, 752-06 IIIb 1046/51, 23. 4. 1951.

¹⁴⁸ Ebenda, Bd. 8, Bl. 175ff., Aufzeichnung Frank, 205 Tgb. Nr. 4343, 19. 11. 1951. Prélôt versicherte, die Gaullisten lehnten den Plevén-Plan ab, weil „eine zusammengewürfelte Europa-Armee keinen Kampfwert besitze“ und der Plevén-Plan nur geschaffen worden sei, „um die Frage der deutschen Aufrüstung auf die lange Bank zu schieben“. Die Gaullisten aber wollten „eine rasche und wirkungsvolle Aufrüstung Europas, selbst wenn das die Schaffung einer deutschen Nationalarmee bedeuten sollte“.

¹⁴⁹ Ebenda, Bd. 22, Bl. 1-4, Aufzeichnung Salat an Nostitz, 400-03-22 II Kult/2509/51, 6. 4. 1951; ebenda, Bd. 27, Bl. 2, Karl Heinrich Frahn an Paris, 400-28 VI 4382/51, 9. 7. 1951.

¹⁵⁰ Ebenda, Bl. 1, Bl. 178ff., Aide-Mémoire Erich Boehrings (Vorstand der Akademischen Burse Göttingen), 6. 3. 1951. Im Spätherbst 1950 beauftragte der Kultusminister Württemberg-Badens, Bäuerle, den Rektor der Universität Tübingen, Professor Erbe, Verhandlungen in Paris aufzunehmen. Gleichzeitig wies das Auswärtige Amt Hausenstein zur Unterstützung an. Schließlich nahm sich ein Ausschuss der Rektoren der Universitäten Tübingen, Frankfurt und Mainz des Auftrags an.

Nach ersten ermutigenden Gesprächen mit Marchaud und dem Präsidenten der „Stiftung Cité Universitaire“, Raoul Dautry, im Dezember 1950 gewann Hausenstein den Eindruck, daß die französische Seite einen Baubeginn Mitte 1951 aus allgemein-politischen Erwägungen begrüßen würde¹⁵¹. Wenngleich er folglich alles in seinen Kräften Stehende tat, um diese Terminplanung einzuhalten, blieb sein großes Engagement aufgrund einer fehlenden Bundeskulturverwaltung weitgehend „in der Luft“. Zwar konnte er Vorschläge nach Bonn schicken, das Auswärtige Amt vermochte diese Empfehlungen aber seinerseits nur an die Landeskulturbehörden weiterzuleiten, auch wenn bei ihm ursprünglich die Federführung der ganzen Angelegenheit liegen sollte¹⁵².

Immerhin gelang es aber bereits im Sommer 1951, die finanzielle Basis durch einen von François-Poncet gewährten Zuschuß von 500 000 DM und die Zusicherung einer Unterstützung durch deutsche industrielle Kreise in gleicher Höhe zu sichern¹⁵³. Doch wurde das Projekt dann von Adenauer im Juni 1951 vor dem Hintergrund seines Protestes über die geplanten Maßnahmen gegen die deutschen Institute in Italien auf Eis gelegt¹⁵⁴. So dauerte es bis zum 10. September 1952, bis in Frankfurt die Gründungsversammlung der Stiftung „Deutsches Haus in der Cité Universitaire in Paris“ stattfinden konnte¹⁵⁵. Ein seit dem Frühjahr 1951 in verschiedenen Zusammensetzungen geplantes Kuratorium nahm seine Arbeit gar erst am 4. Mai 1953 auf¹⁵⁶. Die ursprünglich vorgesehene Einrichtung eines Pariser Arbeitsausschusses wurde dabei verworfen und durch den Plan eines Ehrenkomitees ersetzt, dem auch

¹⁵¹ Ebenda, Bd. 34, Bl. 7f., Hausenstein an DfAA, 433/Nr. 1448, Ang. 1, 13. 12. 1950, Konzept; ebenda, Bl. 5f., Hausenstein an DfAA, 433/Nr. 1351, 6. 12. 1950, Konzept.

¹⁵² Ebenda, Bl. 28, Kessel an Robert Boehringer, 433, 8. 1. 1951.

¹⁵³ Ebenda, Bd. 9, Bl. 213, Erbe an Hausenstein, 23. 10. 1951; ebenda, Bd. 8, Bl. 119f., Hausenstein an Erbe, 2. 4. 1951.

¹⁵⁴ Ebenda, Bd. 34, Bl. 55–58, Aufzeichnung [Salat] über eine Sitzung im Bundesministerium des Innern zum Deutschen Haus, 28. 6. 1951. Entgegen einer Entscheidung der Westmächte wollte die italienische Regierung die Übergabe der wissenschaftlichen deutschen Institute an Deutschland forcieren, wobei allem Anschein nach die französische Regierung Einspruch erhob. Im Dezember 1951 sagte der von der französischen Regierung als Unterhändler eingesetzte Generaldirektor der Nationalbibliothek, Julien Cain, die baldige Übergabe für den Fall zu, daß die Bundesregierung Mitglied der für die Verwaltung der Institute gebildeten internationalen „Unione“ würde, den allgemeinen Zugang zu den Instituten erlaube und der „Unione“ das Recht zur Kontrolle einräume; ebenda, Bd. 29, Bl. 59–63, Aufzeichnung Walter Hummelsheim (Landrat des Kreises Bernkastel, seit 1949 General-Sekretär des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung), o. D. [28. 12. 1951]; ebenda, Bl. 13ff., Gerhard Wolf (Diplomatische Vertretung Rom) an Kessel, 12. 6. 1951; ebenda, Bl. 16f., Kessel an Wolf, 19. 6. 1951, Konzept; AMAE, All., Bd. 145, Bl. 134, Direction Générale Politique, Note, 8. 5. 1952.

¹⁵⁵ Teilnehmer waren die Universitäts-Rektoren Hess (Heidelberg), Isele (Mainz), Erbe (Tübingen), der Vorsitzende des Stifterverbandes der Deutschen Industrie Merton, Ministerialrat Kipp vom Bundesministerium des Inneren und Salat; vgl. PA, NL Hausenstein, Bd. 34, Bl. 101–104, Salat an Hallstein, Aufzeichnung, 431-22 VI/14232/52, 11. 9. 1952, Abschrift.

¹⁵⁶ Teilnehmer waren neben den Mitgliedern der Stiftung noch der Prorektor der TH München Rukker (koopert), Oberregierungsrat Seitzer von der Kultusministerkonferenz, Frau Dr. Tamm vom Deutschen Akademischen Austauschdienst und ein Vertreter des Verbandes der Deutschen Stu-

Hausenstein und François-Poncet angehörten¹⁵⁷. Am 19. Juni 1954 fand die Grundsteinlegung im kleineren Kreise statt, wobei Hausenstein es mit Rücksicht auf das nach wie vor schwierige politische Terrain abgelehnt hatte, dem Festakt durch die Einladung Adenauers einen stärkeren politischen Akzent zu geben, weil er befürchtete, dessen Anwesenheit könne von französischer Seite „als eine Art politischer ‚Überbetonung‘ des Vorgangs mißverstanden werden“¹⁵⁸.

Als „Präsident der Nationalstiftung der Cité Universitaire“ unterstrich François-Poncet in seiner von Pathos erfüllten Festrede die große Freude über den Bau eines deutschen Wohnheims. Da die vom „Geist des Optimismus“ getragene Cité danach strebe, daß die dort lebenden Studenten zu „Trägern ... der Versöhnung und der Eintracht zwischen den Völkern würden“, sei das Gebäude ein Zeichen, daß „Deutschland – es liegt nicht an uns, daß es sich nur um Westdeutschland ... handelt“ – sich nunmehr „in den Dienst des gleichen Ideals stellt“. Die Grundsteinlegung sei aber auch ein glückliches Ereignis für die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten; obwohl durch die Jahrhunderte immer wieder durch „mörderische Kriege“ gespalten, hätten sie niemals aufgehört, aufeinander Anziehungskraft und Einfluß auszuüben; eine „sonderbare Sehnsucht treibt sie an, sich zu vereinigen, während ein fortdauerndes Mißtrauen sie davon zurückhält“; beide Länder müßten diesen Argwohn überwinden und sich „auf das Niveau eines Interesses erheben, das dem einfachen nationalen Interesse übergeordnet ist“. Nur so könne Europa gebaut werden. „Es geht darum, ein neues Haus zu errichten. Jenes, dessen Grundstein wir heute legen, ist sein Symbol.“¹⁵⁹

Hausenstein entwickelte diese Gedanken in seiner kurzen Entgegnung fort und erinnerte nach einem Dank an François-Poncet für sein besonderes Engagement an die „Gegenseitigkeit und Einheit des geistigen Lebens“ der beiden Nachbarn im Mittelalter. Nach Zeiten eines „exaltierten Nationalismus“ sei man nun aufgerufen, „Europa neu zu bauen“. Zu seiner Verwirklichung wolle das Deutsche Haus seinen Teil beitragen¹⁶⁰. Dazu dauerte es indes noch einmal über zwei Jahre, denn erst im Dezember 1956 konnte das Gebäude feierlich seiner Bestimmung übergeben werden¹⁶¹.

dentenschaften; vgl. ebenda, Bd. 9, Bl. 119–123, Aufzeichnung Salat 431-22 VI/09873/53 II, Erste Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Deutsches Haus, 7. 5. 1953.

¹⁵⁷ Ebenda, Bl. 101–104, Aufzeichnung Salat an Hallstein, 431-22 VI/14232/52, 11. 9. 1952, Abschrift; ebenda, Bl. 127, Protokoll der Kuratoriumssitzung der Stiftung Deutsches Haus vom 4. 5. 1953, unterzeichnet von August Rucker, 21. 5. 1953, Abschrift.

¹⁵⁸ Ebenda, Bd. 35, Bl. 4f., Hausenstein an Salat, 21. 8. 1953; ebenda, Bl. 2f., Hausenstein an Rucker, 19. 8. 1953; ebenda, Bl. 6, Hausenstein an AA, 433-01 I Nr. 3047/53, 25. 8. 1953.

¹⁵⁹ Ebenda, Bl. 40–45, Rede François-Poncet bei der Grundsteinlegung des Deutschen Hauses, [19. 6. 1954], Übersetzung.

¹⁶⁰ Ebenda, Bl. 28f., Rede Hausenstein bei der Grundsteinlegung des Deutschen Hauses, [19. 6. 1954].

¹⁶¹ Ebenda, Bd. 24, Bl. 162, Tieschowitz an Gerhard Hess, 14. 12. 1956, u. die Ansprache zur Einweihung von Heinrich von Brentano in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), NL Brentano, Bd. 104.

Ernennung zum Botschafter

Im Sommer 1953 begann für Wilhelm Hausenstein ein letzter neuer Abschnitt seiner Zeit in Paris. Mit Einwilligung der Alliierten Hohen Kommission vom 29. Juni wurde er am 4. Juli 1953 – exakt vier Jahre nach seiner Bestallung zum Generalkonsul – von Heuss zum Botschafter „ad personam“ ernannt. War schon mit dem Umzug in das neue Dienstgebäude 15, Avenue Franklin Roosevelt am 28. März 1953 ein Markstein gesetzt worden¹⁶², so wurde mit dieser Beförderung das Provisorium der ersten Jahre endgültig beendet: Mit der Erhebung des Generalkonsulats in eine „Diplomatische Mission“ und der Verleihung von Rang und Titel der Dienstbezeichnung „Botschafter“ fing der allgemeine Dienstbetrieb an. Natürlich war dies ein Anlaß zur Freude, denn mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen war die Bundesrepublik auf dem Weg zur vollen Selbständigkeit wiederum ein Stück weiter vorangekommen. Und auch Hausenstein selbst mußte es zur Genugtuung gereichen, nun nicht mehr in seinem Wirkungskreis mit aller Verantwortlichkeit, aber ohne die ihm gebührende Würde arbeiten zu müssen. Beeindruckt, ja ergriffen hielt er denn auch die Ernennungsurkunde in seinen Händen und dankte Adenauer mit bewegten Worten für die hohe Auszeichnung: „Sie wissen, daß ich auf jede literarische Arbeit verzichtet habe, um diesem Amte, das gerade in Paris wahrhaftig nicht leicht ist, meine ungeteilte Kraft zuzuwenden. Der Gedanke, daß Sie ... meine Bemühungen anerkennen, gibt mir jeden Tag aufs neue die wohlthätige Ermutigung, in diesen Bemühungen auch nicht im mindesten nachzulassen.“¹⁶³ Gerade der Aspekt des Verzichts auf die ihm ehemals Lebenselixier bietende literarische Tätigkeit schien ihm so wichtig, daß er auch in seinem Dankschreiben an Heuss beteuerte, „alles, was mich mein Leben lang beschäftigt hat, hinter die sehr ernsten Aufgaben meines Pariser Amtes zurückzustellen“¹⁶⁴.

Doch die Freude über den neugewonnenen Status, der sich in den Beziehungen seiner Behörde nach außen hin schon bald günstig auswirkte und ihm auch von französischer Seite jene gesellschaftlichen Ehrungen einbrachte, die dem auf eine neue Basis gestellten Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland angemessen waren¹⁶⁵,

¹⁶² Mit großer Genugtuung registrierte der Quai d'Orsay, „daß die deutschen Dienststellen in Frankreich sich definitiv in den neugekauften Gebäuden einrichten und folglich die Liquidierung der Botschaftsgebäude des Dritten Reiches nicht in Frage stellen“. AMAE, All., Bd. 145, Bl. 161 f., Sous-Direction d'Europe Centrale, Note pour le Service du Protocole, Nr. 627, 10.7. 1952.

¹⁶³ PA, NL Hausenstein, Bd. 10, Bl. 124, Hausenstein an Adenauer, 10.7. 1953.

¹⁶⁴ Ebenda, Bd. 2, Bl. 232, Hausenstein an Heuss, 10.7. 1953. Wie ernst es ihm mit dieser Versicherung war, zeigt die Tatsache, daß er auch sein Amt als Präsident der Bayerischen Akademie der Schönen Künste aufgab; ebenda, Bl. 251, Hausenstein an Heuss, 20.1. 1953, Migge, Hausenstein, S. 139.

¹⁶⁵ Seit Juni 1953 amtierte Hausenstein als aktiver „Membre Bienfaiteur“ der Vereinigung der Freunde der französischen Republik, deren Präsident Bidault war; vgl. ebenda, Bl. 26, Robert Lange (Délégué Général de la Société „Les Amis de la République Française“) an Hausenstein, 12.6. 1953; ebenda, BStS, Bd. 232, Hausenstein an Adenauer, 24.7. 1953, MB 1974/53.

währte nicht lang. Schon bald holten ihn die alten Vorurteile über eine amateurhafte Amtsführung wieder ein. Pressemeldungen verbreiteten, daß er mit den übrigen ohne diplomatische Laufbahn ausgestatteten „politischen Missionschefs“ bald seines Postens enthoben würde. Im September 1953 meldete „Der Spiegel“ als „on dit“ aus Bonn, Hausenstein werde im Rahmen eines baldigen diplomatischen Revirements abberufen. Er sei 1950 nach Paris wegen seiner „Kunstabfälligkeit, seiner Lebenswürdigkeit und seiner Harmlosigkeit“ geschickt worden¹⁶⁶. Die neue Situation, so stand für den kundigen Leser zwischen den Zeilen, erfordere nun wahre Diplomaten.

Tatsächlich hatte Adenauer am 19. Februar 1953 per Erlaß angeordnet, die im deutschen Beamtengesetz § 68 festgelegte Ruhestandsregelung für Bundesbeamte von nun an tatsächlich anzuwenden und grundsätzlich keine Anträge auf Hinausschieben der Altersgrenze von 65 Jahren mehr vorzulegen. Zwar erwähnte der Erlaß nicht die Angestellten, sollte aber allem Anschein nach auch auf diese Dienstgruppe ausgedehnt werden¹⁶⁷. Nachdem das Auswärtige Amt aber auf den enormen Aderlaß hingewiesen hatte, den eine buchstabengetreue Auslegung bedeutete, ließ Hallstein am 2. September 1953 die betroffenen Missionen in Washington, London und eben auch Paris wissen, daß die Meldungen „jeder Grundlage“ entbehrten¹⁶⁸.

Hausenstein konnte sich folglich weiterhin mit vielfältigsten Aktivitäten auf die Förderung des kulturellen Austauschs zwischen Deutschland und Frankreich konzentrieren. Großes Engagement entwickelte der Botschafter bei der Förderung der vom Jesuitenpater Jean du Riveau inspirierten „Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit“. Immer wieder wies er auf die Notwendigkeit hin, sie aufgrund ihrer „in verschiedenen Richtungen . . . für das deutsch-französische Verhältnis sehr heilsame[n] Tätigkeit“ stärker als bisher zu unterstützen. Angesichts der erheblichen Widerstände hielt er es schließlich auch für sinnvoll, Adenauer persönlich in die Angelegenheit einzuschalten, da die Organisation seine schwierige Aufgabe auf manchen Gebieten fühlbar erleichterte und wesentlich dazu beitrug, die Atmosphäre zwischen beiden Völkern zu verbessern.¹⁶⁹

Darüber hinaus regte Hausenstein im Januar 1954 die Neubesetzung des Mainzer Lehrstuhls für Geschichte der deutsch-französischen Kulturbeziehungen an und unterstützte den Bau einer deutsch-französischen Gemeinschaftskirche in Le Mans,

¹⁶⁶ Der Spiegel, Nr. 37 (1953), S. 4.

¹⁶⁷ Vgl. PA, BStS, Bd. 232, Aufzeichnung Pfeiffer an Hallstein, 30.5.1953.

¹⁶⁸ Ebenda, Hallstein an Paris, London, Washington, Tel. 32202, 23302, 43502, 2.9.1953; zu den Revirement-Plänen siehe auch die Tagebucheintragung von Otto Lenz, 30.6.1953, S. 660; AMAE, All., Bd. 146, Bl. 41, Sous-Direction d'Europe Centrale, Bruit du démission du Dr. Hausenstein, 4.3.1953.

¹⁶⁹ PA, NL Hausenstein, Bd. 24, Bl. 21f., Hausenstein an Lenz, 30.12.1952; ebenda, Bd. 5, Bl. 34f., Hausenstein an Globke, 11.11.1953; ebenda, Bl. 49, Globke an Hausenstein, K-7/699/53, 15.12.1953; ebenda, Bl. 131, Hausenstein an Salat, 18.12.1953; ebenda, Bl. 144, Salat an Hausenstein, 400-22 VI/33163/53, 21.12.1953, Durch Kurier; ebenda, Bl. 142f., Hausenstein an Salat, 5.1.1953 [sic!], wohl 5.1.1954.

weil sie seiner Ansicht nach einen besonders wirksamen Beitrag zur Verbesserung des beiderseitigen Verhältnisses darstellte; gerade die katholische Kirche Frankreichs trete „mit großem Nachdruck und Idealismus für eine Annäherung der beiden Nachbarvölker“ ein.¹⁷⁰

Eine der wichtigsten Aufgaben bestand für die Vertretung in Paris nun in der Einbindung der zahlreichen kulturellen Verpflichtungen in ein schriftlich fixiertes Kulturabkommen. Erste inoffizielle Fühlungen zwischen der „Abteilung für kulturelle Angelegenheiten der Hohen Kommission der Französischen Republik“ und dem Kulturreferat im Auswärtigen Amt hatten im Frühjahr 1951 ergeben, daß Schuman einem solchen Vertrag positiv gegenüberstand, sofern das Auswärtige Amt den Wunsch signalisierte, das erste Kulturabkommen der Bundesrepublik „gerade mit Frankreich abzuschließen“.¹⁷¹ Nach mehreren zwar in freundschaftlichem Geist gehaltenen, aber dennoch schwierigen Besprechungen konnte im Juni 1952 eine grundsätzliche Einigung über den Inhalt erzielt werden; die französische Regierung legte einen Vorentwurf vor, wobei beide Seiten sich auf eine möglichst rasche Unterzeichnung verständigten. Im Juli 1953 stimmte die Kulturabteilung der Hohen Kommission dann den nicht zuletzt von der Vertretung in Paris geäußerten deutschen Korrekturvorschlägen weitgehend zu.¹⁷² Schwierigkeiten bereitete von Anfang an sowohl der Wunsch Frankreichs, Französisch als „Pflicht-Wahlfach“ in den deutschen höheren Schulen einzuführen, als auch das von ihm geforderte Recht, über den Sprachunterricht direkt mit den Ländern zu verhandeln. Bonn betrachtete den Abschluß des Kulturabkommens aber als Bundessache und sah angesichts der Nichtexistenz der Einrichtung Pflicht-Wahlfach und der Kulturhoheit bei den Ländern keine Möglichkeit, derartigen Forderungen nachzugeben. So bedurfte es schließlich direkter Verhandlungen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Quai d'Orsay im Oktober 1954. Sie endeten damit, daß dem „bereinigten“ Vertragstext ein Briefwechsel zwischen Adenauer und Ministerpräsident Mendès France beigegeben wurde, der die französischen Interessen ohne bindende Wirkung noch einmal festhielt.¹⁷³

¹⁷⁰ Ebenda, Bd. 27, Bl. 87f., Walther an AA, 442-00 I 3196/53, 30.9. 1953, Konzept; ebenda, Bd. 5, Bl. 45f., François-Poncet an Hausenstein, 14.1. 1954; ebenda, Bl. 47, Hausenstein an François-Poncet, 20.1. 1954.

¹⁷¹ Ebenda, Bd. 9, Bl. 309, Notiz betr. deutsch-französisches Kulturabkommen, o.D. [3./4. 1951]; siehe auch ebenda, Bd. 22, Bl. 1-4, Aufzeichnung Salat für Nostitz, 400-03-22 II Kult/2509/51, 6.4. 1951.

¹⁷² Ebenda, Bd. 24, Bl. 1f., Salat an Paris, 401-01-22 VI/08796/52, 16.6. 1952, nebst Entwurf des Kulturabkommens Bl. 7-12; ebenda, Bl. 19f., Walther an AA, 401 Tgb. Nr. 2181/52, 2.7. 1952, Konzept; ebenda, Bl. 32, Salat an Paris, 401-01-22 VI/11857/53, 27.7. 1953.

¹⁷³ Ebenda, Bl. 44f., Frahne an AA, Tel. 555, Cito, 19.10. 1954; ebenda, Bl. 46ff., Aufzeichnung Frahne an Hallstein, 22.10. 1954, nebst Briefwechsel zwischen Adenauer und Mendès France, 23.10. 1954; ebenda, Bl. 62 u. 65, François-Poncet an Pinay, Tel. 2983/3006, 29.7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, Nr. 67, S. 155-159, hier S. 157.

Entlassung

Die Unterzeichnung des Kulturabkommens vom 23. Oktober 1954 leitete die letzte Phase des Wirkens von Wilhelm Hausenstein in Paris ein. Am 10. November ließ Adenauer ihn betont geschäftsmäßig wissen: „Mit der Unterzeichnung des Pariser Vertragswerkes hat der Aufbau und die Wiederherstellung unserer auswärtigen Beziehungen einen gewissen Abschluß erreicht. ... Ich beabsichtige, auch in der Leitung der deutschen Diplomatischen Vertretung Paris eine Veränderung eintreten zu lassen, die zum 1. Februar 1955 wirksam werden soll.“¹⁷⁴ Wie diese Veränderung aussehen sollte, blieb zunächst „geheim“. Erst zum Jahreswechsel setzte Adenauer François-Poncet davon in Kenntnis, Hausenstein nach der Umwandlung der diplomatischen Vertretung in eine Botschaft durch Vollrath von Maltzan ablösen zu wollen, ein Plan, den der Botschafter seinerseits schon am 26. Oktober 1954 seiner Regierung eröffnet hatte¹⁷⁵.

Hausenstein hatte sich zu Beginn seiner Tätigkeit an der Seine ein zeitliches Limit von drei bis fünf Jahren gesetzt. Im Winter 1954/55 beschlich ihn dann das Gefühl, den Höhepunkt seiner Wirkung erreicht zu haben. Daher schien es ihm an der Zeit, seine Präsenz allmählich zu Ende gehen zu lassen. Als er die Entscheidung traf, das Auswärtige Amt über seine Absichten zu informieren, waren dort die Würfel über ein umfassendes Revirement jedoch bereits gefallen¹⁷⁶. Trotz dieser Koinzidenz wichen die beiderseitigen Vorstellungen über die Frage des Zeitpunktes der Abberufung aber erheblich voneinander ab. Wenngleich sich Hausenstein und Adenauer aus organisatorischen Gründen bald darauf verständigten, daß der Wechsel nicht zum 1. Februar, sondern zum 31. März erfolgen solle¹⁷⁷, hatte er doch gehofft, noch das Beglaubigungsschreiben eines Vollbotschafters überreichen und nach dem 14. Juli ausscheiden zu dürfen¹⁷⁸. Adenauer lehnte diesen Wunsch ab, weil ihm ein derartiges „Hin- und Herschwanken“ für die deutschen Interessen nicht förderlich schien¹⁷⁹. So mußte Hausenstein im April auf telegraphische Anweisung von Hallstein das Agrément für Maltzan einholen und durfte ihn auch nicht mehr bei der französischen Regierung einführen¹⁸⁰. Zwei Tage bevor der neue Botschafter am

¹⁷⁴ DLA, NL Hausenstein, 66.1999/19, Adenauer an Hausenstein, 10. 11. 1954, abgedruckt in: Migge, Hausenstein, S. 154, im Auszug auch in Frank, Hausenstein, S. 152.

¹⁷⁵ PA, NL Hausenstein, Bd. 11, Bl. 34, Löns an [Hausenstein], Tel. 14, 11. 1. 1955, Geheim; AMAE, All., Bd. 142, Bl. 42, François-Poncet an MAE, Tel. 5307/11, 26. 10. 1954, Réservé; ebenda, Bl. 52f., François-Poncet an Mendès France, Nr. 2626, 18. 11. 1954, Confidential.

¹⁷⁶ Vgl. Hausenstein an Breitbach, 9. 1. 1955, abgedruckt in: Sulzer, Nachlaß, S. 145 f.; ähnlich DLA, NL Hausenstein, 66.1847/8, Hausenstein an Heuss, 11. 1. 1955.

¹⁷⁷ Ebenda, 66.1999/21, Adenauer an Hausenstein, 20. 12. 1954; ebenda, 66.1752/13, Hausenstein an Adenauer, 8. 1. 1955, Konzept.

¹⁷⁸ Ebenda, x84.112/11, Hausenstein an Adenauer, 31. 3. 1955; ebenda, 66.1752/16, Hausenstein an Adenauer, 20. 4. 1955; Tagebuch Hausenstein 25. 9. 1955, in: Wilhelm Hausenstein, *Impressionen und Analysen. Letzte Aufzeichnungen*, hrsg. v. W. E. Süskind, München 1969, S. 74 ff., hier S. 75.

¹⁷⁹ DLA, NL Hausenstein, 66.1999/24, Adenauer an Hausenstein, 13. 4. 1955.

¹⁸⁰ Ebenda, 66.1885/1, Hausenstein an Maltzan, 6. 5. 1955.

18. Mai 1955 die Dienstgeschäfte in Paris aufnahm, verabschiedete ihn fast das ganze diplomatische Corps auf der Gare de l'Est. Nach einem kurzen Interim in Tutzing zog Hausenstein Anfang Februar 1956 mit seiner Frau – trotz der „unüberwindbaren“ Lieblosigkeit gegenüber dem ... zugereisten Nichtbayern – nach München¹⁸¹.

Die Art seiner Entlassung erfüllte den Botschafter mit großer Bitterkeit. Sie richtete sich gegen Blankenhorn, vor allem aber und wohl „zu Unrecht“¹⁸² gegen Hallstein, weil der Abberufungserlaß seine Unterschrift trug. Adenauer dagegen sprach er von jeglicher Schuld frei, weil der Kanzler ihn Ende März 1955 gebeten hatte, bei seinen Rücktrittsplanungen kein Datum festzusetzen, und Brentano ihm noch im September versicherte, Adenauer habe ihn nicht verabschieden wollen¹⁸³.

Seine fortan „niedergeschlagen[e]“¹⁸⁴ Verfassung sollte er bis zu seinem Tode nicht mehr überwinden. Vermengt mit einer tiefen Unzufriedenheit über die Politik der Bundesregierung, steigerte sie sich bis zur herbeigesehnten inneren Emigration und dem Wunsch nach einer völligen Isolation mit seiner Frau¹⁸⁵. Selbst die – von französischer Seite bewußt als einzigartig hervorgehobene¹⁸⁶ – Verleihung des „Grand Officier de la Légion d'Honneur“ durch den von ihm trotz seiner Eitelkeit geschätzten François-Poncet¹⁸⁷ am 17. September 1955 bot ihm nur einen neuerlichen Beweis, wie sehr „es auf deutscher Seite an wirklichem, zureichendem Dank gelegentlich des Abschieds gefehlt hat“¹⁸⁸.

Trotz aller Freude über die ihm zuteil werdende hohe Ehre reichte es Hausenstein auch nicht, daß das Land Baden-Württemberg ihm im Januar 1955 den Professorentitel verlieh oder einzelne ihm nahestehende Persönlichkeiten wie etwa Heinrich von Brentano oder Hans-Joachim von Merkatz den Wert seiner Pariser Jahre würdigten¹⁸⁹. Ihn belasteten die weithin kolportierte Fabel über seine persönlichen Unzu-

¹⁸¹ Ebenda, 66.1847/8, Hausenstein an Heuss, 11.1. 1955; siehe auch PA, NL Hausenstein, Bd. 11, Bl. 34, Hallstein an Hausenstein, Tel. 198, 22.4. 1955, Geheim, 110-00/Geh Nr. 70/55; ebenda, Bl. 34, Hausenstein an AA, zu 110-00/Geh Nr. 70/55, Geheim, Konzept, 27.4. 1955; ebenda, Bl. 62, Heuss an Coty, 6.5. 1955, Abschrift; ebenda, Bl. 35, Maltzan an AA, 118-00 Maltzan I 1969, Ang. I, 18.5. 1955, Abschrift; Brück, Schriftsteller, S. 250.

¹⁸² Frank, Botschaft, S. 20; siehe auch Tagebuch Hausenstein, 25.9. 1955, in: Hausenstein, Impressionen, S. 74 ff.

¹⁸³ Tagebuch Hausenstein, 25.9. 1955, in: Ebenda, S. 75. Zu Hausensteins Abschiedstreffen mit Adenauer am 19.9. 1955 vgl. Hausenstein, Erinnerungen, S. 83–90.

¹⁸⁴ Tagebuch Hausenstein, 25.8. 1955, in: Hausenstein, Impressionen, S. 63 ff., hier S. 63.

¹⁸⁵ Vgl. Tagebuch Hausenstein, 21.7. 1955, in: Ebenda, S. 47 f.

¹⁸⁶ So etwa die Äußerung des Generals Ganeval: „Ich glaube nicht, daß es ein Präzedenz in diesem Jahrhundert gibt.“ (DLA, NL Hausenstein, 66.2159, Ganeval an Hausenstein, 11.8. 1955.)

¹⁸⁷ Vgl. Tagebuch Hausenstein, 10.8. 1955, in: Hausenstein, Impressionen, S. 58 f.

¹⁸⁸ Tagebuch Hausenstein, 21.7. 1955, in: Ebenda, S. 48; Eintragung 29.7. 1955, S. 51 f. und 24.9. 1955, S. 72 ff., hier S. 72; DLA, NL Hausenstein, 66.3321, Hausenstein an Maltzan, o.D., Konzept. Zu den Widerständen in der französischen Regierung gegen die Dekoration vgl. ebenda, 66.2603/3, Walther an Hausenstein, 26.7. 1955; Tagebuch Hausenstein, 20.3. 1956, in: Hausenstein, Impressionen, S. 106–110.

¹⁸⁹ Vgl. Tagebuch Hausenstein, 25.9. 1955, in: Ebenda, S. 74 ff.; DLA, NL Hausenstein, 66.2064/3, Brentano an Hausenstein, 19.7. 1955, im Auszug abgedruckt in: Migge, Hausenstein, S. 156 f.

länglichkeiten für den Pariser Posten oder die Tatsache, daß seine Bemühungen immer nur als kulturell oder „menschlich“ galten: „Wenn diese Leute wüßten ... Aber die Franzosen wissen; sie haben das *Politikum* registriert.“¹⁹⁰

Seine zunehmende Verbitterung während seines Ruhestandes bezog sich auch auf die deutsche Außenpolitik. Mit besonderer Vehemenz attackierte er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion, die er als „tragischen Fehler“ ansah¹⁹¹. Abermals machte er seinen „ebenso entschiedenen wie verborgenen Gegner“ Walter Hallstein verantwortlich, dessen „Stimme eines parapolitischen Optimismus“ gegenüber der Sowjetunion ihm „grotesk-naiv“ schien¹⁹². Das Saar-Referendum galt ihm als ein „Triumph aufgeregter Dummheit. Triumph auch eines neuen Nazismus, der sich ‚frei-demokratisch‘ nennt.“¹⁹³ Hausensteins Abneigung richtete sich schließlich auch gegen die Demokratie schlechthin, weil es seiner Meinung nach unmöglich war, „daß jeder sich ‚entscheidet‘ ... menschlich-normal ist die Hierarchie“¹⁹⁴. Mit Hämme verfolgte er die Aktivitäten der Beamten in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes und beklagte sich über das Verhalten des von ihm ansonsten durchaus geschätzten Nachfolgers von Maltzan¹⁹⁵, weil er argwöhnte, daß die Pariser Botschaft allmählich „von der ‚nur‘ kulturellen Präsenz ... zur ‚rein politischen‘“ überwechsle und das von ihm „mühsam aufgebaute Bild eines möglichen deutschen Taktes schon wieder in die Brüche“ ginge¹⁹⁶.

Wie erklärt sich diese resignative, depressiv anmutende Grundstimmung, von der Hausensteins Tagebuch so beredt Zeugnis ablegt? Im Zentrum der Unzufriedenheit Wilhelm Hausensteins lag sicherlich die tiefe Enttäuschung über das Verhalten des Auswärtigen Amtes im Zusammenhang mit seiner Demissionierung. Hinzu traten jahrelange Querelen mit Bonn über seine Mitarbeit an einem bei den Verhandlungen in Celle Saint-Cloud im Oktober 1954 beschlossenen permanenten deutsch-französischen Kulturkomitee, das Vorschläge über die Intensivierung der Kulturbeziehungen ausarbeiten sollte. Als der im Frühjahr 1955 zum Leiter der kulturpolitischen Abtei-

¹⁹⁰ Tagebuch Hausenstein, 25.9.1955, in: Hausenstein, *Impressionen*, S.75.

¹⁹¹ Hausenstein, *Erinnerungen*, S.117; siehe auch ebenda, S.83–90. „Eine sowjetische Botschaft am Rhein wird die präformierte Okkupation sein – bereits ein strategisch-politisches Phänomen. ... Der Norden Afrikas ‚national‘ emanzipiert, zur Vorbereitung der Kommunistisierung; Anbahnung der ‚Volksfront‘ in Italien und in Frankreich (Herrn Mendès-France traue ich täglich, stündlich weniger); dann wird sich die Sowjetisierung der Bundesrepublik ohnehin vereinfachen.“ Tagebuch Hausenstein, 13.11.1955, in: Hausenstein, *Impressionen*, S.87; siehe auch Eintragung 16.12.1955, S.97f. und 22.12.1955, S.98f.; Kroll, *Deutschlands Weg*, S.176ff.

¹⁹² Hausenstein, *Erinnerungen*, S.85.

¹⁹³ Tagebuch Hausenstein, 25.10.1955, in: Hausenstein, *Impressionen*, S.80–83, hier S.83.

¹⁹⁴ Tagebuch Hausenstein, 14.11.1955, in: Ebenda, S.88. Zu diesen äußerst konservativen Zügen im politischen Denken von Hausenstein, die ihn in die Nähe von Repräsentanten der Deutschen Partei rücken, vgl. Kroll, *Deutschlands Weg*, S.178.

¹⁹⁵ Vgl. Tagebuch Hausenstein, 25.9.1955, in: Hausenstein, *Impressionen*, S.74ff.; Eintragung 22.4.1956, S.114 und 28.12.1956, S.164.

¹⁹⁶ Tagebuch Hausenstein, 28.10.1955, in: Ebenda, S.83f. hier S.84; siehe auch Eintragung 20.3.1956, S.106–111; Kroll, *Deutschlands Weg*, S.175f.

lung im Auswärtigen Amt ernannte Heinz Trützschler von Falkenstein ihm im Namen Adenauers die Leitung der deutschen Sektion antrug, leugnete Hausenstein zwar voller Selbstbewußtsein nicht, daß er in den deutsch-französischen Kulturbeziehungen zur Zeit auf deutscher Seite wohl „am besten Bescheid“ wisse, lehnte eine sofortige Entscheidung aber ab¹⁹⁷. Da anfänglich davon die Rede war, ihm werde ein besonderes Büro und à la longue sogar ein *pied-à-terre* in Paris zur Verfügung stehen, versuchte der ehemalige Botschafter zunächst erhebliche finanzielle Forderungen durchzusetzen, reduzierte sie aber nach starken Bedenken des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt. Hallsteins Gegenangebot von DM 8000 hielt er jedoch für völlig inakzeptabel, weil ihm die Behörden mit formaljuristischen Argumenten keine gesicherte, reguläre Pension gewährten und über den von ihm vorgeschlagenen Betrag von DM 12000 noch in einer persönlichen Unterredung mit Brentano am 6. März 1956 Einverständnis bestanden hatte¹⁹⁸. Nachdem Heuss aber mit Wirkung vom 1. Dezember 1955 einen Ehrensold aus seinem Dispositionsfonds in Höhe von DM 500 pro Monat bewilligte – für den das Bundesfinanzministerium ein „Bedürftigkeitszeugnis“ verlangte¹⁹⁹ –, glaubten die Verantwortlichen im Außenministerium, diesen Betrag auf die Jahresvergütung anrechnen zu müssen²⁰⁰. Entrüstet ob dieser bürokratischen Paragraphenreiterei, sah sich Hausenstein erneut als Opfer Hallsteins und schaltete aus Verärgerung gar Heuss ein, obwohl er nur zu gut wußte, daß dessen Eingreifen relativ enge Grenzen gesetzt waren²⁰¹.

Während die französischen Mitglieder des geplanten Ausschusses schon im Dezember 1955 ernannt worden waren²⁰², stritten sich die beteiligten deutschen Behör-

¹⁹⁷ PA, NL Hausenstein, Bd. 24, Bl. 116–119, Hausenstein an Trützschler, 26.4. 1955; ebenda, BStS, Bd. 230, Trützschler-Vortragsnotiz an BStS, 19.7. 1955; ebenda, Trützschler-Vortragsnotiz an Hallstein, Abt. 6 (Kult), Geheim, 14.10. 1955; DLA, NL Hausenstein, 66.1752/11, Hausenstein an Adenauer, 22.11. 1954; François-Poncet an Pinay, Tel. 2983/3006, 29.7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, Nr. 67, S. 155–159, hier S. 157.

¹⁹⁸ Vgl. DLA, NL Hausenstein, 66.1879/4, Hausenstein an Lenz-Medoc, 6.7. 1956, gedruckt in: Sulzer, Nachlaß, S. 148ff., hier S. 149; siehe auch DLA, NL Hausenstein, 66.1775/3, Hausenstein Aide-mémoire betreffend das deutsch-französische Kulturgrremium, 26.9. 1955; ebenda, 66.1775/7, Hausenstein an Brentano, 22.3. 1956; PA, BStS, Bd. 230, Trützschler-Vortragsnotiz an Hallstein, Abt. 6 (Kult), Geheim, 14.10. 1955. Hausenstein hatte seinen Dienst in Paris mit 68 Jahren angetreten, konnte daher nicht mehr Beamter werden und besaß auch keinen Rentenanspruch.

¹⁹⁹ DLA, NL Hausenstein, 66.1775/8, Hausenstein an Brentano, 27.3. 1956; ebenda, Heuss an Hausenstein, 10.4. 1956. Zum unmöglichen Verhalten der Bonner Bürokratie paßte denn auch die Tatsache, daß sie von Hausenstein Rückzahlungen für Glühlampen oder Neujahrsgeschenke an die concierge des Botschaftsgebäudes verlangte; vgl. ebenda, 66.1983/3, Hausenstein an Walther, 30.3. 1957, Konzept.

²⁰⁰ Ebenda, 66.1847, Hausenstein an Heuss, 23.1. 1956, Konzept; ebenda, 66.1902/38, 17.4. 1956, Hausenstein an Hallstein.

²⁰¹ Ebenda, 66.1847/18, Hausenstein an Heuss, 16.4. 1956; ebenda, 66.2217/20, Heuss an Hausenstein, 23.4. 1956.

²⁰² Es handelte sich um André François-Poncet, Jean Sarrailh (Sorbonne-Rektor), Louis Leprince Ringuet (Direktor d. Physikalischen Institute der TH Paris), Jacques Jaujard (Direktor d. französischen Kunstverwaltung), Jacques de Bourbon-Busset (Leiter der Kulturabteilung im Quai d'Orsay,

den aufgrund ungeklärter Kompetenzfragen zwischen Bund und Ländern monatelang um die Verteilung der von ihnen zu besetzenden Stellen²⁰³. Um nicht als „Feigenblatt für gewisse Unergiefigkeiten“ des Auswärtigen Amtes zu dienen²⁰⁴, zog Hausenstein im April 1956 seine Zusage zur Mitarbeit aus Enttäuschung über die unüberbrückbaren Hindernisse, aber auch aus Sehnsucht nach der *vita contemplativa* zurück und begann wieder mit publizistischen Arbeiten²⁰⁵. Damit stieß er jedoch auf den Widerstand des Kanzlers, der sich im Juli 1956 in die Angelegenheit einschaltete und ihn zur baldigen Übernahme des Präsidiums des deutsch-französischen Kulturpremiums aufforderte²⁰⁶. Hausenstein hielt das Ersuchen aber für „etwas fehl im Tone – so, als ob Adenauer etwas von mir ganz einfach *erwarten* könne“, und lehnte es mit markigen Worten ab²⁰⁷. Adenauer gab jedoch keine Ruhe, schickte ihm Mitte August eine durchaus verbindliche vorläufige Antwort²⁰⁸ und bat ihn im Oktober um ein Treffen. Für Hausenstein war klar, daß diese Hartnäckigkeit nicht zuletzt wahltaktische Gründe hatte, da seine ungeklärte Altersversorgung mittlerweile von der SPD zur Wahlkampfparole und zu parlamentarischen Anfragen gegen den Regierungschef gemacht worden war²⁰⁹. Folglich hielt er seine Position für stark genug, um in dem am 29. Oktober 1956 stattfindenden Rendez-vous als Vorleistung eine befriedigende Pension zu verlangen, woraufhin Adenauer zwar die prekäre persönliche Lage des Botschafters beklagte, aber in der Sache nur einen weiteren Brief zusagte²¹⁰.

nach seinem Ausscheiden aus dem Amt durch seinen Nachfolger Roger Seydoux ersetzt), Lucien Paye (Direktor d. Abteilung Universitäten und ihre Auslandsbeziehungen im Erziehungsministerium); PA, NL Hausenstein, Bd. 24, Bl. 135, MAE an Deutsche Botschaft, Verbalnote, [20. 1. 1956].

²⁰³ Vgl. PA, BStS, Bd. 230, Trützschler-Vortragnotiz an Hallstein, Abt. 6 (Kult), Geheim, 14. 10. 1955.

²⁰⁴ DLA, NL Hausenstein, 66.1879/4, Hausenstein an Lenz-Medoc, 6. 7. 1956, gedruckt in: Sulzer, Nachlaß, S. 149; siehe auch PA, BStS, Bd. 230, Trützschler-Vortragnotiz an Hallstein, Abt. 6 (Kult), Geheim, 14. 10. 1955.

²⁰⁵ Vgl. Tagebuch Hausenstein, 28. 4. 1956, in: Hausenstein, Impressionen, S. 114 f.; Eintragung 20. 3. 1956, S. 106–110; Sulzer, Nachlaß, S. 23 f. Bestärkt wurde Hausenstein in diesem Entschluß noch durch die persönliche Enttäuschung, die Brentano ihm durch die Rücknahme früher gemachter Zusagen bereitete. Sie rührte auch aus der Tatsache, daß er sich 1950 entschieden für die Ernennung Franz von Brentanos zum Konsul von Lille eingesetzt hatte. Tagebuch Hausenstein, 12. 5. 1956, in: Hausenstein, Impressionen, S. 118; siehe auch Eintragung 24. 9. 1955, S. 73 und 31. 3. 1957, S. 204; DLA, NL Hausenstein, 66.2064/7, Heinrich v. Brentano an Hausenstein, 18. 2. 1956; PA, NL Hausenstein, Bd. 1, Bl. 54 f., Hausenstein an Franz v. Brentano, 24. 3. 1952; ebenda, Bl. 72, Franz v. Brentano an Hausenstein, 7. 4. 1952; ebenda, Bl. 73, Hausenstein an Frank, 13. 4. 1952; ebenda, Bd. 7, Bl. 146, Hausenstein an Kessel, 22. 8. 1950; ebenda, Bl. 147, Vermerk von Kessel, 28. 8. 1950; ebenda, Bl. 149, Hausenstein an Haas, 2. 9. 1950, Konzept.

²⁰⁶ Vgl. DLA, NL Hausenstein, 66.1999/29, Adenauer an Hausenstein, 10. 7. 1956.

²⁰⁷ „Er wird dergleichen Briefe in seinem Leben als Kanzler wenig erhalten haben.“ Tagebuch Hausenstein, 23. 7. 1956, in: Hausenstein, Impressionen, S. 123 f., hier S. 124; vgl. das Schreiben in: DLA, NL Hausenstein, 66.1752/18, Hausenstein an Adenauer, 23. 7. 1956.

²⁰⁸ Ebenda, 66.1999/30, Adenauer an Hausenstein, 25. 7. 1956; Tagebuch Hausenstein, 15. 8. 1956, in: Hausenstein, Impressionen, S. 128–131, hier S. 131.

²⁰⁹ Vgl. Tagebuch Hausenstein, 12. 10. 1956, in: Ebenda, S. 145 f.

²¹⁰ Vgl. DLA, NL Hausenstein, 66.1847/25, Hausenstein an Heuss, 30. 10. 1956; Tagebuch Hausenstein, 1. 11. 1956, in: Hausenstein, Impressionen, S. 146–149, hier S. 148.

Als der gemeinsame Ausschuß dann endlich am 25. und 26. März 1957 zusammentrat, nahm Hausenstein an der Sitzung nicht teil²¹¹; zwei Vorkommnisse hatten ihn in der Zwischenzeit einen Schlußstrich ziehen lassen. Zum einen sah er Mitte November seine „objektive Würde“ durch eine völlig stilllose Einladung zur Eröffnung des ihm so wichtigen Deutschen Hauses in der Cité universitaire derart verletzt, daß er sie umgehend absagte²¹². Zum anderen erhielt er Mitte November den versprochenen Brief Adenauers, der freilich in der Sprache wie der Substanz zu „karg“ und „kahl“²¹³ war, als daß er ihn noch hätte umstimmen können. Adenauer bedauerte zwar den Umgang des Auswärtigen Amtes mit dem ehemaligen Botschafter, ließ aber keinerlei Bereitschaft erkennen, sich für ihn einzusetzen²¹⁴.

Hatte Hausenstein tatsächlich mehr von seinem ehemaligen Dienstherrn erwartet? Obwohl das persönliche Engagement des Kanzlers 1950 keine unwesentliche Rolle bei der Entscheidung zur Besetzung des Pariser Postens gespielt haben mag, blieben sie sich doch trotz der wiederholten kleinen Aufmerksamkeiten²¹⁵ durch Hausenstein fremd. Obschon Adenauer die Ernennung noch in seinen Memoiren als richtig hinstellte und ihm beim Abschied schrieb, „daß ich niemanden kenne, der diese schwere Aufgabe, die Fäden mit Frankreich wieder anzuknüpfen, in so ausgezeichnete Weise gelöst hat, wie Sie“²¹⁶, vermochte er dessen Verdienste offenbar kaum richtig einzuschätzen. Wenngleich Hausenstein sein Kanzler-Bild bisweilen überhöhte und sich nicht eingestand, daß seine Abberufung eine Entscheidung Adenauers war, übersah er, trotz aller Ergebenheit doch nicht dessen charakterliche Schattensei-

²¹¹ Aus der Ferne registrierte der ehemalige Botschafter, daß die Teilnehmer sich auf die Errichtung eines deutschen Kulturinstituts und die Gründung einer deutschen Schule in Paris einigten, wobei die deutsche Seite im Gegenzug in der lange umstrittenen Fremdsprachenfrage akzeptierte, daß Schüler auf Wunsch vom Unterricht des Französischen als zweiter obligatorischer Sprache befreit werden; vgl. PA, NL Hausenstein, Bd. 24, Bl. 210, Artikel von François-Poncet „Climat Nouveau“, in: *Figaro*, 30.3. 1957; siehe auch ebenda, Bl. 178f., Maltzan an AA, Tel. 114, 14.2. 1957; ebenda, Bl. 133f., Tieschowitz an Generalkonsulat Marseille, Ku 401-00/1, 18.12. 1956, Konzept; ebenda, Bl. 162, Maltzan an Heß, 2.1. 1957, Reinkonzept; ebenda, Bl. 165, Maltzan an AA, Tel. 839, 23.11. 1956; ebenda, BStS, Bd. 230, Trützschler-Vortragsnotiz an BStS, 6/1016/57 Vort. Not. 24.1. 1957; ebenda, Bl. 178f., Maltzan an AA, Tel. 114, 14.2. 1957.

²¹² Tagebuch Hausenstein, 23.11. 1956, in: Hausenstein, *Impressionen*, S. 154f., hier S. 155; siehe auch DLA, NL Hausenstein, 66.2309/12, Maltzan an Hausenstein, 15.11. 1956; ebenda, 66.1885/8, Hausenstein an Maltzan, 17.11. 1956, Konzept.

²¹³ Tagebuch Hausenstein, 28.11. 1956, in: Hausenstein, *Impressionen*, S. 155f.

²¹⁴ DLA, NL Hausenstein, x84/113/16, Adenauer an Hausenstein, 10.11. 1956.

²¹⁵ Siehe die zahlreichen Dankesschreiben im DLA, NL Hausenstein und PA, NL Hausenstein, Bd. 2, Bl. 31, Hausenstein an Georg Adenauer, 15.4. 1953; ebenda, Bl. 3, Kilb an Hausenstein, 22.5. 1953; ebenda, Bd. 1, Bl. 54f., Hausenstein an Franz v. Brentano, 24.3. 1952; ebenda, Bl. 73, Hausenstein an Frank, 13.4. 1952; Adenauer an Margot Hausenstein, 26.5. 1951, in: Adenauer-Briefe 1951–1953, S. 61; Adenauer an Hausenstein, 7.1. 1952, in: Ebenda, S. 160; Adenauer an Hausenstein, 8.1. 1953, in: Ebenda, S. 315; Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 69–119; Brück, *Schriftsteller*, S. 264–275.

²¹⁶ DLA, NL Hausenstein, 66.1999/25, Adenauer an Hausenstein, 28.5. 1955; siehe auch ebenda, 66.1999/27, Adenauer an Hausenstein, 23.11. 1955.

ten: Hausenstein fühlte sich durch den Brief in der schon vorhandenen Überzeugung bestätigt, daß der offenbar zu „keine[r] unmittelbare[n] menschliche[n] Reaktion“ mehr fähige und nur noch von dem Wunsch nach „sachlichem Vollzug der Geschäfte“²¹⁷ geprägte Staatsmann „zwar ein *Herr* ist, aber *nicht* ... ein *Gentleman*“²¹⁸. Da sich Adenauer weigerte, in die Frage der Pension einzugreifen, zieht er ihn einer „gewisse[n] Perfidie“ und des „Anschein[s] schnöden Undanks“²¹⁹. Die Botschaft bildete so einen „Schlußstein“, nicht nur in der Frage des Kulturpremiens, sondern auch in seinem Verhältnis zu seinem früheren Chef²²⁰.

Offenbarte sich hier nicht über die verschiedenen Naturen zwischen dem badi-schen *homme de lettres* und dem rheinischen *homo politicus* hinaus jenes fundamentale Spannungsverhältnis zwischen Geist und Macht, das wenige Jahre später auch das Verhältnis Adenauers zu Heuss erheblich belasten sollte?

Hausensteins Mißstimmung an seinem Lebensabend erklärt sich mithin vor allem aus seiner Enttäuschung über die Undankbarkeit Bonns. Er, der sich aus Pflichtbewußtsein im hohen Alter zur Übernahme des schwierigen Amtes durchgerungen und aus dem gleichen Pflichtbewußtsein sogar die Publizistik schweren Herzens aufgegeben hatte, blieb während seiner Zeit als Generalkonsul, Diplomatischer Vertreter und Botschafter der Bundesrepublik Deutschland ohne einen Anstellungsvertrag, konnte jederzeit sechs Wochen zum Quartalsende von seinem Posten abberufen werden²²¹. Trotz des schließlich von Heuss gewährten Ehrensoldes bis zu seinem Lebensende von der Sorge um den Lebensunterhalt gezeichnet²²², starb Wilhelm Hausenstein am 3. Juni 1957 und wurde auf dem Friedhof von St. Georg München-Bogenhausen beigesetzt.

²¹⁷ Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 88.

²¹⁸ Tagebuch Hausenstein, 28. 11. 1956, in: Hausenstein, *Impressionen*, S. 155.

²¹⁹ Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 75.

²²⁰ Tagebuch Hausenstein, 28. 11. 1956, in: Hausenstein, *Impressionen*, S. 155 f. Das von Hausenstein in den Vordergrund geschobene Argument, Bonns mangelndes Engagement in der Kulturpolitik habe den Ausschlag für die Ablehnung des Präsidentenstuhls der deutschen Sektion gegeben, erscheint wenig glaubwürdig. Tatsächlich zeichnete neben seiner Abneigung, mit Hallstein noch zusammenzuarbeiten, die Entrüstung über das Verhalten der Regierung ihm gegenüber seit seiner Entlassung für diesen Schritt verantwortlich. Vgl. DLA, NL Hausenstein, 66.1813/4, Hausenstein an Frank, 16. 11. 1956. Dagegen Kroll, *Deutschlands Weg*, S. 176.

²²¹ Vgl. PA, BStS, Bd. 232, Pfeiffer-Aufzeichnung an Hallstein, 30. 5. 1953.

²²² Zwar erhöhte Heuss den Ehrensold mit Wirkung vom 1. 11. 1956 auf DM 1000, mußte Hausenstein aber zum Stillschweigen verpflichten, weil die Verdoppelung keinen Präzedenzfall schaffen durfte. Da diese Zahlungen auf Widerruf und *ad personam* gezahlt wurden, bat Hausenstein später Heuss darum, seinem Nachfolger im Amt des Bundespräsidenten die Fortsetzung der Zahlungen nahelegen und auch im Todesfall die Altersversorgung seiner Frau abzusichern; vgl. DLA, NL Hausenstein, 66.2217/26, Heuss an Hausenstein, 13. 12. 1956; ebenda, 66.1847/27, Hausenstein an Heuss, 28. 12. 1956; siehe auch Tagebuch Hausenstein, 28. 12. 1956, in: Hausenstein, *Impressionen*, S. 164; Sulzer, *Nachlaß*, S. 23.

Bewertung

Die Pariser Jahre Wilhelm Hausensteins – dies mögen die vornehmlich auf seinem umfangreichen Nachlaß, seinen persönlichen Aufzeichnungen und einschlägigen Dossiers des Quai d'Orsay beruhenden Ausführungen gezeigt haben – vermitteln ein überaus anschauliches Bild von den heute längst vergessenen Schwierigkeiten des Neubeginns deutscher Diplomatie nach dem Zweiten Weltkrieg. Zugleich bieten sie ein lebendiges Panorama der vielfältigen Hindernisse bei der Wiederaufnahme der deutsch-französischen Beziehungen. Hartnäckige Widerstände im eigenen Lager, objektiv vorhandene Anfangsprobleme und die am Dienort vorwaltende Erinnerung an die soeben erst überwundene Katastrophe ließen Hausenstein eine gewisse Handlungsfreiheit in Frankreich nur mühsam gewinnen. Sein Kalkül war es, über eine wachsende Bereitschaft für die Aufnahme von Leistungen deutscher Kultur auch den Boden für die politische Verständigung zu bereiten. Theateraufführungen, Opernabende, Dichterlesungen, Kunstausstellungen und die Anfänge des Schüler- und Studentenaustausches dienten ihm als Katalysator, um das durch die Greuelthaten der Nationalsozialisten verdorbene Bild der Deutschen in Frankreich allmählich zu revidieren und den abgebrochenen Kontakt zwischen beiden Völkern wieder anzubahnen. Detaillierte Lageberichte oder präzise politische Analysen – dies kann nach den bisherigen Forschungen gesagt werden – waren kaum Hausensteins Sache²²³, wurden statt dessen von einem tüchtigen Team um Paul Frank und Gebhard von Walther erledigt. Jahrelang bestand die genuin politische Berichterstattung des deutschen Vertreters in Paris, seinem Status entsprechend, im wesentlichen in der Darstellung der von „Marasmus“ und „Lethargie“ geprägten innenpolitischen Situation in Frankreich²²⁴, während die seiner Meinung nach „weitgehend von Prestige-Erwägungen und überhohen Großmachtträumen“ bestimmte französische Außenpolitik nur selten Gegenstand seiner Rapporte war²²⁵.

Über die zentralen Problemfelder der deutsch-französischen Beziehungen bezog das Auswärtige Amt seine Informationen mithin aus anderen Quellen. Über den Plan des französischen Außenministers Schuman zur Gründung einer supranationalen Montanunion informierte nicht etwa Hausenstein, sondern die deutsche Delegation der Konferenz über den Schuman-Plan, allen voran Staatssekretär Hallstein. Ähnlich verhielt es sich mit den Verhandlungen über die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

Erst nach der Unterzeichnung des EVG-Vertrages im Mai 1952 befaßte sich die deutsche Mission verstärkt mit dem Vertragswerk und analysierte wiederholt vor dem Hintergrund der sich wandelnden Machtverhältnisse an der Seine die Realisierungschancen dieser in der Sicht Hausensteins „objektiv beste[n] Form, einem etwa

²²³ Siehe Baring, Anfang, S. 66.

²²⁴ PA, NL Hausenstein, Bd. 5, Bl. 36–39, Hausenstein an Adenauer, 12.1. 1953.

²²⁵ PA, Referat 204, Bd. 12, Hausenstein an AA, Nr. 205-00 I Nr. 1208/55, 18.3. 1955.

gefährlichen Auftritt neuer deutscher Streitkräfte a limine vorzubeugen²²⁶. Wenn gleich die Mission stets skeptisch blieb, ob die Nationalversammlung das Abkommen wirklich ratifizieren werde, durchzog die Berichte bis in den Sommer 1954 hinein doch auch die Hoffnung, Frankreich werde sich seiner großen Verantwortung nicht entziehen²²⁷. So mutet Hausenstein, die eigene Weitsicht betonende nachträgliche Feststellung, Bonn sei durch die Ablehnung der EVG durch das französische Parlament „überrascht, ja befremdet [gewesen]. Unsere Mission war es nicht“²²⁸, ein wenig überheblich an. Ob Adenauer – wie er vorgibt – tatsächlich seine Warnungen „nicht wahrhaben wollte, durch diese Berichte vielmehr verärgert wurde – wahrscheinlich nicht ohne Zutun des primitiven Optimismus, zu dem Herr Hallstein ... neigen mochte“²²⁹, kann hier nicht geklärt werden. Fest steht indes, daß der Bundeskanzler – wiewohl eindeutig auf die EVG setzend – Alternativplanungen keineswegs außer acht ließ²³⁰.

Als das Projekt dann tatsächlich an der Haltung der Assemblée Nationale scheiterte, war für Hausenstein der Schuldige schnell gefunden: Mendès France. Denn der französische Regierungschef hatte – die Tragweite des Scheiterns der EVG nicht in vollem Umfang ermessend²³¹ – eine „Schicksalsstunde ...“, in der sich das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland auf eine besonders intensive Weise für beide Teile hätte zum Guten wenden lassen²³², nicht genutzt.

Von einer ähnlichen Bedeutung für das deutsch-französische Verhältnis wie die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft schien Hausenstein die Kooperation beider Staaten in Nordafrika. Nach einer mehrwöchigen Studienfahrt nach Marokko hob er in einem Reisebericht vom 19. Mai 1954 hervor, es sei ein abendländisches Interesse hohen Ranges, daß Europa die französische Position in Nordafrika festige, weil diese Region eines Tages „ein entscheidendes Glacis Europas gegen den sowjetischen Einflußbereich im Osten“ sein werde²³³. In diesem Sinne müsse auch die Bundesrepublik eine „in vernünftigen Stil auf Wahrung französischer Autorität in Nordafrika gerichtete Politik“ betreiben²³⁴.

Gegen verbreitete Vorstellungen wagte er daher auch die These, ob die dort eingesetzten deutschen Fremdenlegionäre „über die verwerfliche Verwendung als natio-

²²⁶ Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 131.

²²⁷ Vgl. PA, Abt. 2, Bd. 987, Walther an AA, Nr. 221-20/Nr. 1239, 18.6. 1952; ebenda, BStS, Bd. 267, Aufzeichnung Hausenstein, Nr. StS 721, 29.1. 1953; ebenda, Abt. 3, AZ 232-00, Bd. 9, Aufzeichnung der Botschaft Paris, Nr. 215.232-10/22/1345/54, 2.7. 1954.

²²⁸ Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 137.

²²⁹ Ebenda, S. 108.

²³⁰ Vgl. PA, Abt. 3, AZ 232-00, Bd. 8, Ertzdorf, Walther an AA, Tel. 189, 22.4. 1954; ebenda, Abt. 2, Bd. 1251, Aufzeichnung Blank, Nr. L 94/54, 7.7. 1954, Streng geheim; BAK, NL Blankenhorn, Bd. 32 a, Bl. 76-88, Grewe an Staatssekretär, Aufzeichnung, 25.8. 1954, Geheim.

²³¹ Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 130.

²³² Ebenda, S. 132.

²³³ PA, Abt. 2, Bd. 283, Bl. 428-447, Aufzeichnung Hausenstein, o.D., hier Bl. 447. Hausenstein übersandte die Aufzeichnung am 19. Mai an das AA; siehe auch Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 108.

²³⁴ Ebenda, S. 135.

nal-französische Hilfstruppen hinauswachsend, *objektiv* allmählich nicht schon eine Art europäischer Funktion auszuüben beginnen²³⁵.

Eine Antwort des Auswärtigen Amtes auf diese Anregungen Hausensteins ist nicht bekannt; es scheint, als ob die Zentrale die Ratschläge ihres Vertreters in dieser überaus heiklen Frage lieber überhörte; ja es drängt sich insgesamt der Eindruck auf, daß das Auswärtige Amt ihn immer wieder links liegen ließ, sei es, weil der skeptische Ton seiner Berichte am Rhein mißfiel, sei es, weil in Bonn „ein gewisses administratives Mißtrauen“ gegen seine Eignung für Verhandlungen bestand²³⁶.

Auch in der die deutsch-französischen Beziehungen jahrelang belastenden Saarfrage liefen die Kontakte zwischen Bonn und Paris weitgehend an der deutschen Vertretung vorbei. Wenngleich Hausenstein davon überzeugt war, er hätte der Entwicklung dieses Problems doch „einige erleichternde Dienste“ leisten können²³⁷, und obwohl er die Saarpolitik des Kanzlers entschieden befürwortete²³⁸, setzte die Zentrale ihren Repräsentanten vor Ort nur ein einziges Mal zur Durchsetzung eigener saarpolitischer Ziele ein: Nachdem der Quai d'Orsay am 4. März 1955 in einer offiziellen Erklärung Äußerungen Adenauers während der am Vortag stattgefundenen Bundestagsdebatte scharf kritisiert hatte²³⁹, erhielt der Botschafter die ihn „peinlich“²⁴⁰ berührende Order, gegenüber Außenminister Pinay klarzustellen, daß die in dem Kommuniqué geäußerte Interpretation „weder Wortlaut noch dem Geist“ des deutsch-französischen Saarvertrages vom Oktober 1954 entspreche²⁴¹. Hausenstein wurde deshalb am 5. März im Quai d'Orsay vorstellig und protestierte in Abwesenheit Pinays bei Generalsekretär Massigli, der sich freilich den deutschen Argumenten völlig verschloß²⁴².

Obwohl Adenauer in derart hochpolitischen Fragen also offenbar keinen Wert auf die Dienste seines Vertreters in Paris legte, bleibt dessen Entsendung wahrlich eine „kluge Wahl“²⁴³. Hausenstein sollte den großen Bogen schlagen zu jener Vergangenheit, in der Frankreich noch nicht als „Erbfeind“ galt. Diese schwierige Aufgabe löste er in einer Weise, wie es unter den damaligen Umständen kaum ein anderer gekonnt hätte. Er verstand es, mit seinem glaubwürdigen, von „sittliche[m]

²³⁵ PA, Abt. 2, Bd. 283, Bl. 428–447, Aufzeichnung Hausenstein, o.D.

²³⁶ Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 137.

²³⁷ Ebenda, S. 147.

²³⁸ Ebenda, S. 149.

²³⁹ Außenminister Pinay an diplomatische Vertretungen London und Washington, Tel. 3223/26, 31.44/46, 4.3. 1955, *Priorité absolue, Réserve*, in: DDE, 1955, Bd. 1, S. 286 f.; Text des Kommuniqués in: Ebenda, S. 287, Anm. 1, und in: Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 143 f.

²⁴⁰ Zit. nach: Jean du Riveau, *Erinnerungen an Wilhelm Hausenstein*, in: *Dokumente* 13 (1957), S. 329 ff., hier S. 330.

²⁴¹ PA, B 17, Bd. 137, Bl. 243 f., Blankenhorn an Hausenstein, Tel. [103], 5.3. 1955.

²⁴² Ebenda, Bl. 245, Hausenstein an AA, Tel. 156, 6.3. 1955, *Geheim*; Hausenstein, *Erinnerungen*, S. 143 ff.; BAK, NL Blankenhorn, Bd. 43, Bl. 111 ff., *Tagebuch* vom 7.3. 1955.

²⁴³ Horst Möller, Theodor Heuss, Staatsmann und Schriftsteller, Bonn 1990, S. 50; siehe auch Baring, *Anfang*, S. 310; Alfred Grosser, *Deutschlandbilanz: Geschichte Deutschlands seit 1945*, München 1980, S. 468.

Ernst²⁴⁴ getragenen nie erlahmenden Einsatz für die Aussöhnung der beiden Nationen Ressentiments zu beschwichtigen und eine auf die Zukunft gerichtete günstige Atmosphäre zu schaffen. Leise und behutsam öffnete er mit seiner vollendeten Höflichkeit, pedantischen Gewissenhaftigkeit und Pflichtauffassung²⁴⁵ die Portale der noch verschlossenen Pariser Salons und bewährte sich so als ein bedeutender Schrittmacher und einer der wichtigsten Brückenbauer der deutsch-französischen Aussöhnung. Viele seiner Zeitgenossen haben diese tiefere Bedeutung der Berufung nicht begriffen, da sie sich von der Überzeugung blenden ließen, Hausenstein werde für die Franzosen kaum ein politischer Gesprächspartner sein.

Tatsächlich waren bei seinem Abschied aus Paris nicht wenige Fäden neu angeknüpft, ein bestimmtes Klima der gegenseitigen Achtung zumindest vorbereitet: „Wir glauben, ein gewisses moralisches Kapital zu hinterlassen, das der künftigen Entwicklung des Verhältnisses zwischen den beiden Nachbarn zugute kommen kann.“²⁴⁶

Wie sehr sich die Beziehungen zwischen beiden Staaten im Laufe seiner fünf Dienstjahre normalisiert hatten, verdeutlicht vielleicht kein Ereignis besser als die – bei einem so traditionsbewußten Volk wie den Franzosen so wichtige – Form der Übergabe des Kreditivs durch seinen Nachfolger am 26. Mai 1955: Anders als bei Hausenstein wurde Vollrath von Maltzan vom französischen Protokollchef, Graf de la Chauvinière, im Botschaftsgebäude abgeholt und in den Elysée geleitet; bei der Einfahrt in den Hof präsentierte eine Kompanie der Republikanischen Garde das Gewehr, Staatspräsident Coty und Ministerpräsident Pinay erwarteten den neuen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland im Empfangszimmer des Präsidenten. Die deutsch-französischen Beziehungen waren wahrlich auf dem besten Weg, „in ein Stadium echter und freundschaftlicher Zusammenarbeit“ einzumünden²⁴⁷.

Mit Unmut und wachsender Verbitterung hatte Wilhelm Hausenstein hinzunehmen, daß sein persönlicher Anteil an dieser glücklichen Entwicklung vielfach verkannt wurde. So ließ ihn die Zeit der retraite zunehmend häufiger an die schmerzliche Weisheit von Georges Bernanos denken: „Die höchste Form der Hoffnung ist die überwundene Verzweiflung.“²⁴⁸

²⁴⁴ Joseph Breitbach, Wilhelm Hausenstein – Vertreter Deutschlands in Paris, in: W.E. Süskind (Hrsg.), Festgabe für Wilhelm Hausenstein zum 70. Geburtstag, 17. Juni 1952, München 1952, S. 146f., hier S. 147.

²⁴⁵ Hausenstein selbst bezeichnete sie gelegentlich als „Hypochondrie“; vgl. die Tagebucheintragung vom 12. 11. 1942 in: Wilhelm Hausenstein, Licht unter dem Horizont. Tagebücher von 1942 bis 1946, München 1967, S. 51; Brück, Schriftsteller, S. 258, 260.

²⁴⁶ Hausenstein an Breitbach, 9. 1. 1955, in: Sulzer, Nachlaß, S. 145f.

²⁴⁷ PA, NL Hausenstein, Bd. 11, Bl. 32f., Walther an AA, zu 118-00 v. Maltzan I 2446/55, 27. 5. 1955, Abschrift.

²⁴⁸ Hausenstein, Erinnerungen, S. 202.

Dokumentation

ALBRECHT HAGEMANN

BONN UND DIE APARTHEID IN SÜDAFRIKA

Eine Denkschrift des Deutschen Botschafters Rudolf Holzhausen
aus dem Jahr 1954¹

I.

Im Mai 1948 errang die Nationale Partei des Predigers Daniel François Malan einen knappen Sieg bei den Wahlen zum südafrikanischen Parlament². Der Wahlerfolg der Nationalisten, deren Anhänger ganz überwiegend dem afrikaansen Bevölkerungselement Südafrikas entstammten, markierte zwar den politischen Durchbruch des Apartheidkonzeptes, doch stellte dieses Konzept keineswegs etwas völlig Neues in der südafrikanischen Rassenpolitik dar. Es handelte sich vielmehr um eine Radikalisierung und Perfektionierung der bereits seit den späten dreißiger Jahren durchgeführten Rassentrennungspolitik³. Im Unterschied zur Vorkriegszeit gingen die nationalistischen Regierungen unter Malan sowie danach unter Johannes G. Strijdom und Hendrik F. Verwoerd aber systematisch daran, die Ungleichheit von Menschen unterschiedlicher Hautfarbe gesetzlich festzulegen und Südafrika darüber hinaus mehr und mehr in einen Polizeistaat zu verwandeln.

Die gesetzlichen Grundpfeiler der Apartheidgesellschaft wurden unmittelbar nach dem Regierungsantritt der Nationalisten verankert. Aus der Fülle der diesbezüglichen Gesetze und Verordnungen seien hier nur einige wesentliche genannt: Der Prohibition of Mixed Marriages Act von 1949 untersagte die Eheschließung zwischen Weißen und Nichtweißen. 1950 erfolgte mit dem Immorality Amendment Act das Verbot geschlechtlicher Beziehungen zwischen Weißen einerseits und Afrikanern, Indern und Farbigen andererseits. Eine tragende Säule des Apartheidgebäudes war der Population Registration Act von 1950, der die Zuordnung aller Südafrikaner zu einer der definierten Rassen regelte. Einmal rassisch definiert

¹ Ich danke Herrn Dr. Rudolf Gruber, Bonn, der durch finanzielle Unterstützung diesen Beitrag ermöglicht hat.

² Brian Lapping, *Apartheid. Südafrika am Scheideweg: Geschichte und Politik der Rassentrennung*, München 1987, S. 163 ff.

³ Jörg Fisch, *Geschichte Südafrikas*, München 1990, S. 286, Anm. 2, weist das erstmalige Auftauchen des Begriffs „Apartheid“ in der Literatur im Oktober 1938 nach. Als Afrikaaner werden hier die sonst häufig auch Buren genannten Nachfahren der zumeist holländischen, aber auch deutschen und französischen Siedler am Kap bezeichnet.

und mit einer entsprechenden Eintragung in den Ausweispapieren versehen, konnten die Bürger Südafrikas nach dem Group Areas Act von 1950 bestimmten, nach Rassenzugehörigkeit gegliederten Wohngebieten zugewiesen werden. Als wirksames Instrument zur politischen Kontrolle der Apartheidgegner diente der Suppression of Communism Act von 1950. Dieses Gesetz zielte nicht nur auf die Unterdrückung des Kommunismus, sondern ermöglichte durch spätere Ergänzungen die Verfolgung jeglichen Widerstands, da der Begriff „Kommunismus“ sehr weit gefaßt war.

Der Fixierung sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit zwischen Weißen und Afrikanern diente der Bantu Education Act aus dem Jahre 1953. Dieser „Act“ schuf die Grundlage für ein eigenes Erziehungswesen für Afrikaner und übertrug die Kontrolle über das Missionsschulwesen der Regierung. Damit wurde einer apartheidkritischen Erziehung weitgehend der Boden entzogen. Gegen Ende der fünfziger Jahre begann die Regierung Verwoerd schließlich mit der Realisierung der „großen Apartheid“; damit ist der Versuch gemeint, mit Hilfe von „Bantustans“ oder „Homelands“ möglichst alle Afrikaner aus dem „weißen“ Südafrika auszusondern und nur noch einen Rest der Homeland-Staatsangehörigen als Fremdarbeiter in den weißen Ballungsräumen zu dulden⁴.

Mit der Eröffnung eines Deutschen Generalkonsulats in Kapstadt im Januar 1951 stellte die Regierung Adenauer die Weichen für eine Wiederbelebung der traditionsreichen deutsch-südafrikanischen Beziehungen. Im Anglo-Burenkrieg von 1899 bis 1902, in dem sich die Afrikaner unter Präsident Paul Kruger verzweifelt gegen den britischen Imperialismus zu wehren versuchten, unterstützten viele Deutsche aus allen sozialen Schichten die Sache der Afrikaner mit Geld- und Sachspenden⁵. Am Ende des Ersten Weltkriegs erinnerten sich dann umgekehrt gebildete Afrikaner dieser Unterstützung und sahen in den militärisch geschlagenen Deutschen nicht zuletzt Opfer des verhaßten britischen Imperialismus. Damals begann sich ein eigentümliches Bündnis von Deutschen und Afrikanern, den offenbar „Zukurzgekommenen“, zu entwickeln. Während der Weimarer Republik trübte allein die Herrschaft Südafrikas über die ehemalige deutsche Kolonie Südwestafrika (heute Namibia) das ansonsten problemlose Verhältnis zwischen Berlin und Pretoria.

Die „Kolonialfrage“ stand auch noch zwischen beiden Ländern, als Hitler an die Macht gelangt war. Dieser interessierte sich jedoch nie ernsthaft für die Dauerhypothek Südwestafrika, so daß sich die deutsch-südafrikanischen Beziehungen während des „Dritten Reiches“ günstig entwickeln konnten. Unter der Protektion des südafri-

⁴ Für eine Übersicht über die wichtigsten Apartheidgesetze vgl. Sheridan Johns/R. Hunt Davis jr. (Hrsg.), *Mandela, Tambo, and the African National Congress. The Struggle Against Apartheid, 1948–1990. A Documentary Survey*, New York 1991, S. 22–25. Vgl. auch Albrecht Hagemann, *Die Entstehung und Entwicklung der Apartheid. Eine Skizze in: Jörn Rüsen/Hildegard Vörös-Rademacher (Hrsg.), Südafrika. Apartheid und Menschenrechte in Geschichte und Gegenwart*, Pöfgenweiler 1992, S. 17–34.

⁵ Dazu detailliert Ulrich Kröll, *Die internationale Burenagitation 1899–1902*, Münster 1973.

kanischen Justiz- und Verteidigungsministers Oswald Pirow, dessen Vorfahren aus Deutschland stammten und der ein Bewunderer Hitlers war⁶, florierte der bilaterale Handel auf der Basis von Gegenseitigkeitsabkommen. Rohstoffe wie Mangan, Vanadium, Wolle und Industriediamanten gelangten im Austausch für Maschinen, Flugzeuge und Eisenbahnmateriale ins Reich⁷.

Auch sonst reifte das deutsch-afrikanische Sonderverhältnis zwischen 1933 und 1939 zu besonderer Blüte. Nicht mit den britischstämmigen Südafrikanern, dafür aber umso intensiver mit afrikanischen Studenten und Professoren entspann sich ein reger Austausch, der durch die rührige Aktivität einer Afrikaans-Deutschen Kulturvereinigung flankiert wurde⁸. Gelegentlich trachteten nationalsozialistische Südafrika-„Experten“ auch danach, die Deutschland-Begeisterung der Afrikaner im Interesse einer langfristigen Herauslösung Südafrikas aus dem Britischen Empire auszunutzen⁹.

Die nationalsozialistische Rassenideologie fand in der Union insofern Beachtung, als afrikanische Antisemiten sich bemühten, antijüdische Gesetze des Dritten Reiches auf ihre Anwendbarkeit auf die jüdische Bevölkerung Südafrikas hin zu prüfen. Umgekehrt sahen deutsche Südafrika-„Experten“ die strenge Rassentrennungspolitik von Premierminister Hertzog als genuin südafrikanischen Versuch, das Rassenproblem des Landes zu lösen. Der rassistische Ansatz dieser Segregationspolitik wurde zwar als Bestätigung der eigenen Politik grundsätzlich begrüßt, deutscherseits fehlte es aber nicht an einzelnen kritischen Stimmen, die ein langfristiges Scheitern dieser Politik aus ökonomischen und finanziellen Gründen für denkbar hielten¹⁰.

Südafrika trat in den Zweiten Weltkrieg als Mitglied des Empire ein. Während die britischstämmigen Südafrikaner diesen Schritt begrüßten, sympathisierten viele Afrikaner mit Deutschland; nicht wenige von ihnen waren Anhänger des Nationalsozialismus. Aus ihren Reihen rekrutierten sich 1945 auch die Gründer des „Dietse Kinderfonds“, einer Hilfsorganisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, deutsche Kriegswaisen nach Südafrika zu holen und dort afrikanischen Ehepaaren zur Adoption zu übergeben. Der Erfolg war freilich gering: Erst 1948 trafen 83 Kinder in Kapstadt ein. Das ursprüngliche Ziel, etwa 10 000 Kindern eine neue Heimat zu bieten, wurde ebenso verfehlt wie die hintergründige Absicht der Aktion, mit den ausgewählten norddeutschen Kindern eine Auffrischung des Afrikanervolkes mit „ari-

⁶ Vgl. dazu Albrecht Hagemann, Südafrika und das „Dritte Reich“. Rassenpolitische Affinität und machtpolitische Rivalität, Frankfurt a. M. 1989, S. 175.

⁷ Ebenda, S. 157–168.

⁸ Werner Schellack, Sechzig Jahre SADK 1932–1992, Pretoria 1992. SADK steht für Suid-Afrikaans-Duitse Kultuurvereniging.

⁹ Dabei hätten die Afrikaner mit ihrem etwa fünfzigprozentigen Anteil an der weißen Bevölkerung die Rolle eines „Trojanischen Pferdes“ bei der Durchsetzung des nationalsozialistischen Herrschaftsanspruchs in Südafrika spielen sollen; vgl. dazu im einzelnen Hagemann, Südafrika, S. 83–90.

¹⁰ Vgl. etwa den Vortrag vor dem Kolonialausschuß der Deutschen Akademie in München im Juni 1939 von Karl-Heinrich Dietzel, Segregationspolitik und Rassenrecht in der Südafrikanischen Union (vertraulich), in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), R 22/2365, Bl. 133–153.

schem Blut“ zu beginnen. Unter den Adoptiveltern befanden sich auch Ministerpräsident Malan und seine Frau¹¹.

Die Regierung Malan und die westdeutsche Bi-Zone schlossen im September 1948 ein Meistbegünstigungsabkommen, und am 9. Juli 1951 erklärte der Generalgouverneur in Südafrika den Kriegszustand mit Deutschland für beendet. Das beschlagnahmte deutsche Vermögen in der Union betrug – ohne das der Internierten – £ 5,5 Millionen. Seine Rückerstattung erfolgte relativ rasch, wie überhaupt in den Berichten deutscher regierungsamtlicher Dienststellen in der Union die konstruktive Haltung der Regierung in Pretoria gegenüber dem einstigen Kriegsgegner gelobt wurde¹².

Zweifellos machte sich dabei erneut das deutsch-afrikaanse Sonderverhältnis bemerkbar, für dessen Neubelebung der nationalistische Wahlsieg von 1948 die besten Voraussetzungen geschaffen hatte. Bereits seit 1955 verhandelten die Bundesrepublik und Südafrika über ein Kulturabkommen, das aus deutscher Sicht vor allem der starken deutschen Minderheit in Südafrika zugute kommen sollte. Wegen der internationalen Isolation Südafrikas aufgrund der Apartheidpolitik sah sich Bonn jedoch gezwungen, den Abschluß des Abkommens hinauszuzögern. Es wurde erst am 11. Juni 1962 unterzeichnet und trat am 26. Dezember 1963 in Kraft¹³.

Begünstigt wurde die Erneuerung der alten Freundschaft zwischen (West-)deutschland und der Union darüber hinaus durch den Antikommunismus, den die nationalistischen Regierungen Südafrikas mit der Regierung Adenauer teilten. Zur weltweit ersten Überseeausgabe der Wochenzeitung „Die Zeit“, die am 12. September 1958 in Südafrika erschien, steuerte Adenauer ein Grußwort bei, das auf der Titelseite plazierte wurde. „Möge die südafrikanische Ausgabe der ‚Zeit‘ dazu beitragen“, schrieb der Kanzler, „den abendländischen, alle Völker des Westens verbindenden Geist zu pflegen und zu kräftigen. Denn ohne ihn werden wir den Wettkampf mit dem östlichen Bolschewismus niemals gewinnen können.“¹⁴

Die Handelsbeziehungen zwischen der jungen Bundesrepublik und Südafrika entwickelten sich rasch. Dabei gelang es der westdeutschen Exportindustrie zwischen 1953 und 1957, zum dritt wichtigsten Lieferanten der Union hinter Großbritannien und den USA aufzurücken. In der südafrikanischen Ausfuhr rangierte die Bundesrepublik seit 1954 für einige Jahre hinter Großbritannien, Rhodesien (heute Zimbab-

¹¹ Vgl. Werner van der Merwe, Vir'n „Blanke Volk“: Die verhaal van die Duitse weeskinders van 1948, Johannesburg 1988, sowie als knappe deutsche Zusammenfassung dieses Buches meinen Artikel in: Der Spiegel, Nr. 11 vom 9.3. 1992, S. 100–108.

¹² Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (künftig: PA AA), Pol. Abt. 3, Bd. 210, undatiert (1955), Instruktion für den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Südafrikanischen Union, Dr. Strohm (vertraulich).

¹³ Ebenda, Ref. 307, Bd. 186, Aufzeichnung Dr. Mühlenhöver vom 11.10. 1960.

¹⁴ Der Herausgeber der „Zeit“, Gerd Bucerius, hatte sein Engagement in Südafrika nicht als „money-making-proposition“ (Bucerius) verstanden wissen wollen, sondern als „Arbeit für das Deutschland im Ausland“, in: Ebenda, Ref. 307, Bd. 107, Schreiben Bucerius an Legationsrat Dr. Schröder, AA, vom 20.2. 1959.

we) und den USA und vor Belgien, Frankreich, der Schweiz und den Niederlanden¹⁵. Südafrika war damit, wie bereits während des Dritten Reiches, der wichtigste deutsche Handelspartner auf dem afrikanischen Kontinent. Deutsche Kapitalinvestitionen in der Union hielten sich während der fünfziger Jahre freilich in engen Grenzen, ein Umstand, der sich auf das Gesamtvolumen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen nur deshalb nicht besonders nachteilig ausgewirkt haben dürfte, weil die „Sympathie der burischen Bevölkerung Südafrikas einer Ausweitung des deutsch-südafrikanischen Handelsverkehrs außerordentlich förderlich war“¹⁶. Im übrigen sah sich die deutsche Industrie angesichts der Apartheidpolitik „zu einer gewissen Zurückhaltung hinsichtlich Kapitalinvestitionen veranlaßt“¹⁷, auch wenn andererseits das niedrige Lohnniveau und das weitgehend fehlende Streikrecht verlockend wirkten.

Die deutschen Diplomaten am Kap sahen in der Apartheidpolitik das gravierendste Problem Südafrikas. Der größte Teil der politischen Berichte aus Kapstadt und Pretoria beschäftigte sich direkt oder indirekt mit diesem gigantisch-grotesken Versuch der südafrikanischen Regierung, das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Hautfarbe bis in die Intimsphäre hinein gesetzlich regeln zu wollen. Bevor ein herausragendes Beispiel solcher Berichterstattung im einzelnen dargestellt wird, sollen noch kurz zwei Determinanten skizziert werden, die das deutsch-südafrikanische Verhältnis im Bereich der Diplomatie, neben der Tradition und den Handelsbeziehungen, ebenfalls wesentlich mitbestimmt haben.

Dabei handelte es sich zum einen um Adenauers außenpolitischen Kurs der Westintegration¹⁸ und zum anderen um die Wiedervereinigungsfrage einschließlich der seit den späten fünfziger Jahren sich entwickelnden deutsch-deutschen Konkurrenz auf dem internationalen Parkett¹⁹. Auf den ersten Blick mag es erstaunen, daß gerade diese beiden Aspekte betont werden. Wenn jedoch aus den Akten des Auswärtigen Amtes in Bonn (AA) eine unmißverständliche Weisung an die deutschen Diplomaten in Südafrika deutlich wird, dann diese: Unabhängig vom Apartheidproblem galt es deutscherseits alles zu vermeiden, was das Verhältnis zu Großbritannien hätte

¹⁵ Karlheinz Blank, Die Handelsbeziehungen zwischen Südafrika und Deutschland 1919–1957, Bonn 1958, S. 65 ff. Blank hat noch Aktenmaterial des AA über die deutsch-südafrikanischen Handelsbeziehungen bis 1957 verarbeitet, das heute aufgrund von Kassation nicht mehr zur Verfügung steht.

¹⁶ Ebenda, S. 84.

¹⁷ BAK, Außenstelle Hangelar, B 136, Bd. 2075, Aufzeichnung Dr. Osterheld vom 13. 10. 1960. Anlässlich eines Empfangs des deutschen Afrika-Vereins und deutscher Industrieverbände für den südafrikanischen Wirtschaftsminister Diederichs im Godesberger Rheinhof Dreesen Mitte Oktober 1960 schilderte der südafrikanische Gast die innenpolitische Lage in seiner Heimat als mindestens so entspannt wie die Atmosphäre im Europa des Kalten Krieges. Eine Aufzeichnung des AA über die Begegnung vermerkte dazu lapidar: „Eine Vertiefung der Diskussion dieser Probleme unterblieb wohl gleichermaßen aus Zeitmangel und Höflichkeit der deutschen Sitzungsteilnehmer“, in: PA AA, Pol. Abt. 3, Ref. 307, Bd. 185, Aufzeichnung Effenberg vom 17. 10. 1960.

¹⁸ Vgl. Kurt Sontheimer, Die Adenauer-Ära. Grundlegung der Bundesrepublik, München 1991, S. 159–165.

¹⁹ Vgl. ebenda, S. 53.

trüben können. Eine Verstimmung zwischen Bonn und London wegen des Commonwealth-Mitglieds Südafrika hätte den Kurs der Westintegration berührt. Den Hintergrund dieser klaren Direktive bildeten der britisch-afrikaanse Gegensatz in Südafrika einerseits und das deutsch-afrikaanse Verhältnis andererseits. In einer vertraulichen Anweisung des AA für den deutschen Botschafter in Pretoria, Gustav Stroh, hieß es Anfang 1955: „Man wird in den führenden Kreisen des Burentums [...] auch von Ihnen als dem deutschen Botschafter eine Parteinahme für den national-burischen Standpunkt fast als selbstverständlich voraussetzen. Die Rücksichtnahme auf die sich ständig bessernden und für uns besonders wichtigen Beziehungen zu Großbritannien einerseits und auf die Deutschland gerade von den Buren immer entgegengebrachten Sympathien andererseits machen es notwendig, einen strikt neutralen Kurs zu halten.“ Die Instruktion forderte eine besondere Beachtung der „englischsprachige[n] Bevölkerung“ Südafrikas, denn: „Sie ist besorgt, daß der deutsche Botschafter unter dem Einfluß des Südafrika-Deutschtums eine einseitig proburische Haltung einnehmen und daß dies nachteilige Folgen für die britischen Interessen haben könnte. [...] Unsere Haltung [...] muß von der grundsätzlichen Einstellung bestimmt sein, daß die Bundesregierung zwar auf die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu Südafrika großen Wert legt, aber das gute Verhältnis zu England hierdurch nicht beeinträchtigt werden darf.“²⁰

Drei Jahre später gab Außenminister von Brentano dem Nachfolger Strohs, Hans-Ulrich Granow, die Mahnung mit auf den Weg: „Im Spannungsfeld der südafrikanischen Innenpolitik werden Sie sich mit größter Vorsicht und Zurückhaltung bewegen müssen. Gewiß wird es Ihre erste Aufgabe sein, unsere freundschaftlichen Beziehungen zur Südafrikanischen Union weiter zu pflegen und zu fördern. Doch werden Sie dabei stets das Interesse der Bundesrepublik an ungetrübten Beziehungen zu den farbigen Nationen Asiens und Afrikas sowie zu Großbritannien im Auge behalten müssen.“ Und mit Blick auf die kulturelle Unterstützung, die Bonn der deutschen Minderheit in der Union angedeihen ließ, schrieb der Außenminister: „Das Verständnis der südafrikanischen Regierung haben diese Bemühungen allerdings erst gefunden, nachdem sich die Überzeugung durchgesetzt hatte, daß die Beziehungen des Deutschtums zur früheren Heimat keinen politischen Unterton haben und die Bundesregierung jedes Anknüpfen an die Volkstumsarbeit verfloßener Jahrzehnte ablehnt.“²¹ Dies war ein Hinweis auf gelegentliche Versuche der Nationalsozialisten, die Union mit Hilfe der deutschen Minderheit und der deutschlandbegeisterten Afrikaner aus dem britischen Herrschaftsbereich herauszulösen.

Die Frage der deutschen Wiedervereinigung wirkte sich auf das deutsch-südafrikanische Verhältnis insofern aus, als die für Südafrika zuständige Politische Abteilung 3 des AA unter der Leitung von Ministerialdirektor Hasso von Etzdorf²² die Auffas-

²⁰ Vgl. Anm. 12.

²¹ PA AA, Pol. Abt. 3, Ref. 307, Bd. 109, Aufzeichnung von Brentanos für Granow vom 8. 11. 1958.

²² Zu Hasso von Etzdorf vgl. Rainer A. Blasius (Hrsg.), Hasso von Etzdorf. Ein deutscher Diplomat im 20. Jahrhundert, Zürich 1994.

sung vertrat, die Bundesrepublik könne unmöglich auf dem Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen bestehen, zugleich aber gute Beziehungen zu Südafrika unterhalten, das seiner nichtweißen Bevölkerungsmehrheit gerade jenes Recht vorenthalte. In einem persönlichen und vertraulichen Schreiben von Etzdorfs an Botschaftsrat Brückner in Pretoria vom 24. Mai 1961 hieß es: „Mit einer besonderen Unterstreichung der deutsch-südafrikanischen Freundschaft setzen wir uns aber bei der farbigen Welt, auf deren moralische Unterstützung wir bei der Wiedervereinigungsfrage angewiesen sind, dem Verdacht aus, daß wir die südafrikanische Rassenpolitik billigen. [...] Demonstrative Bekenntnisse zur deutsch-südafrikanischen Freundschaft können wir uns jedenfalls dann nicht erlauben, wenn [...] die südafrikanische Rassenpolitik zur Debatte steht. [...] Ich wäre dankbar, wenn Sie diese Gesichtspunkte bei Ihrer beruflichen Tätigkeit in Zukunft berücksichtigen würden.“²³

Von Etzdorfs Argumentation reflektierte den weltweiten Dekolonisationsprozeß seit dem Ende der fünfziger Jahre, in dessen Verlauf das Jahr 1960 mit der Gründung zahlreicher souveräner Staaten in Afrika zu einem „Afrika-Jahr“ geworden war. In ihrem Bemühen, internationale Anerkennung zu erlangen, versuchte die DDR energisch, sich gegenüber den neuen Staaten in aller Welt als deren natürlicher Verbündeter und die Bundesrepublik als Komplizin des Apartheid-Regimes in Pretoria zu präsentieren. Dabei hatte Ost-Berlin selber nur widerstrebend und letztlich durch ein Machtwort Ulbrichts dem Druck der Kommunistischen Partei Südafrikas, des African National Congress (ANC) sowie der Vereinten Nationen nachgegeben und die Handels- sowie Schifffahrtsbeziehungen zu Südafrika abgebrochen.²⁴

Doch Bonn befand sich hinsichtlich seiner Beziehungen zu Pretoria in einer schwierigen Lage. Die Bundesregierung wollte das gute Verhältnis zum Traditionspartner Südafrika wahren und sich zugleich dem propagandistischen Druck entziehen, den die DDR und ihre Verbündeten wegen dieser Politik ausübten. Besonders deutlich trat diese Zwangslage seit etwa Mitte 1960 zutage, als sich Pretoria durch eine rege Reisediplomatie bemühte, die letzten Reste seines internationalen Ansehens zu retten, das durch die Ereignisse von Sharpeville stark ramponiert worden war. Im März 1960 hatte die Polizei in der Kleinstadt Sharpeville südlich von Johannesburg das Feuer auf friedliche Demonstranten eröffnet und dabei 69 Menschen getötet, viele von ihnen durch Schüsse in den Rücken. Das Massaker rief weltweite Empörung hervor; ausländisches Kapital floß aus dem Land, und nicht wenige Beobachter sahen die Apartheid vor dem Zusammenbruch.²⁵ Im Rahmen einer Europareise des südafrikanischen Außenministers Louw im Mai 1960, wenige Wochen nach Sharpeville und nach der Ausrufung des Ausnahmezustands in der Union, soll-

²³ PA AA, Pol. Abt. 3, Ref. 307, Bd. 282.

²⁴ Vgl. Ilona Schleicher, Zur Diskussion um die Beteiligung der DDR an Sanktionen gegen Südafrika Anfang der sechziger Jahre, in: Afrika Spectrum, Heft 90/3, 1990, S. 283–292. Für die These einer „Komplizenschaft“ zwischen der Bundesrepublik und Pretoria vgl. Eberhard Czaya, Achse zum Kap. Das Bündnis zwischen Bonn und Südafrika, Ost-Berlin 1964.

²⁵ Vgl. Mary Benson, The Struggle for a Birthright, Harmondsworth 1966, S. 222 ff.; Lapping, Apartheid, S. 247 ff.

te nach südafrikanischer Vorstellung auch ein kurzer Besuch des Ministers in Bonn erfolgen. Das AA lehnte dies mit dem Hinweis auf Terminprobleme ab²⁶. Von Etzdorf schrieb darüber in einer Aufzeichnung, „die SBZ und die Sowjetunion würden aus einer derartigen Geste sofort Kapital schlagen“²⁷. Im übrigen müsse es wegen der Apartheid ohnehin immer wieder zu Kollisionen mit Pretoria kommen: „weil wir uns mit Rücksicht auf unsere eigene Lage eindeutig für das Selbstbestimmungsrecht der afrikanischen Völker aussprechen müssen, ein Recht, das die südafrikanische Regierung den Schwarz-Afrikanern abstreitet. Eine besondere Sympathiekundgebung zugunsten Südafrikas müsste unsere moralische Position in der Wiedervereinigungsfrage schwächen.“ Die Drohung Pretorias, die Bundesrepublik wirtschaftlich zu benachteiligen, sollte man in den Augen von Etzdorf nicht allzu ernst nehmen, da Südafrika aufgrund seiner Isolation dringend an Handelsbeziehungen interessiert sei. Er gab der Regierung Südafrikas die Schuld an der „gegenwärtigen Entwicklung“, da so gut wie kein anderer Staat der Welt Verständnis für die Apartheid aufbringe²⁸.

Von Etzdorfs Haltung wurde im AA nicht durchgängig geteilt. Staatssekretär van Scherpenberg sprach sich für die Einladung Louws aus, und er fügte unter dem 7. August 1960 der Aufzeichnung von Etzdorfs die handschriftliche Notiz hinzu: „Der Besuch braucht nicht groß herausgestellt zu werden. Wir können, wenn einer der afrikanischen Staaten meckert, immer sagen, wir hätten versucht, mäßigend auf Louw einzuwirken. Es scheint mir nicht gut, den einzigen weißen Staat Afrikas gegen uns aufzubringen.“²⁹ Der Besuch des Ministers fand schließlich nicht statt, das Tauziehen um die Einladung führte jedoch zu einer monatelangen Verstimmung in den bilateralen Beziehungen³⁰.

Das Studium der Analysen und Kommentare, die in Bonn zur Apartheid angefertigt wurden, führt unweigerlich zu der hypothetischen Frage, wie das Urteil über den südafrikanischen Rassismus ausgefallen wäre, hätte die Bundesregierung nicht unter dem Ost-Berliner Druck gestanden. Die eigene Erfahrung mit dem NS-Rassismus wurde gegenüber Pretoria nicht ins Feld geführt, sie diente vielleicht sogar als ein Vorwand für Untätigkeit. Von Etzdorf telegraphierte im Zusammenhang mit der Frage des Louw-Besuchs an Botschafter Granow in Pretoria, die Bundesrepublik müsse bei „allen ihren Äußerungen zu Rassenproblemen Vorsicht walten lassen“ angesichts des „auf ihr lastenden Erbes der auf Rassenwahn beruhenden Greueltaten des Dritten Reiches“³¹. Und auch die Menschenrechte scheinen bei der Beurteilung der Apartheid für von Etzdorf kein ausschlaggebendes Kriterium gewesen zu sein.

²⁶ Der Protokollchef des AA, Botschafter von Braun, sprach in einer Aktennotiz von dem „uns angebotenen Besuch“ Louws; PA AA, Pol. Abt. 3, Ref. 307, Bd. 185, 29.4. 1960.

²⁷ Ebenda, Vs-vertraulich, Aufzeichnung von Etzdorfs vom 1.8. 1960.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Ebenda.

³⁰ BAK, Außenstelle Hangelar, B 136, Bd. 2075, Aufzeichnung Dr. Osterheld vom 13.10. 1960.

³¹ PA AA, Pol. Abt. 3, Ref. 307, Bd. 185, VS-vertraulich, Telegramm von Etzdorf an Granow 14.6. 1960.

Geradezu so, als fiele ihm dies schwer, führte er in dem bereits zitierten Schreiben an Brückner vom Mai 1961 schließlich auch die Menschenrechte als einen Grund für die Ablehnung der Apartheid an: „Bei allem Verständnis für die schwierige Lage [der Südafrikanischen Union] haben wir auch im Hinblick auf die Teilung Deutschlands jedoch keine andere Wahl, als uns für das Recht der Selbstbestimmung und die Grundsätze der Menschenrechte zu entscheiden.“³²

Doch schon Ende 1960 hatte der Ministerpräsident der Malayischen Föderation, Tunku Abdul Rahman, die Bundesregierung gezwungen, in der Apartheidfrage Farbe zu bekennen. Der Ministerpräsident hatte Bonn und andere Hauptstädte aufgefordert, zur Apartheid in Südafrika Stellung zu nehmen, unter der auch Nachkommen malayischer Sklaven diskriminiert wurden. Von Etzdorf sah in diesem Vorstoß eine „Art Kreuzzug“ gegen die „Rassenpolitik Südafrikas“. Man werde seitens der Bundesrepublik, so fügte er hinzu, nun nicht mehr um eine Positionsbestimmung gegenüber der Apartheid herumkommen, da eine solche in anderen europäischen Hauptstädten bereits vorbereitet werde³³. Im Entwurf seiner Antwortnote an Abdul Rahman rang sich Adenauer zu einem entschiedenen Einerseits-Andererseits durch. Die Bundesregierung, hieß es dort, lehne jede Rassendiskriminierung unter Hinweis auf die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen“ sowie auf Artikel 3 Grundgesetz ab. Darüber hinaus hätten die „schlechten Erfahrungen, die das deutsche Volk in seiner jüngsten Vergangenheit gemacht“ habe, „uns gelehrt“, über die Einhaltung von Rechtsgrundsätzen streng zu wachen. Andererseits lehne die Bundesregierung jedoch die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ab. Zur Begründung führte das Papier aus: Solange sich die „Länder des Sowjetblocks“ hinter ihrer Souveränität verschanzten und alle Versuche, „von außen her auf die inneren Verhältnisse einzuwirken, als Einmischung“ zurückwiesen, könnten sich auch andere Staaten auf diesen Standpunkt berufen. Im argumentativen Teil des Entwurfs wurde Südafrika nicht erwähnt, im Schluß wurde jedoch die „Überzeugung“ der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht, daß „die südafrikanische Regierung den Weg zu einer gerechten und menschlichen Lösung für das Zusammenleben der verschiedenen Rassen“ in der Union finden werde³⁴.

Eine Aufzeichnung des AA, die unmittelbar nach der Ausrufung der Republik Südafrika am 31. Mai 1961 angefertigt worden sein muß, faßte noch einmal unterschiedliche Aspekte zusammen, die damals die Haltung der Bundesregierung gegenüber der Apartheid wesentlich bestimmten. Im Gegensatz zu anderen westlichen Staaten, so hieß es dort, habe Bonn „niemals kritisch zur südafrikanischen Rassenpolitik Stellung“ genommen. „Wir beabsichtigen, auch in Zukunft mit Rücksicht auf die guten Beziehungen und das starke deutsche Element in Südafrika eine öffentliche Kritik an den inneren Verhältnissen Südafrikas zu vermeiden.“ Jedoch: Jede deutsche Erklärung, die Verständnis für den „südafrikanischen Rassenstandpunkt erken-

³² Ebenda, Bd. 282, von Etzdorf an Brückner vom 24.5. 1961.

³³ Bd. 182, VS-vertraulich, von Etzdorf an von Brentano vom 21.11. 1960.

³⁴ Ebenda, Entwurf undatiert.

nen lassen würde, könnte unserem Ansehen in der farbigen Welt erheblichen Abbruch tun und würde vor allem von Pankow und den Sowjets gegen uns ausgeschlachtet werden“³⁵.

II.

Noch frei von solchen Rücksichtnahmen auf eine deutsch-deutsche Rivalität im Zeichen der Hallstein-Doktrin, konnte im Juli 1954 der erste deutsche Botschafter im Südafrika der Nachkriegszeit, Rudolf Holzhausen, seine ausführliche Analyse der südafrikanischen Apartheidpolitik anfertigen und sie mit der Bitte um „streng vertrauliche Behandlung“ dem Bonner AA vorlegen³⁶. Es war zugleich die erste regierungsamtliche Bestandsaufnahme der Apartheid überhaupt und insgesamt die kritischste in jenen Jahren³⁷. Dem Dokument beigelegt war eine Mappe mit Anlagen³⁸, die Karten- und Fotomaterial sowie ein Flugblatt enthielt.

Der 1889 in Nordhausen geborene Holzhausen war ein erfahrener Diplomat. Er hatte Rechts- und Staatswissenschaften studiert und am Ersten Weltkrieg zunächst als Kavallerieoffizier und später als Angehöriger der Luftwaffe teilgenommen. 1919 war er in den Diplomatischen Dienst eingetreten und hatte, zuletzt als Legationsrat, an den deutschen Missionen in Wien und Den Haag gearbeitet. Von 1925 bis 1927 hatte er dem Büro des Reichspräsidenten von Hindenburg angehört, danach war er wieder in das Auswärtige Amt zurückgekehrt und bis 1933 an der Prager Gesandtschaft tätig gewesen, zuletzt als Geschäftsträger. 1934 war Holzhausen „zur Disposition gestellt“³⁹ und 1937 verabschiedet worden. Während des Zweiten Weltkriegs hatte er ehrenamtlich im Reichsluftfahrtministerium und später im Luftwaffenführungsstab gearbeitet.

Nach dem Krieg übernahm ihn das bayerische Wirtschaftsministerium. Seit 1945 war er als Verbindungsmann Bayerns zum Alliierten Kontrollrat am Wiederaufbau des Außen- und Interzonenhandels beteiligt. Bis 1948 wirkte er als Leiter der Wirtschaftsvertretung des Süddeutschen Länderrates in Berlin; von dort kehrte er wieder nach München zurück, um in der bayerischen Staatskanzlei an der Planung eines „Instituts zur Erforschung der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit“, dem

³⁵ Ebenda, Bd. 282, Aufzeichnung undatiert.

³⁶ PAAA, Pol. Abt. 3, Band 147, Schreiben Holzhausen an AA vom 15. 8. 1954.

³⁷ Ebenda. Eine weitere, zehn Seiten umfassende Ausarbeitung über die „Entwicklung der Apartheidspolitik während der zehnjährigen Regierungszeit der Nationalen Partei“ vom Januar 1958 war geprägt von der Tatsache, daß Premierminister Strijdom persönlich dem Verfasser, Legationsrat Schmidt-Lademann, seine Sicht der Apartheid mitgeteilt hatte. Gleichwohl enthielt auch dieser Bericht harte Worte der Kritik an der Apartheid, die sich jedoch an Einzelphänomenen, nicht aber an dem Konzept an sich entzündeten, in: Ebenda, Bd. 106, Schreiben Bielfeld, Deutsche Botschaft Pretoria an AA vom 13. 2. 1958 mit Anlage Bericht Schmidt-Lademanns.

³⁸ Die Anlage wird im folgenden nicht abgedruckt.

³⁹ Munzinger-Archiv/Internationales Biographisches Archiv, Lieferung 30/63, Ravensburg 1963: Rudolf H. J. Holzhausen.

Vorläufer des heutigen Instituts für Zeitgeschichte, mitzuarbeiten. Ab 1949 leitete Holzhausen die Frankfurter Zweigstelle des dem Bundeswirtschaftsministerium unterstehenden Organisationsbüros für konsularisch-wirtschaftliche Vertretungen. Im Zuge des Aufbaus neuer deutscher Auslandsmissionen wurde Holzhausen Mitte Oktober 1950 zum Generalkonsul in Pretoria ernannt. Er trat Mitte April 1951 in Kapstadt ein, um die Leitung des kurz vor der Umwandlung in eine Botschaft stehenden Generalkonsulats zu übernehmen. Inzwischen zum Botschafter bei der Regierung der Südafrikanischen Union ernannt, bekleidete Holzhausen diese Stellung bis Mitte September 1954. Danach übernahm er die Botschaft in Kairo, ehe er 1955 in den Ruhestand trat. Holzhausen starb 1963 in München⁴⁰.

In dem Begleitschreiben zu seiner Apartheid-Denkschrift hob Holzhausen hervor, daß er sich nach über dreijähriger Amtszeit am Kap „kritisch“ mit den südafrikanischen Verhältnissen auseinandergesetzt habe⁴¹. Gleichwohl zeigen seine Wortwahl und seine Argumentation, daß er weit davon entfernt war, die nichtweiße Bevölkerung Südafrikas, insbesondere aber die Afrikaner, als politisch gleichberechtigt zu betrachten. Sein Standpunkt gegenüber der afrikanischen Bevölkerung kann etwas vereinfachend als paternalistisch bezeichnet werden. Er stand ihr zwar väterlich-wohlwollend gegenüber, hielt sie aber für führungsbedürftig und unfähig, die politischen Geschicke Südafrikas zu bestimmen.

Vermutlich stand Holzhausen mit dieser Auffassung nicht allein. Sie dürfte auch von vielen Entscheidungsträgern in Bonn und anderen Hauptstädten geteilt worden sein. Adenauer jedenfalls war diese Einstellung nicht fremd; er wurde darin vor allem durch den Arzt und Missionar Albert Schweitzer bestärkt, der die Apartheidpolitik Malans mit dem Argument verteidigte, die „These von der Einheit der farbigen Völker“ sei von den Kommunisten in China aufgebracht worden. Ohne die Politik Malans „würde Südafrika bereits ein gelbes Land sein“⁴².

Problematisch ist vor allem Holzhausens Sprache, die immer wieder sein „weißes“ Überlegenheitsgefühl durchschimmern läßt. In seiner Analyse verwendet er unbekümmert Substantiva, die das Wort „Herren“ in unterschiedlichen Verbindungen enthalten, ohne daß deutlich würde, ob sich der Verfasser der Konnotation solcher Begriffe wie „Herrenvolk“, „Herrenschicht“ und „Herrentumstandpunkt“ mit dem nationalsozialistischen Sprachgebrauch bewußt war. Andererseits greift er aber auch auf marxistische Wortgebilde zurück, etwa, wenn er den „Rassenkampf“ in der Union auch als einen „Klassenkampf der nichtweißen Arbeiterschaft“ interpretiert oder als das „Aufbegehren des um seine Lebensrechte ringenden Industrieproletariats“⁴³. Scurril mutet hingegen Holzhausens Versuch an, die NS-Judenpolitik als „Widerhall“ der südafrikanischen Segregationspolitik der dreißiger Jahre zu interpretieren, gerade so, als hätten die Nationalsozialisten die Rassentrennung in Südafrika stu-

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ Vgl. Anm. 36.

⁴² Vgl. Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 239.

⁴³ Vgl. den Abschnitt „Kritik der Apartheidspolitik und Ausblick“ der abgedruckten Denkschrift.

diert und ihre Politik der Judenverfolgung danach ausgerichtet. Zugleich war Holzhausen freilich der einzige deutsche Diplomat, der sich nicht scheute, seine Abscheu vor der Apartheid zu bekunden und durch einen Vergleich mit „Planungen“ zu unterstreichen, „die Hitler und die SS während des Krieges bezüglich der Bevölkerung Polens und Rußlands verfolgten“⁴⁴. Er zog diesen Vergleich bei seiner Analyse des damals erst in statu nascendi befindlichen „Bantustan“-Konzepts im Rahmen der „großen Apartheid“. Holzhausen durchschaute also zu einem sehr frühen Zeitpunkt die Aussichtslosigkeit dieses großangelegten Versuchs, durch die Schaffung jener später als Homelands bezeichneten Stammesgebiete eine Lösung des südafrikanischen Rassenproblems herbeizuführen. Das „Bantustan“-Konzept hinterließ bei anderen Bonner Diplomaten nicht selten einen nachhaltigen Eindruck, vermutlich nicht zuletzt deshalb, weil sich hochrangige südafrikanische Regierungsvertreter in der Nachfolge Malans die Mühe machten, diese Diplomaten in persönlichen Gesprächen über die „Vorzüge“ der Homelands aufzuklären⁴⁵. Es war dann in den Berichten an das AA gelegentlich sogar von der „positiven Seite der Apartheidpolitik“ die Rede⁴⁶.

Holzhausen spürte in seiner Denkschrift auch den historischen Wurzeln der Apartheid nach – ein Unterfangen, das angesichts der außerordentlichen Komplexität des Phänomens bruchstückhaft bleiben mußte. Für die Phase der Umsetzung der Apartheidideen in Gesetze nach 1948/1949 wies er zu Recht auf den starken Einfluß von führenden südafrikanischen Politikern hin, die einen Teil ihrer akademischen Ausbildung in Deutschland erhalten hatten⁴⁷ oder von deutschen Missionaren abstammten⁴⁸. Während er den in Südafrika wirkenden ausländischen „Kirchen und Missionen“ generell eine überwiegend apartheidkritische Haltung bescheinigte, machte er auf die apartheidfreundliche Haltung der deutschen evangelischen Mission aufmerksam – Jahrzehnte, bevor insbesondere die Rolle der Berliner Missionsgesellschaft bei der Herausbildung der südafrikanischen Segregationspolitik erforscht worden ist⁴⁹.

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ Vgl. den Bericht Schmidt-Lademanns (Anm. 37).

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ Holzhausen nannte ausdrücklich den späteren Premierminister Verwoerd, dessen späteren Staatssekretär Eiselen und den designierten Staatspräsidenten Dönges.

⁴⁸ Unter ihnen war vor allem Dr. Werner Eiselen einflußreich bei der Gestaltung der Apartheidgesetze. Ausgerechnet Eiselen beabsichtigte unmittelbar nach dem Massaker von Sharpeville Bonn einen Besuch abzustatten. Von Etzdorf räumte in einem Schreiben an Botschafter Granow in Pretoria zwar ein, Eiselen sei „zweifelloso eine Persönlichkeit, die nach Herkunft und politischer Haltung uns gegenüber es wohl verdiente, durch einen Empfang beim Bundespräsidenten ausgezeichnet zu werden“ – vor seinem Amtsantritt als Bundespräsident hatte Heinrich Lübke in seiner Eigenschaft als Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Eiselen in Kapstadt kennengelernt –, doch sei sein Besuch in Bonn „im Augenblick inopportun“, in: PA AA, Pol. Abt. 3, Ref. 307, Bd. 185, 14.4. 1960.

⁴⁹ Vgl. Werner van der Merwe, Die Geskiedenis van die Berlynse Sendinggenootskap in Transvaal 1860–1900, in: Argiefjaarboek vir Suid-Afrikaanse Geskiedenis, 1983/I, Pretoria 1984, sowie ders., Die Berlynse sending en „apartheid“ in Suid-Afrika. Vortrag gehalten an der Ruhr-Universität Bochum am 19.6. 1986, abgedruckt in: Historia, May 1987, S. 1–19.

Holzhausen lieferte dem AA mit seiner Denkschrift nicht nur eine detaillierte Übersicht über die wichtigsten Apartheidgesetze der Jahre 1949–1954. Er setzte die Bonner Zentrale darüber hinaus durch knappe und präzise Erläuterungen dieser Gesetze über deren wahren Charakter und deren eigentliche Zielsetzung ins Bild. Im Falle des Suppression of Communism Amendment Act von 1951, also dem Ergänzungsgesetz zur Unterdrückung des Kommunismus, hieß es bei Holzhausen: „Gibt durch die Definition des Worts ‚Kommunist‘ den Justizbehörden die Handhabe, gegen Nichtweiße den Suppression of Communism Act 1950 anzuwenden.“⁵⁰

Trotz solcher und anderer Warnungen ließen sich das AA und andere Bundesbehörden in ein südafrikanisches Strafverfahren hineinziehen, das vordergründig einem angeblich kommunistisch inspirierten „Hochverrat“ in der Union galt, in Wahrheit aber auf die Schwächung des Widerstands gegen die Apartheid zielte⁵¹. In einem der längsten politischen Prozesse der Menschheitsgeschichte, das Verfahren dauerte von Ende 1956 bis März 1961, standen insgesamt 156 Angeklagte vor Gericht, überwiegend Afrikaner, jedoch auch Farbige, Inder und einige Weiße. Gegen eine nach Rassenzugehörigkeit gestaffelte Kautions – für Weiße mußte der höchste, für Afrikaner der niedrigste Betrag hinterlegt werden – befanden sich die Beschuldigten seit Weihnachten 1956 auf freiem Fuß; der Freispruch in allen Anklagepunkten galt 1961 nur noch für 30 der ursprünglich 156 Verhafteten. Gegen die übrigen war zwischenzeitlich die Anklage fallengelassen worden⁵². Unter den 30 befand sich auch der heutige Präsident Südafrikas, Nelson Mandela.

Die Vertreter der Anklage suchten in diesem Großprozeß Schützenhilfe in Bonn. Sie traten an das Bundesministerium der Justiz mit der Bitte heran, für ein Verfahren gegen „kommunistische Funktionäre“⁵³ Akten und Dokumente aus dem Prozeß gegen die KPD vor dem Bundesverfassungsgericht 1956 verwenden zu dürfen. Aus den Unterlagen des AA, des Bundesministeriums der Justiz sowie der Bundesanwaltschaft ist nicht ersichtlich, daß diese Bundesbehörden auch nur den Versuch unternommen hätten, die südafrikanische Bitte auf ihre Stichhaltigkeit hin zu überprüfen. Es genügte offensichtlich der Hinweis auf ein Verfahren gegen Kommunisten, um eine Rechtshilfe Bonns für Pretoria zu ermöglichen⁵⁴.

So gelangten innerhalb eines Vierteljahres mehrere Antrags-, Anklage- und Urteilschriften aus dem KPD-Verfahren in die Hände des südafrikanischen Geschäftsträgers in der Bundesrepublik⁵⁵. Die Generalbundesanwaltschaft signalisierte ferner ihre Bereitschaft, das südafrikanische Ersuchen durch das Bundesamt für Verfas-

⁵⁰ Vgl. den Abschnitt „Die bisherige Apartheidgesetzgebung“ in der Denkschrift.

⁵¹ Zum „Hochverratsprozeß“ vgl. Nelson Mandela, *Der lange Weg zur Freiheit*, Frankfurt a.M. 1994, S. 269–354.

⁵² Ebenda.

⁵³ Verbalnote des AA an die Südafrikanische Botschaft in Köln vom 19.12.1957, in: PA AA, Referat 503 IV4, Az. 503-80SL-90.37, Bd. 500.

⁵⁴ Lapping, *Apartheid*, S. 224ff.

⁵⁵ Vgl. die Empfangsbestätigung durch den Geschäftsträger, du Plooy, auf einem Vermerk des Bundesministeriums der Justiz vom 11.3.1958, in: BAK, B 141/12733.

sungsschutz zu unterstützen, so weit es um Unterlagen über „Tarnorganisationen“ der KPD ging⁵⁶. Die deutschen Behörden forderten im Gegenzug lediglich die Anerkennung des Gegenseitigkeitsprinzips für den Fall, daß man in der Bundesrepublik einmal auf die Hilfe Pretorias angewiesen sei⁵⁷.

Es ist nicht bekannt, ob die „deutschen Dokumente“ im südafrikanischen „Hochverratsprozeß“ Verwendung fanden. Wahrscheinlich waren sie in einer Phase des Prozesses angefordert worden, als der Anklagevertretung die Argumente gegen die Beschuldigten auszugehen drohten⁵⁸. Harald Bielfeld, deutscher Prozeßbeobachter in Pretoria und ehemaliger Diplomat des Dritten Reiches in der südafrikanischen Hauptstadt⁵⁹, berichtete jedenfalls unter dem 16. Oktober 1958 von dem Prozeß: „Ganz offenbar glaubte man [seitens der Anklagevertretung], auch aus dem Studium des KPD-Prozesses [...] – das im Verlag C.F. Müller erschienene Dokumentarwerk ist seinerzeit dem hiesigen Justizministerium von der Botschaft überreicht worden – wertvolle Erkenntnisse gewonnen zu haben.“⁶⁰

Die Apartheid-Denkschrift von Holzhausen läßt sich schwer auf einen Nenner bringen: Aufgrund seiner paternalistischen und von „weißem“ Superioritätsgefühl geprägten Grundeinstellung gab der Botschafter zu erkennen, daß er der Prämisse der Apartheid, unterschiedliche Rassen sollten sich getrennt entwickeln, keineswegs völlig ablehnend gegenüberstand. Er behauptete auch, Afrikaner und Farbige unterstützten dieses Konzept. Es war vor allem die Einsicht in die praktische Undurchführbarkeit, die Holzhausen letztlich die Apartheid verurteilen ließ. Die Härte und Ungerechtigkeit, welche die Regierung in Pretoria bei der Durchsetzung ihrer Ziele an den Tag legte, führten den Botschafter zu einer scharfen Kritik an dieser Politik. Wie kein anderer (west-)deutscher Diplomat hob Holzhausen die schweren moralischen Defizite der Apartheidpolitik hervor.

Sicher ist ihm die Devise „Eine Person – eine Stimme“ als modernes demokratisches Grundprinzip in bezug auf die südafrikanischen Verhältnisse fremd gewesen, wiederholt beschwor er sogar die Gefahr einer „schwarzen Überflutung“ Südafrikas. Dieser „Gefahr“ könne, so ließ er am Ende seiner Ausführungen erkennen, am ehesten durch eine konsequente Einwanderungspolitik begegnet werden, die das Ziel hatte, den Bevölkerungsanteil der Weißen deutlich zu erhöhen.

Holzhausens Denkschrift erlangte Jahre nach seiner Abfassung noch eine gewisse Aktualität, als nach den Schüssen von Sharpeville die Apartheid im AA zusehends skeptischer beurteilt wurde. Legationsrat Hans-Georg Steltzer, der mit Holzhausen in Pretoria gewesen war⁶¹, bat seinen früheren Chef am 16. November 1961, ihm eine Zweitschrift seiner Apartheid-Denkschrift zukommen zu lassen, da diese im

⁵⁶ Ebenda, Schreiben der Karlsruher Generalbundesanwaltschaft an das Bundesministerium der Justiz vom 23. 11. 1957.

⁵⁷ Ebenda, Verbalnote des AA an die Botschaft der Südafrikanischen Union vom 11. 4. 1958.

⁵⁸ Vgl. Mandela, *Der lange Weg*, S. 306.

⁵⁹ Curriculum vitae Harald Bielfeld: PA AA.

⁶⁰ PA AA, Pol. Abt. 3, Ref. 307, Bd. 107, Bericht Bielfeld an AA vom 16. 10. 1958.

⁶¹ Curriculum vitae Hans-Georg Steltzer: PA AA.

AA nicht mehr aufzufinden sei. Als Grund für sein Anliegen führte Steltzer aus: „Inzwischen haben sich Ihre Beurteilung und Prognosen vollauf bestätigt und ich habe aus diesem Grunde unserem neuen Botschafter in Pretoria, Herrn Overbeck, empfohlen, sich Ihre Arbeit [...] geben zu lassen.“⁶² Holzhausen konnte ihm jedoch nicht weiterhelfen, da er das Konzept seiner Ausarbeitung kurz vor seinem Weggang aus Pretoria vernichtet hatte. „Aus Sicherheitsgründen“ hatte er das für angezeigt gehalten, denn: „Der Ruf und das Ansehen unserer Vertretung stand bei den gemachten Darlegungen auf dem Spiel.“⁶³

Dokument

*Die Apartheidspolitik der Südafrikanischen Union*⁶⁴.

(Stand vom Juli 1954).

[...] ⁶⁵

1. Die Bevölkerungsverhältnisse der Union.

a) Die Südafrikanische Union einschliesslich Südwestafrika hat rund 12 1/2 Millionen Einwohner. Von diesen sind etwa 2 1/2 Millionen Weisse und 10 Mill. Nichtweisse. Etwa 8 1/2 Mill. der Nichtweissen sind Neger, etwa 1 Million Farbige (Kap-Mischlinge) und etwa 300 000 Inder.

Bei seiner gemischtrassigen Bevölkerung und der Führungsstellung der weissen Oberschicht kann man Südafrika als ein weisses Land betrachten, das seine Kolonialbevölkerung – im Gegensatz zu den europäischen Kolonialstaaten – innerhalb seiner eigenen Landesgrenzen hat. Diese Eigenart des Landes hat Vorteile und Nachteile. Die weisse Herrschaft hat eine Fülle billiger Arbeitskräfte zur Hand und sie ist dadurch in Stand gesetzt, ihr Land grosszügig zu entwickeln. Man muss sich dabei vor Augen halten, dass die weisse Bevölkerung der Union nicht grösser ist als die von Schleswig-Holstein und dass die Union dabei raumnässig ein Gebiet einnimmt, das so gross ist wie etwa Deutschland, Frankreich, die Schweiz und Italien zusammen. Die Gegenwart einer nichtweissen Bevölkerung in so erdrückender Überzahl führt andererseits aber auch zu Schwierigkeiten des Zusammenlebens. Dieses muss sich insbesondere dann komplizieren, wenn bei dem erwachenden Selbstbewusstsein der Nichtweissen der bisherige Status der Weissen als Herrenvolk aufrechterhalten werden soll.

b) Die Negerbevölkerung der Südafrikanischen Union gehört der aus Mittelfrika eingewanderten Bantu-Rasse an und zerfällt in verschiedene Stämme, wie Zulus, Basutos, Xhosas, Pingos, Vendas, Pondos usw. [...] ⁶⁶ Die südwestafrikanischen Stämme sind die Hottentotten, die Hereros und Ovambos. Die Farbigen (Cape Coloureds) sind Produkte der weissen Einwanderer des 18. und 19. Jahrhunderts mit Eingeborenenfrauen und Malayensklavinnen. Die Vorfäter der indischen Bevölkerung wurden um 1860 als Arbeiter für die Nataler Zuckerplantagen ins Land gerufen.

Die Negerbevölkerung verteilt sich in verschiedener Dichte über das gesamte Staatsgebiet der Union mit Schwerpunkten im östlichen Küstengürtel und im nördlichen Transvaal. Die Farbigen sind am Kap beheimatet. Eine kleine Sondergruppe, die sogenannten Bastards, lebt in Südwestafrika südlich

⁶² PA AA, Pol. Abt. 3, Ref. 307, Bd. 281, Schreiben Steltzer an Holzhausen vom 16.11. 1961. Der Holzhausen-Bericht wurde im AA jedoch ordnungsgemäss zu den Akten genommen und findet sich heute in dem im Tagebuch angegebenen Aktenband.

⁶³ Ebenda, Schreiben Holzhausen an Steltzer vom 18.11. 1961.

⁶⁴ Das Dokument findet sich in PA AA, Pol. Abt. 3, Bd. 147.

⁶⁵ Hier wurden die Gliederung und die Übersicht der Anlagen weggelassen.

⁶⁶ Verweis auf Anlage.

Windhuk. Die *Inder* konzentrieren sich im Küstengürtel von Natal, insbesondere um Durban. Inderfrei ist – den alten Landesgesetzen entsprechend – der Oranje Freistaat [...].⁶⁷

In den Großstädten und Industriegebieten des Landes finden sich mehr oder weniger grosse Konzentrationen aller 3 Bevölkerungsteile, gruppiert um den weissen Bevölkerungskern, z. T. auch verzahnt mit diesem. Dieser Zustand ist dadurch hervorgerufen, dass sich die Wirtschaft des Landes in den letzten Jahrzehnten sprunghaft entwickelt hat und dass sie sich auf den unteren Stufen ausschliesslich nichtweisser Arbeitskräfte – insbesondere Schwarzer – bedient [...].⁶⁸ Die rassische Verfilzung der Landeszentren ist infolge der weiteren Entwicklung der Industrie in ständigem Fortschreiten.

c) Von den *Negern* der Union lebt etwa ein Drittel in den Reservaten, d. h. Gebieten, die ausschliesslich von schwarzer, Landwirtschaft treibender Stammesbevölkerung besiedelt sind und deren Grundfläche etwa 10 % der Gesamtgrundfläche der Union umfasst. Auch Südwesafrika besitzt Eingeborenen-Reservate [...].⁶⁹ Das Leben spielt sich in diesen Gebieten noch in den alten Stammesformen auf einer paradiesisch-primitiven Kulturstufe ab. Das idyllische Bild, das der Besucher der Unionsreservate erhält, ist aber trügerisch. Fast 90 % der arbeitsfähigen Männer dieser Gebiete sind ausserhalb der Reservate in der Industrie und in den Städten tätig, da die Landwirtschaft infolge der Überbevölkerung dieser Gebiete und der zurückgebliebenen Wirtschaftsmethoden der Eingeborenen nur dürftige Erträge abwirft. Darüber hinaus üben aber auch die Großstädte mit ihren Vergnügungen einen magnetisierenden Einfluss auf die schwarze Landbevölkerung aus. – Ein weiteres Drittel der Negerbevölkerung lebt in den weiten, von weissen Farmern bewirtschafteten landwirtschaftlichen Gebieten der Union. Die Neger betätigen sich dort als sesshafte oder umherziehende Landarbeiter, viele führen eine Art Landstreicher-Dasein (*squatters*). – Das letzte Drittel der schwarzen Bevölkerung ist verstädert. Es lebt, losgelöst von den alten Stammesbindungen, in den Städten bzw. am Rande derselben und in den Industriegebieten. Dieser Bevölkerungsteil betätigt sich als Handarbeiter bzw. als Handlanger in den verschiedensten Berufen und als Dienstpersonal in Privathäusern und Büros. Die urbanisierten Neger wohnen in ihrer Masse in abgesonderten, ausserhalb der weissen Stadtgebiete angelegten Siedlungen, sogenannten *Locations* [...].⁷⁰ Diese setzen sich aus winzigen, einheitlich gebauten und linear errichteten Einzelhäusern zusammen. Charakteristisch ist stets die völlige Baumlosigkeit der Siedlungen. Unter den *Locations* sind alle Spielarten, von den städtisch und industriell subventionierten Prunkanlagen bis zu verfallenen Slums ohne Wasserleitung, Entwässerung und elektrischem Licht vertreten. Daneben sind nach dem Kriege im Vorgelände der Städte, insbesondere bei Johannesburg und Kapstadt, „shanty towns“ entstanden, Notsiedlungen, deren Unterkünfte nur aus Brettern, Blech, Stoffresten und Lehm bestehen. Hier hausen die erst neu in die Städte zuwandernden Schwarzen, die in den *Locations* keine Unterkunft mehr finden konnten. Die Wohnverhältnisse dieser Siedlungen spotten jeder Beschreibung. Sie sind die Brutstätten von Krankheiten und Verbrechen. Die Räuberbanden jugendlicher Schwarzer, der Schrecken der Großstädte („*Tsotsis*“), haben hier ihren Sitz. – In den Wohnvierteln der Weissen selbst wohnt nur das schwarze Hauspersonal. Jedes Haus hat hier kleine, von der weissen Wohnstätte abgesonderte, meist mit der Garage verbundene Nebenbauten, die den Schwarzen als Unterkunft dienen. In den Miethäusern sind die Schwarzen in den Räumen der obersten Etage oder in Hinterflügeln untergebracht. – Eine Sondergruppe der schwarzen Bevölkerung der Industriegebiete bilden die Bergarbeiter der Minen. Diese sind durchweg Wanderarbeiter, die für einen beschränkten Zeitabschnitt in den Reservaten, den benachbarten britischen Protektoraten und in den innerafrikanischen Ländern bis hinauf nach Nyassaland⁷¹ rekrutiert worden sind. Sie kehren jeweils nach Ablauf ihrer 8–9-monatigen Arbeitsperiode in ihre Heimat zurück, wo auch ihre Familien verblieben. Diese Arbeiter werden von

⁶⁷ Verweis auf Anlage.

⁶⁸ Verweis auf Anlage.

⁶⁹ Verweis auf Anlage.

⁷⁰ Verweis auf Anlage.

⁷¹ Nyassaland ist das heutige Malawi.

den Minenverwaltungen in grossen, abgeschlossenen, kasernenmässigen Anlagen, sogenannten „compounds“ untergebracht. Viele dieser Unterkünfte lassen an Grosszügigkeit und Hygiene nichts zu wünschen übrig.

Die schwarze Arbeiterschaft des Landes ist zum grössten Teil als Proletariat anzusprechen. Die Gehälter liegen weit unter denen der Weissen und erreichen bei etwa $\frac{2}{3}$ der Arbeitnehmer kaum das Existenzminimum. Man lebt zumeist von der Hand in den Mund. Bei der grossen Masse herrscht Armut, ein Zustand, der aber durch die meist vorhandene Bedürfnislosigkeit gemildert wird. Ein Schulzwang für die Kinder besteht nicht. Nur ein ungefähres Drittel erhält schulische Erziehung, die bisher in der Hauptsache von den im Lande tätigen fremden Missionen und Kirchen (etwa 30) durchgeführt wurde. (Von deutschen Missionen sind hier die Berliner Mission, die Hermannsburg Mission, die Rheinische Mission, die Herrenhuter Mission und zahlreiche deutsch besetzte katholische Missionseinrichtungen beteiligt). Ein schwarzer Mittelstand hat sich bisher nicht bilden können. Nur wenige mittelbegüterte schwarze Geschäftsleute sind vorhanden. Die Oberschicht der Eingeborenenbevölkerung ist nur klein. Sie dürfte für die gesamte Union etwa 25 000 Köpfe betragen. Es handelt sich dabei zumeist um Lehrer, zu denen einige 100 Professoren, Ärzte und Anwälte hinzukommen. Die Schwierigkeit für den Nachwuchs der Oberschicht ist die, eine Betätigungsmöglichkeit zu finden. Bei den Lehrern ist nur eine begrenzte Anzahl von Stellen vorhanden, Akademiker können sich nur innerhalb der schwarzen Gemeinschaft betätigen und finden hier nur selten angemessene Erwerbsmöglichkeiten. Die Arbeitslosen der Oberschicht werden daher häufig in Betätigungen niederer Art zurückgeworfen. Aus dieser Schicht rekrutieren sich die politischen „Agitatoren“, die zumeist auch mit dem Kommunismus sympathisieren.

Seiner Natur nach ist der südafrikanische Neger faul, unordentlich, unzuverlässig und wenig geeignet für selbständiges Denken. Seine Leistungen liegen im allgemeinen unter denen eines europäischen Arbeiters und er bedarf bei seiner Arbeit ständiger Aufsicht. Im äusseren Auftreten ist der Neger zumeist korrekt und bescheiden, dahinter verbirgt sich aber die wilde und unberechenbare Leidenschaft des Naturmenschen. Eine bemerkenswerte Eigenschaft des südafrikanischen Negers ist die, dass er – von Ausnahmen abgesehen – ein Gefühl der Treue oder der Dankbarkeit für erwiesene Wohltaten gegenüber dem weissen Mann nicht kennt. Auf geistigem Gebiet sind zuweilen überraschend gute Anlagen, Wissbegierde und rasche Aufnahmefähigkeit vorhanden.

Die grossen Negerstämme sind vielfach miteinander verfeindet. Diese Feindschaft setzt sich sogar bei den verstärkten Eingeborenen fort, so dass z.B. in den Locations um Johannesburg zuweilen blutige Stammesfehden ausgetragen werden. Der physisch und charakterlich beste Stamm unter den Eingeborenen sind die Zulus.

Weit verbreitet unter den Negern ist – infolge Unterernährung – die Tuberkulose, ferner auch – infolge des zerrissenen Familienlebens – die Syphilis.

Die Eingeborenen sprechen ihre meist untereinander verwandten Stammessprachen [...]⁷², in den Städten zumeist auch englisch und afrikaans. Oft ist ein ausgesprochenes Sprachtalent vorhanden.

Im ganzen bietet die schwarze Bevölkerung das Bild einer innerlich zerspaltenen, apathischen, ihrer Kräfte noch unbewussten Volksgruppe, die vom Druck der Weissen eingeschüchtert dahinlebt. Aber ein zunehmendes Erwachen, gefördert auch durch Ereignisse ausserhalb der Union, ist bemerkbar.

Die wichtigste, sich über das ganze Land erstreckende schwarze Organisation ist der „African National Congress“. An seiner Spitze stehen bisher gemässigte Elemente. Präsident ist zur Zeit der verstärkte Zuluhäuptling A. J. Luthuli⁷³. Vorsichtig gepflegte Verbindungen mit Moskau sind vorhanden.

⁷² Verweis auf Anlage.

⁷³ Albert John Luthuli, geb. 1898 bei Bulawayo/Zimbabwe, seit etwa 1908 in Natal. Erzog im Geiste der Methodistischen Kirche, prägten die Sprache der Bibel und des christlichen Glaubens seinen politischen Stil; 1938 Teilnahme an Missionskonferenz in Indien, 1948 neunmonatige Reise durch die USA. Seit Ende der vierziger Jahre aktiv im ANC, ab Dezember 1952 Generalpräsident der Organisation. Verhaftung und Verfolgung durch die südafrikanische Polizei. 1961 Friedensnobelpreis, am 21.7. 1967 Unfalltod.

Nationalhymne des Kongresses ist das bei allen Schwarzen Süd- und Mittelfrikas bekannte und mit den verschiedenen Sprachtexten versehene Lied: „Nkosi Sikelel' i Afrika“⁷⁴ (Titel in Zulusprache).

d) Die in den Städten lebenden *farbigen Mischlinge* wohnen zum grossen Teil in den weissen Stadtgebieten, oft auch in besonderen Vierteln oder Strassen. In der Umgebung von Kapstadt sind auch farbige Lokationen vorhanden, auch farbige slums und shanty towns, die an Verkommenheit denen der Schwarzen nicht nachstehen. Die farbige Volksgruppe besteht aus einer gutbürgerlichen Intelligenzspitze von Lehrern, Ärzten und Anwälten, aus einem breiten kleinbürgerlichen Mittelstand, aus einer Schicht von industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitern, von Seeleuten und Hausangestellten, und der proletarischen Schicht dahinvegetierender Slumbewohner. Die Lebensweise der bürgerlichen und Arbeiterklassen entspricht in abgestufter Form derjenigen der Weissen. (Massgebend an der Erziehung der gehobenen Schichten der Farbigen beteiligt ist die deutsche Herrnhuter Mission)⁷⁵.

Die Sprache der Farbigen ist Afrikaans. Die Lohnsätze der in der weissen Wirtschaft tätigen Farbigen liegen beträchtlich unter denen der Weissen, sind aber höher als die der Schwarzen.

Charakteristisch für diese Bevölkerungsgruppe ist ihre schwächliche Physis, ihre matte Vitalität sowie die vielfach vorhandene Neigung zur Trunksucht.

Als Sondergruppe der Coloureds gelten etwa 40000 in und um Kapstadt ansässige Malayen. Sie sind zumeist fleissige und geschickte Handwerker. Der Religion nach sind sie Mohammedaner.

Die Farbigen besitzen mehrere politische und wirtschaftliche Organisationen, es fehlt aber eine zentrale Spitze. Die wichtigsten politischen Organisationen sind die „Coloured People's National Union“ (Präsident Mr. J.G. Golding)⁷⁶ und die erst kürzlich gegründete „South African Coloured Peoples' Organization“.

e) Die *indische Volksgruppe* lebt nach Kultur und Sprache nach indischen Maßstäben. Die Männer tragen europäische Kleidung, die Frauen kleiden sich indisch. Etwa 80 % der Inder sind Hindus, etwa 14 % Mohammedaner, etwa 4 % Christen. Es handelt sich auch bei dieser Volksgruppe durchgängig um südafrikanische Staatsangehörige.

Der Inder ist fleissig und regsam. Eine breite Mittel- und eine kräftige Oberschicht sind vorhanden. Viele Angehörige dieser Volksgruppe sind Kaufleute. Die Unterschicht besteht aus Arbeitern, die insbesondere in den Zuckerrohrplantagen Natalis tätig sind. Die Kaufleute betreiben vor allem Obst- und Gemüsehandel sowie Warenläden für Eingeborene. Eine verhältnismässig grosse Zahl von Indern hat es zu Wohlstand gebracht. Auch reiche Inder sind nicht selten. In den Städten lebt die indische Bevölkerung – ähnlich wie die Farbigen – zumeist in gesonderten Strassen, Wohn- und Ladenvierteln. In Durban tragen ganze Teile der Stadt sowie einige Vororte völlig indisches Gepräge.

Die Arbeitslöhne der in der weissen Wirtschaft tätigen Inder liegen beträchtlich unter den für die Weissen geltenden Sätzen.

Die führenden politischen Organisationen, die sowohl Hindus wie Mohammedaner umfassen, sind der „South African Indian Congress“ (Präsident Dr. J.M. Dadoo)⁷⁷ und die „Indian Organization“ (Präsident: E.M. Moolla)⁷⁸. In der ersteren vereinigt sich die Masse der Arbeiterschaft, der letzteren

⁷⁴ Dies ist die heutige Nationalhymne Südafrikas.

⁷⁵ Ursprünglich als innerkirchliche Erneuerungsbewegung im Geiste des Pietismus begründet und in dem Ort Herrnhut in der Oberlausitz beheimatet, betrieb die Herrnhuter Brüdergemeinde seit dem 18. Jahrhundert auch äussere Missionsarbeit, die in Südafrika im Jahre 1737 begann.

⁷⁶ George Golding führte die konservative „Nationale Volksunion der Farbigen“ und gab in dieser Funktion praktischen Verbesserungen der Lebensbedingungen den Vorzug vor ideologischen Auseinandersetzungen.

⁷⁷ Jusuf (Yusuf) M. Dadoo, geb. 1909 in Transvaal als Sohn eines muslimischen indischen Geschäftsmannes, leitete nicht nur die führende Organisation der Inder in Südafrika, sondern spielte auch in der kommunistischen Partei Südafrikas eine herausragende Rolle. Er war ferner eine treibende Kraft hinter den Einigungsbemühungen von Indern und Schwarzen in ihrem Kampf gegen die Rassendiskriminierung.

⁷⁸ Näheres nicht zu ermitteln.

gehören vor allem die Angehörigen des Handels, also die Wohlhabenden und Gemässigten, an. Hervorhebung verdient, dass Gandhi, der als Rechtsanwalt in Durban lebte, von Südafrika aus seine Kampagne des passiven Widerstands begann. Sein Sohn Manilal⁷⁹ Gandhi zählt heute zu den führenden Köpfen des Nataler Indertums. – Politische Spannungen, die 1948 zu heftigen Ausbrüchen in Durban führten, bestehen zwischen Indern und Zulus. Diese Spannungen gehen auf die rücksichtslose Ausbeutung der Eingeborenen durch die indischen Händler zurück.

f) Bei Betrachtung der nichtweissen Bevölkerung der Union darf nicht unerwähnt bleiben, dass die untere burische Volksschicht, die sogenannten „poor whites“, so abgesunken ist, dass sie leistungsmässig, oft auch kulturell, unter den Spitzengruppen der Nichtweissen, selbst der Neger, steht. Diese poor whites verrichten nur Arbeiten niederer Art, die an sich von Nichtweissen zu leisten wären, sie werden dabei aber aus Prestige Gründen nach den gehobenen Lohnsätzen der Weissen bezahlt.

II. Die ideologischen und historischen Entwicklungen der südafrikanischen Rassenpolitik.

a) Zwei Grundauffassungen treten bei einem Rückblick auf die Entwicklung der Rasseverhältnisse in Südafrika hervor. Einmal die traditionelle Einstellung der alten Burenrepubliken: Nach dieser sind die Schwarzen keine Vollmenschen, sondern nur „schepsels“ (= Geschöpfe), die zur Natur das Land gehören und die den Weissen daher dienstbar sein müssen. Diese Auffassung lässt keinerlei soziale, geschweige denn politische Gleichstellung der schwarzen Eingeborenen zu und klingt in vielem an die Verhältnisse der alten Sklavenzeit an. In engem Zusammenhang steht diese Einstellung mit der Lehre der Dutch Reformed Church, der Nationalkirche der Buren. Diese glaubt, die Grundsätze der Rassetrennung und weissen „Vormundschaft“ auch aus der Bibel bzw. dem Alten Testament, das den Buren besonders nahesteht, ableiten zu können. Sie lehrt, dass beide Grundsätze Gottes Gebot entsprächen.

Der burischen Auffassung steht die in der alten Gesetzgebung der Kapkolonie, teilweise auch der Kolonie Natal zum Ausdruck kommende liberal-englische Einstellung gegenüber. Nach dieser sind die Eingeborenen menschliche Wesen primitiver Art, die mit Wohlwollen zu behandeln und durch Erziehung zu heben sind. Selbstverständlich werden ihre Arbeitskräfte zugunsten der Weissen auszunutzen sein. Fähigen Individuen soll aber eine arbeitsmäßige und soziale Aufstiegsmöglichkeit gegeben werden, qualifizierten auch eine Beteiligung am Staatsleben. (Rhodes: „Equal rights to all civilized men“).

Diese Grundsätze gelten auch für die Farbigen und Inder, wobei allerdings bezüglich der letzteren in Natal von vornherein Einschränkungen gemacht wurden. Die liberale Einstellung bildete auch die Grundauffassung der im 19. Jahrhundert in Südafrika Fuss fassenden überseeischen Missionen und Kirchen.

b) Eine Vermischung der beiden Ideologien trat ein, als nach dem Zusammenschluß der südafrikanischen Kolonialgebiete zur Union (1910) eine gesamtstaatliche Behandlung der Rassefragen erfolgte. Die Unionsgesetze, die in den Jahrzehnten bis zum Antritt der nationalburischen Regierung Malan⁸⁰ (1948) geschaffen wurden und deren geistige Väter vor allem Hertzog⁸¹ und Smuts⁸² waren, trafen Regelungen, in denen teils englische, teils burische Grundauffassungen zum Ausdruck kamen:

Die 3 nichtweissen Bevölkerungsgruppen behielten bzw. erhielten für einen Kreis von qualifizierten Angehörigen Wahlrechte. Die Schwarzen und Inder wurden dabei auf Sonderlisten gesetzt, und

⁷⁹ Manilal Gandhi, Herausgeber der südafrikanischen Zeitung „Indian Opinion“ und konsequenter Vertreter der Gewaltlosigkeit als politischem Mittel. Über die Frage der Gewaltlosigkeit im Kampf gegen die Rassendiskriminierung in Südafrika hatte er auch Auseinandersetzungen mit Nelson Mandela.

⁸⁰ Daniel François Malan (1874–1959), calvinistischer Prediger, Ministerpräsident der Südafrikanischen Union von 1948 bis 1954.

⁸¹ James Barry Munnik Hertzog (1866–1942), südafrikanischer Ministerpräsident von 1924 bis 1939.

⁸² Jan Christiaan Smuts (1870–1950), südafrikanischer Ministerpräsident von 1939 bis 1948; Mitbegründer des Völkerbunds und der Vereinten Nationen.

sie erhielten je 3 – weisse – Abgeordnete im Abgeordnetenhaus und 4 bzw. 2 – weisse – Vertreter im Senat zugewilligt. Für die Schwarzen wurde daneben eine außerparlamentarische Vertretung geschaffen, ein aus vorwiegend Eingeborenen-Vertretern gebildeter „Native Representative Council“. Dieser sollte bei allen die schwarze Volksgruppe betreffenden Massnahmen beratende Funktionen ausüben. Er stellte einen Ansatz dar für ein späteres selbständiges Eingeborenenparlament.

Gegenüber den gemachten politischen Konzessionen wurde bezüglich der Schwarzen nunmehr aber eine systematische wohnungsmässige und soziale Segregationspolitik durchgeführt (vertikale Trennung). Die Industrialisierung des Landes hatte begonnen, und in zunehmendem Masse strömten die Neger in die Städte ein, um sich dort als Arbeiter zu betätigen. Es kam darauf an, Schwarz und Weiss jetzt schärfer als bisher voneinander zu trennen. Die Neger wurden jetzt gesetzmässig von der Niederlassung in den weissen Wohngebieten ausgeschlossen und zur Ansiedlung in geschlossenen, ausserhalb der Städte gelegenen Locations gezwungen. Die grossen Negersiedlungen um Johannesburg (Alexandra Township, Sophiatown, Orlando u. a.) und Pretoria (Lady Selborne und Attaridgeville) entstanden. Das Recht zum Grunderwerb in den von Weissen bewohnten Gebieten wurde den Eingeborenen genommen. Aber auch arbeitsmässig wurden die Neger separiert. Die Farbenschanke (colour bar) wurde gesetzlich eingeführt (horizontale Trennung). Sie verbot, dass Eingeborene aus der niederen Arbeitssphäre in höhere Stufen aufrückten und dadurch zur Konkurrenz der Weissen wurden. Durch weitere Anordnungen über das Lohnniveau, Einschränkung von Gewerkschaftsrechten, Streikverbot und Gehorsamspflicht wurden die Eingeborenen zum Arbeitsvolk der Weissen gestempelt.

Wenn diese Segregationsbestimmungen der burischen Grundeinstellung entsprachen, so wurde andererseits aber auch durch besondere Fürsorgebestimmungen der englisch-liberalen Auffassung weitgehend Rechnung getragen. Die vorwiegend mit Negern besiedelten Gebiete wurden zu Eingeborenenreservaten erklärt. Sie sollten zur nationalen, mit Selbstverwaltungsrechten ausgestatteten Heimstätte der schwarzen Bevölkerung werden, in denen wiederum der Weisse vom Grunderwerb ausgeschlossen war. Ein „Native Trust Fund“ wurde gebildet, mit dessen Mitteln neue Ländereien angekauft und die Reservate vergrößert werden sollten.

Bezüglich der Inder erfolgten nur Massnahmen, die ihr Hineinwachsen in die Sphäre der weissen Wirtschaft verhindern sollten. Auch für sie wurde die Farbenschanke – über das Gebiet von Natal hinaus – eingeführt. Ihr Recht auf Grunderwerb wurde beschnitten und auch ihre Freizügigkeit weitgehend eingeschränkt.

Ausschliesslich unter englisch-liberalen Gesichtspunkten behandelt wurden die Farbigen. Sie wurden weder separiert noch wurde für sie die gesetzliche Farbenschanke errichtet. Ihr Status wurde belassen wie er in der alten Kapprovinz gewesen war. Sie wurden als Anhängsel der weissen Bevölkerung betrachtet.

Hand in Hand mit diesen Regelungen, die ihren gesetzgeberischen Höhepunkt unter Premierminister General Hertzog im Jahre 1936 hatten, erfolgten umfassende Massnahmen auf dem Gebiet des Schul- und Erziehungswesens. Die Unterrichtsanstalten der Missionen wurden geldlich unterstützt und dazu eine Anzahl staatlicher Schulen und Ausbildungsinstitute neu errichtet. Schon 1916 war in Fort Hare in der östlichen Kapprovinz eine Eingeborenen-Universität begründet worden. Dazu wurden jetzt auch Nichtweisse in beschränkter Zahl zu 3 ordentlichen Universitäten zugelassen (Johannesburg, Kapstadt und Pietermaritzburg). Bedeutende Beträge wurden für das Gesundheitswesen der Nichtweissen ausgeworfen, auch die Altersversorgung und andere soziale Dienste wurden auf die nichtweissen Bevölkerungsgruppen ausgedehnt. Gemessen an dem, was auf den verschiedenen Gebieten für die grosse Zahl der Nichtweissen zu leisten war, waren die ausgesetzten Summen aber nur gering.

c) Hervorgerufen durch die Überflutung der Grossstädte durch die Eingeborenen flammte in den Jahren dieser Regelungen das Rassebewusstsein der weissen Bevölkerung auf und führte [...] zu scharfen sozialen Distanzierungsmassnahmen gegen die Nichtweissen. Die alten burischen Herrenvolk-Auffassungen wurden jetzt zum Allgemeingut. Es erfolgten Verbote für die nichtweisse Bevölkerung, weisse Lokale, Anlagen und Veranstaltungen zu besuchen, in den Postanstalten, bei der Ei-

senbahn, der Polizei und in den Banken wurden besondere Schalter und Eingänge für Nichtweisse eingerichtet, in den Zügen erfolgte eine Separierung von Weiss und Nichtweiss, ebenso erfolgte in den öffentlichen Parks die Aufstellung getrennter Sitzbänke.

Diese Massnahmen sowie die gegen die Neger ergangenen Separationsgesetze waren es, die damals im nationalsozialistischen Deutschland ihren Widerhall fanden und die dann vielfach in übertragendem Sinne auf das deutsche Judentum angewandt wurden.

III. Die Grundlagen der Apartheidspolitik der nationalburischen Regierung.

Während in der Rassepolitik der früheren Unionsregierungen trotz aller Segregationsmassnahmen der Schwerpunkt bei den englisch-liberalen Grundeinstellungen lag, kommt in der Rassepolitik der seit 1948 amtierenden nationalburischen Regierung Malan – der „Apartheidspolitik“ – wieder verstärkt der altburische Standpunkt zum Ausdruck. Die Schraube der grundsätzlichen weissen Vorherrschaft und Separation wird schärfer angezogen. Ideologisch steht dabei weiter im Hintergrund die Lehre der Dutch Reformed Church, wonach die burische Rasseauffassung von Gott gewollt ist und seinem Gebot entspricht. [Bei nationalen Veranstaltungen und in der Literatur beruft man sich hierbei vor allem auf folgende Bibelstellen: Esra IX und X (vertikale Trennung), 1. Moses IX, 18–27; Josua IX, Buch der Richter VI, 1–24 (horizontale Trennung)]⁸³. Zu dieser Rechtfertigung kommen jetzt aber auch realistische Erwägungen hinzu. Man befürchtet, dass die Nichtweissen bei ihrer schnellen Vermehrung, bei ihrer zunehmenden Bedeutung für das weisse Wirtschaftsleben, den aufklärenden Einflüssen der Gegenwart und den Einwirkungen von aussen eines Tages das Übergewicht erhalten und der weissen Vorherrschaft gefährlich werden könnten. Hiergegen glaubt man sich nur durch schroffe Abwehr schützen zu können. Eine Rolle bei der Apartheidspolitik spielt natürlich auch ein menschliches Bequemlichkeitsmoment. Man hat sich nur zu sehr daran gewöhnt, billige Hilfskräfte zur Verfügung zu haben, und man ist daher mit allen Mitteln bestrebt, diesen Zustand aufrecht zu erhalten, um so mehr, als das Land gerade jetzt grossen Entwicklungsmöglichkeiten gegenübersteht. Der Zurücksetzung der Eingeborenen stehen dabei um so weniger Bedenken entgegen, als die afrikanische Geschichtsforschung inzwischen festgestellt hat, dass die Bantus erst im 17. Jahrhundert, gleichzeitig mit den ersten Weissen, in Südafrika eingewandert sind, dass sie also als Ureinwohner des Landes, die besonders respektiert werden müssten, nicht angesehen zu werden brauchen.

Von diesen Grundauffassungen ausgehend hat die Apartheidspolitik im einzelnen folgendes zum Ziel [...]⁸⁴:

a) Klarer als bisher soll im Staatsleben des Landes zum Ausdruck kommen, dass Südafrika in seinem Grundcharakter ein „white man's country“ ist. Nur der Weisse soll die Staatspolitik bestimmen. Die nichtweissen Bevölkerungsgruppen sollen dem weissen Willen unterworfen sein, wobei in grossen Fragen nach Möglichkeit auch eine Mitwirkung beratender Art ausgeschlossen sein soll. Gemachte Konzessionen der früheren Zeit werden daher wieder abzubauen sein: Wieder zu beseitigen war demgemäss die Wahlbeteiligung der Inder und ihre (weisse) Vertretung im Parlament; zu beseitigen ist ferner die Beteiligung der Farbigen an den allgemeinen Wahlen; sie sollen, ähnlich wie die Neger, auf besonderen Listen wählen und nur durch einige weisse Abgeordnete bzw. Senatoren im Parlament vertreten werden.

b) Die Separierung (vertikale Apartheid) von Schwarz und Weiss soll schärfer durchgeführt werden als bisher, dazu nunmehr auch die Segregation der Inder und Farbigen und die der 3 nichtweissen Rassen untereinander. Jede Rasse soll sich in ihrer eigenen Sphäre entwickeln und ein selbständiges völkisches Leben führen. Es sollen demgemäss jetzt auch die Inder und Farbigen aus den weissen Wohngebieten verschwinden und in eigenen Locations angesiedelt werden. Dabei ist das Endziel bezüglich der Inder das, diese eines Tages aus dem Lande zu entfernen und sie in ihre Stammländer zu repatriieren.

Bei der Separation der Schwarzen schwebt den Theoretikern der Apartheid sowie auch den Theologen der Dutch Reformed Church eine grundsätzliche Konzentrierung der Eingeborenen in den Re-

⁸³ Im Originaldokument hat dieser Einschub die Form einer Fußnote.

⁸⁴ Verweis auf Anlage.

servaten vor, aus denen durch Vergrößerung und Zusammenlegung ein autonomer Staat „Bantustan“ geschaffen werden soll („totale Apartheid“). Da diese Lösung aber die Wirtschaft der Union zum Erliegen bringen würde und daher praktisch unmöglich ist, findet sich die Regierung mit dem Fortbestehen der gegenwärtigen Rassevermischung „zunächst“ ab. Sie betrachtet aber die in den weissen Gebieten lebenden Eingeborenen jetzt nur noch als Siedler auf Zeit, die später, wenn es die Umstände erlauben, in die Reservate zurückgeführt werden müssen. Als Zukunftslösung, die den Erfordernissen von Theorie und Praxis gleichzeitig Rechnung tragen würde, schwebt der Regierung dabei vor, das Wanderarbeiter- bzw. Compoundsystem, das zur Zeit die Minen handhaben [...]⁸⁵, allgemein einzuführen. Neu entstehende Industrien sollen, um weitere Bevölkerungsverschiebungen von vornherein zu vermeiden, in Zukunft möglichst gleich an den Grenzen der Reservate errichtet werden.

Die jetzigen „schwarzen Flecke“ im weissen Gebiet sollen strenger als bisher abgekapselt werden. Vielfach werden sie auch verlagert werden müssen, um in die jetzige Verschachtelung von Schwarz und Weiss Klarheit zu bringen.

c) Bei der ständigen Zunahme von nichtweissen Arbeitskräften, die es inzwischen zu beruflicher Vollkommenheit gebracht haben, soll zum Schutz der weissen Arbeiterschaft die Aufrechterhaltung der Farbenschranke (horizontale Apartheid) durch neue Massnahmen gestützt werden. Nichtweisse, die einen gehobenen Beruf ausüben können, sollen dies ausschliesslich innerhalb ihrer eigenen Volksgruppe tun.

d) Um der Negerbevölkerung zu dem gedachten Eigenleben zu verhelfen, wird geplant, die Entwicklung der Reservate durch neue Massnahmen zu fördern. Landwirtschaftliche Ameliorationen (Dammbauten und neue Schutzanlagen gegen Bodenerosion) sollen durchgeführt werden. Auch wird an die Erschaffung von Industrien in den Reservaten selbst gedacht. Angestrebt werden soll ferner auch ein Ausbau der Selbstverwaltungsrechte. Auch die Siedlungsgemeinschaften der in den weissen Gebieten lebenden Eingeborenen sollen mit diesen ausgestattet werden.

Ins Auge gefasst ist ferner eine Intensivierung der durch den Native Trust Funds betriebenen Landkäufe zur Vergrößerung der Reservate [...]⁸⁶. In diesem Zusammenhang ergibt sich die Notwendigkeit, auf aussenpolitischem Gebiet für die alsbaldige Eingliederung der 3 britischen Protektorate, die fast ausschliesslich von Schwarzen bewohnt werden, zu sorgen. Mit diesen zusammen hofft man eines Tages ein lebensfähiges „Bantustan“ erschaffen zu können.

e) Eine allgemeine Steigerung der Hilfsmassnahmen des Staats für die Wohlfahrt der Nichtweissen und der Zuschüsse für das Schulwesen.

Viele Ziele der Apartheidspolitik liegen zur Zeit noch im Dunkeln, da Theorie und Praxis schwer miteinander in Einklang zu bringen sind. Nach Äusserungen des Ministerpräsidenten ist die gegenwärtige Zeit eine „Übergangsperiode“, aus der heraus Schritt für Schritt dem Apartheidstaat entgegen gearbeitet werden soll. Insgesamt wird zur Durchführung der Apartheidspolitik, die auf einen gesamtstaatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Umbau von riesigem Ausmass hinausläuft, ein Zeitraum von etwa 50 Jahren für nötig erachtet.

Unter der Ägide der Apartheidspolitik hat sich ein ausserordentlich strenger Ton der Weissen, insbesondere der bürischen Volksgruppe, gegen die Nichtweissen entwickelt. Bei allen Massnahmen der Regierung wird der Herrenumstandpunkt betont. Ein landesväterlich-freundliches Wort erscheint der Staatsführung überflüssig. Jeder soziale Kontakt mit prominenten Nichtweissen, Gelehrten oder Stammeshäuptlingen, desgleichen auch jede Ehrerweisung gegenüber solchen Persönlichkeiten unterbleibt. [Nach Abfassung dieser Arbeit wird bekannt, daß der Generalgouverneur Dr. Jansen⁸⁷ kürzlich einer Stammesfeier der Zulus beiwohnte und bei dieser Gelegenheit den versammelten Zulu-häuptlingen das Interesse und die wohlmeinende Einstellung der Regierung bezüglich der „Zuluna-

⁸⁵ Verweis innerhalb des Dokuments.

⁸⁶ Verweis innerhalb des Dokuments.

⁸⁷ Ernest George Jansen (1881–1959), Generalgouverneur in der Südafrikanischen Union von 1951–1959.

tion“ versicherte. Es ist dies das erste Mal, daß ein staatlicher Spitzenfunktionär aus seiner Reserve gegenüber den Eingeborenen heraustritt und die bisherige Linie der sozialen Distanzierung verläßt.⁸⁸ Bei den unteren Staatsbehörden wirkt sich diese Einstellung oft in schroffer Weise aus, und befehlshaberisches Verhalten und offen gezeigte Verachtung sind die Regel. Freundlicher ist die Behandlung der Nichtweissen bei den Minen- und Industriebetrieben. Auch hat sich gegenüber den Eingeborenen auf dem platten Land teilweise noch die wohlmeinende, altpatriarchalische Form des Herrtums erhalten.

IV. Die bisherige Apartheidgesetzgebung.

[...] ⁸⁹

V. Gegenströmungen innerhalb und ausserhalb der Union.

a) Gegenströmungen innerhalb der weissen Volksgruppe.

Die oppositionelle *United Party*, hinter der das Engländertum und die englisch ausgerichteten Buren stehen, bekämpft innerhalb und ausserhalb des Parlaments die Apartheidspolitik der Regierung aufs heftigste. Vieles geht dabei aber zu Lasten der grundsätzlich oppositionellen Haltung. Im Grunde ist der Standpunkt der Partei in vielem nicht allzuweit von dem der Apartheidspolitiker entfernt. Die Partei steht im Grundsatz auf dem Boden der alten Hertzog'schen Gesetzgebung. Sie tritt für Wiederherstellung bzw. Erhaltung der damals gewährten staatsbürgerlichen Teilrechte an die Nichtweissen – mit Ausnahme der Inder – ein, sie fordert auch beratende Hinzuziehung der Eingeborenen und Farbigen, wenn wesentliche Entscheidungen über ihr Schicksal getroffen werden. Die Partei ist aber – wie die nationalburische Partei – für strenge soziale und wohnungsmäßige Separation zwischen Weiss und Schwarz, desgleichen auch für die Aufrechterhaltung der Farbenschranke. Als Hauptabwehrmittel gegen die Überflutungsgefahr durch die Schwarzen fordert sie eine Abkehr von der restriktiven Einwanderungspolitik der Nationalen Regierung und den Übergang zu einer weissen Masseneinwanderung, wie sie Australien und Kanada betreiben. Bezüglich der Farbigen wird gefordert, sie in einem Status zu belassen, der sie weiter zu Anhängseln der weissen Bevölkerung stempelt. In der Inderfrage stimmt die *United Party* mit der Nationalen Partei darin überein, daß die Endlösung in der Repatriierung der indischen Minderheit liegen müsse.

Ein Hauptargument der *United Party* bildet die Feststellung, daß wirtschaftliche Integration auf Dauer politische Integration unvermeidlich mache. Dieser Entwicklung müsse also schon jetzt Rechnung getragen werden. Ein liberaler Flügel der Partei ist dabei zu weitgehenden Konzessionen bereit. Im übrigen weist die Partei bei ihren politischen Auseinandersetzungen stets auf die Tatsache hin, dass die Schwarze Industriearbeiterschaft gerade unter der jetzigen Regierung beträchtlich angewachsen sei und bei dem im Zuge befindlichen Ausbau der Industrie in den nächsten Jahren noch weiter ansteigen müsse. Die Regierung treibe also eine heuchlerische Politik: sie fördere die Integration, während sie nach außen Apartheid predige.

Der neuerdings abgesplitterte *unabhängige* Flügel der *United Party* lehnt die Gewährung staatsbürgerlicher Teilrechte an die Nichtweissen ab und sympathisiert in diesem Punkt mit der burischen Nationalpartei.

Die mit einigen Sitzen im Parlament vertretene *Arbeiterpartei* nimmt in ihrer Rassepolitik eine ähnliche Haltung ein wie die *United Party*. Nur vertritt sie im Interesse der weissen Arbeiterschaft mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit der wirtschaftlichen *Colour Bar*.

Im Anschluß an die letzten Wahlen hat sich im Herbst vorigen Jahres – zunächst noch ausserhalb des Parlaments – eine *liberale Partei* gebildet. Sie steht auf dem Boden der alten liberalen englischen Schule und fordert eine weitgehende Gleichberechtigung qualifizierter Nichtweisser. Bei den Separa-

⁸⁸ Im Originaldokument hat dieser Einschub die Form einer Fußnote.

⁸⁹ Hier werden die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen aufgeführt, die bis dahin zur Durchführung der Apartheidpolitik ergangen waren.

tionsmaßnahmen wirft sie der Nationalen, aber auch der United Party vor, daß die Distanzierungspolitik übertrieben werde und z. T. auch auf Heuchelei beruhe. Denn dort, wo es dem weissen Egoismus nützlich sei, kenne er keine Scheidung: der nichtweisse Arbeiter zusammen mit den Weissen in Fabriken und Büros, kein Privathaus sei ohne nichtweisse Bedienstete, der Nichtweisse koche dort sogar die Speisen, und die weissen Kinder würden von schwarzen Kinderfrauen betreut.

Bei der englisch orientierten Intelligenz des Landes hat die Liberale Partei zahlreiche Anhänger. Ihr Echo bei der Masse der Bevölkerung ist jedoch, wie jüngste Wahlergebnisse gezeigt haben, nur sehr gering.

Ausserhalb der Politik stellen sich gegen den Rassekurs der Nationalen Regierung die meisten der im Lande tätigen ausländischen Kirchen und Missionen. Eine Ausnahme machen hierbei die deutsch-evangelischen Missionen, deren Führung stark dem burischen Standpunkt zuneigt. Liberal bzw. United Party-mäßig orientiert sind ferner die Universitäten Johannesburg und Kapstadt. Sie stehen auf dem Standpunkt der academic non-segregation und nehmen Nichtweisse zu gleichen Bedingungen auf wie weisse Studenten. Der Anteil der nichtweissen Studierenden beträgt dabei auf beiden Universitäten etwa 6 %. Die Universitäten Johannesburg und Kapstadt haben auch in ihren Stäben einige nichtweisse Vertreter. Auch nichtweisse Vortragsredner sind bei ihnen zugelassen.

Gegen den Kurs der Regierung stellen sich ferner eine Anzahl Industriebetriebe, indem sie begonnen haben, Eingeborene – gewissermassen illegal – auch als Facharbeiter bzw. in gehobenen Funktionen zu beschäftigen.

b) *Gegensätzliche rassepolitische Strömungen ausserhalb der Union.*

Mit der in der Apartheidspolitik enthaltenen Diskriminierung der Nichtweissen steht die Südafrikanische Union im Gegensatz zu allen Staaten der Welt, die nichtweisse Minderheiten grösseren Umfangs oder koloniale Territorien besitzen. Sie steht insbesondere auch allein unter den Staaten, die sich in das übrige Afrika teilen. Portugal, Belgien und Frankreich gewähren ihren Eingeborenen weitgehende politische Rechte und kennen keine wirtschaftliche Colour Bar. England ist in seinen afrikanischen Kolonialgebieten bemüht, den Eingeborenen Selbstverwaltung zu geben oder dort, wo eine starke weisse Bevölkerung vorhanden ist, qualifizierte nichtweisse Elemente am Staatsleben zu beteiligen. Die Südafrika benachbarte, junge Mittelafrikanische Föderation hat den Grundsatz der Partnership zur Grundlage ihrer Rassepolitik gemacht. Bei aller sozialen Distanzierung hat man dort, wo die englische Einstellung massgebend ist, auch immer im Auge, den Nichtweissen mit Freundlichkeit zu begegnen und sie nicht durch äusseres Hervortretenlassen des Herrenstandpunkts unnötig zu verletzen. In den 3 südafrikanischen Protektoraten Englands stehen die englischen Verwaltungsstellen in freundlichen Beziehungen mit den Stammesfürsten bzw. dem eingeborenen Verwaltungsapparat, wobei auch gelegentliche gesellschaftliche Kontakte stattfinden. Stammeshäuptlinge erhalten, wie bekannt, sogar Einladungen zur Teilnahme an Staatsfeiern in London, und sie werden bei solchen Anlässen auch in Windsor empfangen. Bei Besuchen der Königlichen Familie in Afrika werden die Stammesfürsten und hohen eingeborenen Würdenträger regelmäßig vorgestellt und durch Handschlag der hohen Besucher geehrt.

Die Apartheidspolitik der Südafrikanischen Regierung hat schließlich eine scharfe Reaktion und Gegnerschaft der jungen farbigen Staaten des Mittleren und Fernen Ostens hervorgerufen. Diese erblicken in der Rassepolitik der Union ein Extrem des von ihnen bekämpften Kolonialismus. Ihre Gegnerschaft kommt in direkten Angriffen leitender Staatsmänner, teils auch in Angriffen, die in der UNO geführt werden, zum Ausdruck. Es ist ihnen mit Hilfe anderer Mitgliedstaaten, insbesondere süd- und mittelamerikanischer Länder sowie Russlands und seiner Satellitenstaaten gelungen, eine stark anti-südafrikanische Gesamthaltung der UNO herbeizuführen. Eine scharfe Gegenströmung geht insbesondere von Russland aus, das die Befreiung der Kolonialvölker als Teil seines Weltrevolutionsprogramms betrachtet. Es ist anzunehmen, daß sowohl Russland wie auch Indien den nichtweissen Bevölkerungsgruppen der Union bereits jetzt auf heimlichen Wegen praktische Unterstützung zuteil werden lassen. Bei Russland dürfte dies in der Übersendung von Propagandamaterial und in der Ausbildung von Führerpersönlichkeiten, die nach Moskau berufen und dort geschult werden, bestehen, bei Indien in der Überweisung von Geldmitteln.

c) Die Reaktion der Nichtweissen auf die Apartheidspolitik.

Die Vorenthaltung politischer Rechte und das bedingungslose Unterworfensein unter den Willen eines weissen Staatsvolks wird von den 3 nichtweissen Bevölkerungsgruppen als demütigend empfunden, um so mehr als dies mit schweren, sich zum Teil steigenden Nachteilen verbunden ist. Die Schwarzen fühlen sich in ihren Entwicklungsmöglichkeiten gehemmt und sehen keinen Weg, wie sie je auch nur in bescheidenem Maße Anteil an den Reichtümern des Landes gewinnen könnten. An der Entwicklung der Reservate haben sie nur ein beschränktes Interesse, die Begründung des Zukunftsstaates „Bantustan“ erscheint ihnen zu fern, als dass sie daran irgendwelche Hoffnungen knüpfen könnten. Zu alledem schwebt über den 3 Bevölkerungsgruppen das Damoklesschwert der geplanten Umsiedlungen. Die Nichtweissen haben dabei das Gefühl, hin- und hergeschoben zu werden wie die leblosen Figuren eines Schachspiels. Die Erfahrungen haben sie gelehrt, daß die Umsiedlungen nur selten eine Verbesserung der Lebenslage herbeiführen, daß damit vielmehr zumeist schwere materielle Opfer und Nachteile verbunden sind. Die Erhöhung der Staatszuschüsse für Schulen, soziale Einrichtungen und Renten hat sich im einzelnen nur unmerklich ausgewirkt, so dass sie als staatliche Wohltat nicht empfunden werden. Hierzu kommt bei den Eingeborenen, dass diese schon rein charakterlich ein Gefühl der Dankbarkeit nicht kennen. Mit Bitterkeit wird allgemein der Unterschied konstatiert, der zwischen weissen und nichtweissen Renten und Auszahlungen besteht. Deutlich spüren die Nichtweissen auch die innere Verachtung, die ihnen von Regierungsstellen und vielen der weissen Oberherren entgegengebracht wird. Die Inder sowie die aufgeklärten unter den Eingeborenen und Farbigen wissen bei alledem, daß vieles, was sie hier in der Union bedrückt, jenseits der Grenzen des Landes anders ist und daß sich mächtige Länder und Organisationen ihrer Sorgen angenommen haben.

Alles dies hat dazu geführt, dass seit der Regierungsübernahme durch die Nationalburische Regierung ein ständig zunehmendes Gefühl des Hasses gegen alle Weissen, insbesondere aber gegen die Buren, entstanden ist. Ausnahmen hiervon kann man aber noch die Eingeborenen und Farbigen, die auf dem platten Lande leben und hier, abgeschnitten von modernen Entwicklungen, ihr primitives Eigenleben führen.

Unter dem schwelenden Hass lebt und wächst naturgemäß die Hoffnung auf Befreiung vom Joch des weissen Mannes. Auf politischem Gebiet hat diese Hoffnung über alle Gegensätzlichkeiten hinweg zu einer Zusammenarbeit der 3 führenden Nichtweissen-Organisationen, des African National Congress, des South African Indian Congress und der African Coloured Peoples' Organisation geführt. Die beiden ersteren Organisationen waren es, die bereits 1952–53 die Defiance Campaign führten, den Ungehorsamsfeldzug gegen gewisse als Demütigung empfundene Sondergesetze. In den 3 Organisationen geben zunächst noch die gemäßigten Elemente den Ton an. Die Gefahr besteht aber, dass in ihnen eines Tages radikale Kräfte die Oberhand gewinnen, zumal sich den 3 Gruppen neuerdings der South African Democratic Congress, eine Vereinigung weisser ultraliberaler und kommunistisch gefärbter Elemente, angeschlossen hat.

Ausserhalb ihrer offiziellen Organisationen wächst unter den Eingeborenen der Radikalismus. Er wird nicht nur geführt von primitiven Agitatoren und stellungslosen Gebildeten, sondern auch von patriotischen schwarzen Akademikern, die die Ereignisse in Ostafrika verfolgen und deren Phantasie sich an dem Ruf „Afrika den Afrikanern“ entzündet. Als Mindestes verlangen diese Kreise zunächst die Gleichstellung von Schwarz und Weiss. Zu einem Zentrum dieser Gesinnung hat sich die Eingeborenen-Universität Fort Hare entwickelt. Von hier aus führen offenbar geheime Fäden – über die Goldküste⁹⁰, England und die Tschechoslowakei – nach Russland. Man ist sich in diesen Kreisen aber bewußt, daß die großen Entwicklungen noch in weiter Ferne liegen, da man die Apathie, Primitivität und Zerrissenheit der schwarzen Massen kennt. Für lokale Hassausbrüche und Sonderaktionen radikaler Untergruppen ist die Zeit indessen reif. Ersteres haben die Tumulte in East London, Port Elizabeth und anderen Städten in den vergangenen Jahren gelehrt. Letzteres zeigt die zu Beginn dieses Jahres zum ersten Mal hervorgetretene Cheesa-Cheesa (= Brand-Brand-)Bewe-

⁹⁰ Goldküste ist das heutige Ghana.

gung [...]⁹¹. Diese hat nach offiziellen Angaben in der Zeit von Januar bis April d.Js. in 334 nachweisbaren Fällen vorsätzliche Brandstiftungen ausgeführt.

VI. Kritik der Apartheidspolitik und Ausblick.

a) Die leitenden Männer bei der Durchführung der Apartheidspolitik sind Ministerpräsident Dr. Malan, Minister Dr. Verwoerd⁹² als Minister für Eingeborenen-Angelegenheiten und sein Staatssekretär Dr. Eiselen⁹³, ferner Innenminister Dönges⁹⁴ als zuständiger Ressortchef für die Angelegenheiten der Farbigen und Inder. Auf Dr. Malan, der ursprünglich Geistlicher der Dutch Reformed Church war, geht es zurück, wenn in die Rassepolitik weiter die religiöse Note hineingetragen wird. Minister Verwoerd, ehemaliger Doktorand der Universität Leipzig, war früher Redakteur der nationalburischen Zeitung „TRANSVALER“. Staatssekretär Dr. Eiselen ist Südafrikadeutscher und gehört einer bekannten deutschen Missionarsfamilie an. Minister Dönges ist gleichfalls deutscher Missionarssohn. Er hat aber sein Deutschtum abgelegt und wird als Vertreter des reinsten burischen Nationalismus betrachtet werden müssen. Alle diese Männer sind Kapazitäten auf dem Gebiet der Rassenfrage, und sie haben den Weg der Apartheidspolitik in der ehrlichen und festen Überzeugung eingeschlagen, damit ihrem Lande am besten zu dienen und es auf diese Weise vor einer zukünftigen Überflutung durch die Nichtweissen zu retten. Als neutraler Beobachter kann man aber dennoch an ihrem Werk nicht ohne Kritik vorbeigehen, und man muss dabei zunächst ganz allgemein dreierlei konstatieren:

1) dass sie unter ihrem Land allzusehr die weisse Bevölkerungsgemeinschaft, insbesondere den burischen Teil, verstehen.

2) Dass sie die notwendigen materiellen Kräfte und Anstrengungen, die zu einer gerechten Durchführung ihrer Politik nötig sind, unterschätzen.

3) Dass sie ihre Politik mit solchem Fanatismus verfolgen, daß sie den sich daraus ergebenden Gefahren mit überraschender Blindheit gegenüberstehen.

b) Die Apartheidspolitik versucht in ihren Endzielen

1. bei der vielrassigen Bevölkerung der Union eine klare Rassetrennung herbeizuführen,
2. die Stellung der weissen Rasse als Herrenvolk zu stabilisieren, desgleichen auch die Stellung der Eingeborenen, z.T. auch der Farbigen und Inder als Arbeitsvölker des weissen Mannes.

Was das erstere Vorhaben anbetrifft, so erscheint dies Ziel erstrebenswert und verständlich. Es würde auch den Wünschen der Schwarzen, z.T. auch der Farbigen entsprechen, wenn es ohne Härte und mit Gerechtigkeit gegen die Nichtweissen durchgeführt würde. Dies ist aber nach den bisherigen Erfahrungen kaum anzunehmen. Es hat sich nur zu oft gezeigt, dass sich die staatlichen Instanzen die Errichtung neuer Siedlungen leicht machen, dass man sich oft mit der Erstellung notdürftiger Unterkünfte begnügt und dabei die gleichzeitig notwendige Anlage von Strassen und Verkehrsverbindungen, der Wasserleitung, Elektrizitätsversorgung und von Kanalisierungseinrichtungen verabsäumt. Auch sind bisher noch keine Bestimmungen getroffen worden, um Entschädigungen für aufgegebenes Eigentum oder wirtschaftliche Verluste, die infolge der Umsiedlung eintreten, zu gewähren.

Das Compound-System, das die Regierung für den zukünftigen Zustrom schwarzer Industriearbeiter plant [...]⁹⁵, begegnet moralischen Bedenken. Es würde einen weiteren Schritt zur Zersetzung

⁹¹ Verweis auf Anlage.

⁹² Hendrik Frensch Verwoerd, geb. 1901 in Amsterdam, 1902 Übersiedlung nach Südafrika, Prof. für angewandte Psychologie, 1950 Minister für Eingeborenenangelegenheiten, von 1958 bis zu seiner Ermordung 1966 Ministerpräsident. Er gilt als einer der führenden Theoretiker der Apartheid.

⁹³ Werner Willi Max Eiselen, Prof. für Sozialanthropologie, Staatssekretär für Eingeborenenangelegenheiten, neben Verwoerd einer der „Architekten der Apartheid“.

⁹⁴ Theophilus Ebenzer Dönges (1898–1968), Kabinettsminister der Nationalen Partei, 1967 Wahl zum Staatspräsidenten, konnte das Amt aus Krankheitsgründen jedoch nicht mehr antreten.

⁹⁵ Verweis innerhalb des Dokuments.

des schwarzen Familienlebens bedeuten, da ja die neue Arbeiterschaft ihre Familien grundsätzlich in den Reservaten bzw. auf dem Lande zurücklassen müsste. Von industrieller Seite wird auch darauf hingewiesen, daß die qualifizierten Betriebe der modernen Wirtschaft sesshafte Dauerarbeiter benötigen und daß wechselndes Wandersonal das Leistungsniveau herabmindern würde.

Was die den Schwarzen verheissene Entwicklung der Reserve anbetrifft, so sind Zweifel berechtigt, ob diese je so durchgeführt werden kann, wie es sich die Theoretiker vorstellen. Der Aufbau von großen Industrien innerhalb dieser Gebiete oder in den angrenzenden weissen Grenzstreifen erscheint realistisch denkenden Wirtschaftlern als Utopie. Was die Landwirtschaft anbetrifft, so unternimmt die Regierung auf diesem Gebiet sicherlich bedeutende Anstrengungen (Bekämpfung der Bodenerosion und Dammbauten). Die Bemühungen stossen hier aber auf die Renitenz der schwarzen Bevölkerung, die für moderne Methoden keinen Sinn hat und lieber bei den alten extensiven Wirtschaftsformen beharrt.

Die von der nationalen Regierung vorgenommene Erhöhung der Sozialausgaben und Schulzuschüsse für die Nichtweissen hat sich von Jahr zu Jahr gesteigert. Sie betragen im Voranschlag für das laufende Etatjahr etwa 7 % der staatlichen Gesamtausgaben. [Diese Zahl beruht auf eigenen Untersuchungen. Eine amtliche Auskunft über die staatlicherseits für die Nichtweissen jährlich ausgeworfenen Mittel war trotz monatelanger Bemühungen nicht zu erhalten.]⁹⁶ Die ausgeworfenen Mittel bleiben aber trotz der Erhöhung auch weiter hinter den vorhandenen Bedürfnissen zurück, so daß die Hilfsmaßnahmen letzten Endes noch immer den Charakter des allernotwendigsten tragen. Eine Ausnahme hierbei macht weiter nur das Gesundheitswesen. Hier ist früher wie auch unter der jetzigen nationalen Regierung viel Anerkennenswertes und Vorbildliches geleistet worden.

Es fragt sich bei alledem, ob der Staat mit seiner verhältnismässig kleinen steuerfähigen Bevölkerung überhaupt in der Lage ist, allen Notwendigkeiten und allen Vorhaben, die er bezüglich der Nichtweissen plant, finanziell Rechnung zu tragen. Hierzu würde eine weitgehende Umgestaltung der gesamten Staatswirtschaft, eine sehr viel höhere Besteuerung und ein Heruntergehen der weissen Bevölkerung von ihrem jetzigen hohen Lebensstandard notwendig sein. Ob derartige einschneidende, dem primitiven Egoismus der Massen zuwiderlaufende Massnahmen im Parlament je eine Mehrheit finden würden, erscheint fraglich.

Zum weiteren Ziel der Apartheidspolitik, den überkommenen Status eines Herren- und Arbeitsvolks für alle Zukunft festzuhalten, ist zu sagen, dass die darin liegende Blockierung der politischen und wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung der Nichtweissen schroff gegen die Grundsätze politischer Moral und Menschlichkeit verstösst. Ein demokratischer Staat nimmt hier gegenüber einem Teil seiner Untertanen eine rein diktatorische Haltung ein. Die Armut der Eingeborenen wird mit staatlichen Mitteln künstlich aufrecht erhalten. Die Ungerechtigkeit dieser Politik wird besonders deutlich, wenn man bedenkt, daß sich im 2. Weltkrieg nicht weniger als 120 000 Nichtweisse freiwillig zum Kriegsdienst für die Union gemeldet haben und 3000 von ihnen gefallen sind.

Bei uns Deutschen ruft die Herrenvolk-Politik der Südafrikanischen Regierung unwillkürlich die peinliche Erinnerung an ähnliche Planungen wach, die Hitler und die SS während des Krieges bezüglich der Bevölkerung Polens und Russlands verfolgten.

c) Über der Zukunft der Südafrikanischen Union lastet die Gefahr der weltweiten kolonialen Befreiungsbewegung. Seit dem 1. Weltkrieg ist diese in Gang gekommen, und sie hat sich seitdem sprunghaft verbreitet und fortgesetzt. Der Mittlere und Ferne Osten haben sich befreit. Nur Afrika ist übriggeblieben, und viele Anzeichen deuten darauf hin, dass auch hier eines Tages der Sturm einsetzen wird [...].⁹⁷ Die Gefahren, die dabei dem weissen Südafrikaner erwachsen, sind gross. Die weisse Bevölkerung hat zwar die Macht, aber sie ist bevölkerungsmässig in der Minderheit. Die gesamte Wirtschaft ruht auf der Mitarbeit der nichtweissen Volksgruppen, die nicht weniger als 82 % der Arbeiterschaft stellen. Damit hat aber der Nichtweisse das Leben des Staats letzten Endes weitgehend in der Hand. Schon durch Streiks könnte er das Land paralysieren. Triebkraft der Gegnerschaft

⁹⁶ Im Originaldokument hat dieser Einschub die Form einer Fußnote.

⁹⁷ Verweis auf Anlage.

ist nicht allein die Rassefrage. In dem Drängen der nichtweissen Arbeiterschaft steckt auch ein Stück Klassenkampf, das Aufbegehren des um seine Lebensrechte ringenden Industrieproletariats.

Die nationalburische Regierung glaubt den Zukunftsgefahren mit ihrer auf altüberkommenen Anschauungen, aber auch auf menschlichem Egoismus beruhenden Rassepolitik begegnen zu können. Als neutraler Beobachter muss man sich aber fragen, ob nicht diese Politik gerade zu dem umgekehrten Ergebnis führt und den Konflikt verschärft. Denn sie steigert den Hass der Nichtweissen und fördert die Geschlossenheit ihrer Front, sie beschleunigt also die Gefahr und vergrössert die Heftigkeit einer schliesslichen Explosion. Die Nationale Partei und das Gros der burischen Bevölkerung weisen diesen Gedanken zurück. Sie meinen, die Nichtweissen würden am besten durch Schroffheit in Schach gehalten; dies habe sich deutlich auch in Kenya gezeigt, wo es infolge der zu weichen Hand der britischen Kolonialregierung zum Ausbruch der Mau-Mau-Bewegung gekommen sei. Zur Not werde auch hier in Südafrika das Maschinengewehr ein Machtwort sprechen. Geschichtlich gesehen ist dies ein kurzsichtiger Standpunkt, und kaum einer der im Lande weilenden ausländischen Beobachter von Rang vermag hier – soweit dies zu übersehen ist – der nationalburischen Anschauung zu folgen. Aber auch in der obersten Schicht der Partei selbst fehlt es nicht an nachdenklichen und weit-sichtigen Geistern. Unter vier Augen wird dort zuweilen von diesem oder jenem zugegeben, dass man „auf einem Pulverfass sitzt“ und dass dem Wohlergehen von heute einst eine „Götterdämmerung“ folgen müsse. Eine Evolutionspolitik, die einen friedlichen Ausgleich erstrebt, könnte nur von der United Party ausgehen. Aber auch diese würde sich, sollte sie wieder zur Macht gelangen, alsdann zu einem neuen Kurs im Sinne eines stärkeren Liberalismus entschliessen müssen. Fraglich bliebe dann immer noch, ob die gegnerische Führerschicht zustimmen würde und ob nicht allzu radikale Forderungen einen Ausgleich unmöglich machen. Insofern sehen Pessimisten das Rasseproblem der Union auf friedlichem Wege als „unlösbar“ an. Ein Gegenschachzug zugunsten der Weissen von durchschlagender Tragweite läge letzten Endes nur in der Änderung der Einwandererpolitik, um Massen von weissen Neueinwanderern ins Land zu ziehen und so das Übergewicht der Nichtweissen auszugleichen.

Ausserlich bietet Südafrika vor der Hand das Bild verhältnismässiger Ruhe und eines blühenden Staats mit sich weiter sprunghaft aufwärts entwickelnder Industrie. Durch das strenge Regime der Regierung wird die Ruhe vermutlich noch lange, vielleicht noch für Jahrzehnte, anhalten. Aber unter der Decke schwelt die Glut. Sollte ein neuer Weltkrieg entstehen, so wird sich die Flamme in Kürze entzünden, und sie wird dann – auch von aussen her angefacht – breit über das Land laufen wie ein Steppenbrand. Denn die Nichtweissen – zumindest aber die Eingeborenen und Inder – werden dann ihre Stunde für gekommen erachten, und sie werden in den Feinden des Landes nicht mehr wie früher auch ihre Feinde sehen, sondern ihre Freunde und kommenden Befreier.

Notizen

EROBERT ODER BEFREIT? DEUTSCHLAND IM INTERNATIONALEN KRÄFTEFELD UND DIE SOWJETISCHE BESATZUNGSZONE (1945/46)

Bericht über eine Tagung der
Außenstelle Potsdam des Instituts für Zeitgeschichte und des
Arbeitsbereichs DDR-Geschichte der Universität Mannheim
(4.-5.7. 1995)

Der Zweite Weltkrieg endete für Deutschland mit einem Zusammenbruch von bis dahin ungeahntem Ausmaß, der in allen vier Besatzungszonen einen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neubeginn erforderlich machte. Während die Entwicklung in Westdeutschland zwischen 1945 und 1949 bereits intensiv untersucht ist, befinden sich die Forschungen zur Sowjetischen Besatzungszone – trotz beachtlicher Leistungen der historischen DDR-Forschung vor 1989 – erst am Anfang. Freilich ist seit Öffnung der ostdeutschen Archive im Zuge der Wiedervereinigung die wissenschaftliche Beschäftigung mit der SBZ erheblich intensiviert worden. Vor diesem Hintergrund veranstaltete das Institut für Zeitgeschichte anlässlich der fünfzigjährigen Wiederkehr des Kriegsendes eine von der VW-Stiftung unterstützte Tagung, in der vor allem eine erste Forschungsbilanz zur unmittelbaren Nachkriegsentwicklung in der SBZ gezogen wurde.

Da die Vorgänge im besetzten Deutschland ohne Kenntnis der internationalen Zusammenhänge unverständlich bleiben, war in der ersten Sektion ein Blick auf die Deutschland- und Besatzungspolitik der Siegermächte zu werfen. Daß nicht zuletzt die Politik der Westmächte als Kontrastfolie für die historischen Prozesse östlich der Elbe dienen kann, verdeutlichte *Klaus-Dietmar Henke*, der dem „Kriegsende West“ idealtypisch das „Kriegsende Ost“ gegenüberstellte. Während die Deutschen im Westen alles in allem eine „weiche“ Eroberung erlebt hätten, sei der Zusammenbruch im Osten eine „maßlose Tragödie“ gewesen. Henke forderte abschließend, die von ihm für die amerikanische Besatzungszone dargestellte „Grundprägung“ der Jahre 1944/45 und die „Interaktion“ zwischen Besatzern und Deutschen nunmehr anhand der Archivalien für die Sowjetische Besatzungszone zu analysieren. *Adolf M. Birke* stellte in seinen Betrachtungen zur britischen Politik mehr die internationalen Zusammenhänge in den Mittelpunkt. Großbritannien, so seine These, war nicht nur Juniorpartner der USA, sondern ein eigenständiges Mitglied im Konzert der Siegermächte mit maßgeblichem Einfluß. Dies zeigten zum einen die konzeptionellen Planungen des Foreign Office zur Deutschland- und Besatzungspolitik, die Eingang in die Direktiven der Siegermächte fanden. Zum andern besaß die britische Politik nach 1945 eine Art „Pilotfunktion“ in der Abkehr der Westmächte von den in Potsdam getroffenen Vereinbarungen hin zu einer Separatstaatsentwicklung in Westdeutschland. Die französische Besatzungspolitik, die *Dieter Marc Schneider* thematisierte, trug

ein doppeltes Gesicht. Einerseits strebte Paris aufgrund seines Sicherheitsbedürfnisses eine „extension de la France dans les pays rhénans“ an und betrachtete seine Zone insgesamt als Beuteland; andererseits bildete Deutschland auch ein Missionsland, in dem sich, insbesondere mit dem Mittel der Kulturpolitik, die Möglichkeit einer „pénétration pacifique“ zu bieten schien. Vor diesem Hintergrund konstatierte Schneider – im Gegensatz zu Henke – durchaus Parallelen zwischen dem sowjetischen und dem französischen Vorgehen, da beide Siegermächte eine für die Deutschen verwirrende, zwischen Befreiung und Umerziehung, rigider Kontrolle und wirtschaftlicher Ausbeutung oszillierende Politik betrieben.

Die zweite Sektion war der sowjetischen Politik in Deutschland gewidmet. Den großen Rahmen steckte *Helmut Altrichter* ab, der darauf aufmerksam machte, daß die Sowjetunion, die ca. 27 Millionen Kriegstote zu beklagen hatte, besonders daran interessiert gewesen sei, Deutschland für seine Verbrechen büßen zu lassen und dauerhafte Sicherheit vor Deutschland zu erlangen. Darin traf sie sich zwar mit den anderen Besatzungsmächten; sie ging indes eigene Wege bei der Umsetzung der gemeinsamen Beschlüsse der Siegermächte. Wenngleich die sowjetische Führung in den Jahren 1945/46 nie von „Sozialismus“ oder gar „Sowjetisierung“ sprach, waren, so Altrichter, die Parallelen zwischen den sozioökonomischen Prozessen in der SBZ und der Entwicklung in der jungen Sowjetunion nicht zu übersehen. Damit seien zwar Voraussetzungen für die Herausbildung der DDR geschaffen worden, vieles spreche freilich dafür, daß Stalin, der die deutsche Frage gerne länger „offen gelassen“ hätte, darin nur die zweitbeste Lösung gesehen habe. Die sowjetische Reparationspolitik war *Burghard Ciesla* zufolge von einem Grundwiderspruch gekennzeichnet: Einerseits sollte durch Demontagen die umfassende wirtschaftliche „Entwaffnung“ Deutschlands vorangetrieben und zum Wiederaufbau der Sowjetunion beigetragen werden; andererseits war ein wirksamer Transfer der überlegenen deutschen Rüstungstechnologie in die Sowjetunion nur möglich, wenn dieser in der SBZ durch die Aktivierung der Industrie- und Forschungskapazitäten vorbereitet wurde. Daraus habe sich für die SMAD zunächst die paradoxe Aufgabe ergeben, Abriss und Aufbau der Industrie in der SBZ gleichermaßen betreiben zu müssen. Dieses widersprüchliche Vorgehen wurde erst Ende 1946 durch eine eher pragmatische Reparationspolitik abgelöst. Konstituierung und Tätigkeit der bereits im Sommer 1945 von der SMAD eingesetzten Landes- und Zentralverwaltungen in der SBZ bildeten das Thema von *Wolfgang Merker*. Er verdeutlichte die Komplexität des Beziehungsgeflechts zwischen der sowjetischen Militäradministration in Karlshorst und in den Ländern, den deutschen Zentral- und Landesverwaltungen sowie der KPD/SED. Zwar hätten sich schließlich zentralistische Strukturen unter maßgeblichem kommunistischem Einfluß herausgebildet, jedoch sei die „Gleichschaltung“ der Länder keineswegs geradlinig verlaufen. Bemerkenswert für die Jahre 1945/46 sei vor allem die weitgehende Unabhängigkeit der Landesverwaltungen von den Zentralverwaltungen gewesen.

Die Begegnungen zwischen Russen und Deutschen während der Besetzung durch die sowjetischen Truppen hatten, wie *Jan Foitzik* darlegte, längerfristige Auswirkungen auf mentale Dispositionen in Deutschland. Seiner Auffassung nach handelt es sich bei dem Bild vom marodierenden Rotarmisten um ein Wahrnehmungstereotyp, das vor allem in Westdeutschland politisch wirksam wurde; in der SBZ/DDR hingegen gab es den Versuch, dieses Perzeptionsmuster mit dem Schema „Vorbild-Friede-Freunde“ zu überlagern, was freilich nicht durchweg gelang. Der Aktionsradius der Politik der UdSSR wie auch der SED wurde dadurch jedoch stark eingeschränkt. *Natalja Timofejewa* befaßte

sich im Anschluß daran mit der Rolle, die das deutsche humanistische Kulturerbe für die SMAD-Politik und für einige Intellektuelle in der Sowjetunion spielte. Zum einen konnte zunächst durch das von den Kulturoffizieren herausgestellte Humanismus-Ideal der deutschen Klassik die Weltoffenheit der sowjetischen Kulturpolitik demonstriert werden; zum anderen setzten Teile der sowjetischen Intelligenz vor diesem Hintergrund auch auf eine Liberalisierung im eigenen Land. Diese Hoffnungen wurden jedoch 1946 mit der Ablösung des „bürgerlichen“ durch den „sozialistischen“ Humanismusbegriff zunichte gemacht. In der SBZ/DDR führte dies zu einem höchst selektiven Umgang mit dem deutschen humanistischen Erbe und zur Betonung der durch die sowjetische Literatur vermittelten Werte.

In der dritten Sektion stand der Aufbau kirchlicher und politischer Strukturen in den Jahren 1945/46 unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzung im Mittelpunkt. *Gerhard Besier* befaßte sich eingehend mit den Planungen einiger Geistlicher im Nationalkomitee Freies Deutschland für die Nachkriegszeit, konstatierte jedoch, daß diese keinen maßgeblichen Einfluß in den Kirchen der SBZ gewinnen konnten. Die Kirchenpolitik von SMAD und SED war *Horst Dähn* zufolge aufgrund bündnispolitischer Erwägungen zunächst von einer gewissen Toleranz geprägt. Dennoch kam es zu sowjetischen Eingriffen in das kirchliche Leben, die möglicherweise als Reaktion auf den Öffentlichkeitsanspruch der beiden großen deutschen Religionsgemeinschaften zu verstehen sind. Auch KPD und SED wollten Konflikte mit den Kirchen vermeiden; die von beiden Parteien betriebene Trennung von Staat und Kirche wie auch von Schule und Kirche führte indes zu einer ersten Auseinandersetzung um den Religionsunterricht. Wenngleich in dieser Frage ein Kompromiß gefunden werden konnte, war deutlich geworden, daß die Partei auf lange Sicht die Kirche schrittweise aus zentralen gesellschaftlichen Lebensbereichen verdrängen wollte.

Elke Scherstjanoi fragte anschließend nach Demokratiedefiziten und Demokratiepotenzialen in der deutschen Gesellschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit und kam zu dem – in der Diskussion umstrittenen – Ergebnis, daß der geistige Boden, auf dem die Demokratie in Deutschland wachsen sollte, durch autoritäre Verhaltensdispositionen, Nationalismus und Rassismus, aber auch durch die „Volksgenossen“-Mentalität geprägt gewesen sei. Demokratie, so Scherstjanoi, mußte weitgehend von außen implantiert und zielgerichtet umhegt werden. Die Geschichte von SPD und KPD sowie deren Fusion zur SED im Jahre 1946 behandelte *Günter Braun*. Die sowjetische Besatzungsmacht habe dabei zwar die wesentlichen Weichenstellungen vorgenommen, sei aber auch gezwungen gewesen, auf Zwangslagen flexibel zu reagieren. So mußte sich die KPD beispielsweise für neue Mitglieder – einschließlich ehemaliger NSDAP-Genossen – öffnen, um ihre durch die nationalsozialistische Verfolgung ausgezehnte Basis zu erweitern. Die Entscheidung zum Zusammenschluß mit der KPD sei von der SPD zwar nicht autonom getroffen worden; dennoch verzichtete Braun explizit auf den Begriff „Zwangsvereinigung“, da dieser andere Faktoren ausblende und eine innere Geschlossenheit der SPD impliziere, die so nicht existiert habe. CDUD und LDP formierten sich *Hermann Wentker* zufolge als eigenständige Parteien, bei denen die Elemente des Neubeginns gegenüber jenen der Kontinuität überwogen. Obwohl die sowjetische Politik ursprünglich mit der Wiederherstellung von eher traditionellen Strukturen im deutschen Parteiensystem gerechnet hatte, trug sie jedoch – oft ungewollt – dazu bei, daß sich in den bürgerlichen Parteien in der SBZ die Neuansätze gegenüber den herkömmlichen Elementen meist durchsetzten. *Jürgen Falter* berichtete zum Abschluß der dritten Sektion aus einem laufenden Forschungsprojekt zu

den Wahlen von 1946 in der SBZ. Seine auf bisher nicht ausgewerteten Archivalien beruhenden Ausführungen bestätigten im wesentlichen die bisherigen Forschungen, er konnte aber vor allem im Hinblick auf die sozialstrukturellen Korrelationen zwischen Wählern und einzelnen Parteien auch neue Ergebnisse präsentieren, die u. a. zeigten, daß die CDUD nicht nur in die Fußstapfen des Zentrums, sondern beispielsweise auch in die der DNVP getreten sei.

Verschiedene gesellschaftliche Problemlagen sowie erste Versuche ihrer Bewältigung thematisierte die vierte Sektion. Dabei stellten, wie *Michael Schwartz* darlegte, Aufnahme und Integration von ca. 4 Millionen Vertriebenen in die Zusammenbruchsgesellschaft der SBZ eine der größten Herausforderungen dar. Während die bereits im Spätsommer 1945 auf Anordnung der SMAD gegründete Zentralverwaltung für Umsiedler sich 1945/46 im wesentlichen auf die Ad-hoc-Versorgung der Vertriebenen konzentrierte, trat 1946 immer stärker deren Integration in die Gesellschaft in den Mittelpunkt des Verwaltungshandelns. Jedoch wurde in den Jahren 1945/46 weder die gesellschaftliche noch die SED-konforme politische Integration der Vertriebenen erreicht. Bei seinen Ausführungen zu einem zentralen Problem der Sozialpolitik, dem Aufbau der ostdeutschen Sozialversicherung, betonte *Dierk Hoffmann*, daß insgesamt ein Bruch mit der Vorkriegszeit deutlich werde, der sich in der drastischen Reduzierung der Krankenkassen, in der gesetzlich verankerten Zweidrittelmehrheit der Gewerkschaften in den Selbstverwaltungsorganen und in der Ausdehnung des Pflichtversicherungskreises auf nahezu alle Berufsgruppen ausdrückte. Eine der wichtigsten Kontinuitätslinien habe demgegenüber darin bestanden, daß beim Umbau der Sozialversicherung auf Konzepte der SPD und der Freien Gewerkschaften aus der Zeit der Weimarer Republik zurückgegriffen worden sei.

Drei Referate behandelten den Umgang mit der Jugend in der unmittelbaren Nachkriegszeit. *Michael Buddrus* thematisierte die Jugendpolitik der KPD, die insbesondere auf die ideologische Umerziehung der Jugendlichen, deren Einbeziehung in die neuen gesellschaftlichen und politischen Strukturen und deren Mobilisierung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau ausgerichtet war. Wesentliches Instrument dieser Politik bildete die aus den antifaschistischen Jugendausschüssen hervorgegangene, 1946 von der KPD gegründete einheitliche Jugendorganisation FDJ, deren Anfänge *Ulrich Mählert* knapp skizzierte. Aufgrund der vielfältigen Jugendorganisationen vor 1933 sei deren Akzeptanz jedoch sehr gering gewesen. *Kerstin Thöns* behandelte das gerade in den ersten Nachkriegsjahren akute Problem der Jugendfürsorge. Am Anfang standen von engagierten NS-Gegnern initiierte Notgemeinschaften zur „Bewahrung der Jugend vor Verwahrlosung“. Die KPD errang indes – mit Hilfe der SMAD – auch auf dem Gebiet der Jugendfürsorge eine führende Stellung. Das in dieser Sektion vorgesehene Abschlußreferat zum Thema: „Elitenwechsel in der SBZ: Anspruch und Wirklichkeit“ wurde bedauerlicherweise aufgrund einer plötzlichen Erkrankung von *Hartmut Mehringer* nicht vorgetragen. Es wird jedoch, wie alle anderen Beiträge auch, in einem für das Jahr 1996 vorgesehenen Sammelband des Instituts für Zeitgeschichte in einer erweiterten Fassung abgedruckt.

Insgesamt lassen sich vor allem drei zusammenfassende Feststellungen treffen. Erstens konnte durch die Konzentration auf die Jahre 1945/46 verdeutlicht werden, daß die Entwicklung von der SBZ zur DDR keine Einbahnstraße war, wenngleich bereits in dieser Zeit einige entscheidende Weichen gestellt wurden, die zur Errichtung einer zweiten Diktatur in Ostdeutschland führten. Im Hinblick auf die für die westdeutsche Entwicklung bereits ausführlich thematisierte Frage, ob Brüche oder Kontinuitäten die unmittelbare

Nachkriegszeit dominieren, erscheinen zweitens zumindest für die hier untersuchten Probleme die Elemente des Neuen zu überwiegen. Schließlich verweisen eine ganze Reihe der Beiträge darauf, daß trotz der zentralen Bedeutung der Ideologie für die kommunistische Bewegung auch nach 1945 die Politik in den Anfangsjahren der sowjetischen Besatzungsherrschaft in einem hohen Maße von Pragmatismus geprägt war.

Hermann Wentker

DEM EHEMALIGEN GESCHÄFTSFÜHRENDEN
REDAKTEUR DER VIERTELJAHRSHEFTE
HELLMUTH AUERBACH ZUM 65. GEBURTSTAG

Am 31. August 1995 ging Hellmuth Auerbach in den Ruhestand. Sein Ausscheiden aus dem Institut für Zeitgeschichte bedeutet zugleich den Abschied aus der Redaktion der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“, die ihm über die Jahre hinweg viel verdanken. Hellmuth Auerbach war bei seinem Ausscheiden der dienstälteste Wissenschaftliche Mitarbeiter des Instituts, in das er am 15. Oktober 1952 als studentische Hilfskraft eingetreten war und in dem er am 1. Juni 1961 eine volle Wissenschaftlerstelle erhielt. Viele Aufgaben hat er in seiner nahezu 43-jährigen Tätigkeit wahrgenommen: als Forscher, als Gutachter, als Leitender Bibliothekar, als Bibliograph, als Redakteur.

Von 1967 bis 1973 war er Redakteur bzw. Geschäftsführer der Vierteljahrshefte, von 1979 bis 1984 erstellte er gemeinsam mit Ursula van Laack die „Bibliographie der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“, seit dem Tod von Thilo Vogelsang leitete er von 1978 bis 1984 die Bibliothek des Instituts und gab gemeinsam mit seiner Frau das Inhaltsverzeichnis der Vierteljahrshefte für die ersten dreißig Jahrgänge 1953–1982 heraus. Dabei knüpfte er an eine der ersten zeitgeschichtlichen Bibliographien an, an der er selbst maßgeblichen Anteil besaß: 1955 hatte er gemeinsam mit Franz Herre die „Bibliographie zur Zeitgeschichte und zum Zweiten Weltkrieg für die Jahre 1945–1950“ herausgegeben, die 1966 nachgedruckt wurde und unter der abgekürzten Bezeichnung „Herre-Auerbach“ bekannt und unentbehrlich wurde. Parallel dazu war er vor allem als Gutachter tätig und pflegte überdies die Kontakte des Instituts zu ausländischen Institutionen, zwischen 1984 und 1992 vor allem zur französischen Geschichtswissenschaft.

Als Bibliograph und als Bibliothekar ist Hellmuth Auerbach ein Bibliophiler mit weit in die Zeit vor 1914 zurückreichenden Interessen geblieben – eine Neigung, die zu den Reizen dieses Berufs gehört, aber der kühlen bibliothekarischen Administration widerstrebt.

Als Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Gutachten für Gerichte und Behörden, vor allem zur nationalsozialistischen Diktatur und zur Judenverfolgung, blieb er ein engagierter Aufklärer über die Verbrechen des Regimes, der immer wieder zur Feder griff, um „Legenden, Lügen, Vorurteile“ über zeitgeschichtliche Vorgänge zu bekämpfen, und der deshalb für das gleichnamige Lexikon viele Artikel schrieb.

Als Forscher widmete er sich u.a. der Frühgeschichte des Nationalsozialismus, aber auch der Diktatur selbst. Ein besonderes Interesse galt der französischen Deutschlandpolitik nach 1945, die ihn immer mehr in die Geschichte und Kultur

des Nachbarlandes führte, das er auch in seinen kulinarischen Künsten schätzen lernte. Auf vielen deutsch-französischen und französischen Tagungen vertrat er das Institut und trug eigene Forschungsergebnisse oder die der deutschen Zeitgeschichtsforschung insgesamt vor, ein ebenso intimer Kenner der Literatur wie der Quellen.

Diese weitgespannten Kenntnisse machten ihn viele Jahre auch in der Redaktion der Vierteljahrshefte, der er insgesamt 28 Jahre lang angehörte, zu einem wichtigen Gesprächspartner und Beurteiler.

Hellmuth Auerbach ist über die Jahrzehnte hinweg selbst ein Stück Historiographiegeschichte der sich seit den frühen fünfziger Jahren entwickelnden Zeitgeschichte geworden, und so überrascht es nicht, daß er mit seinem grundlegenden Aufsatz über die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, der 1970 in den Vierteljahrsheften publiziert wurde, zum ersten Geschichtsschreiber des Instituts wurde, das ihm bis heute eine Heimat ist. Der sich im Institut und im Fach insgesamt erneut abzeichnende Generationswechsel gibt Anlaß zu Besinnung und Dank.

Horst Möller

Abstracts

Joachim Fest, A Portrait of Goebbels.

Apart from Hitler, Goebbels has been claimed to have been "the only truly interesting figure" within the command of Nazi leadership. Due to recent accessibility to additional material stored in archives in Moscow, Goebbels' diaries have now been fully documented for the first time. These records confirm the picture of an absolutely spineless person, equally consumed by a craving for admiration as well as overcome by bootlicking servility when confronted by Hitler. Goebbels was keenly aware that he owed his very existence to the fanatic belief in the Führer, that Hitler's messianic aura was his own creation. It was only logical that Goebbels, colder and more cynical than any of the former vassals who had already fled, should follow Hitler in death, together with his wife and six children in a kind of „Schauopfer“. A propagandist to the very end, he thought this deed would set the final tragic unforgettable scene to go down in history forever.

Ralf Kessler and Hartmut Rüdiger Peter, Antifascists in the Soviet Occupation Zone 1945–1953.

One of the reasons victims of Nazi persecution did not cooperate after 1945 was the lack of general group identification. The majority of the former resistance fighters, and especially the communists, cultivated an elite self-perception which resulted largely from their experiences during the "Third Reich". This self-perception was characterized by an exclusive claim to the hegemony of political and social processes after the war, reservations toward other groups of Nazi victims and by an unwillingness to cooperate with most of the German people. This was not conducive to permanent cooperation with their former fellow sufferers and was contrary to the essential policies of the SED.

Klaus Hentschel and Monika Renneberg, Otto Heckmann: The Academic Career of an Astronomer in the Third Reich.

Early 1933 marked the beginning of a promising career for astronomer Otto Heckmann, assistant at the Göttingen University Observatory. By 1945 Otto Heckmann had become director of the prestigious Hamburg-Bergedorf Observatory and full professor of astronomy at the University of Hamburg. Based on personal and institutional files of university archives as well as the Berlin Document Center, the essay analyses a career that was defined by the constraints of National Socialism. The study of Heckmann's appointment proceedings illustrates the complex manoeuvres of university faculties and shows how young lecturers were driven into gradual compromises within the National Socialist system in order to become eligible for professorships. Furthermore, the article reveals Heckmann's rather typical self-perception

as an apolitical scientist, which allowed him to repress his own degree of conformity in his retrospective accounts after World War II.

Ulrich Lappenküper, Wilhelm Hausenstein – Adenauer's First Representative to Paris.

Although well-known as an *homme de lettres*, Wilhelm Hausenstein's role as the first representative of the Federal Republic of Germany in France has largely been forgotten. Both a victim of persecution during the Hitler régime as well as a connoisseur of French culture, he seemed predestined to restore harmony between the two countries. In 1950 he was selected by Chancellor Adenauer and he reluctantly accepted the difficult position. His design was to pave the way to political understanding by initiating and sustaining an extensive cultural exchange program. With the future in mind, Hausenstein's credibility and unfailing commitment, his courtesy, his perseverance and strong sense of duty enabled him to create a favourable political climate. After he was forced to resign in 1955, he had to accept the fact that his link building diplomacy would not be acknowledged. He died on June 3, 1957 just barely able to support himself and embittered by his government's ingratitude.

Albrecht Hagemann, Apartheid and West German Diplomacy in South Africa. Rudolf Holzhausen's Memorandum of 1954.

Apartheid, the policy of complete racial segregation both economically and politically, was practiced by the National Party of the Republic of South Africa and began almost simultaneously with the beginning of West German diplomacy. In 1954, the German Ambassador in Pretoria, Rudolf Holzhausen, thoroughly examined and evaluated the policy of apartheid. He concluded that, from a paternalistic point of view vis à vis non-european South Africa, the theoretical premises of apartheid, namely different races should evolve differently, were not entirely unfounded. However, Holzhausen questioned the practical implementation of apartheid and, unlike other German diplomats in the fifties, condemned the cruelty and injustice with which the government of Pretoria sought to enforce its racist policy.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. h. c. *Joachim Fest*, Honorarprofessor der Universität Heidelberg (Gartenstr. 11, 61476 Kronberg im Taunus); veröffentlichte u. a. „Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft“ (München 1963); „Hitler. Eine Biographie“ (Berlin/Frankfurt a. M. 1973); „Aufgehobene Vergangenheit. Portraits und Betrachtungen“ (Stuttgart 1981); „Die unwissenden Magier. Über Thomas und Heinrich Mann und die Politik“ (Berlin 1985); „Im Gegenlicht. Eine italienische Reise“ (Berlin 1988); „Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli“ (Berlin 1994).

Dr. *Ralf Kessler*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Kröllwitzer Str. 44, 06120 Halle a. d. Saale); veröffentlichte u. a. „Wiedergutmachung im Osten Deutschlands 1945–1953“ (gemeinsam mit Hartmut Rüdiger Peter) (Frankfurt a. M. 1995, im Druck); arbeitet über den Umgang mit den NS-Verfolgten und den Elitenwechsel in der SBZ/DDR.

Dr. *Hartmut Rüdiger Peter*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Kröllwitzer Str. 44, 06120 Halle a. d. Saale); veröffentlichte u. a. „Wiedergutmachung im Osten Deutschlands 1945–1953“ (gemeinsam mit Ralf Kessler) (Frankfurt a. M. 1995, im Druck); arbeitet über die Geschichte des Exilmentchewismus und zur Wiedergutmachungspolitik in der SBZ/DDR.

Dr. *Ulrich Lappenküper*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Bonn (Konviktstr. 11, 53113 Bonn); veröffentlichte u. a. „Die Mission Radowitz. Untersuchungen zur Rußlandpolitik Otto von Bismarcks 1871–1875“ (Göttingen 1990); „Ich bin wirklich ein guter Europäer“. Ludwig Erhards Europapolitik 1949–1966“, in: *Francia* 18 (1991); „Der Schuman-Plan. Mühsamer Durchbruch zur deutsch-französischen Verständigung“, in: *VfZ* 42 (1994); „Annäherung auf Kosten Deutschlands? Der Brückenschlag zwischen den Flügelmächten England und Rußland vor dem Ersten Weltkrieg“, in: Adof M. Birke, Hermann Wentker (Hrsg.), *Deutschland und Rußland in der britischen Kontinentalpolitik seit 1815*, (München u. a. 1994).

Dr. *Klaus Hentschel*, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Wissenschaftsgeschichte an der Georg-August-Universität in Göttingen (Humboldtallee 11, 37073 Göttingen); veröffentlichte zur Geschichte der Relativitätstheorie, der Wissenschaftstheorie und der Physik des 19. und 20. Jahrhunderts; seine Habilitationsschrift behandelt die Wechselwirkung von Instrumentation, Experiment und Theorie in der Astrophysik und Spektroskopie.

Dr. *Monika Renneberg*, Hochschulassistentin am Institut für Geschichte der Naturwissenschaften in Hamburg (Weidenallee 23, 20357 Hamburg); zu ihren Arbeitsgebieten gehören die Geschichte der Physik im Nationalsozialismus und der Großforschungseinrichtungen in der BRD.

Dr. *Albrecht Hagemann*, Gymnasiallehrer in Herford (Schmargendorfer Str. 32, 33619 Bielefeld); veröffentlichte u. a. „Südafrika und das ‚Dritte Reich‘. Rassenpolitische Affinität und machtpolitische Rivalität“ (Frankfurt a. M. 1989); seither zahlreiche Arbeiten vorwiegend zu Südafrika. Im Oktober 1995 erscheint eine Biographie über Nelson Mandela.